Donnerstag, 18. April 1985 - D * * *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 90 - 16.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 220,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Spionage: Zu sechs Jahren Freiheitsstrafe wegen geheimdienstlicher Tätigkeit für die „DDR" wurde der frühere Fregattenkapitän Reichenburg vom Obersten Bayerischen Landesgericht in München verurteilt. (S. 4)

Swing: SPD-Politiker Schmude warnt davor, der „DDR" schon im Vorfeld neuer Vereinbarungen über den auslaufenden Überziehungskredit (Swing) eine Erhöhung in Aussicht zu stellen.

Thälmann: Der frühere SS-Angehörige Wolfgang Otto muß sich wegen des Verdachts, an der Ermordung des Kommunistenführers Thälmann beteiligt gewesen zu sein, vor Gericht verantworten. Prozeßbeginn ist am 5. November in Krefeld.

Andrang: An einer UKW-Hörfunkkette in Rheinland-Pfalz haben bislang 57 private Programmveranstalter ihr Interesse bekundet. Die ersten Sendungen der privaten Anbieter sind für den Herbst geplant.

Weltraumstation: Einen förmlichen Vertrag über den freien Zugang der europäischen Partner zu der geplanten amerikanischen Weltraumstation hat Forschungsminister Riesenhuber gefordert. Bei diesem langfristigen Projekt reiche eine Regierungsvereinbarung nicht aus.

Sondersynode: Die Differenzen in der Nordelbischen Kirche sollen im Juli auf einer Sondersynode behandelt werden. Vor allem die Auseinandersetzungen über Wehrdienstverweigerung, feministische Theologie und die Gründung von verschiedenen kirchlichen Gruppierungen hatten für Unruhe gesorgt.

Truppenabzug: Südafrika hat mit dem Abzug seiner restlichen Soldaten aus Angola begonnen. Die Operation soll noch in dieser Woche abgeschlossen werden.

Rugby: Trotz starker Proteste will Neuseelands Rugby-Verband die Nationalmannschaft nach Südafrika schicken. Kritiker hatten argumentiert, dadurch würde die Apartheid-Politik unterstützt. Auch die deutsche Nationalmannschaft plant eine Südafrika-Tour.

Golfkrieg: Nahe dem irakischen Ölterminal Kharg wurde der unbeladene zyprische Supertanker „Kypros" von irakischen Kampfflugzeugen mit einer Exocet-Rakete in Brand geschossen.

Fernsehfrei: Die Niederländer mußten gestern auf Fernsehen und Hörfunk verzichten. Mitarbeiter der Sendeanstalten streikten aus Protest gegen die Ablehnung eines neuen Tarifvertrags, der die Verringerung der Wochenarbeitszeit auf 36 Stunden vorsah. (S. 5)

ZITAT DES TAGES



„Sie haben Anspruch darauf, daß jeder in unserer Gesellschaft Sie als Soldaten respektiert und achtet. Denn unter uns lebt jeder in seiner Freiheit auch auf Ihre Kosten, auf ein Stück Ihres Lebens"

Der Münchner Weihbischof Ernst Tewes bei einem Friedensgottesdienst zu Angehörigen der Bundeswehr FOTO: DPA

WIRTSCHAFT

Konjunktur: In der Diskussion, ob die Bundesrepublik, Großbritannien und Japan ihre Volkswirtschaften nach US-Vorbild durch fiskalpolitische Maßnahmen ankurbeln sollten, erhielt Bundesfinanzminister Stoltenberg Schützenhilfe. Das US-Finanzministerium distanzierte sich von entsprechenden Vorschlägen von Außenminister Shultz und Notenbankchef Volcker. (S. 9)

Rückgang: Das Verhältnis von Kosten und Erlösen hat sich bei den deutschen Reisebüros verschlechtert. Während die Kosten seit 1981 um 12,4 Prozent gestiegen sind, erhöhten sich die Erlöse nur um 9,7 Prozent. (S. 11)

Waffengeschäft: Die französische Rüstungsindustrie hat 1984 mit Exportaufträgen von umgerechnet rund 20 Milliarden DM einen Rekord erzielt. Gegenüber dem Vorjahr haben sich die Aufträge mehr als verdoppelt. (S. 13)

Börse: Die gute Stimmung auf der Hannovermesse übertrug sich auf die Aktienbörse. WELT-Aktienindex 178,6 (178,2). Am Rentenmarkt ergaben sich nur geringfügige Kursveränderungen. BHF-Rentenindex 101,718 (101,737). Performance-Index 101,011 (101,000). Dollar-Mittelkurs 3,0220 (3,0090) Mark. Goldpreis je Feinunze 327,35 (330,50) Dollar.

KULTUR

Ausstellung: Die „Neue Biennale von Paris" will an ruhmreiche Zeiten als Kulturmetropole anknüpfen. Den Etat früherer Ausstellungen hat man mit neun Millionen Mark verzehnfacht. Die gezeigten Kunstwerke erwecken den Eindruck, Inhalt sei durch Größe ersetzt worden. (S. 23)

Korrektur: Die Ausstellung „Indianische Kunst im 20. Jahrhundert" in Frankfurt soll Klischees über das Schaffen von Naturvölkern korrigieren. Die künstlerischen Werke der Indianer sind keine Wiederholung westlicher Kultur, sondern Ausdruck einer eigenen Entwicklung. (S. 23)

SPORT

Olympia: Der Bundesausschuß für Leistungssport hat 14 Leitsätze für die Förderung von Athleten erarbeitet. Vor den nächsten Spielen 1988 sollen die Besten stärker unterstützt werden. (S. 21)

Eishockey: Titelverteidiger UdSSR startete in die Weltmeisterschaft von Prag mit einem hohen Erfolg. Die Sowjets besiegten das Team der USA, Olympiasieger von 1980, mit 11:1.

AUS ALLER WELT

Video-Piraterie: Der bisher größte Schlag gegen das Video-Piratentum ist der Polizei in Düsseldorf gelungen. Mit Herstellung und Verkauf von Raubkopien von populären Filmen soll ein internationaler Fälscherring einen Schaden von rund 50 Millionen Mark verursacht haben. (S. 24)

„Traumschiff": Nur ein Jahr nach dem Erwerb hat die südafrikanische Reederei Safmarine das ehemalige deutsche Kreuzfahrtschiff „Astor" wieder ins Ausland verkauft. (S. 24)

Wetter: Heiter und trocken, 15 bis 18 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Irritationen über Wörner. Was wurde in USA verabredet?

Minister erläutert Verhandlungen zu NIS / Interpretationsfähiges Fernschreiben

RÜDIGER MONIAC, **Bonn**

Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner soll bei den am kommenden Dienstag in Brüssel beginnenden Gesprächen über die Einführung eines Freund-Feind-Erkennungssystems für die Luftverteidigung (NIS) darauf achten, daß die Interessen der Bundesrepulblik Deutschland gewahrt bleiben. Vor dem Hintergrund einer wachsenden Verstimmung im Bundestag über Wörners „Öffentlichkeitsarbeit" und die nur mangelhaft funktionierende *Rüstungskooperation mit den USA* ist der Minister vom Verteidigungsausschuß des Bundestags eine Reihe von Bedingungen für die Verhandlungen in der Allianz mit auf den Weg gegeben worden.

Im Ausschuß hatte Wörner gestern ausführlich über die Vorgeschichte des Streites um das sogenannte NATO-Informationssystem (NIS) und die Absprache mit seinem amerikanischen Amtskollegen Weinberger berichtet.

Mit der Mehrheit der CDU/CSU- und FDP-Abgeordneten beschloß der Verteidigungsausschuß, der Einführung eines Freund-Feind-Kennungssystems für die Bundeswehr nur *zuzustimmen, wenn* 1. den *militärisch*-operativen Erfordernissen der Bundeswehr Rechnung getragen wird; 2. dabei die zivile Luftsicherheit gewährleistet ist; 3. die Mitwirkung der deutschen Industrie sichergestellt ist und 4. an sie angemessene Kompensationsaufträge erteilt werden. Mit diesem Antrag unterstützte der Verteidigungsausschuß die Position Wörners, der in seinen Verhandlungen mit Weinberger ursprünglich versucht hatte, die deutsche Entwicklung für NIS („Capris" von Siemens) durchzusetzen, sich aber schließlich wegen des hartnäckigen Widerstandes aus Washington auf einen vorher in der Regierung nicht abgestimmten Kompromiß eingelassen hatte. Wie bereits berichtet, stimmte Wörner am 1. April im Pentagon der Nutzung des *sogenannten D-Bandes* für NIS zu und handelte sich dafür die Zusage Weinbergers über entsprechende Kompensationen für die deutsche Industrie ein. In der nichtöffentlichen *Sitzung des Verteidigungsausschus*ses erklärte gestern der Generalinspekteur Altenburg den Abgeordneten, er habe noch nie einen Minister in einer Sache so hart gegenüber den USA verhandeln sehen wie Wörner bei NIS. Der General fügte hinzu, nach seinem Urteil sei die jetzt in Washington getroffene Absprache die letzte Möglichkeit für Bonn gewesen, überhaupt noch Zugeständnisse der USA zu erhalten.

Über die Frage, ob Wörner für *Bonn zufriedenstellende Zugeständ*nisse bei Weinberger erzielt habe, bahnte sich dennoch eine politische Auseinandersetzung mit der Bonner Oppostion an. Während für die Koalition die Abgeordneten Biehle (CSU), Wimmer (CDU) und Ronneburger (FDP) dem Verteidigungsminister bestätigten, er habe im Rahmen seiner Möglichkeiten das Beste erreicht, hielt ihm der SPD-Abgeordnete Horn vor, Wörner habe „wie ein Anfänger verhandelt", so daß unklar sei, welche Kompensationen für die deutsche Seite am Ende herauskommen.

In einem zwischen Wörner und

● **Fortsetzung Seite 8**

SEITE 2:
Die Gabe, eine gute Sache schlecht zu verkaufen

Papst trifft frühere „DDR"-Häftlinge

Noch vor Honecker-Visite im Vatikan / Sie erhoffen Unterstützung zur Familienzusammenführung

DW. **Bonn**

Aus dem Vatikan kommen zwei Signale, die als weiterer Beitrag des Papstes zur Menschenrechts-Diskussion gedeutet werden: Eine Botschaft an US-Präsident Reagan zur Unter*stützung einer friedlichen Entwick*lung in Mittelamerika, und die Absicht, ehemalige „DDR"-Häftlinge noch unmittelbar vor dem Besuch Erich Honeckers bei Johannes Paul II. zu empfangen.

WERNER KAHL, **Bonn/Rom**

Papst Johannes Paul II. wird in der kommenden Woche vor der Privataudienz für den „DDR"-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker im Vatikan in einer Pilgergruppen-Audienz mehrere ehemalige politische Häftlinge aus „DDR"-Strafanstalten, deren Kinder in der „DDR" zurückgehalten werden, empfangen. Mütter, die im vergangenen Jahr von der Bundesregierung aus mehrjähriger Haft in Mitteldeutschland freigekauft worden waren, wollen dem Heiligen Vater eine Fürbitte für ihre Kinder unterbreiten. Denn Appelle an Ostberliner Behörden, die Trennung zu beenden, blieben bisher *ohne* Antwort.

Unter den Frauen, die den Papst um Hilfe bei der Familienzusammenführung bitten wollen, sind die 38jährige Jutta Gallus aus Dresden und die 26jährige Beate Hobusch aus Halle (Saale). Wegen des Versuchs, nach vergeblichen Ausreiseanträgen mit ihren Kindern die „DDR" über Osteuropa illegal zu verlassen, war Jutta Gallus zu einer dreijährigen Freiheitsstrafe verurteilt worden. Erst nach dem *Freikauf* durch die Bundesregierung erfuhr sie im April vergangenen Jahres bei der Ankunft im Westen, daß ihr das Erziehungsrecht über ihre *heute* zwölf und 14 Jahre alten Töchter ohne rechtskräftiges Gerichtsverfahren entzogen worden war. Beate und Claudia Gallus wurden während der Haftzeit der Mutter vom Ostberliner Staatsfernsehen für einen Familienfilm, der eine heile sozialistische Welt vorspielt, als Kinderstars eingesetzt. Jutta Gallus hat jetzt beim Obersten Gericht in Ost-Berlin die Kassation des unge*setzlichen Verfahrens* um die Entziehung des Sorgerechts beantragt.

Auf Unterstützung durch die Kirche bei der Familienzusammenführung hofft auch das Ehepaar Hobusch, dessen Tochter nach dem Freikauf der Eltern ebenfalls in der „DDR" zurückbleiben mußte. Den Eltern war wegen eines Briefwechsels mit der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGfM) in Frankfurt am Main über ihre vergeb*lichen* Ausreiseanträge „Spionage" vorgeworfen worden. Das Urteil: Sechs Jahre Zuchthaus! Das Zurückhalten des Kindes begründete der „DDR"-Staatssicherheitsdienst damit, die Eltern könnten ihre Tochter nicht im sozialistischen Geist erziehen. Mit diesem Vorhalt wird auch der inzwischen 16jährige Silvio Schmidt im „DDR"-Erziehungsheim „Nr. 5" in Munzig bei Meißen festgehalten.

Seite 8: Reagan beruft sich auf Papst

Streit um Bitburg: Druck auf Reagan

US-Fernsehen spricht von „Nazi-Friedhof" / Auch amerikanische Veteranen protestieren

Co./wth. **Bonn/Washington**

Nach Ansicht von Bundeskanzler Helmut Kohl sollten die wenigen Waffen-SS-Gräber auf dem Bitburger Soldatenfriedhof nicht als Vorwand dienen, um zu verhindern, daß Präsident Ronald Reagan und Kohl gemeinsam in der Eifelstadt aller Toten des Krieges gedenken. Man sollte nicht vergessen, daß inzwischen auch Söhne und Enkel der Kriegsgefallenen bei der Bundeswehr dienten, hieß es gestern in der Umgebung des Kanzlers. Letzten Endes müsse man sich *fragen, ob* die Deutschen nun Freunde und Verbündete Amerikas seien oder immer noch „alte Nazis" mit minderen Rechten.

Mit diesen Bemerkungen reagierte man auf Bemühungen in Washington, die geplante Kranzniederlegung Reagans auf dem Bitburger Soldatenfriedhof abzusagen. In der Bundeshauptstadt wurde dazu erklärt, die Soldaten, die in Bitburg lägen, seien fast alle zwischen 18 und 19 Jahre alt gewesen und hauptsächlich in den *letzten* Kriegstagen gefallen. In diesem Alter hätten die meisten keine Wahl gehabt, zu welchem Truppenteil sie eingezogen würden.

Die amerikanische Öffentlichkeit, die im Anfangsstadium dieser Kontroverse dieses Thema kaum aufgegriffen hatte, sieht die Sache nunmehr emotionaler, vor allem seit das Fernsehen dieses Thema aufgegriffen hat. So zeigte die Fernsehgesellschaft NBC Bilder vom Soldatenfriedhof in Bitburg mit Gräbern von SS-Soldaten und nannte diesen Friedhof einen „Nazi-Friedhof".

In Washington erklärte Elie Wiesel, der Vorsitzende des „Holocaust Memorial Council" nach einem Gespräch mit Donald Regan, dem Stabschef des Präsidenten, ein Besuch Reagans auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg sei „unannehmbar" und „undenkbar". Wiesel: „Es gibt SS-Gräber auf diesem Friedhof. Die SS ist das Symbol des internationalen Verbrechens gegen das jüdische Volk und gegen die Menschheit." Diesem Protest schloß sich Clarence Bacon, der Kommandeur der Veteranenorganisation „Amerikanische Legion" an.

Trotz dieses Drucks war das Weiße Haus entschlossen, am Besuch des Präsidenten in Bitburg festzuhalten und das Programm durch den Besuch einer KZ-Gedenkstätte zu ergänzen. Eine amerikanische Kommission unter Leitung des Präsidentenberaters Michael Weaver besich*tigte gestern* KZ-Denkmäler und jüdische Friedhöfe in der Bundesrepublik, um einen für den Besuch geeigneten Platz ausfindig zu machen. In Frage kommt nach Bonner Angaben außer den ehemaligen Konzentrationslagern Dachau und Bergen-Belsen auch das einstige KZ Flossenbürg. Dort ist neben anderen Wider*standskämpfern der Bruder des ita*lienischen Staatspräsidenten Pertini begraben. In Regierungskreisen hieß es: „Wir haben keinen Anlaß, die Amerikaner zur Eile zu drängen."

LEITARTIKEL SEITE 2:
Die Deutschen aus Rad
Von Herbert Kremp

Belgien schiebt einen Libyer ab

DW. **Brüssel**

Die belgische Regierung hat beschlossen, einen Libyer, der im April des vergangenen Jahres als Diplomat aus London ausgewiesen worden sein soll und sich seit mehreren Wochen unter anderem Namen als Medizinstudent in Brüssel aufhielt, in sein Heimatland abzuschieben.

Nach Erkenntnissen des britischen Geheimdienstes soll es sich bei dem angeblichen Medizinstudenten Omar Ehmeida, der am Dienstag von der belgischen Polizei festgenommen und zur Abschiebung wieder auf freien Fuß gesetzt worden war, „in Wirklichkeit um einen" Omar Sodani handeln. Dieser habe sich im vergangenen Jahr als Presseattaché in der Diplomatischen Vertretung Libyens in London befunden, als vor dem „Volksbüro" eine britische Polizistin durch Schüsse aus dem Gebäude getötet wurde. Ehmeida hatte Reportern erklärt, er sei Opfer einer Verwechslung.

Moskau spricht von „Sakrileg"

DW. **Moskau**

Das sowjetische Parteiorgan „Prawda" hat gestern die heftige Kritik an der Entscheidung des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan, während seines Staatsbesuchs in der Bundesrepublik Deutschland Anfang Mai zwar einen Soldatenfriedhof in Bitburg zu besuchen, auf einen Besuch in einem ehemaligen KZ aber zu verzichten, fortgesetzt. Reagan habe sich eines „Sakrilegs" schuldig gemacht: „Viele Dinge lassen sich manipulieren, nicht aber die Erinnerung an die Millionen von Menschen, die von den Nazis ermordet wurden", schrieb das Blatt.

Bereits am Dienstag hatte *Moskau* gegen die Besuchspläne Reagans polemisiert. Das Vorhaben, den Bitburger Soldatenfriedhof zu besuchen, zeige, daß das Pentagon es für erforderlich halte, „die Erfahrungen und Traditionen ihrer Vorgängerin, der Hitler-Wehrmacht, zu nutzen".

„US-Manager sind besser"

sbt. **Washington**

Der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt hat auf einer Veranstaltung des Internationalen Wirtschaftsinstituts in Washington deutschen Managern schwache Noten erteilt. „*Sie sind nicht so gut wie amerikani*sche", sagte er in einer Rede vor dem staunenden Publikum, zu dem US-Notenbankchef Paul Volcker, Kon*greßmitglieder* und hohe Beamte der Reagan-Administration gehörten. In den USA würden verantwortliche Manager umfangreiche liquide Mittel *nicht* in Geldmarkttiteln anlegen, sondern für produktive Investitionen verwenden.

Schmidt malte überdies ein düsteres europäisches Konjunkturbild, das weder mit der Lagebeurteilung der Bonner Regierung noch den OECD-Prognosen übereinstimmt. Als größtes Problem der EG nannte er das Fehlen einer gemeinsamen Währung. Die Rolle des Ecu müßte unbedingt erweitert werden.

DER KOMMENTAR

Päpstliche Signale

HEINZ BARTH

Papst Johannes Paul II. ist ein Nachfolger Christi, der ein offenes Wort *noch* nie gescheut hat. Er bestätigte Ronald Reagan, wie dieser, in einer Konferenz über religiöse Freiheiten mitteilte, in einer Botschaft, daß er hinter der bisherigen Mittelamerika-Politik des Präsidenten steht. Der Zeitpunkt, den der Heilige Stuhl für diese überraschend klare Stellungnahme wählte, ist fast noch bedeutsamer als ihr Inhalt. Sie kann nur als Zurechtweisung für den Teil der nordamerikanischen Bischöfe verstanden werden, der es für angebracht hielt, offen gegen die US-Hilfe für die demokratisch gewählte Regierung El Salvadors und die militärische Unterstützung der „Contras" aufzutreten, die ihre Heimat Nicaragua von der Diktatur der roten Comandantes zu befreien suchen.

Nächste Woche steht im amerikanischen Kongreß die entscheidende Abstimmung über die eher bescheidene Waffenhilfe von 14 Millionen Dollar bevor, mit der das Weiße Haus den Freiheitskampf Nicaraguas am Leben erhalten möchte – ein Unternehmen, von dem es abhängt, *ob die Dämme gegen die* von Moskau und Havanna dirigierte Expansion des Kommunismus in der Karibik halten.

Nächste Woche auch wird der polnische Pontifex, der so nah mit den Problemen des Ostblocks vertraut ist, zum ersten Mal einem Staatschef aus dem Warschauer Pakt, dem Genossen Honecker, Audienz gewähren. Bei der *jahrhundertealten* Routine, über die das Protokoll des Vatikans verfügt, ist es schwerlich ein Zufall, daß wenige Stunden zuvor eine Sammel-Audienz für deutsche Pilger angesetzt ist. Zu ihnen gehören Frauen, die aus politischen Gründen in Honeckers Gefängnissen waren, die freigekauft wurden, und deren Kindern von dem SED-Regime seit Jahren die Zusammenführung mit den Eltern im Westen verwehrt wird.

Das sollte dem Papst Gelegenheit geben, den Staatsratsvorsitzenden aufzuklären, was die Katholische Kirche unter Menschenrechten versteht. Sie hat in Lateinamerika und anderswo zuweilen ihre Probleme mit der sogenannten Befreiungs-Theologie. Wenn es Erich Honecker um mehr zu tun ist als die Aufwertung, die er sich von *einer päpstlichen Audienz* verspricht, muß er sich mit den menschlichen Konsequenzen dieses für ihn so ungewöhnlichen Ereignisses vertraut machen. Wichtiger als die Auseinandersetzung mit der Befreiungs-Theorie bleibt für den Papst die Freiheit der Gläubigen.

Nach Kämpfen in Südlibanon tritt Karamé zurück

lim. **Bonn/Beirut**

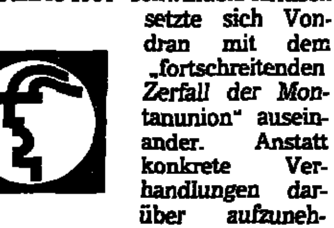
Der libanesische Premierminister Raschid Karamé hat gestern seinen Rücktritt verkündet. In einer Rundfunkansprache begründete er diesen Schritt mit den Kämpfen im Raum der südlibanesischen Stadt Sidon zwischen Einheiten der christlichen „Forces Libanaises" auf der einen und palästinensischen Kampfverbän*den sowie Regierungstruppen auf der* anderen Seite. Nur Israel seien diese Kämpfe nützlich. Er wolle die Kabinettssitzungen solange boykottieren, bis sich die Christen-Milizen aus Sidon zurückgezogen hätten. Diese hatten die Regierung mehrfach vergeblich aufgefordert, die Sicherheit der christlichen Dörfer in dieser Region vor Übergriffen verstärkt einsickernder PLO-Guerrillas und prosyrischer Partisanen zu schützen.

Karamés Rücktritt muß von Staatspräsident Amin Gemayel akzeptiert werden. Karamé war schon einmal zurückgetreten, hatte aber, nachdem Gemayel nicht damit einverstanden war, seine Amtsgeschäfte wieder aufgenommen. Beobachter bringen die offensichtlich um Aufsehen bemühte Demission in Zusammenhang mit den Kämpfen zwischen der schiitischen Amal-Miliz und den sunnitischen Milizionären der von Libyen unterstützten Murabitun-Gruppe. Die Amal, die von Staatsminister Nabih Berri geführt wird, wollte am Dienstagabend die Kommandozentrale der Murabitun schließen. Dabei kam es zu Schußwechseln, die sich im Laufe des gestrigen Tages zu den schwersten Straßenkämpfen in Beirut seit einem Jahr ausweiteten.

Stahlindustrie gegen verdeckte Subventionen

DW. **Bonn**

Gedämpfter Optimismus herrscht *nach der Eröffnung* der Hannover-Messe vor: So beurteilt die deutsche Stahlindustrie nach den verbesserten Ergebnissen 1984 die Aussichten für 1985 wieder vorsichtiger. Ruprecht Vondran, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Wirtschaftsvereinigung der Eisen- und Stahlindustrie, sieht „einige der günstigen Einflüsse des Jahres 1984" schwinden. Kritisch setzte sich Vondran mit dem „fortschreitenden *Zerfall der Mon*tanunion" auseinander. Anstatt konkrete Verhandlungen darüber aufzunehmen, was nach zehnjähriger Anpassungskrise aus sozialen oder regionalen Gründen an öffentlichen Hilfen noch notwendig sei, habe der EG-Ministerrat „abstrakte Regeln" verabschiedet. Sie ermöglichten es einigen Regierungen, die für 1985 genehmigten *Subventionen* (20 Milliarden Mark) doch noch auf mindestens 30 Milliarden Mark aufzustocken.



Kritisch äußerte sich der Paderborner Computerbauer Heinz Nixdorf zum Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland: „Ich möchte in diesem Land kein Architekt sein und auch kein junger Lehrer. Wir zählen zwar noch zu den reichsten Industrienationen, aber bereits in sechs Jahren werden wir rund 40 Prozent weniger Lehrlinge haben, die uns dann nicht *nur als Konsumenten, sondern auch* als Facharbeiter fehlen."

Seite 10: Messe-Berichte

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Die Panzerfähre

Von Rolf Görtz

Die Bonner Regierung hat also im Prinzip nichts gegen den Verkehr einer sowjetischen Eisenbahnfähre von Memel (Klaipeda) in einen unserer Ostseehäfen. Doch da man auch am Rhein einiges über das trojanischen Nilpferd der Roten Armee weiß, glaubt Bonn, dessen Landgang am NATO-Ufer durch ein paar Auflagen erschweren zu können.

So wird nicht Kiel das Ziel der Fähre sein, sondern Travemünde. Auch sollen die Eisenbahnwaggons nicht in Lübeck – gar auf exterritorialem Gebiet –, sondern in Memel von der russischen Breitspur auf die europäische Normalspur umgerüstet werden.

Nun hat der Kreml die Forderung nach einem exterritorialen Gebiet wohl eher als Übermaß eingebracht, um bei Abstrichen überhaupt in Schleswig-Holstein landen zu können. Und für Kiel interessiert sich die sowjetische Heeresführung ohnehin erst in zweiter Linie. Der längst bekannte Stoßkeil der sowjetischen Panzerarmeen richtet sich schließlich auf den Raum Lauenburg, um die Nordflanke mit den Ostseeausgängen vom Mittelabschnitt der NATO abzutrennen. Travemünde soll hier als intaktes Nachschubzentrum die in Mecklenburg möglicherweise unter Feuer liegenden Versorgungshäfen und -straßen ersetzen.

Die der NATO bekannten Blaupausen der sowjetischen Eisenbahnfähren zeigen, daß diese schwerste Panzer befördern können. Damit diese gewiß recht teuren Schiffe nicht auch noch den ohnehin schwer strapazierten Militärhaushalt des Kreml belasten, setzte man auf das Bonner Interesse am Ostwest-Handel. Nicht genug, daß wir das tägliche Landungstraining der Panzerfähren fördern, wir dürfen sie auch noch finanzieren.

Zudem: Bemühte sich die deutsche Außenpolitik um möglichst enge Verbindungen zu den europäischen Satellitenstaaten der Sowjetunion – hier bekommt gerade dieses Vorhaben einen Tiefschlag: Die Fähre umgeht Polen und Mitteldeutschland. Die durchaus intakte Ostwest-Transportstraße namens Elbe bleibt ausgespart. So ist die Fähre geeignet, wieder einmal die Abhängigkeit Mitteldeutschlands, Polens und der CSSR von Moskau zu unterstreichen und zu verstärken.

Grüne Verlustzuweisung

Von Enno v. Loewenstern

Spekulationen über die eigenen Aussichten kurz vor einem Wahltag gehören zu den etablierten Gewohnheiten der etablierten Parteien. Entweder man rühmt sich großartiger Umfrageergebnisse, um Wechselwähler in den Sog der „Schweigespirale" (Elisabeth Noelle-Neumann) auch an der Urne zu ziehen, oder man beklagt das Risiko eines knappen Wahlausgangs, um die Zuhausebleiber zu mobilisieren.

Die Grünen, noch nicht so ganz etabliert, weichen von der Norm ab, indem sie die eigene Lage ebenso überzeugend wie geschäftsschädigend darstellen. In Nordrhein-Westfalen sehen sie sich in Gefahr, unter die Fünfprozentmarke zu rutschen. Dies begründen sie jedoch nicht mit der altvertrauten Warnung vor Apathie im eigenen Lager, sondern mit Hinweisen auf Glanzleistungen im eigenen Lager wie den Winselbrief der beiden Bonner Vorstandsdamen an die „lieben" Mutmaßlichen in Stammheim und den grünen Kampf für ein Grundrecht auf Kinderschändung.

Das ist mehr als Koketterie. Seit der Saarwahl ist der Lack der grünen Unvermeidlichkeit ab. Dabei haben dort diese beiden Spezialprobleme nach allem, was sich ermitteln ließ, keine Rolle gespielt. Vielmehr wurde dort erstmals die Grundfrage geklärt, ob man eine Partei wählen soll, die nur Unfug und Störung, aber prinzipiell keine konstruktive Mitarbeit will.

Bis vor kurzem galt eben dies als der Charme der Grünen bei dem in Verantwortungslosigkeit schwelgenden Bevölkerungsanteil der Wohlstandsrepublik. Nun gibt es erste Anzeichen auch nach den Umfragen in Nordrhein-Westfalen, daß Wertlosigkeit als Wert an sich nicht mehr ein Quorum an der Urne mobilisieren muß. Dies wirkt auf Wähler, die ihre Stimme nicht gern einfach verloren geben; Sympathisantentum für Terrorismus und Päderastie kann den negativen Trend verstärken. Was also jubelnd oder bedauernd als Jahrhundert-Bewegung angesagt war, kann verblüffend schnell wieder welken – so schnell, in der Tat, wie so viele andere angebliche Jahrhundert-Tendenzen der letzten Jahre.

Gambit im Südwesten

Von Monika Germani

Südafrika hat die eben noch dahindämmernde Namibia-Frage und die damit verbundenen Beziehungen zum nördlichen Nachbarn Angola in Bewegung gebracht. Um die eigene Ernsthaftigkeit unter Beweis zu stellen, hat Außenminister Roelof Botha den Abzug aller noch verbliebenen südafrikanischen Truppen aus dem Süden Angolas bekanntgegeben.

Dieser letzte Schritt aus den Beschlüssen der Lusaka-Konferenz im Januar 1984 hat vierzehn Monate gedauert. Damals hieß die Absicht, innerhalb von vier Wochen den letzten südafrikanischen Soldaten abzuziehen. Doch die anhaltenden Swapo-Umtriebe und die Unterstützung, die die angolanischen Fapla-Streitkräfte ihnen gewährten, ließen die Regierung in Pretoria den Abzug hinauszögern. Fast fünfzig Kilometer vor der Grenze kam der Rückzug zum Stillstand.

Südafrika betrachtet den jetzt angekündigten Abzug als ein „kalkuliertes Risiko" (Roelof Botha). Der Oberkommandierende der südafrikanischen Armee, General Geldenhuys, schränkte im Fernsehen ein: Sollte die Swapo neue Grenzüberschreitungen begehen oder in diesem Gebiet militärisch erneut aufrüsten und somit das Leben südafrikanischer Soldaten in Gefahr bringen, behalte sich die Regierung militärische Gegenschläge vor.

Gleichzeitig erwartet Kapstadt als Honorierung seines guten Willens ein Entgegenkommen der Regierung in Luanda über den Abzug der dreißigtausend Kubaner aus Angola, deren Präsenz das einzige Hindernis für eine baldige Lösung in der ehemaligen deutschen Kolonie ist. Beobachter vermuten, daß der überraschende Schachzug eine vorbeugende Maßnahme ist, um die angeblich von Angola geforderte Debatte in der UNO über die anhaltende Besetzung des Gebietes durch Südafrika mattzusetzen.

Beachtung verdient gleichzeitig der zweite Kapstadt-Besuch eines Mitgliedes der Viel-Parteien-Konferenz, die seit November 1983 in Windhuk über eine Verfassung berät. Man erwartet eine baldige Ankündigung von Präsident Botha, ob eine Einigung in dieser Frage unter den verhandelnden Parteien stattgefunden hat.



Wer sagt was? KLAUS BÖHLE

Die Deutschen ans Rad

Von Herbert Kremp

Es ist nicht uninteressant, zu beobachten, wieviel Systematik hinter dem Versuch steht, den Besuch des amerikanischen Präsidenten in der Bundesrepublik von vornherein zu entwerten. Schon vor der erregten Debatte um das Programm der Visite war der Grund deutlich erkennbar: Reagan möchte den Staatsbesuch, der den Wirtschafts-Gipfel umrahmt, dazu benutzen, dem wichtigen deutschen Verbündeten die Achtung zu erweisen, die demokratische, spezifisch westliche Leistung dieses Staates in der Nachkriegszeit hervorzuheben und den Mut zur gemeinsamen Zukunft zu stärken. Er verfolgt damit konsequent eine Politik, der Moskau seinen ganzen Weltmacht- und Propagandaeinfluß entgegensetzt.

Die Sowjetunion steht nicht allein. Sie kann in der Bundesrepublik mit einer anti-amerikanischen, im Kern anti-westlichen Strömung rechnen, die ihre Kraft nicht aus der Mehrheit, sondern aus der medialen Multiplikation bezieht, nicht aus dem Verstand, sondern aus parteipolitischen Mißgefühlen, nicht aus der historischen und weltpolitischen Analyse, sondern aus einer teils ideologisch, teils irrational gespeisten Geschichtsphilosophie. Man kann diese „Philosophie" definieren: Die Deutschen (natürlich die im Westen des Landes) sollen aus der westlich-demokratischen Entwicklung ausscheren; sie sollen in die Büßerhaltung zurückfinden, aus der sie auf den dreisten Wegen der Wirtschaftsleistung, des Bündnisses und der freien Verfassung entwichen sind. Die Moral, die dafür beansprucht wird, begünstigt an strategischer Stelle die Interessen Moskaus. Revanchistisch oder gar faschistisch soll heißen, wer die vierzig Jahre, die uns von Hitler trennen, nicht schleunigst als Zeit der Irrungen erkennt.

Das ist die Ausgangslage, das sind die beiden Geschichtsbilder, denen sich die Bürger konfrontiert sehen. Die Tagespolitik macht sie greifbar. Wenn die Bundesregierung auf dem Hambacher Schloß eine Begegnung zwischen dem amerikanischen Präsidenten und jungen Deutschen ins Auge faßt, wird unverzüglich eine Gegen-Demonstration angekündigt. Die Kontroverse gilt der gegenwartsbezogenen Ausdeutung des Hambacher Festes vom Mai 1832, bei dem sich in der Folge der Juli-Revolution von 1830 eine nationale und konstitutionelle Volksbewegung Luft machte. An ihr beteiligten sich akademische Jugend, Bürgertum und Handwerk. Sie wandten sich gegen das Metternichsche System und folgten mithin Grundgedanken, die im Verlauf der Geschichte (und ihrer Brüche) in die realisierten westlichen Verfassungen einschließlich des Grundgesetzes eingegangen sind. Der reale Sozialismus von heute entspricht demgegenüber, soweit Parallelen erlaubt sind, eher dem Unterdrückungsmechanismus der Restaurations-Ära. Die Gegen-Demonstranten behaupten jedoch das Gegenteil und bezichtigen Reagan und seine Politik der „Restauration".

Ein anderes Beispiel aus der Tagespolitik liefert die Diskussion um einen Besuch Reagans auf dem deutschen Soldatenfriedhof von Bitburg. Der Bundeskanzler geht dabei von der Vorstellung aus, daß nach dem besiegelnden Händedruck mit Mitterrand auf dem Douaumont (dort liegen jedoch Gefallene des Ersten Weltkrieges) ein ähnlicher zeremonieller Akt mit dem amerikanischen Präsidenten folgen sollte. Nicht zum Zweck der Versöhnung, sondern als Demonstration einer gemeinsamen Zukunft an erinnerungsträchtigem Ort. Die Gegner dieser Vorstellung von Geschichte versammeln sich sofort zum Chor. Sie wollen die Deutschen – restaurativ – an das Rad des Krieges binden, sie nicht in die hoffnungsvolle Aussicht entlassen, die sich vierzig Jahre danach für sie eröffnet. Das Rad soll zurück-, nicht nach vorn gedreht werden. Man beschwört zu diesem Zweck die „Raketen-Politik" Reagans und den teutonischen Kohl, der über die Geschichte „hinwegtrampelt". Zünftig stimmt die „Prawda" ein und enthüllt das Medusenhaupt der NATO, der Bundeswehr und ihres angeblichen Vorbildes, der männermordenden Wehrmacht. Die Entnazifizierung von Gräbern wird geübt.



Der Zukunft zugewandt: Präsident Reagan FOTO: DPA

Das dritte, wahrscheinlich wichtigste tagespolitische Beispiel ist die mangelnde Fähigkeit der westlichen Seite, auf die politisch gezielte Geschichts-Kampagne Moskaus aus Anlaß der 40. Wiederkehr der deutschen Kapitulation treffend zu reagieren. Die Darstellung der westlichen Interessen gegenüber einer weltweiten Öffentlichkeit hätte einer klaren, umsichtigen und entschlossenen Strategie bedurft, die deutlich zu machen versteht, daß es bei der dramatischen Betonung ausgerechnet dieses unüblichen Jahresdatums nicht um die Moral der Geschichte, sondern um ein grobes sowjetisches Interesse geht.

Das Hin und Her um das Besuchsprogramm Reagans hat der gegnerischen Seite taktische Vorteile verschafft. Der Kanzler hatte dem Präsidenten (das besagt wenigstens ein jetzt teilweise veröffentlichter Brief) ursprünglich den Besuch Dachaus vorgeschlagen. Daraus entstand jedoch eine geschwätzige Verwirrung, die den Darstellungskünstlern der Gegenseite die Gelegenheit verschaffte, am Ende Kohl und Reagan zusammen als „Geschichtstrampel" zu kennzeichnen. Verkehrter hätte es nicht gehen können. So kam es zu dem Eindruck, daß der demokratische Westen sich seines Geschichtsbildes weniger sicher sei als die Anti-Mächte ihrer Deformation und Desinformation. Das hätte vermieden werden können.

IM GESPRÄCH Chr. Mallaby

Frau Thatchers Berater

Von Bernt Conrad

Großbritanniens Regierungschefin Margaret Thatcher wird künftig in außen- und sicherheitspolitischen Fragen von einem Mann beraten werden, der nicht nur zu den hellsten Köpfen unter den jüngeren Diplomaten Englands gehört, sondern der sich auch seit drei Jahrzehnten mit der Bundesrepublik Deutschland – „unserem wichtigsten Partner in Europa" – persönlich verbunden fühlt.

Als Unterleutnant der britischen Besatzungstruppen war Christopher Mallaby 1955 für dieses Faible noch getadelt worden, weil er trotz Sicherheitsbestimmungen bei einem Deutschen Deutschunterricht nahm. 1958 verbreiterte der damalige Cambridge-Student seine Landeskenntnisse auf ungewöhnliche Weise, indem er bei der Kölner Kreissparkasse in den Semesterferien Geldtransporte bewachte.

Acht Jahre später diente Mallaby, inzwischen Beamter des Foreign Office mit ersten Moskauer Erfahrungen, der britischen Militärregierung in Berlin als Verbindungsoffizier zum Senat und als Pressesprecher. Nach weiteren drei Jahren an der Botschaft in Moskau und vielfältigen Aufgaben in der Londoner Zentrale (Südeuropa, Rüstungskontrolle, Osteuropa, Planungsstab) kam er schließlich 1982 als Gesandter nach Bonn.

Hier erwarb sich der hochgewachsene Bilderbuchdiplomat, der am Wochende den eleganten Zweireiher abzulegen und an der Ahr Forellen zu angeln pflegte, Respekt und Freundschaft. Schon in Berlin hatte Mallaby trotz APO-Unruhen und düsterer Prophezeiungen auf die Stabilität der jungen deutschen Demokratie gebaut. Nun fühlte er sich durch die von Nachrüstungsdebatte und Arbeitslosigkeit ungefährdete politische Entwicklung in seiner Zuversicht bestätigt. Für Mallabys Gesprächspartner in der Bundesregierung hatte sein Urteil besonderes Gewicht, weil er stets den Bogen zu den Realitäten in der



Deutschland-Fan in der Zentrale: Mallaby. FOTO: SVEN SIMON

Sowjetunion schlagen konnte. Seine Kollegen waren kaum überrascht, als sie erfuhren, daß der Achtundvierzigjährige, der in der Falklandkrise bemerkenswerte Fähigkeiten des Krisenmanagements bewiesen hatte, als Abteilungsleiter für Außen- und Sicherheitspolitik ins Londoner Cabinet Office berufen wurde. Frau Thatcher wird von seinen Kenntnissen – Mallaby spricht perfekt Russisch, Deutsch und Französisch und beherrscht die Ost-West-Problematik, einschließlich der Rüstungskontrollpolitik, bis ins Detail – ebenso profitieren wie von seiner Gewandtheit, seinen analytischen Fähigkeiten und seiner Verbindung zum Partner in Bonn.

Trotz der „aufregenden neuen Aufgabe" aber haben Mallaby und seine französische Ehefrau Pascale die Bundeshauptstadt gestern mit „gemischten Gefühlen" verlassen. „Denn wer es hier am Rhein langweilig findet, ist selbst langweilig", stellte der Deutschland-Fan fest, dem Bonn mit seiner idyllischen Umgebung ebenso ans Herz gewachsen ist wie die pulsierende Großstadt Berlin. Schon dies wird ihn veranlassen, von der Downing Street aus öfter an die Bundesrepublik zu denken.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BERLINER MORGENPOST

Zum Lärm um den 8. Mai 1945 bemerkt die Zeitung:

Manchmal kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, als werde der Westen von einer Papageien-Gesellschaft bevölkert. Man plappert nach, ohne zu bedenken, wen man nachäfft. Den 10., 25. und 30. Jahrestag des Kriegsendes begingen die Deutschen in angemessener Weise. Kaum jemand bedenkt heute, warum uns ausgerechnet der 40. Jahrestag in bizarre Aufgeregtheit treibt. Es ist nämlich eine geschickt angelegte agitatorische Strategie des Ostens, die uns eine Diskussion darüber suggeriert hat, ob wir den 8. Mai 1945 gefälligst als Tag der Befreiung oder als Tag der Trauer zu werten haben. Die sozialistischen Ohrenbläser liefern die Benotung natürlich frei Haus mit. Wer mit dem 8. Mai auch Trauer verbindet, ist ein Faschist und aktiviert, wie eine sowjetische Armeezeitung gestern behauptete, neonazistische Auftriebe. In Moskau und in Ost-Berlin wird man sich die Hände reiben, wie sich die Mai-Bewegten in Bonn gegenseitig Watschen verabfolgen.

LE MATIN

Zum Streit über das Besuchsprogramm von Präsident Ronald Reagan am 8. Mai schreibt die Pariser Zeitung:

Europa bleibt für die Amerikaner ein komplizierter Kontinent, vor allem wenn es darum geht, Zeichen der Freundschaft und der geschichtlichen Erinnerung zu versöhnen. Wie soll man den Deutschen beweisen, daß man sie als treue Freunde achtet, mit denen man selbst an einem Tag in die Zukunft blicken will, an dem es nötig ist, sich der Ausschreitungen und Verbrechen des früheren Deutschland, der Niederlage des Dritten Reiches zu erinnern?



NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Zur Ostseefähre nennt das Blatt einige Bedenken:

Vor allem gilt dies für die Plazierung einer Umspurstation, die den Wechsel der Eisenbahnwagen von europäischer Normal- auf sowjetische Breitspur besorgen muß. Eine solche Station ist nicht ohne größeren Personalaufwand zu betreiben, und von einer ähnlichen sowjetischen Anlage in Antwerpen weiß man, daß sie zu einem veritablen Spionagezentrum ausgebaut wurde.

Saarbrücker Zeitung

Zu Wörner heißt es hier:

Bundesverteidigungsminister Wörner hat einen schweren Stand, nicht nur bei seinen politischen Gegnern. Auch seine Freunde reagierten gereizt, als sie lasen, der Minister sei im Streit um das Freund-Feind-Erkennungssystem vor Caspar Weinberger in die Knie gegangen. Dabei ist dieser Vorwurf falsch. Die USA wollten das deutsche Gerät so wenig kaufen, wie sie sich früher zum Kauf – auch überlegener – deutscher Waffentechnologie bereit gefunden haben, und kein Bundesminister kann sie dazu prügeln. Dennoch ist Wörner an dieser für ihn äußerst schädlichen Debatte nicht schuldlos. Wieder einmal haben er und seine Mitarbeiter die Sensibilität der Öffentlichkeit unterschätzt.

Die Gabe, eine gute Sache schlecht zu verkaufen

SDI und die Funkerkennung als Beispiele / Von Thomas Kielinger

Wenn öffentliche Debatten um politisch anspruchsvolle Stoffe nicht zur Klarheit, sondern zur Konfusion beitragen, muß das nicht nur an ihrer Komplexität liegen. Nur zu oft trägt die politische Führung Schuld – wenn sie sich mit länger werdender Debatte in Ungereimtheiten, Widersprüche und definitorischer Unklarheit verrennt.

Heute hat die Regierung die Gelegenheit, in einer zentralen Frage unserer Sicherheit, der „Strategischen Verteidigungsinitiative" (SDI), im Bundestag ein deutliches Wort anzubringen. Der Kanzler wird nach aller bisherigen Erfahrung gut auftreten und die Wünschbarkeit europäischer Beteiligung an der SDI-Forschung klar vertreten, mit allen dazugehörenden Rahmenbedingungen. Doch wie lange wird diese schwererkämpfte Deutlichkeit anhalten?

Immerhin liegt die Initialrede Reagans zum SDI-Thema inzwischen fünfundzwanzig Monate zurück. Tatsache ist, so unglaublich dies klingt, daß man in Bonn lange Zeit nicht begriffen hat oder nicht begreifen wollte, daß da vom Präsidenten nicht nur so mal eine neue Idee vorgetragen, sondern ein konkreter Auftrag an die amerikanische Forschung und Industrie formuliert wurde, die Möglichkeiten strategischer Abwehr ernsthaft zu erkunden. Heute heißt es: warum hat uns niemand gesagt, wie ernst das ist? Es ist eben so: Ein europäischer und speziell deutscher Mehltau legt sich nur zu oft auf die Eruptionen des Neuen und verführt dazu, dieses Neue erst einmal aus dem Horizont zu verbannen. So trifft die sich entfaltende öffentliche Debatte auf eine nur schlecht eingestimmte politische Führung.

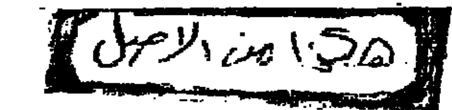
Ein ähnliches Phänomen hat jetzt Verteidigungsminister Wörner ereilt, aus ähnlichen Gründen. Ihm hat es in der Frage des Freund-Feind-Erkennungssystem (IFF) für die Flugabwehr der NATO nicht an Klarheit der Analyse gefehlt. Ihm fehlte etwas anderes: Die Umsicht, diese Analyse richtig und rechtzeitig an die eigene Regierung und die eigene Partei weiterzuleiten.

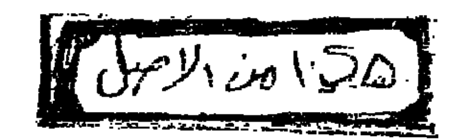
Dabei liegt das, was Wörner jetzt als Entscheidung zu vertreten hat, seit langem auf dem Tisch. Seit dem 4. Dezember 1984 und einer sehr harten Auseinandersetzung zwischen Wörner und seinem US-Gegenüber Caspar Weinberger in Brüssel ist das deutsche IFF-System („Capris") verloren gewesen, trotz seiner überlegenen technischen Eigenschaften. Entscheidend war, daß die europäischen Partner in der NATO nicht mitzogen und die USA die Kosten einer weltweiten Umrüstung ihrer Luftflotte ablehnten. Haben Regierung und die Spitzen der Fraktion von dieser Wende der Dinge rechtzeitig erfahren? Nein. Wozu ist das Kanzleramt da – daß die Ministerien ihm wichtige Informationen vorenthalten?

Dann der 1. April in Washington – Wörner und Weinberger einigen sich auf den unvermeidbaren Kompromiß, der sich, wie geagt, seit Dezember abzeichnete: Entscheidung für ein amerikanisches System im umstrittenen D-Frequenzband, aber noch nicht für welches System. Der Minister behält sich zudem vor, die endgültige Entscheidung von angemessener deutscher Kompensation und Berücksichtigung deutscher Flugsicherheitsinteressen abhängig zu machen. Haben die Bonner Kanäle davon rechtzeitig erfahren? Nein. Hat der Minister auf seiner Pressekonferenz am 10. April die schlichten Tatsachen der Washingtoner Absprache handlich und prägnant ans Volk zu bringen verstanden? Nein. Hat der Minister verstanden, rechtzeitig den scheinbaren Widerspruch zwischen seinem „volle Berücksichtigung" (der deutschen Interessen) und Caspar Weinbergers Formulierung „to mitigate" (etwaige nachteilige Auswirkungen auf die deutsche Industrie) aufzulösen? Auch nicht.

Das alles entschuldigt jedoch nicht, was wir nun erleben: Den Versuch der Demontage eines sachkompetenten Ministers, den ein Freund freilich einen „begabten Unglücksraben" nennt. Der CSU-Abgeordnete Riedl geht an eine Tageszeitung und moniert „Diskrepanzen" zwischen Wörners Washingtoner und Bonner Aussagen. Anschließend sitzt dieser Abgeordnete in der Fraktion, läßt Wörner vortragen – und sagt kein Wort des Widerspruchs oder des Zweifels oder gar des Hinweises, daß er seinem Minister für morgen früh eine Überraschung bereitet habe. So etwas ist selbst in der Union noch nicht oft vorgekommen. Das Fraktionslager schließlich untergräbt Wörners Autorität weiter, indem es im Verteidigungsausschuß vier Bedingungen als Marschroute der kommenden Verhandlungen mit den USA niederlegt und damit den fatalen öffentlichen Eindruck erweckt, Wörner habe die deutschen Interessen nicht genügend vertreten und er müsse jetzt endlich an die Kandare genommen werden.

Wie lange kann eine Regierung von ihren politischen Leistungen leben, wenn sie diese Leistungen so glanzvoll unter Wert verkauft?





Die Macht des Königs basiert auf seiner Beliebtheit im Volk

Er ist König, aber er ist auch Verfechter der Demokratie, Ratgeber streitender Parteien und Garant wirtschaftlicher Stabilität. Die Beisetzung einer ehemaligen Königin zeigte auch, wie beliebt König Bhumipol von Thailand ist.

Von CHRISTEL PILZ

Ein drückend schwüler Tag in Bangkok, wie er typisch ist im Monat April, ehe im Mai die Zeit des Regens einsetzt. Normalerweise wären die meisten Thais in ihren Häusern geblieben, in ihren Büros oder Geschäften, auf jeden Fall in der Nähe kühlender Klimaanlagen.

Doch der 9. April war ein besonderer Tag. Hofastrologen hatten ihn als Datum für das prunkvolle Begräbnis von Königin Rambhai bestimmt, gefolgt von weiteren vier Tagen der Trauer.

Hunderttausende säumten die Straßen um den alten Palast, da wo Bangkok seine 203 Jahre alten Wurzeln als Königsstadt hat. Viele waren aus den Provinzen gekommen. Stundenlang standen sie unter stechender Sonne, um der Verstorbenen ihren Respekt zu beweisen: der Witwe von König Rama VII., dem letzten König der absoluten Monarchie.

Verständnisvoll lächelnd hatte Königin Rambhai an der Seite ihres Mannes gestanden, als 1932 eine Gruppe von Jungtürken gegen die absolute Macht des Königs putschte und Thailand als konstitutionelle Monarchie ausrief. Rama VII. hätte sich wehren können, doch er beugte sich dem Zeitgeist, der in Richtung Demokratie lief, und er gab dem Volk seine erste Verfassung.

Drei Jahre später dankte er ab. Er zog nach England, wo er auch starb. Nach Kriegsende kehrte Königin Rambhai nach Thailand zurück, mit der Urne ihres Gatten im Gepäck.

König Rama VII. war vor allem deshalb ein großer König gewesen, weil er den Thais die Monarchie erhalten hat. Was wäre Thailand ohne König? Eine Frage, die jeden Thai in schieres Entsetzen versetzt. König Bhumipol, der der neunte Rama in der Dynastie der Chakris ist, hat so viele Staatsstreiche und Regierungswechsel durchlebt, daß selbst Experten nachlesen müssen, um alle aufzuzählen.

Man schlug sich, man stritt sich, man versöhnte sich, stets in der beruhigenden Gewißheit, daß, wenn eine Situation besonders kritisch wird, als letzte Instanz der König da ist. Man konnte ihn fragen, es sei denn, er hatte selbst etwas zu sagen. Das tat er dann und wann. Selten, aber mit entscheidender Bestimmtheit, zum letzten Mal 1981, als eine Gruppe jüngerer Offiziere einen Putsch gegen die parlamentarische Demokratie versuchte. Der König war für die Erhaltung der Demokratie. Das war das Ende des Putsches und die Fortsetzung der Regierung unter Premierminister Prem Tinsulanond, der mit stiller, aber fester Hand die Demokratie stabilisierte und der Wirtschaft damit zu neuem Aufschwung verhalf. Heute ist Thailand das sich am schnellsten entwickelnde Land in der südostasiatischen Region.

Daß der König eine solch stabilisierende Rolle im Schicksal seines Volkes spielt, ist keineswegs selbstverständlich. Zwar ist er Staatsoberhaupt, Oberhaupt der Buddhistischen Kirche und Oberkommandierender der Streitkräfte, aber all diese Titel haben nur zeremoniellen Charakter. Sie geben keine Macht.

Die Macht, die er hat, basiert auf der Kraft seiner Persönlichkeit. Der König achtet den kleinen Mann ebenso wie die Mitglieder der Elite, er kümmert sich in ständigen Reisen durch die Provinzen persönlich um Fortschritt und das Leben in den Dörfern. Seit 1967 hat er Thailand nicht mehr verlassen. Als Prediger nationaler Einheit und Gemeinsamkeit wurde König Bhumipol zum Vater aller Thais und zum Vorbild für alte Sitten und Traditionen, die diesem Volk von 51 Millionen innere Stärke und Selbstsicherheit auf seinem Weg zu einer modernen Gesellschaft geben.

Schon in den Kindergärten lernen die Kleinen den Umgang mit Computern, sie lernen aber auch, Respekt vor dem Alter zu zeigen, Mönche zu verehren, vor ihnen auf dem Boden zu knieen, ihnen frühmorgens Reis und Gemüse in ihre Schalen zu geben. So war das königliche Begräbnis mehr als ein Trauertag. Es war ein nationales Ereignis, zu dem die Thais in ihr Inneres blickten, Fremdes und Westliches abstreiften und sich in eine längst vergangene Zeit zurückbegaben, die auf einmal konkrete Gegenwart war.

216 Soldaten in scharlachroten Anzügen und Kapuzen zogen den „Triumphwagen des großen Sieges", ein aus Holz geschnitztes Throngefährt, auf dessen höchster Terrasse sich die goldene Urne mit der Asche der Königin befand. Soldaten in blauen Jakken rührten die Trommeln. Dumpfe klagende Laute. Jede Minute donnerte ein Kanonenschuß als Salut zum letzten Geleit.

Ein Jahr lang hatte die Urne mit der Toten in der Thronhalle des alten Palastes gestanden. Hinter dem Triumphwagen führte der einzige Sohn des Königs, Kronprinz Vajiralongkorn (33), das Trauergeleit von Mitgliedern der königlichen Familie, des Kabinetts, der Streitkräfte, des Parlaments, der Wirtschaft, der Universitäten und Schulen an.

Die Männer in weißen Uniformen mit schwarzen Armbinden, die Frauen in langen Kleidern, alle in Schwarz. Langsam, verhaltenen Schritts, bewegte sich die Prozession an den weißen Mauern des alten Palastes vorbei, Oberhaupt der Buddhistischen Kirche und Oberkommandierender Uortsei zum offenen Platz des „Sanam Luang", wo der Totentempel zur Einäscherung stand, ein Kunstwerk traditioneller Thaiarchitektur aus goldbemaltem Holz, mit vier Flügeln nach Norden, Süden, Westen und Osten, von denen Stufen zum Urnenstand ins rechteckige Tempelinnere führten. Von hier übernahm der König das Trauergeleit zur dreimaligen Umrundung des Tempels Chens.

Dann halfen der König und Königin Sirikit der betagten Königsmutter beim Besteigen der Tempelstufen. Mönche murmelten Worte des Segens. Noch mußte das letzte Gebet warten, denn jeder Thai sollte noch einmal die Möglichkeit zum endgültigen Abschied haben. Ein endloser Menschenstrom zog über die Stufen, bis die Sonne versank und Lichter den Tempel bestrahlten. Es war kurz vor Mitternacht, als König Bhumipol das Feuer zündete, das nach brahmanisch-buddhistischem Glauben die Seele aus dem Körper für den Eintritt in eine höhere Welt befreit.

Sieben Monate hatten Hunderte von Menschen für dieses Zeremoniell gearbeitet. Die Kosten werden auf fünfzig Millionen Baht geschätzt, etwa viereinhalb Millionen Mark. Doch niemand klagte. Für die Thais war es ein Volkserlebnis; es bestätigte ihren Stolz auf sich selbst.



Ein Königspaar unterwegs: Ständig reisen König Bhumipol und seine Gattin Königin Sirikit durch die Provinzen des Landes. Persönlich kümmern sie sich um Fortschritte in den thailändischen Dörfern. FOTO: SVEN SIMON







Zwei Brüder, zwei Anführer eines zerstrittenen Familien-Clans: Claudius (links) und Justus Dornier. FOTO: DPA/DW

Turbulenzen gefährden auch Dorniers

Der Familienstreit bei der Firma Dornier schwelt weiter. Ob es Ministerpräsident Späth gelingt, ihn zu ersticken oder ob Gerichte neu auflodernde Flammen löschen müssen, bleibt ungewiß. Sicher scheint nur eins: Ohne Hilfe von außen gibt es keinen Weg aus den schweren Turbulenzen.

Von WERNER NEITZEL

In der Zwistigkeiten-Burleske in und um den Luft- und Raumfahrtkonzern Dornier, die sich schon seit Monaten hinzieht, gibt es ein weiteres Kapitel: Die am 9. Februar dieses Jahres ihrer Ämter enthobenen Topmanager Manfred Fischer und Karl-Wilhelm Schäfer erschienen am Mittwoch morgen wieder an ihren Arbeitsplätzen in München bzw. Friedrichshafen. Ermöglicht hat ihnen dies eine vom Oberlandesgericht Stuttgart erlassene einstweilige Verfügung.

Anstelle von Fischer war in der Zwischenzeit Rainer Hainich zum neuen Vorstandssprecher ernannt worden. Dornier-Aufsichtsratsvorsitzender Hans Otto Thierbach, dessen Abberufung von der Arbeitnehmerseite im Aufsichtsrat gefordert wird, hat inzwischen für kommenden Dienstag zu einer außerordentlichen Aufsichtsratssitzung eingeladen. Auf der Tagesordnung stehen Vorstandsangelegenheiten, aber auch das Thema Anteilsverkäufe soll erörtert werden.

Unterdessen ist um die aller Voraussicht nach bevorstehende Neuordnung der Gesellschafterstruktur beim bisher reinrassigen Familienunternehmen Dornier ein regelrechtes Wettrennen im Gange. Mannesmann-Chef Franz Josef Weisweiler nutzte seinen Auftritt auf der Hannover-Messe, um offiziell das Interesse des Düsseldorfer Konzerns an einem Einstieg in das durch Gesellschafter-Rangeleien in Turbulenzen geratene Luft- und Raumfahrtunternehmen kundzutun. Verhandelt werde schon seit gut einer Woche.

Alle Anstrengungen, eine „baden-württembergische Lösung" für den Dornier-Konzern, der in Werken im Großraum München und am Bodensee insgesamt über 9000 Mitarbeiter beschäftigt und 1,5 Milliarden DM umsetzt, zu bewerkstelligen, unternimmt der um sein im „Ländle" vorhandenes und auszubauendes Technologie-Potential bemühte Ministerpräsident Lothar Späth. Er läßt es sich nicht nehmen, als Moderator zwischen Dornier-Familienmitgliedern und dem gleichfalls an einem Engagement bei Dornier interessierten Stuttgarter Automobilkonzern Daimler-Benz zu fungieren.

Wichtiger Teilnehmer an diesen Gesprächen, die am kommenden Montag weitergeführt und dann möglicherweise zu einer Entscheidung gebracht werden, ist nicht zuletzt auch der Stuttgarter Rechtsanwalt Hans Thümmel. Er wurde erst dieser Tage durch das Stuttgarter Landgericht (nach Beschwerde eines Teils der Gründerfamilie) als Testamentsvollstrecker für 27,8 Prozent Anteile der verstorbenen Gründerwitwe Anna Dornier bestätigt, was wohl auch Bewegung in die Verkaufsabsichten der Erben brachte.

Wer von den untereinander zerstrittenen Familiengesellschaftern – auf der einen Seite stehen die Brüder Claudius, Silvius und Peter Dornier, auf der anderen Justus, Christoph und Ellen (Witwe des verstorbenen Donatus) Dornier – zu welchen Lösungen neigt und letztlich verkauft, ist nach außen hin weitgehend unklar. Feststehen dürfte bislang wohl nur, daß einige von ihnen einen Preispoker mit den verschiedenen Interessenten recht gern mitmachen.

Bekannt ist, daß sich der Senior der „Friedrichshafener Geschwister-Gruppe", der 70jährige Claudius Dornier, mit einem eigenen Projekt selbständig machen möchte. Ihm schwebt vor, unter dem Namen „Seastar" (Seestern) ein Amphibienflugzeug zu bauen, das, auf neun Passagiere und eineinhalb Tonnen Fracht zugeschnitten, äußerst vielseitig in seinen Start- und Landemöglichkeiten wäre. Um ein solches Projekt zu verwirklichen, käme ihm sicherlich ein Anteilsverkauf aus seinem Erbe zustatten.

Heftig wurden die Streitigkeiten im Hause Dornier, als der 48jährige Justus Dornier, der die bei den Eidgenossen wohnende „Schweizer Familien-Fraktion" anführt, im Herbst vergangenen Jahres gegen den Willen der „Claudius-Gruppe" den früheren Bertelsmann-Manager Manfred Fischer als neuen Chef zu Dornier holte. Schon bald aber sollte sich die ursprüngliche Konstellation gründlich ändern.

Fischer machte Front gegenüber Justus Dorniers Versuchen, immer mehr in das Management hineinzuregieren. Unter anderem wehrte er sich dagegen, ohne eine entsprechende Untersuchung rund 600 Technikern und Ingenieuren aus dem Entwicklungsbereich den Laufpaß zu geben.

Zugespitzt hatten sich dann die fortlaufenden Querelen, als Fischer und seinem Vorstandskollegen Karl-Wilhelm Schäfer „aus wichtigem Grund" fristlos gekündigt wurde. Dagegen wurde dann (mit vorläufigem Erfolg bis zum Beginn der Hauptverhandlung) von den Betroffenen und den Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat, die sich bei jener Entscheidung übergangen sahen, geklagt. Alles in allem sind gut ein Dutzend Klagen anhängig.

Zwar ist von Unternehmensseite immer wieder betont worden, daß die wirtschaftliche Situation durch jene Streitereien nicht berührt sei, wie die gute Beschäftigungslage zeige. Immerhin gibt es aber eine Resolution der Belegschaft, in der es heißt, sie sei darüber bestürzt, „daß die offen zutage tretenden Familienstreitigkeiten ein solches Maß erreicht haben, daß in der Öffentlichkeit und bei den Auftraggebern der Eindruck entstehen muß, dieses Unternehmen sei nicht mehr solide geführt".

Von Firmengründer Claude Dornier, dem im Jahre 1969 verstorbenen legendären Flugzeugpionier, stammt der Ausspruch: „Nicht das Geldkapital bestimmt den Inhalt und Wert eines Unternehmens, sondern der Geist." Er hat wohl nicht daran gedacht, daß diese von ihm vorgegebene Leitlinie von seinen Erben so gründlich mißachtet werden würde.

Begonnen hatte das Lebenswerk des vor hundert Jahren in Kempten im Allgäu geborenen Claude Dornier praktisch im Jahre 1908, als der junge Diplomingenieur seinen ersten Flugzeugentwurf fertigte. Schon bald wurde der Luftschiffbauer Graf Zeppelin auf Dornier aufmerksam und holte ihn in seine Dienste. Aus einer ihm übertragenen Abteilung entwickelte er Zug um Zug ein Unternehmen, dessen Anteile 1932 komplett an ihn übergingen. Als Vorläufer für die heutigen Großflugzeuge ist die von ihm gebaute „Do X" einzustufen, die an Bord 170 Personen Platz bot. Basis für seine Konstruktionen waren die „Wal-Flugboote", die den Namen Dornier in aller Welt bekannt machten. Im Krieg bauten die Dornier-Werke mit der „Do 335" den schnellsten serienmäßigen Propellerjäger der Welt.

Nach Zerstörung und Enteignung der Werke begann Dornier 1950 mit der neugegründeten Lindauer Dornier GmbH auf dem Sektor der Herstellung von Webmaschinen. Nach und nach beschreitet er – nachdem dies gestattet war – auch wieder das Feld der Flugzeugtechnik. Längst ist der inzwischen entstandene Dornier-Konzern über den Bereich der Luftfahrt hinausgegangen. Man beteiligt sich auch an Projekten der Raumfahrt und ist auf vielen Gebieten fortschrittlicher Technologien tätig.

Daß dieses Potential sehr gut mit dem Programm und dem kapitalkräftigen Fundus der Daimler-Benz AG zusammenpassen könnte, das ist nicht zuletzt auch die Meinung auf der Arbeitnehmerseite bei Dornier. Betriebsratsvorsitzender Oscar Pauli („die beiden Familiengesellschafter-Gruppen haben Verschleißerscheinungen") ist zuversichtlich, daß eine Lösung in dieser Richtung gefunden wird. Bekanntlich hat die Daimler-Benz AG, die auf eine Mehrheitsbeteiligung abzielt bzw. im Falle einer Minderheitsbeteiligung die industrielle Führung beansprucht, erst unlängst den Großdieselmotoren- und Turbinenbauer MTU komplett übernommen.

Vom Jet bis zum Webstuhl

Schon früh hat sich der Dornier-Konzern, dessen legendäres Flugboot „Wal" dem Unternehmen weltweite Reputation verschuf und der inzwischen an wichtigen Projekten in der Raumfahrt mitwirkt, auf Programmverbreiterung und Risikobetreuung eingestellt. Die relativ starke Abhängigkeit von militärischen Aufträgen und den Schwankungen in der Auftragsvergabe hat eine solche Unternehmensstrategie forciert.

So läuft beispielsweise die Produktion des Alpha Jet aus, was zu einer geringeren Auslastung im Flugzeugbau führt. Hier setzt Dornier Hoffnungen auf Schubkraft für seine Eigenentwicklungen DO 128-6 und DO 228 wie auch auf mehr Lieferungen für den Airbus.

In der Raumfahrt reicht die Bandbreite der Projekte, an denen Dornier beteiligt ist, vom Bau von Erderkundungssatelliten über Röntgensatelliten bis hin zu Raumsonden. Mit von der Partie ist Dornier auch beim Spacelab und bei der Ariane-Rakete.

Das große Spektrum an Technologien, die von Dornier beherrscht werden, reicht zum Beispiel auch in die Medizinelektronik hinein. Anlagen zur Windenergieausnutzung oder auch Meßgeräte für Wasser und Luft tragen zur Verbesserung der Lebensqualität bei. Nicht zuletzt gehören auch Webmaschinen, mit deren Produktion Dornier nach dem Kriege startete, zum Programm. nl.

Deutlicher Trend nach unten bei NRW-Grünen

WILM HERLYN, Düsseldorf

Die nordrhein-westfälischen Grünen stehen ausgerechnet in der „heißen Phase" vor der Landtagswahl am 12. Mai vor dem entscheidenden Problem, ihre Glaubwürdigkeit beweisen zu müssen. Sie selbst sind ins Zwielicht mit dem Vorwurf geraten, den sie fast täglich an die Adresse der etablierten Parteien richten. Denn der Beschluß der Landesdelegiertenkonferenz vom Februar zur Freizügigkeit von gleichgeschlechtlichen Sexualbeziehungen zwischen Erwachsenen und Kindern und Straffreiheit, wenn diese gewaltfrei seien, wurde nur unter dem Druck der bevorstehenden Wahlen durch einen außerordentlichen Parteitag zurückgezogen.

Damals häuften sich die Meldungen von Austritten und Verweigerungen, weiter in der grünen Bewegung mitzuarbeiten, derartig, daß der Landeshauptausschuß die Notbremse ziehen mußte und das Päderasten-Papier aussetzte. Doch mit dem Rückzug ist das Problem nicht aus der Welt geschafft. Ärger bereitet den nordrhein-westfälischen Grünen, daß nun anschließend die Südwest-Grünen in Baden-Württemberg mit einem ähnlichen Papier auf den Markt gingen. Es soll im Mai verabschiedet werden. Die Reaktion an der grünen Basis, bei Anhängern und Sympathisanten zwischen Rhein und Weser, war ziemlich einhellig: „Wie sollen wir glaubwürdig vor Ort sein, wenn unsere Freunde im Süden dieselben Fehler machen wie wir und auch noch darauf bestehen?", heißt es.

Die „Fehler", die sie in den vergangenen sechs Wochen gemacht hätten, so erklärte Jörg Penner, einer der Sprecher des Landesvorstandes in Düsseldorf, hätten die Ausgangslage zum 12. Mai erheblich verschlechtert. Rechneten die Grünen noch vor kurzem mit einem sicheren Abschneiden von mindestens sieben Prozent, sehen sie sich selbst – und auch Umfragedaten zeigen denselben Trend auf – in die Nähe der entscheidenden Fünf-Prozent-Marke gedrückt.

„Wir sind jetzt nicht mehr so sicher", räumte Penner ein. Auch wenn der zweite „Fehler" inzwischen fast vergessen sei, so erkennt Penner an, daß in der Bevölkerung eine stark rückläufige Tendenz gegen die Grünen zu spüren sei. Der „zweite Fehler" sei der umstrittene Brief der beiden Bundestagsabgeordneten, die aus Nordrhein-Westfalen kommen, Antje Vollmer und Christa Nickels, an sechs inhaftierte RAF-Terroristen gewesen. Penner sagte sogar, es komme nun darauf an, die seiner Meinung nach bislang unbestrittene umweltpolitische Kompetenz wieder zurückzugewinnen. Darin werde sich zeigen, daß man den Grünen wieder trauen dürfe.

In einer offiziellen „Kurzfassung" von 120 Seiten gaben die Grünen jetzt in Düsseldorf auch ihr landespolitisches Programm bekannt. Mit der programmatischen Forderung nach einem Ausstieg aus der Kernenergie wird das konkrete Verlangen verbunden, den Schnellen Brüter in Kalkar, den Hochtemperaturreaktor von Hamm und das Atomkraftwerk von Würgassen sofort stillzulegen. Die geplante Urananreicherungsanlage in Gronau und das Atommüllzwischenlager in Ahaus dürften nicht in Betrieb genommen werden. Im Bereich der chemischen Industrie solle jedem Bürger die Möglichkeit eingeräumt werden, Produktionspläne einzusehen. Ein ständiger Untersuchungsausschuß solle diesen Industriezweig kontrollieren.

Die Sozialbeihilfen sollen drastisch erhöht werden und die Ausländer und Asylbewerber deutschen Bürgern gleichgestellt sein. Verboten werden müsse jedes durch Werbung finanzierte Hörfunk- oder Fernsehprogramm. Ohne Erfüllung dieser vier Voraussetzungen seien sie nicht bereit, Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten mitzutragen. In Verhandlungen oder Gesprächen mit der SPD stünde lediglich ein Zeitplan zur Umsetzung dieser Kernforderungen zur Disposition.

Seite 2: Grüne Verlustzuweisung

Geplante Eisenbahnfähre von Schleswig-Holstein nach Memel umstritten

Militärische Nutzung ist zu befürchten

ROLF GÖRTZ, Madrid

Sicherheitspolitische Bedenken, wie sie von der Bundesmarine und der NATO-Führung in Brüssel seit längerem geäußert wurden, lassen die Errichtung einer Eisenbahnfähre von Memel (Klaipeda) nach Lübeck-Travemünde (wie auch Kiel oder Flensburg) als äußerst gefährlich erscheinen. Die Fähre soll dem Ostwest-Handelsverkehr dienen; sie war jedoch von sowjetischer Seite aus von Anfang an so angelegt, daß sie gleichermaßen auch militärischen Zwecken dienen kann.

Im NATO-Hauptquartier Nord geht man davon aus, daß bei einem möglichen Angriff sowjetischer Streitkräfte zunächst einmal die Nordflanke, also Schleswig-Holstein, Dänemark, Norwegen und die Ostseeausgänge vom Mittelabschnitt der NATO getrennt werden soll. Die Speerspitze der sowjetischen Panzerarmee richtet sich deshalb auf den Raum Lauenburg/Mittelholstein. Wegen seiner geringen Tiefe in Ostwest-Richtung und der Elbgrenze im Süden ist dieser Raum ohnehin schwer zu verteidigen.

Landungstruppen für die in den letzten Jahren die Amphibienflotte der Warschauer Pakt-Armeen in der Ostsee erweitert wurde, sollen die Panzer vom Norden her unterstützen. Propagandafilme der „DDR"-Streitkräfte deuten immer wieder auf eben diesen Auftrag der NVA hin.

Da angenommen werden muß, daß bei einem möglichen Angriff der Sowjetarmee sofort die Häfen und Versorgungslinien der Roten Armee in Mecklenburg unter Feuer liegen werden, soll der intakte Hafen Lübeck-Travemünde direkt neben der Zonengrenze den Nachschub des Panzerkeils sichern. See- und Luftlandeeinheiten sollen den Hafen nach Norden und Westen hin abschirmen.

Die erste Eisenbahnfähre dieser Art richtete die Sowjetunion zwischen dem sowjetischen Hafen Iljitschowsk am Schwarzen Meer und Varna in Bulgarien ein. Hier am Schwarzen Meer wie auch in der Ostsee sollen möglicherweise unsichere Bündnispartner wie Rumänien und Polen oder die „DDR" im Bedarfsfall umgangen werden können.

Die im Osten in erstaunlich großer Zahl gebauten Roll on – Roll off-Schiffe der Fährlinie zeigten dabei ihre Fähigkeit, schwere Panzer rasch zu transportieren und ebenso schnell wieder zu entladen. Die 1978 in Betrieb genommene Hochseefähre zwischen Iljitschowsk und Varna verfügt über vier Schiffe vom Typ Geroi Shipki mit einer Gleislänge von 165 Metern für 108 Standard-Großraumwaggons von 70 Tonnen Gesamtgewicht. Wahlweise können auch 200 Lkw-Trailer oder Panzer an Bord genommen werden.

Vorbild für diesen Schiffstyp war die inzwischen verlängerte Eisenbahnfähre „Railship" die bereits zwischen Travemünde und Hangoe in Finnland verkehrt. So bedeutet also die bestehende Fährverbindung eine zusätzliche Erleichterung für das sowjetische Vorhaben einer eigenen Fährverbindung nach Travemünde, die schließlich von Memel aus als Zubringer für die Transsibirische Eisenbahn betrachtet wird.

Die Vorarbeiten in Memel laufen auf Hochtouren, da neben dem Ostwest-Projekt auch eine Fähre zu dem Badeort Mukran auf Rügen gebaut wird. Hier entsteht ein riesiger Fährschiffsterminal, der reinen militärischen Zwecken dienen soll. Um die gleiche Anlage in Travemünde einzurichten, gab der sowjetische Schifffahrtsminister Tichonow in Hamburg im letzten Jahr zu erkennen, daß man Bonner Wünschen sogar in der Berlinfrage entgegenkommen wolle.

Seite 2: Die Panzerfähre

Beim Für und Wider überwiegen Nachteile

JAN BRECH, Hamburg

Es wird langer und zäher Beratungen in der vorgesehenen Expertengruppe bedürfen, um das Projekt einer Eisenbahnfährverbindung zwischen dem sowjetischen Ostseehafen Klaipeda (früher Memel) und seinem schleswig-holsteinischen Ostseehafen entscheidungsreif zu machen. Unter verkehrspolitischen Aspekten bleibt generell fraglich, ob ein solcher neuer Verkehrsweg ökonomisch überhaupt Sinn macht oder nicht.

Interesse an dem Projekt bekunden in erster Linie die Sowjets, die die Fährverbindung zwar als Joint venture mit den Deutschen aber mehrheitlich errichten wollen. Ohne bislang konkrete Vorstellungen entwickelt zu haben, stellen sie sich offenbar vor, sowjetische Breitspurwagen über vier bis sechs Fähren in einen deutschen Ostseehafen zu bringen und sie dort auf europäische Normalspurwagen umzuladen.

Den Aufbau der Fährverbindung begründen sie mit der starken Überlastung ihrer Ostseehäfen, mit einer dadurch möglichen Umgehung der Landwege durch Polen und die „DDR" sowie mit einer Ausweitung des deutsch-sowjetischen Handels.

Auf deutscher Seite befürworten sowohl das Land Schleswig-Holstein als auch die in Frage kommenden Ostseehäfen Kiel, Flensburg und Lübeck-Travemünde das Projekt. Die jeweils erforderlichen Infrastrukturinvestitionen mit entsprechenden Anstoßwirkungen werden auf bis zu 350 Mill. DM geschätzt, die Fähren dürften 100 Mill. DM je Stück kosten.

Kritisch stehen dem Projekt einmal die Nordseehäfen Hamburg und Bremen gegenüber, die zum Teil erhebliche Investitionen erbracht haben, um den Seeverkehr mit der UdSSR abzuwickeln. Bedenken hat ferner die Küstenschiffahrt, die Gefahr für ihre Ostseeverkehre sieht. Geht ihnen Ladung verloren, reduziert sich die für die mittleren und kleinen Werften lebensnotwendige Nachfrage nach Küstenschiffen.

Starke Zurückhaltung zeigte aus verständlichen Gründen auch die deutsche Seeschiffahrt. Von dem gegenwärtigen deutsch-sowjetischen Handel mit einem Volumen von rund sechs Mill. t gehen zur Zeit etwa eine Mill. t über den Landweg. Selbst wenn es gelingt, diesen Verkehr auf die Fährverbindung umzulenken, sind deren Kapazitäten auch nicht annähernd ausgelastet. Die Reeder befürchten deshalb, daß die Sowjets versuchen werden, Containerverkehre von und nach Fernost auf diese Strecke zu lenken, und zwar über Dumping-Preise. Die deutsche Seeschiffahrt, die auf den Weltmeeren ohnehin schon unter den „roten Flotten" und deren politischen Preisen zu leiden hat, könnte somit noch zusätzlich Ladung verlieren.

Befürworter der Fährverbindung argumentieren dagegen, daß zur Auslastung des neuen Verkehrswegs nicht Ladung von anderswo abgezogen werden müßte, sondern durch Ausweitung des Handels neues Ladungsvolumen entsteht. Das freilich setzt einen durchgehenden und kostengünstigen Wagenladungsverkehr voraus, wie er nach den augenblicklich erkennbaren Vorstellungen der Sowjets kaum möglich ist. Zum einen weiß bislang niemand, welche Kosten und welche zeitlichen Verzögerungen durch die von den Russen gewünschte Umschlaganlage in einem deutschen Ostseehafen entstehen. Die Errichtung der Umspuranlage (wegen der sowjetischen Breitspur) auf deutschem Boden hätte zudem zur Folge, daß die Fähren mit Breitspur ausgestattet werden müßten und somit in keinem anderen europäischen Fährverkehr einsetzbar wären.

„Jugendliche Christen in DDR benachteiligt"

dpa, Ost-Berlin

Mit Besorgnis hat die Synode der Ostregion der evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg auf die in der „DDR" geübte Praxis reagiert, Ausbildungsplätze nur an Jugendliche zu vergeben, die zur Teilnahme an paramilitärischen Übungen bereit sind. Ausbildungs- und Studienplätze würden vielfach „an die Verpflichtung zum Soldaten auf Zeit gebunden". Die Kirchenleitung wurde gebeten, in dieser Frage „bei den staatlichen Stellen auf handhabbare Regelungen zu dringen".

In einem weiteren Beschluß stellte die Synode fest, daß es im Bildungswesen „immer noch nicht wenige Fälle gibt, in denen Kinder und Jugendliche um ihrer christlichen Bildung willen benachteiligt werden". Christliche Eltern oder Jugendliche wagten oft nicht, „von ihren verfassungsmäßigen Rechten der Ausbildungsstätte gegenüber Gebrauch zu machen.

„DRK im Wahlkampf nicht vereinnahmen"

dpa, Bonn

Das Deutsche Rote Kreuz (DRK) hat sich die Praxis der SPD, die Organisation in den Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen einzubeziehen, als politisch stillos bezeichnet. Die Organisation erklärte, sie sei „zutiefst von der Art und Weise betroffen", in der die SPD Äußerungen des DRK-Präsidenten Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein über wachsende Armut in einem Interview der „Neuen Osnabrücker Zeitung" im Wahlkampf verwende. Dem DRK als überparteilichem Spitzenverband werde dadurch die Erfüllung seines Auftrags erschwert, überall und jederzeit auf die Not von Menschen aufmerksam zu machen und zu helfen.

Streit um Steuer für Katalysator-Autos

AP, Bonn

Zu einem heftigen Streit zwischen Regierungsparteien und SPD-Opposition ist es wegen der ab 1. Juli geplanten steuerlichen Förderung abgasentgifteter Autos gekommen. Der Steuerexperte der SPD-Bundestagsfraktion, Dieter Spöri, kündigte gestern an, seine Partei werde die Steuerpläne der Regierung morgen im Bundestag ablehnen, weil sie umweltpolitisch nicht ausreichend seien. Der finanzpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Reinhold Kreile, warf der Opposition daraufhin vor, sie nehme eine „groteske Verweigerungshaltung" ein.

Kirchenstreit führt zu Sondersynode

epd, Kiel

Mit den seit Monaten andauernden Auseinandersetzungen in der nordelbischen evangelischen Landeskirche um eine zunehmende Politisierung der christlichen Verkündigung wird sich voraussichtlich Anfang Juli die Landessynode auf einer Sondersitzung in Rendsburg beschäftigen. Nach Mitteilung der kirchlichen Pressestelle in Kiel beantragte die Kirchenleitung auf ihrer jüngsten Sitzung die außerplanmäßige Einberufung des Kirchenparlaments. Den Vorstoß der Kirchenleitung sehen Beobachter als Reaktion auf den jüngsten Schritt von Kirchenmitgliedern, die eine „Bekennende Gemeinschaft" und einen „Verein zur Förderung von Evangelium und Kirche durch bibeltreue Christen" gegründet hatten.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

In Stuttgart mahnt Kollek Jerusalem zu „Mäßigung"

DW/xhk. Stuttgart

Kritik an der Politik der israelischen Regierung in der Vergangenheit bis in die Gegenwart hinein hat einer der prominentesten Politiker des Landes, der Bürgermeister von Jerusalem, Teddy Kollek, geübt. In einer Tischrede in Stuttgart – unter den Gästen war auch der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth – sagte Kollek:

„Wir gehen durch eine schwere Periode in Israel. Wir sind durch eine Zeit gegangen ... in der wir größenwahnsinnig geworden waren. Der Sechs-Tage-Krieg war ein unvorstellbarer Erfolg für uns und da dachten wir, wir seien eine Großmacht."

Kollek (74), seit 20 Jahren Bürgermeister Jerusalems und einstiger engster Mitarbeiter des israelischen Ministerpräsidenten Ben Gurion (1948 bis 1963), spielte auf jene Zeit an, als er sagte: „Wir haben damals versucht, auf den Maßstab zu achten und sind nicht unmöglichen Ideen nachgegangen." Er zitierte einen Spruch des Orakels von Delphi, daß man „alles mit Maß" machen solle und nicht übertreiben dürfe. Die Politik Israels in den besetzten Gebieten wurde von Kollek scharf gerügt: „Wir können in unserem kleinen Land nicht 350 000 Araber integrieren, wir sollten diese Gebiete – mit Ausnahme von Ost-Jerusalem – zurückgeben." Er erinnerte daran, daß er bereits 1956 vorgeschlagen hatte, den Gaza-Streifen „nicht auf Dauer" zu besetzen, sondern an die Araber zurückzugeben. Er bedauerte, daß Israel „die Weisheit noch nicht wiedererworben" habe, „daß wir Freunde haben, auch wenn wir schwere Fehler machen". Gerade dies sei aber „ein wirkliches Zeichen von Freundschaft".

Kollek mahnte, gegenüber den Arabern eine Politik der „Mäßigung" zu verfolgen.

Zum Kirchentag in Düsseldorf werden 115 000 erwartet

hy. Düsseldorf

Der 21. Evangelische Kirchentag, der vom 5. bis 9. Juni in Düsseldorf stattfindet, soll Antworten geben auf die nächsten Schritte in der Frage des Friedens. Dabei sollen die eigenständigen Friedensinitiativen, die schon auf den Kirchentagen 1981 in Hamburg und 1983 in Hannover das Bild wesentlich mitbestimmt hatten, „nicht gegängelt" werden. Das betonte gestern in Düsseldorf Kirchentagspräsident Professor Wolfgang Huber.

Der Heidelberger Sozialethiker definierte das größte Laientreffen der deutschen evangelischen Christen „als Unruhe der Kirche". Es solle Standortbestimmung für den Glauben, aber auch für alle Fragen des Lebens sein. Bei der Diskussion aktueller Probleme wie der Friedensfrage, der Arbeitslosigkeit und des Schutzes der Umwelt dürften im Spannungsfeld zwischen Glauben und Politik „Frömmigkeit und politische Verantwortung nicht gegeneinander ausgespielt werden".

Huber sagte weiter, der Kirchentag habe sich bewußt auf die Probleme des gastgebenden rheinischen Industriegebietes mit den Themen „Arbeitslosigkeit" und „Zukunft der Arbeit" als Schwerpunkte eingestellt.

Unter dem Motto „Die Erde ist des Herrn" werden 115 000 Teilnehmer erwartet. Gesucht sind noch 4000 Gastbetten. Der derzeitige nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) oder sogar Bundespräsident Richard von Weizsäcker werden in Arbeitskreisen referieren. Huber nannte die Zahl von 20 000 Mitwirkenden. wichtiger als solche Zahlen seien aber die Ergebnisse, die in die „Kirche vor Ort" und in die Weltkirche ausstrahlen.

Sechs Jahre für „DDR"-Spion Reichenburg

lz. München

Wegen 15jähriger geheimdienstlicher Tätigkeit für Ost-Berlin wurde der 63jährige ehemalige Fregattenkapitän Wilhelm Reichenburg gestern vom Obersten Bayerischen Landesgericht in München zu sechs Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Der Angeklagte wurde vom Gericht als „gefährlicher Spion" bezeichnet, der dem „DDR"-Ministerium für Sicherheit (MfS) streng geheime Unterlagen zu Fragen der inneren Sicherheit zukommen ließ. Die Bundesanwaltschaft hatte sieben Jahre gefordert, die Verteidiger, darunter Ex-Innenminister Hermann Höcherl, hatten auf Freispruch plädiert. Reichenburg kündigte Revision an.

Nach mehrwöchiger, meist nichtöffentlicher Verhandlung sah der Strafsenat als erwiesen an, daß Reichenburg bereit war, „alles zu liefern, woran das MfS interessiert war". Als Stabsoffizier für Psychologische Verteidigung beim Münchner Wehrbereichskommando habe der Angeklagte Zugang zu geheimem Material gehabt. Nach seiner Pensionierung 1978 soll er Bekannte als „neue Quellen" vermittelt und die Funktion eines V-Mannes übernommen haben.

Die Einlassungen Reichenburgs, sein Kontaktmann namens Schneider, dem er Material besorgt habe, sei Mitarbeiter westlicher Dienste gewesen, sah das Gericht als widerlegt an. Schneider müsse Ostagent gewesen sein, da er unter anderem einen gefälschten Führerschein der Art hatte, wie ihn auch ein anderer MfS-Mitarbeiter verwendete, und er habe eine Adresse in London angegeben, die von anderen MfS-Agenten ebenfalls benutzt worden ist. Das Gericht: „Dem Angeklagten war klar, daß Schneider und andere Kontaktpersonen einem östlichen Geheimdienst angehörten."

„Mehr Evangelium in den Medien"

2. Christlicher Medienkongreß / Wünsche der Bevölkerung stärker berücksichtigen

XING-HU KUO, Böblingen

Horst Marquardt, Programmdirektor des Evangeliums-Rundfunks (ERF, Wetzlar), hat den Vorschlag unterbreitet, daß vor dem Sendeschluß und der Nationalhymne der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten auch Bibelworte verlesen werden sollen. Zum Auftakt eines dreitägigen „2. Christlichen Medienkongresses" in Böblingen bei Stuttgart (der erste fand vor drei Jahren am gleichen Ort statt), erklärte Marquardt, kirchliche und nichtkirchliche Journalisten sollten endlich ihre ablehnende Haltung gegenüber evangelistischen Programmen überwinden. Das Vorstandsmitglied der veranstaltenden Konferenz Evangelikaler Publizisten (KEP) sagte: „Es gibt eine Scheu, die christliche Botschaft missionarisch zu verkaufen, während eine solche Scheu bei politischen Botschaften oft durchaus nicht vorhanden ist."

Der Kongreß, an dem rund 1000 christliche Publizisten und Medienexperten aus zehn Ländern teilnehmen, steht unter dem Motto „Mehr Evangelium in den Medien". Diese Forderung wurde in zahlreichen Reden und Referaten lebhaft und konkret diskutiert.

Präzise Aussagen

Der Stuttgarter Verleger Friedrich Hänssler, der Inhaber des größten protestantischen Verlages in Deutschland, sah die „Befürchtung" bestätigt, daß dem Anliegen der Protestanten in den öffentlich-rechtlichen Medien nur sehr unvollkommen Rechnung getragen werde. Dabei seien Interesse und Wunsch eines großen Teils der Bevölkerung offenbar ignoriert worden. Denn allein die in der KEP zusammengeschlossenen 15 Verlage hätten „beachtliche Erfolge" erzielt. Diese Einrichtungen hätten inzwischen einen Anteil von „weit mehr als die Hälfte" der gesamten protestantischen Literatur in der Bundesrepublik erreicht. Hänssler, der davon sprach, daß das Evangelium „immer noch zu matt auf der Scheibe" erscheine, erklärte: „Viele Menschen wollen präzise Aussagen zu den Inhalten des Evangeliums. Sie sind nicht zufrieden mit lauwarmer oder ideologisch verfremdeter Literatur."

Der Vorsitzende der Deutschen Evangelischen Allianz, Fritz Laubach (Hamburg), untermauerte diese Forderungen mit dem Hinweis, es sei „legitim, wenn christliche Publizistik sich mehr Gehör in den Massenmedien verschaffen möchte". Nach Auffassung des Diakonieleiters habe die christliche Publizistik einen dreifachen – nämlich einen theologischen, ethischen und pädagogischen – Auftrag. An die Adresse der Medienkollegen richtete er die Warnung, Destruktives „nicht unüberlegt" zu veröffentlichen. Sensationsmeldungen über Retortenbabys, Abtreibungen oder Sterbehilfen könnten „negative Kettenreaktionen" mit kaum zu übersehenden Folgen auslösen. Für Laubach sei die „wichtigste Information aller Zeiten die gute Nachricht von der Liebe Gottes in Jesus Christus".

Der Kongreß findet nicht zufällig in Baden-Württemberg statt. Das „große Verständnis" gerade der württembergischen Landeskirche für das KEP-Anliegen wurde von zahlreichen Teilnehmern positiv hervorgehoben. In seinem Grußwort bestätigte dies der evangelische württembergische Landesbischof Hans von Keler durch die Warnung: „Macht nicht aus der Politik eine Religion, auch wenn einige heute mit der Religion nur noch Politik machen können." Der württembergische Bischof bedauerte, daß in den letzten Jahren „Wallfahrten zu Orten gefürchteten Unheils" Mode geworden seien – „ob Mutlangen, Teststrecke Boxberg, die Kernkraftwerke".

Vor einer Simplifizierung der Beurteilung der Neuen Medien warnte der Hamburger Professor Michael Dieterich. Es sei nicht richtig, beispielsweise die gesamten Medien einfach zu „verteufeln". Wichtiger und wirksamer wäre es, die Produzenten „zu überzeugen, eine neue Qualität von Videofilmen" herzustellen.

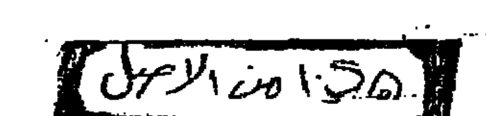
„Qualitative Änderung"

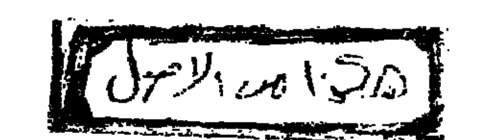
Die Medien seien nicht nur „Miterzieher im negativen, sondern auch im positiven Sinne": „Wir brauchen Sendungen, die echte Antworten zur Lösung von Angst, Anpassungsdruck, Einsamkeit und Zukunftslosigkeit der jungen Leute bieten." Nicht die „Abschaffung der Fernseh- und Videogeräte, sondern eine qualitative Änderung des Programms gehört hierzu".

Professor Karl Steinbuch lehnte ebenfalls eine „Diffamierung der modernen Informationstechnik", häufig unter Hinweis auf Orwells „1984" vertreten, ab: „Den totalitären Staat kann man mit oder ohne moderne Informationstechnik schaffen. Tyrannei und Meinungsterror gab es lange vor der elektronischen Informationstechnik."

Die von der KEP begonnene Aktion „Mehr Evangelium in den Medien" hat inzwischen mehr als 25 000 Förderer. Neben den Verlagen gibt es innerhalb der KEP Rundfunksender mit mehr als einer Million Hörer alleine im deutschsprachigen Raum. Die Zeitschriften der KEP-Verlage haben eine Jahresauflage von 30 Millionen Exemplaren.

Eine Medienausstellung und eine umfangreiche Bücherbörse vervollständigen den Medienkongreß.





Ein Volk bangt um Tancredo Neves, den Hoffnungsträger der Demokratie

WERNER THOMAS, Miami

Das „Hospital das Clinicas", im Zentrum von São Paulo gelegen, gleicht einem Wallfahrtsort. Pilger aus dem ganzen Land beten, flehen und singen. Kerzen flackern, Weihrauch duftet, Blumen schmücken improvisierte Altäre. Manchmal skandieren die Menschen Sprechchöre „Werde gesund, Tancredo". Transparente wiederholen die gleiche Forderung. Oft fließen Tränen. Auch der Gouverneur Franco Montoro hat geweint, als er dieser Tage das Krankenhaus verließ.

Brasilien leidet mit Präsident Tancredo Neves. Sein langer Kampf gegen den Tod bewegt und erschüttert die Bevölkerung, als liege ein Familienmitglied im Sterben.

Der 75jährige Neves, der bei weitem populärste Politiker des Landes, wird der erste Präsident in der Geschichte des Landes sein, der nicht sein Amt antreten konnte. Anfang dieser Woche sind die letzten Hoffnungen auf eine Genesung zerronnen.

Sieben Operationen

Regierungssprecher Antonio Britto gibt nun offen die aussichtslose Lage zu. Nur noch Maschinen und Medikamente würden den Kranken am Leben erhalten. Wie lange? „Einige Tage, einige Wochen oder einige Monate." Nach sieben Operationen innerhalb von vier Wochen hängt Tancredo Neves an einem Beatmungsgerät und einem Dialysator. Während die täglichen Kommuniqués die Berichterstattung dominieren, entflammten lebhafte Diskussionen über die Frage, ob Neves und der Nation diese Agonie nicht hätte erspart werden können. Ärzte beschuldigten Ärzte. Offenbar waren bei der ersten Operation wenige Stunden vor der geplanten Amtseinführung (15. März) Fehler unterlaufen.

Zunächst lautete die Diagnose „Blinddarmentzündung", dann „Meckelscher Divertikel", eine Darmausstülpung. Fünf Tage später wurde eine zweite Operation notwendig, weil gerissene Fäden eine Darmverschlingung verursachten.

Inzwischen ist bekannt, daß Neves seit Dezember an den Symptomen der Darmkrankheit litt und schon damals Antibiotika schluckte. Die Ärzte informierten den am 15. Januar zum neuen Präsidenten gewählten Politiker, er müsse sich einer Operation unterziehen. Neves wollte bis zu seiner Amtseinführung warten. Der Regierungswechsel hatte eine große symbolische Bedeutung: Eine 21jährige Militärherrschaft ging zu Ende. Neves verkündete eine „neue Republik" mit demokratischen Freiheiten und sozialem Fortschritt. „Er opferte seine Gesundheit, um unsere Träume zu erfüllen", schrieb die Zeitung „Jornal do Brasil".

Die „neue Republik" sollte mit Karnevalsumzügen gefeiert werden. Ein Schock erfaßte die Nation. Vizepräsident José Sarney, wegen seiner Verbindungen zu früheren Militärregierungen ein umstrittener Politiker, wurde zum amtierenden Präsidenten vereidigt. Die Brasilianer sind sich darüber im klaren, daß Sarney nicht nur vorübergehender Hausherr des Planalto-Palastes sein wird. Wenn Neves stirbt, erhält er die Präsidentenschärpe, die ihm bisher vorenthalten wurde. Fraglich jedoch, ob Sarney tatsächlich sechs Jahre regieren möchte – oder kann. Der 54jährige Politiker und Poet leidet unter Herzbeschwerden.

Für Direktwahl

Einflußreiche Politiker dringen auf baldige Direktwahlen, besonders Ulysses Guimaraes, der Präsident des Abgeordnetenhauses, und Leonel Brizola, Gouverneur von Rio de Janeiro. Neves war von einem Wahlmännergremium gewählt worden.

Sarney versuchte bisher so gut wie möglich die Regierungsarbeit zu bewältigen. Er spürte jedoch, daß dieses Kabinett und die Koalitionen ganz auf Neves zugeschnitten sind, daß immense Probleme warten. Die Inflationsrate bewegt sich bei mehr als 200 Prozent. Die ersten Sparmaßnahmen provozieren Arbeitskämpfe.

Allerdings profitiert er noch von der Sympathie-Welle. Die Stahlarbeiter von São Paulo stoppten einen Streik. Während einer Kundgebung falteten 30 000 Gewerkschaftsmitglieder die Hände und beteten für Neves. Auch Fußballmatches werden unterbrochen, damit Spieler und Zuschauer ein Gebet sprechen können. „Tancredos Schicksal hat uns in den letzten Wochen einander nähergebracht", sagte José Sarney. (SAD)

Deng: UdSSR kann Hindernisse nach und nach abbauen

Jo. Bonn

Der chinesische Spitzenpolitiker und Vorsitzender des Ältestenrates der KP Chinas, Deng Xiaoping, hat gestern zu erkennen gegeben, daß Peking über einen stufenweisen Abbau der drei Hindernisse für eine Verbesserung der chinesisch-sowjetischen Beziehungen gesprächsbereit ist. Deng hob dabei nach Angaben der britischen Nachrichtenagentur Reuter vor Journalisten in Peking die Forderung nach einem vietnamesische Rückzug aus Kambodscha als besonders wichtig für normale Beziehungen seines Landes zur Sowjetunion hervor.

Er sprach jedoch auch weiterhin vom notwendigen Abbau aller drei Hindernisse für die Verbesserung der bilateralen Beziehungen – die sowjetischen Truppen an der gemeinsamen Grenze, Moskaus Unterstützung für die vietnamesische Besetzung Kambodschas sowie die sowjetische Präsenz in Afghanistan – da China in diesen drei Hindernissen nach wie vor eine Bedrohung sehe.

Deng fügte aber zugleich hinzu, wenn es der Sowjetunion schwerfalle, diese drei Hindernisse gleichzeitig zu entfernen, könnte sie eines nach dem anderen aufheben. Am einfachsten erscheine ihm, daß die Sowjetunion Vietnam zum Abzug seiner Truppen aus Kambodscha bewege, da ein vietnamesischer Rückzug der Sowjetunion keinen Schaden zufügen werde. Ihren Stützpunkt in Vietnam würde sie dadurch nicht gefährden.

Dengs Äußerungen ergänzten die von Generalsekretär Hu Yaobang in den vergangenen beiden Wochen in mehreren Interviews unterstrichene Bereitschaft Pekings zu einer flexibleren Ausgangsposition in der neuen Runde der Konsultationen mit Moskau, nachdem zuvor auch der neue sowjetische Parteichef Gorbatschow von dem „ernsthaften Wunsch" nach einer Verbesserung der Beziehungen gesprochen hatte. (WELT v. 11. April).

Die sechste chinesische-sowjetische Konsultationsrunde hatte am 9. April in Moskau begonnen. Für die vier Begegnungen sind zwei Wochen angesetzt. Hu hatte zu Beginn der Moskauer Runde die Beseitigung der „unsicheren Lage an der chinesischen Nord- und Südgrenze" als Haupthindernis bezeichnet.

In einem weiteren Interview mit australischen Journalisten kurz vor Antritt seiner Südpazifik-Reise präzisierte er, daß vor allem die vietnamesische Bedrohung an der Grenze beseitigt werden müsse. China werde seinen Standpunkt in dieser Frage niemals ändern. Peking gewähre allen drei Widerstandsgruppen in Kambodscha Unterstützung, aber sie sei begrenzt. Die Widerstandsgruppen würden sich hauptsächlich auf ihre eigenen Kräfte verlassen. Pekings Erwartungen gegenüber den Moskauer Konsultationen nannte Hu dabei von „Optimismus, aber nicht blindem Optimismus" geprägt.

Fünf Jahre Zimbabwe: Nur wenige Weiße blieben im Land Mugabes

Stammesfehden und politischer Terror / Auf dem Weg zum Einparteienstaat / Wahlen im Jun

M. GERMANI, Johannesburg

Die ersten fünf Jahre seit dem Tag der Unabhängigkeit in Zimbabwe am 18. April 1980 haben wider Erwarten nicht zu dem Bürgerkrieg zwischen dem Mehrheitsvolk von Premierminister Robert Mugabes Maschona und den Matabele Joshua Nkomos geführt. Es kam zwar zu schweren Kämpfen zwischen beiden Volksgruppen vor allem im Matabele-Land. Die Kämpfe dehnten sich jedoch nicht auf das ganze Land aus. Geblieben sind nach den Auseinandersetzungen die Überfälle der als Dissidenten bezeichneten Matabele-Guerrillas, die sich gegen die Vorherrschaft der Maschonas und der geplanten Einführung eines Einparteienstaates wehren.

Kaltblütig erschossen

Sie sind allerdings so schwerwiegend, daß die berüchtigte, ehemals von Nordkoreanern, heute von Großbritannien ausgebildete Eliteeinheit, die 5. Brigade, wieder ins Matabele-Land einrückte, um rücksichtslos jeden vermeintlichen Widerstand gegen die Regierung zu brechen. Die Toten, die in mehreren Massengräbern entdeckt wurden, gehen nach Augenzeugenberichten auf ihr Konto.

Beschuldigungen gegen Mugabe-Anhänger, den Wahlkampf für die im Juni erwartete Wahl in ihrem Sinne zu beeinflussen, werden nicht nur von Seiten der Zipra-Partei Nkomos geäußert, deren Wahlbüros von Mugabes Jugendbrigaden in Brand gesteckt werden. Auch die zu einer Minderheit geschrumpfte Uanc-Partei des ersten schwarzen Premierministers von Zimbabwe-Rhodesien, Bischof Abel Muzorewa, der wegen angeblicher Verschwörung gegen den Premierminister im Oktober 83 verhaftet und erst im Juli 1984 wieder freigelassen worden war, darf keine Wahlversammlungen abhalten. Im Februar wurden fünf seiner Parteifunktionäre aus einem Zug geholt und von Mugabes Anhängern kaltblütig erschossen.

Noch 1980 hatte Nkomo 20, Mugabe 57 und Muzorewa nur drei der laut den Lancaster-Haus-Abmachungen 80 ausgehandelten schwarzen Sitze erhalten. Die 20 für die Weißen garantierten Sitze gingen damals einheitlich an die Partei von Ian Smith. Dessen inzwischen in „Konservative Allianz von Zimbabwe" umbenannte Partei hat heute, nach dem Austritt von 13 Parlamentsabgeordneten, nur noch sieben Vertreter.

Von rund 220 000 Weißen vor fünf Jahren sind heute, nach vorsichtigen Schätzungen, nur noch 80 000 bis 100 000 im Lande geblieben. Jüngere Leute, die für sich und ihre Kinder keine Zukunft im schwarzen Zimbabwe sahen, Beamte, kleinere Unternehmer, Farmer, suchten eine neue Zukunft in Großbritannien, in Australien, Kanada oder in Südafrika. Sie machten Platz für eine Mittelschicht von Schwarzen, die ihre Stellungen übernahmen.

Der Rest der verbliebenen Weißen, darunter eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Rentnern, deren Pensionen nicht ins Ausland überwiesen werden und die ihr Eigentum nicht außer Landes bringen dürfen, blieb zurück. Ebenso die Farmer, die in diesem Jahr zum ersten Mal seit drei Jahren aufgrund der ausreichenden Regenfälle wieder auf eine gute Ernte hoffen können.

Im elfenbeinernen Turm

Von den rund 6000 Farmern gibt es heute wahrscheinlich noch 4400. Auch sie hätten ihr Land zwar verkaufen, den Erlös aber nicht mitnehmen können. Für Mugabe sind sie wichtig, um die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln zu gewährleisten. Eine Situation, vergleichbar mit dem Nachbarstaat Sambia hat sich hier ergeben. Auch dort erzeugt eine kleine Anzahl weißer Farmer die meisten landwirtschaftlichen Produkte.

Zimbabwes weiße Geschäftsleute leben in ihrer gewohnten Umgebung. Sie verdienen relativ gut, können sich aber kaum Luxusartikel kaufen, da diese wegen Deviseneinschränkungen nicht eingeführt werden. Sie leben in einer Art elfenbeinernen Turm, mit den gewohnten schwarzen Hausangestellten aber spärlicher gewordenen Annehmlichkeiten des täglichen Lebens. Vernachlässigt fühlen sich die liberalen Weißen, die während der Smith-Regierung die Übergabe an Mugabe propagierten. Sie blieben, verachtet von beiden, eine kleine Minderheit.

Holland: Streik um 36-Stunden-Woche

Metaller und Fernsehmitarbeiter im Ausstand / Ablehnung in der Bevölkerung

HELMUT HETZEL, Den Haag

Pingpong, pingpong, schallte es den Niederländern am Mittwoch aus den Lautsprechern ihrer Radio- und Fernsehgeräte entgegen und auf dem Bildschirm flimmerte den ganzen Tag über lediglich das Testbild. Von 6 Uhr morgens bis Mitternacht fielen alle Sendungen der elektronischen Medien, fünf Radio- und zwei Fernsehprogramme aus. Rund 6000 Mitarbeiter der Hilversumer Sendeanstalten streikten. Der Grund: In letzter Minute hatte es Kultusminister Brinkmann abgelehnt, den bereits im Oktober vorigen Jahres zwischen den Journalisten-Gewerkschaften und den Funkhäusern ausgehandelten Tarifvertrag, der vorsieht, für alle Radio- und Fernsehmacher bereits am 1.7. dieses Jahres die 36-Stunden-Woche einzuführen, abgelehnt.

Der Minister befürchtet, daß eine solche drastische Arbeitszeitverkürzung über personnelle Neueinstellungen zu einer Erhöhung der Rundfunkgebühren führen müsse. Doch ein Amsterdamer Gericht lehnte am Dienstag eine einstweilige Verfügung, den Streik zu verbieten, mit der Begründung ab, daß in diesem Fall die Interessen der Rundfunk- und Fernsehmitarbeiter höher zu bewerten sind, als die im Rundfunkgesetz festgeschriebene Informationspflicht der Medien. Der Minister hat gegen diese Entscheidung bereits Berufung angekündigt.

Aber auch in anderen Branchen – so beispielsweise in der Metallindustrie mit 290 000 Beschäftigten – hat sich der Streit um die Einführung der 36-Stunden-Woche inzwischen verschärft. Nachdem es dem Einthovener Elektronikgigant Philips (Umsatz 1984 rund 50 Milliarden Mark) und dem Einarnheimer Chemiekonzern Akzo (15 Milliarden Mark) gerade noch einmal gelungen war, die Einführung der 36-Stunden-Woche in diesem Jahr abzubiegen, mußten zahlreiche Betriebe der fleischverarbeitenden und der Elektronikindustrie den Gewerkschaftsforderungen bereits nachgeben.

Besonders eine Regelung bei der Utrechter Elektronikfirma Holec sorgte für Schlagzeilen. Dort wird die 36- und für manche der rund 3100 Beschäftigten sogar die 32-Stunden-Woche bald zur Realität. Es ist ein Kompromiß der, so ein Sprecher der Holec-Direktion, auch von der Unternehmensleitung positiv gewertet wird. „Unser Betrieb arbeitet jetzt," so erläutert er, „fünf Tage mit je acht Stunden. Mit der neuen Arbeitszeitregelung steigen wir auf ein 2-Schichten-System um. Für den einzelnen Arbeitnehmer heißt das, daß er künftig vier Tage à acht Stunden arbeiten muß. Unser Betrieb allerdings läuft jetzt sechs Tage pro Woche und es kann täglich maximal 16 Stunden gearbeitet werden". Für Holec eine akzeptable Lösung, garantiert sie doch die doppelte Auslastung der teuren und supermodernen Produktionsanlagen. Das ist unter dem Strich billiger als Neueinstellungen.

Die Mehrheit der 14 Millionen Niederländer betrachtet die derzeitige Entwicklung mit Sorge und ist gegen den Streik vor allem bei den Medien. Den meisten ist nämlich gemeinsam, daß sie gestern nach einer passenden Alternative für die allabendliche Fernsehunterhaltung suchen mußten.

Özal hat seine Partei fest im Griff

Nach heftigen Flügelkämpfen Rechtsruck verhindert / Als Vorsitzender wiedergewähl

E. ANTONAROS, Athen

Mit einem erheblichen Rückgang des Einflusses des rechtsextremen Parteiflügels ist der Parteitag der in der Türkei regierenden konservativen Mutterlandspartei zu Ende gegangen: Ministerpräsident Turgut Özal, der mit über 90 Prozent aller Delegiertenstimmen zum Parteivorsitzenden ohne Gegenkandidaten wiedergewählt wurde, setzte die Entfernung von zwei führenden Rechtsnationalisten aus dem acht Mitglieder zählenden Parteivorstand und ihre Ersetzung durch zwei ihm ergebene, rechts von der Mitte angesiedelte Parteifunktionäre durch. Dadurch hat Özal demonstriert, daß er seine Partei fest im Griff hat.

Der große Verlierer ist der bisherige stellvertretende Parteivorsitzende Halil Sivgin, der als Anführer der zum Rechtsradikalismus tendierenden Nationalisten gilt. Sivgin, der gleichzeitig als Strafverteidiger des Parteivorsitzenden der inzwischen vom Militär verbotenen rechtsradikalen Nationalistischen Aktionspartei, Oberst a. d. Türkesch, ist, wurde zwar mit 437 Stimmen in die 40 Mitglieder starke Partei-Exekutive gewählt, aber Özal und seine Gefolgsleute verhinderten seine Wiederwahl zum stellvertretenden Parteichef.

Auch der ähnlich gesinnte Vize-Parteichef Kisakürik verlor sein einflußreiches Amt, während Generalsekretär Mustafa Tasar in seinem Amt bestätigt wurde.

Die beiden vakant gewordenen Ämter wurden von zwei Vertrauensleuten des Regierungschefs übernommen: Der deutschsprechende Staatsminister Mesut Yilmaz, der als Özals „Kronprinz" betrachtet wird und als Regierungssprecher fungiert, sowie der frühere Innenminister Ali Tanriyar, der mit Özal verschwägert ist, scheinen nunmehr neben dem Premier das Sagen zu haben.

Dem Parteikongreß waren verbissene Flügelkämpfe vorangegangen, die aufs neue verdeutlichten, daß die Mutterlandspartei ein Sammelbecken für Parteien aller ideologischen Ausrichtungen ist. Am aktivsten waren die Nationalisten, die in den letzten Monaten einige spürbare Erfolge erzielt hatten. Vor allem dem Erziehungswesen und den staatlich kontrollierten Massenmedien scheinen sie ihren Stempel aufgedrückt zu haben.

Gleichzeitig versuchten sie bei örtlichen Parteikongressen ihre Vertrauensleute für den nun in Ankara abgehaltenen Parteitag zu nominieren. Özal erkannte allerdings rechtzeitig die Gefahr von rechts und handelte entschieden: Bereits gewählte Delegierte wurden von ihm persönlich disqualifiziert, die Ergebnisse von örtlichen Abstimmungen wurden kurzerhand annulliert.

Durch diese Haltung hat Özal unmißverständlich gezeigt, daß er eine gemäßigte, liberal-konservative Linie befürwortet. In Ankara geht man davon aus, daß niemand Özals Führungsposition in Frage stellen wird, weil der Zusammenhalt der Partei ihm allein zu verdanken ist. Daher gilt es als sicher, daß die Nationalisten, wenn auch zähneknirschend, ihre Niederlage schlucken werden, zumal sie wissen, daß ihr Treiben nicht dem Geschmack der Streitkräfte entspricht, die in gewissem Sinne die türkische Demokratie beaufsichtigen. (SAD)



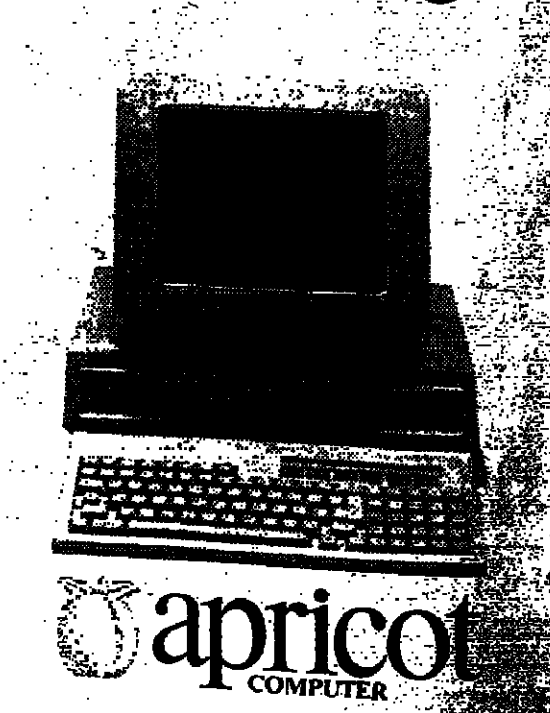
Statt Fallobst.

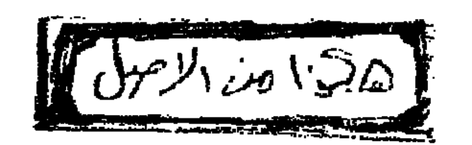
Computer gibt es viele, wenige sind frisch, und nur einer ist der erfolgreichste Business Computer Englands: apricot.

Endlich gibt es apricot-Computer auch in Deutschland. Und das mit dem saftigsten Programm: Für Einsteiger ab DM 3.295,–. Bis zum 20 Megabyte-Profi-System für nicht einmal DM 18.000,–.

PS: Fast jede deutsche Software der MS-DOS Welt läuft auf apricot-Computern.
apricot Computer GmbH, Berliner Straße 2–6, 6056 Heusenstamm, Telefon: 06104/3313.

Hannover-Messe, Halle 1 CeBit Stand C-6906, Halle 3 Stand 1203.





Den Korallen-Inseln eines einmaligen Ferienparadieses, der im Indischen Ozean gelegenen Malediven, droht die Austrocknung. Umweltexperten der Vereinten Nationen haben errechnet, daß es schon 1986 auf der Hauptinsel Male kein Süßwasser mehr geben wird. Eine ähnliche Katastrophe wird auch für die übrigen 200 bewohnten Inseln der Malediven befürchtet. Die Ursachen dafür liegen im Einbruch der Zivilisation, dem zunehmendem Tourismus und einer rapide fortschreitenden „Modernisierung" der Hauptstadt.

Das Traumziel Malediven ist bald völlig zubetoniert

Von PETER DIENEMANN

Zahlreiche Experten beschäftigen sich inzwischen mit der bevorstehenden Umweltkatastrophe, doch dem Grundübel wird dabei nicht zu Leibe gerückt, wie Dr. A. H. V. Sharma, zur Zeit Malediven-Experte für die südasiatische Umweltschutz-Organisation Sacep, ausführte. „Es zwar wird viel Geld ausgegeben, aber nur neue Umweltbelastungen geschaffen"

Eines der Grundübel ist der Tourismus, der seit fünf Jahren die Inselgruppe überschwemmt hat und ein starkes Bevölkerungswachstum nach sich zieht. Male, die Hauptinsel der 1200 Malediven-Inseln hat eine Oberfläche von 0,9 Quadratkilometern, wo jetzt 40 000 und im Jahre 2000 65 000 Menschen leben. Mehr können es nicht werden, da es einfach an Platz mangelt.

Täglich wird das Trinkwasser weniger

Ob Male aber am Ende dieses Jahrhunderts überhaupt noch besteht, ist fraglich, denn die wasserspeichernde Schicht knapp unter der Oberfläche der aus Korallen bestehenden Insel wird immer dünner. Die sogenannte „Frischwasserlinse", die Regenwasser speichert und die Brunnen der Stadt speist, war 1974 noch 20 Meter dick. Jetzt ist das „Wasserpolster" auf 1,1 Meter geschrumpft. Bis zum kommenden Jahr wird die „Linse" wahrscheinlich ganz verschwunden sein.

Jeder Einwohner Males verbraucht 180 bis 250 Liter Wasser pro Tag, das sind 2150 Kubikmeter für die gesamte Stadt. Durch Regenwasser wird das Frischwasserreservoir aber nur um 1450 Kubikmeter ergänzt. Der Vorrat schrumpft also täglich. Gleichzeitig sickert Meerwasser in die Frischwasserlinse ein. 1969 wurde ein Salzgehalt von 50 Milligramm pro Liter Frischwasser gemessen, 1983 waren es 200 Milligramm. Sollte der Salzgehalt 600 Milligramm pro Liter erreichen, ist das Wasser nicht mehr genießbar. Jetzt schon sterben die Bäume auf der Insel. Nur die weniger salzempfindlichen Kokospalmen und Mangobäume zeigen noch grüne Blätter.

Schon beim Haus- und Straßenbau fangen die Fehlplanungen an. Baumaterial war früher das Korallengestein, dessen Wasserdurchlässigkeit es ermöglichte, daß Regenwasser ohne große Verluste in den Frischwasserspeicher absickern konnte. Heute wird mit Beton gebaut. Vor fünf Jahren kam das erste Auto auf die Malediven. Heute gibt es dort 300 Fahrzeuge, deren Reifen die Korallenoberfläche zu einem Schlamm zermahlen, der nicht mehr wasserdurchlässig ist. Zudem wurde inzwischen mit der Asphaltierung der Fahrwege begonnen. Inzwischen stehen nur 15 Prozent der Inselfläche zur Versickerung des Wassers offen, der Rest ist zugebaut.

Das Trinkwasser aus der verbliebenen 1,1 Meter dicken Speicherschicht wird zunehmend ungenießbarer. 58 Prozent der Einwohner benutzen Spültoiletten, deren Abwasser durch ein Rohrsystem ins Meer geleitet wird. Doch die knapp unter der Oberfläche verlegten Röhren halten der Belastung durch Autos nicht stand. Das Abwasser vermischt sich daher mit dem Grundwasser. Auch Touristen klagen inzwischen über einen „fauligen Geschmack" des Trinkwassers, in den letzten 15 Jahren kam es zu zahlreichen Epidemien auf der Insel. Das Chlor, das die Regierung seit der Cholera-Epidemie 1979 kostenlos an alle Haushalte verteilt, wird kaum verwendet, weil es den Geschmack des Essens verdirbt.

Zahlreiche Experten mühen sich zur Zeit, Males Trinkwasserproblem zu lösen. Doch alle Vorschläge, so Umweltschützer Sharma, „sind für ein Land wie die Malediven, das ein Pro-Kopf-Jahreseinkommen von 77 US-Dollar hat, entweder zu teuer oder sie ziehen andere ernsthafte Umweltschäden nach sich". So schlägt eine der Studien eine Meerwasser-Entsalzung vor. Die Wasserrechnung würde drei Dollar pro Kubikmeter und Einwohner ausmachen. Oder Frischwassereinfuhr per Supertanker, nach dem Vorbild der Insel Nauru. Dort allerdings beträgt das Pro-Kopf-Einkommen pro Jahr 3000 US-Dollar.

Wohin mit den Folgen der Zivilisation?

Andere Experten schlagen Abwassersammler vor und wollen von dort aus Schmutzwasser an allen vier Ekken der Insel ins Meer pumpen. Nicht bedacht haben sie, daß sowohl Nord-Ost- als auch Süd-West-Monsun – insgesamt acht Monate im Jahr – das Abwasser zurück an die Strände der Insel drücken.

„Für die Malediven", so meint Umweltschützer Sharma, „müßte man einfach die Zeit zurückdrehen." Auf Fortschritt wie Betonhäuser, Autos und Asphaltstraßen müßte verzichtet werden. Denn von den jetzigen und noch bevorstehenden Umweltschäden wird der für die Malediven wichtige Tourismus direkt betroffen. „Eines Tages", so Sharma, „werden alle Ferienhäuser und Hotels leerstehen, weil der einzige Reiz, den die Inselwelt zu bieten hat, Strände und sauberes Wasser, Bäume und Korallen, zerstört sein wird".

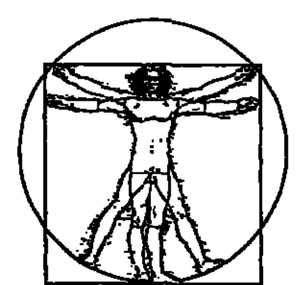
NOTIZEN

Einigung über „Columbus"

Washington (dpa) – Die NASA und die Europäische Raumfahrtorganisation (ESA) haben sich über die technische Zusammenarbeit für die Planung der zivilen Raumstation „Columbus" geeinigt, die in etwa zehn Jahren ins All fliegen soll. Wie Bundesforschungsminister Riesenhuber am Dienstag nach Gesprächen in Washington sagte, ist eine Einverständniserklärung fertig und soll demnächst unterschrieben werden. Riesenhuber betonte, das Projekt der Raumstation erfordere einen uneingeschränkten Technologietransfer zwischen den Partnern.

Der Krach der anderen

Bonn (df) – Ruhestörender Lärm wird offenbar von vielen Menschen mit zweierlei Maß gemessen. Während der Krach, den andere verursachen, ihnen lästig ist, nehmen sie den selbst verschuldeten Lärm kaum wahr. Dies fand A. Schick von der Universität Oldenburg bei einer Befragung in Mietshäusern. Die meisten



Bewohner störte vor allem der Lärm von Autos, Motorrädern und Heimwerkergeräten, sowie von Kindern und Jugendlichen. Selbsterzeugten Krach nahmen die Befragten dagegen nicht so ernst.

Mehr Forschungsmittel

Bonn (Reuter) – Die öffentlichen und privaten Ausgaben für Forschung und Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland dürften nach Angaben des Battelle-Institutes 1985 etwa 52 Milliarden Mark betragen. Sie werden damit um real 4 Prozent wachsen, nachdem sie fünf Jahre lang durchschnittlich nur um 1,5 Prozent zugenommen hatten. 70 Prozent der Aufwendungen trage die private Wirtschaft. Insgesamt werden im Forschungsbereich 395 000 Personen beschäftigt sein, davon etwa 140 000 Wissenschaftler und Ingenieure.

Strahlen finden die Farben in Gemälden

Von LUDWIG KÜRTEN

Mit Hilfe der modernen Physik ist es möglich, alte Malereien zu untersuchen, selbst wenn sie bereits vom Zahn der Zeit angegriffen und unkenntlich geworden sind. Darüber hinaus kann man in Gemälde hineinsehen, etwa um Übermalungen festzustellen, Vorzeichnungen zu entdecken oder Signaturen zu entziffern.

Mit fotografischen Verfahren können „verlorene Malereien" der Antike in ihren Konturen und Farben „zurückgeholt" werden. Archäologen, Chemiker und Inschriften-Experten erarbeiteten am Institut für Klassische Archäologie der Universität München ein Verfahren, daß die Spuren entziffert, die eine Malerei auf dem steinernen Untergrund hinterließ. Die Wissenschaftler nahmen sich dazu 130 Bilder aus steinernen Grabstelen (Steinen und Pfeilern) vor, die im Museum der griechischen Stadt Volos, dem antiken Demetrias stehen.

Zum einen arbeiteten sie mit sogenanntem Streiflicht, das an der Oberfläche des Steins entlang läuft und feine Ritzen sowie das Verwitterungsrelief deutlich macht. Weiterhin erfaßte man mit der ultravioletten Fluoreszenz-Fotografie die chemische Verwitterung der Steinoberfläche. Die reflektierten Strahlen wurden über eine empfindliche Videokamera aufgenommen und auf einen Bildschirm übertragen, von dem dann das entstandene Bild abfotografiert werden kann.



Auch Malereien, die fast völlig zerstört sind, wie hier in einem Kloster, können mit physikalischen Methoden rekonstruiert werden FOTO: DPA

Wie die Griechen malten

So wurde es möglich, Zeichnungen unter einer noch erhaltenen Farbschicht sichtbar zu machen. Um Farbreste darzustellen und damit die ursprünglichen Farben zu erfassen, wurde auch die Mikrofotografie eingesetzt.

Bislang ging man davon aus, daß die Griechen Wachs als Bindemittel benutzten, wenn sie auf Marmor malten. Die Farben wurden dann, so vermutete man, heißflüssig aufgetragen oder nachträglich eingebrannt. Gegen die Vorstellungen spricht das Ergebnis der Untersuchungen von Demetrias: Dort handelte es sich offenbar um Pinselmalerei. Man stieß auch auch auf einige Besonderheiten, die das Bild der antiken Plastik verändern: Zahlreiche Details der heute farblos erscheinenden Steinoberfläche der Skulpturen waren ursprünglich durch Malerei hervorgehoben, etwa Augen, Brauen und Lippen. Figuren, die bislang als nackt angesehen wurden, trugen offensichtlich früher einmal aufgemalte Gewänder.

Alte Meisterwerke von Rembrandt werden dagegen zur Zeit mit Neutronenstrahlen aus dem Forschungsreaktor des Hahn-Meitner-Institutes in Berlin untersucht. Dieses Analyseverfahren, die Neutronen-Autoradiographie (NARG), offenbart bei Ölge*mälden verborgene Bildinhalte, läßt* den Bildaufbau und die Pinselstruktur sichtbar werden und liefert Erkenntnisse über die verwendeten Farbpigmente.

Mit Röntgenuntersuchungen lassen sich Informationen gewinnen, wenn Farben benutzt wurden, die zur Aufhellung mit Bleiweiß vermischt waren. Sind jedoch andere Pigmente verwendet worden, kann das nur mit der NARG-Methode sichtbar gemacht werden.

Dabei durchfliegen Neutronenstrahlen, die bei der Kernspaltung im Reaktor entstehen, einen großen Block aus Graphit, in dem die Neutronen abgebremst und räumlich aufgefächert werden. Diese sogenannten langsamen Neutronen regen die Atome der Malfarbe an, selbst für eine bestimmte Zeit Strahlung auszusenden. Auf die bestrahlte Stelle des Bildes wird dann ein hochempfindliche Röntgenfilm-Schicht aufgebracht. Sie wird von der Strahlung der Farbe geschwärzt, was man durch eine normale Filmentwicklung sichtbar machen kann. Vielen chemischen Elementen, die in der Malfarbe vorhanden sind, kann eine charakteristische Schwärzung zugeordnet werden, so daß man auf diesem Weg die Farben identifizieren kann.

Analyse von Farbstoffen

Mit der neuartigen Methode konnte man etwa herausfinden, daß in der niederländischen Malerei des 17. Jahrhunderts ein Farbstoff gebräuchlich war, der als Schmalte bezeichnet wird. Es handelt sich um ein mit Kobalt gefärbtes Glas, das in geriebener Form als Pigment verwendet wurde und das typisch für diese Periode der Malerei ist.

Mit der genauen Analyse der Farbstoffe läßt sich die Echtheit eines Bildes leichter feststellen, da von vielen Künstlern bekannt ist, welche Farbstoffe sie bevorzugt benutzten. Die Autoradiographie hat darüber hinaus den Vorteil, daß sie Malstrukturen sichtbar machen kann, die unter der Oberfläche liegen.

Damit lassen sich wertvolle Informationen über den Ablauf des Malens gewinnen, etwa wenn nachvollziehbar wird, welche Bildinhalte der Künstler nachträglich verworfen, sprich überpinselt hat. Auch über seinen Arbeitsstil sagt eine solche Untersuchung etwas aus. Es ist zum Beispiel zu erkennen, mit welchen Pinselstrichen der Maler den Grundaufbau des Gemäldes anlegte.

Volkszählung: SPD dringt auf Verschiebung

dpa, Bonn

Dem für den 23. April nächsten Jahres vorgesehenen Termin für die Volkszählung droht eine erneute Verschiebung. Noch während der Anhörung von Experten im Bundestags-Innenausschuß kündigte gestern der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Harald Schäfer, an, er werde seiner Fraktion aufgrund der vorliegenden Stellungnahmen empfehlen, sich für eine Verschiebung der Volkszählung auf das Jahr 1988 zu entscheiden.

Die Regierungskoalition von CDU/CSU und FDP hält zwar mit ihrer Abstimmungsmehrheit an dem Termin 23. April 1986 fest, doch hatte Innenminister Friedrich Zimmermann schon früher den Sozialdemokraten eine Schlüsselrolle zugewiesen: Da es für einen Erfolg der Volkszählung auf eine breite Zustimmung in der Bevölkerung ankomme, sei das Vorhaben nicht ohne die größte Oppositionspartei zu verwirklichen. Dann allerdings trage die SPD mit ihrer Verweigerungshaltung die Verantwortung dafür, daß der Staat weiterhin auf zuverlässige Planungsdaten verzichten müsse.

Als Vertreter der kommunalen Spitzenverbände – Städtetag, Landkreistag, Städte- und Gemeindebund – plädierte auch der Kölner Oberstadtdirektor Kurt Rossa in der Ausschuß-Anhörung für eine Verschiebung. Zwar eile es mit der Volkszählung, denn „wir sitzen auf einem Datenschrott". Doch könne man auch noch zwei Jahre „weiterwursteln", wenn dadurch die Qualität des Gesetzes verbessert und das Vertrauen der Bürger in seine Notwendigkeit gesteigert werden könne. Auch der stellvertretende Vorsitzende des Verbandes der Deutschen Städte-Statistiker, Klaus Trutzel, plädierte für die Verschiebung. Bis zum April 1986 sei die Vorbereitungszeit zu kurz.

Die Notwendigkeit einer Volkszählung ist dabei zwischen den Regierungsparteien und der SPD unstrittig. Nur die Grünen lehnen die Totalerhebung grundsätzlich ab. Sie kündigten noch während der Anhörung an, sie würden mit Boykottinitiativen zusammenarbeiten, um die Volkszählung zu verhindern.

Irritation über Wörners Verhandlungen zu NIS

● Fortsetzung von Seite 1

Weinberger nach ihrer Unterredung vom 1. April verabredeten Text heißt es, daß die deutsche Industrie „für ihre im Rahmen der Entwicklung des E/F-Band-Systems erbrachten Vorleistungen und für ihr Entgegenkommen in der Sache entsprechende Kompensationen" erhalten werde. In Bonn wurden gestern Zweifel geäußert, ob sich Washington an diese Verabredung halten wird. Denn Weinberger hatte, wie AP gestern berichtete, in einem später, nämlich am 10. April an Wörner abgesandten Fernschreiben lediglich bestätigt: „Ich möchte noch einmal versichern, daß wir daran arbeiten werden, etwaige nachteilige Auswirkungen auf die deutsche Industrie zu mindern (oder: mäßigen)." In der englischen Fassung heißt es: „I would like to reaffirm that we will work to mitigate any adverse impact on German industry." In der Umgebung Wörners wurde dazu erklärt, für die Hardthöhe gelte der gemeinsam verabredete Text. Das spZter abgesandte Fernschreiben des amerikanischen Ministers könne daran nichts ändern.

Dieser zwischen beiden Ministern vereinbarte Text hat folgenden Wortlaut: „Anläßlich des Gesprächs zwischen Secretary of Defense Weinberger und Bundesminister Dr. Manfred Wörner am 1.4.1985 in Washington wurde hinsichtlich des Systems NIS ein Kompromiß erzielt. Angesichts der Probleme, die für die USA aus einer weltweiten Umrüstung ihrer Waffensysteme auf ein E/F-Band-System entstehen würden, stimmte Dr. Wörner der Einführung des D-Band-Systems für die Bundeswehr zu. Zugleich wurde vereinbart, daß die Bundesrepublik Deutschland für ihre im Rahmen der Entwicklung des E/F-Band-Systems erbrachten Vorleistungen und für ihr Entgegenkommen in der Sache entsprechende Kompensationen erhält. Die konkrete Ausgestaltung dieser Übereinkunft soll durch eine bilaterale Kommission vorgenommen und danach den Ministern zur Billigung vorgelegt werden."

Dieser Text ist vom US-Verteidigungsministerium zur Grundlage einer Pressemitteilung gemacht worden, in der die entscheidenden Sätze über den Kompromißund die Kompensation wörtlich wiedergegeben wurden. Auf diese Tatsache ist vom Bonner Verteidigungsministerium hingewiesen worden in der Absicht zu begründen, daß Weinberger mit seinem späteren Fernschreiben offensichtlich nicht die Vereinbarung mit Wörner verlassen wollte.

Unterdessen wird von führenden Politikern der Koalition das Agieren des Bonner Verteidigungsministers mit wachsender Irritation beobachtet. Es hieß, für sie sei unverständlich, warum Wörner sich für seine Zustimmung gegenüber Weinberger zur Nutzung des D-Bandes nicht rechtzeitig die allgemeine Rückendeckung der Bundesregierung und der Verantwortlichen des Parlaments geholt habe. Wörner hätte nach seinem harten Zusammenstoß mit Weinberger am Rande der Brüsseler Sitzung der NATO-Verteidigungsminister vergangenen Dezember viel Zeit dazu gehabt. Deshalb müsse es um so mehr verwundern, daß, wie Regierungssprecher Boenisch bestätigt hatte, der Kanzler von der Washingtoner Vereinbarung erst nachträglich erfahren habe. Von mehreren Seiten wurde Wörner deshalb als „begabter Unglücksrabe" bezeichnet. Der Minister selbst gestand gestern in der Sitzung des Verteidigungsausschusses ein, wegen seiner mangelhaften Informationsarbeit intern in der Regierung wie aber auch für die Öffentlichkeit Kritik hinnehmen zu müssen.

Auch der stellvertretende Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Bundestages, der Münchener CSU-Abgeordnete Riedl, zeigte sich über Wörner irritiert. Wie der WELT bekannt wurde, hatte Riedl dem Minister schon am 13. März in einem Brief seine Sorge über eine mögliche Eskalation des Streites zwischen Bonn und Washington wegen NIS mitgeteilt und um Erläuterungen gebeten. Von diesem CSU-Politiker hieß es gestern, entgegen gegenteiliger Zeitungsberichte sei er willens, den Verteidigungsminister nicht nur in der Sache NIS zu stützen, sondern auchallgemein mitzuhelfen, die von Wörner verantwortete Verteidigungspolitik abzusichern.

Renger rügt SPD-„Fest" gegen Reagan

PETER PHILIPPS, Bonn

In mahnenden Worten hat sich Bundestags-Vizepräsidentin Annemarie Renger im Zusammenhang mit dem Besuch von US-Präsident Reagan von Teilen der SPD distanziert. Nachdem die Jusos zu einer Demonstration, auf der die Spitzengenossen Wischnewski und Lafontaine sprechen, gegen Reagans Auftreten vor dem Hambacher Schloß aufgerufen haben, forderte Frau Renger: Zu diesem Aufruf, in dem Reagan als Kriegstreiber, rücksichtsloser Machtpolitiker und Förderer des Elends in der Dritten Welt diffamiert werde, sei klarzustellen, daß „mit dem amerikanischen Präsidenten das demokratisch gewählte Staatsoberhaupt einer Nation in Hambach mit deutschen Jugendlichen spricht, die unser engster Verbündeter ist; einer Nation mit fester demokratischer Tradition und entscheidender Geburtshelfer unserer Nachkriegsdemokratie".

In der Einladung zu der als „Fest für den Frieden" genannten Veranstaltung schreiben die SPD-Initiatoren, daß „nicht unwidersprochen bleiben darf", wenn „Bundesregierung und Landesregierung Rheinland-Pfalz ... Ronald Reagan in Hambach zur deutschen Jugend sprechen lassen. Die Bandbreite der Urteile über dieses SPD-„Fest" innerhalb der Partei zeigt sich auch an der Einschätzung des stellvertretenden Vorsitzenden Hans-Jochen Vogel: Er hält es – im Gegensatz zu Annemarie Renger – für durchaus legitim, wenn eine solche Veranstaltung durchgeführt wird und sieht in Wischneski und Lafontaine die „Garantie", daß dabei nichts aus dem Ruder läuft.

In ihrer Kritik an dem „unwürdigen Schauspiel", zu dem sich die öffentliche Auseinandersetzung um das Besuchs-Programm Reagans ausgeweitet habe, spart Frau Renger allerdings auch die Bundesregierung nicht aus: „Es kann nicht angehen, daß durch ungeschicktes Verhalten der Bundesregierung und öffentlichen Parteienstreit über die Programmgestaltung der Besuch des amerikanischen Präsidenten auf die Ebene einer Provinzposse gezerrt wird."

Kohl besteht bei SDI-Programm auf „gleichberechtigter Partnerschaft"

Heute Regierungserklärung: Forderung nach Technologie-Transfer und europäischer Position

BERNT CONRAD, Bonn

Die Bundesregierung wird wahrscheinlich bis zum Frühsommer endgültig über eine deutsche Beteiligung an dem amerikanischen Forschungsprogramm für eine Weltraumverteidigung (SDI) entscheiden. Dies verlautete am Vorabend der heutigen Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl aus Bonner Regierungskreisen.

Kohl wird nach vorliegenden Informationen im Bundestag das Interesse an einer Forschungsbeteiligung grundsätzlich unterstreichen, wie er das schon am 6.2.1985 auf der Münchner Wehrkundetagung getan hatte. Dafür sprechen in seinen Augen zwei entscheidende Gründe:

1. Nichtbeteiligung kann zu technologischer Zweitklassigkeit führen.
2. Wer sich der Forschung verweigert, hat weder Einfluß auf die zivile noch auf die militärische Komponente.

Allerdings wird Kohl bekräftigen, daß eine deutsche Teilnahme nur bei gleichberechtigter Partnerschaft mit vollem Technologie-Transfer und auf der Basis einer gemeinsamen europäischen Position, speziell einer deutsch-französischen Kooperation, möglich sei. Gegenwärtig sind die Voraussetzungen dafür nach Bonner Ansicht noch keineswegs gegeben.

Dregger: Wir werden hart verhandeln müssen

Es existiert zwar eine generelle amerikanische Einladung an deutsche Firmen, sich an Ausschreibungen für das SDI-Forschungsprogramm zu beteiligen. Außerdem sollen deutsche Fachleute an Ort und Stelle die Lage prüfen. Doch damit ist noch nichts über die allgemeinen Bedingungen und schon gar nichts über einen Technologie-Transfer gesagt.

Auf keinen Fall – so kann man im Bundeskanzleramt hören – läge es im Interesse der Bundesrepublik, wenn Deutsche als Sub-Unternehmer oder Lizenznehmer im SDI-Bereich tätig würden, ohne daß die Chance zur Teilnahme an den erwarteten allgemeinen und speziellen technologischen Fortschritten und Erkenntnissen bestünde. Deshalb hält man einen politischen Rahmen für erforderlich, der den deutschen und europäischen Wünschen Rechnung trägt.

Im Bundeskabinett und in den Koalitionsfraktionen besteht kein Zweifel daran, daß damit erhebliche Schwierigkeiten verbunden sein werden. „Wir stoßen mit unserem Verlangen nach fairen Bedingungen sicherlich auf kommerzielle Interessen in der USA bei der Rüstungslobby und anderswo. Es wird keineswegs selbstverständlich sein, daß man uns das einräumt. Darüber werden wir hart verhandeln müssen", meinte der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger. Seine Schlußfolgerung: Ein Arrangement wird nur auf der Basis eines grundsätzlichen Ja zum Forschungsprogramm möglich sein.

Genauso sieht es der Kanzler. Darum hält er das Problem trotz prinzipiellen Bereitschaft derzeit noch nicht für entscheidungsreif. Zunächst soll mit den Amerikanern sowohl auf Experten- als auch auf politischer Ebene verhandelt werden. Nach Kohls Überzeugung, die von allen Kabinettsmitgliedern geteilt wird, können die Geschäftsbedingungen durch gemeinsames Handeln der Westeuropäer – wobei konkret in erster Linie Frankreich, Großbritannien und Italien in Frage kommen – nur verbessert werden.

Unabhängig von diesen Erwägungen wird Kohl in der Regierungserklärung mit Nachdruck das Recht, ja geradezu die Pflicht der USA unterstreichen, die SDI-Forschung voranzutreiben. Nicht nur, weil die Sowjets auf diesem Feld schon längst tätig sind, sondern weil es legitim ist, dass Präsident Reagan nach Wegen sucht, um das atomare Vernichtungspotential zu entschärfen.

Der Kanzler will jedoch, wie man hören kann, auch auf die strategischen Fragen hinweisen, die das SDI-Projekt langfristig aufwirft. Dabei wird er noch einmal die notwendige strategische Einheit des NATO-Bündnisses hervorheben und klarmachen, daß jede Möglichkeit einer Abkoppelung Europas von vornherein verhindert werden muss. Entscheidend ist nach Überzeugung Kohls, daß die Strategie der flexiblen Antwort, das heißt der atomaren Abschreckung, gültig bleibt, solange es keine für das Ziel der Kriegsverhinderung wirksamere Alternative gibt.

Ein wichtiges Thema der Regierungserklärung wird auch der Zusammenhang des SDI-Projekts mit den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen in Genf bilden. Auf dem Essener CDU-Parteitag hatte Kohl erklärt: „Je mehr es in Genf gelingen sollte, die nuklearen Offensivwaffen in Ost und West entscheidend zu reduzieren, desto überflüssiger könnte es werden, weltraumgestützte Systeme zu stationieren."

Geißler: SPD übernimmt die Stichworte Moskaus

Dieser Satz war teilweise als Gegensatz zu den realen amerikanischen Zielen aufgefaßt worden. Jetzt wird ihn der Kanzler vermutlich so interpretieren: Je stärker die Offensivwaffen reduziert würden, desto weniger Defensivwaffen würden gebraucht. Alles hänge von der Reduzierungsbereitschaft Moskaus ab.

Auf der Grundlage dieser Haltung will die Union, wie CDU-Generalsekretär Heiner Geißler in der Fraktionssitzung am Dienstag ankündigte, offensiver als bisher an die SDI-Frage herangehen und dazu beitragen, daß „der geistig-politische Hintergrund der Argumentation der SPD klargelegt wird". Der Opposition warf Geißler vor, „in einem blinden Antiamerikanismus die Stichworte der Sowjetunion übernommen" zu haben. Damit werde nichts anderes getan, als den totalitären und expansiven Charakter der Sowjetunion zu verharmlesen und zu verdecken.

„Wir dürfen nicht zulassen, daß die SPD und die Friedensbewegung die im Zusammenhang mit dem NATO-Doppelbeschluß verlorene Auseinandersetzung mit einer verfälschenden Diskussion um das neue Defensivsystem der USA wieder zu gewinnen suchen", sagte Geißler.

Reagan beruft sich auf den Papst

„Aufforderung, unsere Anstrengungen in Mittelamerika fortzusetzen" / Werben um Kongreß

DW. Washington

US-Präsident Ronald Reagan beruft sich bei der Verteidigung seines Entschlusses, an der bisherigen Mittelamerikapolitik Washingtons festzuhalten, auch auf Papst Johannes Paul II. Auf einer „Konferenz über religiöse Freiheiten" in der amerikanischen Bundeshauptstadt berichtete Reagan über eine „verbale Botschaft" des Oberhauptes der katholischen Kirche, die, wie es in amerikanischen Presseberichten heißt, „uns auffordert, unsere Anstrengungen in Mittelamerika fortzusetzen".

Diese Zitate sind offensichtlich Teil der Antwort des Papstes auf einen Brief des US-Präsidenten, der vor kurzem vom republikanischen Senatsführer Robert Dole im Vatikan übergeben worden war. In dem Schreiben hatte Reagan dem Papst seine Rüstungskontroll- und Mittelamerikapolitik im Detail erläutert.

Ebenfalls veröffentlicht wurde vom Weißen Haus die nicht geheime Fassung eines Berichts an den Kongreß über die amerikanischen Ziele in Mittelamerika. Darin heißt es unter anderem, die einzige Alternative zu einer verstärkten Militärhilfe für die Kräfte die gegen die linksgerichteten Sandinisten in Nicaragua kämpften, sei eine Politik, mit der die Vereinigten Staaten den mittelamerikanischen Ländern „sichere Garantien" für den Fall nicaraguanischer Angriffe geben. Dazu gehörten, wird in dem Bericht hervorgehoben, auch US-Manöver in der Region.

In der kommenden Woche steht die erste Abstimmung im Kongreß um die heftig umstrittene Freigabe von 14 Millionen Dollar amerikannischer Hilfe für die sogenannten „Contras" an. Der amerikanische Präsident sagte dazu am Dienstag, es werde auch künftig nur wenige Abstimmungen mit solcher Bedeutung geben. Der Sprecher des Weißen Hauses, Larry Speakes, erklärte, die Reagan-Administration sehe „einige Entwicklung in der Haltung des Kongresses".

Während eines Essens im Weißen Haus, bei dem Gelder für Flüchtlinge aus Nicaragua gesammelt wurden, hatte Reagan die Auffassung geäußert, eine Ablehnung der geforderten Gelder wäre nicht nur für die „Freiheitskämpfer" ein schwerer Schlag, sondern auch eine Zurückweisung all derer, die Freiheit und Demokratie für Nicaragua verlangten. Der Präsident appellierte bei dieser Gelegenheit an die Verantwortlichen in den USA, der Welt ein Bild amerikanischer Einigkeit und Entschlossenheit zu präsentieren. Bei dem Essen warb Reagan vehement für einen Waffenstillstand für Nicaragua innerhalb von 60 Tagen und für die Aufnahme direkter Verhandlungen unter Vermittlung der katholischen Kirche zwischen der Regierung und den „Contras". Von Costa Rica, El Salvador und Kolumbien beispielsweise wurde die Reagan-Forderung positiv aufgenommen.

In Managua rief der nicaraguanische Präsident Ortega den US-Kongreß auf, dem Verlangen Reagans nicht zu folgen. Ein Votum für die Hilfe an die Antisandinisten wäre ein Votum für eine „Politik der Aggression, der Intervention, des Verbrechens und Terrors gegen das Volk von Nicaragua". Ortega sprach in vagen Andeutungen von der Bereitschaft seiner Regierung, „Gesten des guten Willens" zu zeigen.

Schmude warnt vor Erhöhung des Swing

AP, Osnabrück

Der sozialdemokratische Politiker Jürgen Schmude hat dringend davor gewarnt, der „DDR" schon im Vorfeld neuer Vereinbarungen eine Erhöhung des auslaufenden, Swing genannten zinslosen Überziehungskredits anzubieten. In einem Gespräch mit der „Neuen Osnabrücker Zeitung" sagte der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, durch voreilige Angebote von Unionspolitikern würden nur die „Preise" verdorben.

Die Swing-Vereinbarungen laufen Ende des Jahres aus. Die bisherige Kreditmarge belief sich auf 600 Millionen Mark. Die „DDR" habe aber den Überziehungskredit nicht ausgeschöpft. Wenn die „DDR" jedoch eine Anhebung des Kredits wolle, sagte Schmude, die eindeutig ihr nützen würde, solle sie dies äußern. „Dann wäre es das normalste von der Welt, daß gewisse Wünsche auf unserer Seite dem entgegengehalten werden." Jedes andere Verhalten entspräche nicht der Interessenslage der Bundesrepublik Deutschland.

Im Hinblick auf den Bonn-Besuch des SED-Politbüromitglieds Günter Mittag, der gestern begonnen hat und bei dem das Problem des Swing erörtert werde, sei es völlig falsch, sagte Schmude, sich durch zahlreiche Äußerungen vorweg in Fragen der deutsch-deutschen Beziehungen festzulegen.

Wechsel an der BND-Spitze im Gespräch

AP, Bonn

An der Spitze des Bundesnachrichtendienstes in Pullach steht möglicherweise ein Wechsel bevor. Regierungssprecher Peter Boenisch erklärte gestern in Bonn, Entscheidungen seien jedoch noch nicht getroffen worden. In Münchener Zeitungen war dagegen berichtet worden, BND-Präsident Eberhard Blum werde zum 1. August von dem Abteilungsleiter des Bundesinnenministeriums für Polizeiangelegenheiten, Manfred Schreiber, abgelöst.

Blum führt den Pullacher Dienst im Geschäftsbereich des Bundeskanzleramtes seit Ende 1982. Er wird am 28. Juli 66 Jahre alt, seine Dienstzeit war um ein Jahr über das Ruhestandsalter hinaus verlängert worden. Der 59jährige Schreiber – ehemaliger Polizeipräsident in München – wurde von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann im Mai 1983 im Rang eines Ministerialdirektors nach Bonn berufen.

Zimmermanns Sprecher Michael-Andreas Butz sagte, für das Innenministerium stelle sich die Frage eines Wechsels von Schreiber nicht, da er im Ministerium wichtige polizeiliche Aufgaben im Bereich der inneren Sicherheit wahrnehme. Der von Schreiber geführte Bereich sei für die nachhaltige Verbrechensbekämpfung von Priorität. Einschlägige Erfahrungen hatte er in seiner Münchner Zeit – auch von der SPD gelobt – gesammelt.

Verhindert Warschau dritten Papst-Besuch?

AP, Warschau

Das theoretische Organ der kommunistischen Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) hat zum verschärften ideologischen Kampf gegen die katholische Kirche aufgerufen. Die vom PVAP-Zentralkomitee herausgegebene Zeitschrift „Nowe Drogi" schrieb, Partei und Regierung liefen Gefahr, diese ideologische Auseinandersetzung mit der Kirche zu verlieren. Mit einer vermehrten Kampagne müsse daher „das rückwärts gerichtete gesellschaftliche Bewußtsein eines noch immer großen Teils unserer Gesellschaft überwunden werden".

„Die Dynamik der Säkularisierungsprozesse, die sich in jüngster Zeit besonders ungünstig entwickelt haben, verlangen eine wesentliche Verstärkung der Tätigkeit besonders im Bereich von Erziehung und Bildung von Jugend", schrieb „Nowe Drogi". Die Propagierung des Atheismus in Polen habe besonders Rückschläge erlitten, nachdem im Jahre 1978 mit Johannes Paul II. ein Pole Papst geworden sei. Auch die beiden Besuche des Papstes in seiner polnischen Heimat hätten der Religiosität unter der Jugend und unter den Intellektuellen Auftrieb verliehen. Politische Beobachter stellten gestern die Frage, ob derartige Angriffe mit dem Ziel veröffentlicht würden, eine geplante weitere Papst-Reise nach Polen unmöglich zu machen.

Falsche Signale

HH. – Innenminister Friedrich Zimmermann ist fest geblieben. Er hat sich gegen die von seinem Parteifreund Ignaz Kiechle verfochtenen Forderungen des Deutschen Bauernverbands nach einem „angemessenen Ausgleich in Geld" bei der Verabschiedung der Novelle zum Wasserhaushaltsgesetz erfolgreich zur Wehr gesetzt. Diesen „Ausgleich" sollten alle Bauern erhalten, zu deren Lasten Nutzungsbeschränkungen (zum Beispiel durch eine verringerte Düngung) angeordnet werden.

So erfreulich dieser Sieg der Vernunft ist, so sehr ist zu befürchten, daß Bauernpräsident Heereman und seine Mitstreiter nun nach Einfallstoren in den Ländern suchen – in Baden-Württemberg offenbar mit Erfolg. Die Regierung Lothar Späth will die Wasserverbraucher mit sechs bis acht Pfennig je Kubikmeter zusätzlich zur Kasse bitten und mit den Erlösen aus diesem „Wasserpfennig" (der genausowenig nur einer ist wie der Kohlepfennig) die Landwirte für die zu erwartenden Nutzungsbeschränkungen entschädigen.

Als hätte er es gewußt, daß die falschen Signale ausgerechnet aus seinem „Musterländle" kommen, hat Manfred Rommel, Stuttgarter Oberbürgermeister und Präsident des Verbandes Kommunaler Unternehmen (VKU), schon vor Monaten massive Kritik an einem solchen Ansinnen geübt. Rommel, alles andere als ein Scharfmacher, hatte unter anderem gefordert, „der vom Deutschen Bauernverband geforderten Umkehrung des allgemeinen Verursacherprinzips eine eindeutige Absage zu erteilen". Die Länder sollten sich das zu Herzen nehmen.

Blind vertraut?

J. G. – Das muß man auf der Zunge zergehen lassen: Was den EG-Konkurrenten der deutschen Stahlindustrie im angeblich letzten Subventionsjahr 1985 mit reichlich 30 Milliarden Mark noch einmal an staatlicher Stütze zufließen soll, entspricht fünfzehn Jahres-Investitionsbudgets der kaum subventionierten deutschen Werke. Mit gutem Grund hat Ruprecht Vondran als Geschäftsführer des deutschen Produzentenverbandes diese aberwitzige Relation nun auf der Hannover-Messe ausposaunt. Die ersehnte Rückkehr des europäischen Stahlgeschäfts aus langer Krisen-Zwangswirtschaft zum freien Markt führt zum Abschlachten deutschen Stahlpotentials, wenn die staatlich Gemästeten freien Auslauf bekommen. Auf den auch ihnen abzuverlangenden Abbau von Überkapazitäten hat der Bundeswirtschaftsminister in Brüssel nicht nachdrücklich gepocht und das Problem der Weisheit der EG-Kommmission anvertraut. Ein allzu blindes Vertrauen? Die Antwort werden wir noch in diesem Jahr wissen.

Auto-Kooperation

Von GÜNTHER DEPAS, Mailand

Wer lange einen Partner sucht, der findet auch. Im Falle des italienischen Automobilunternehmens Fiat Auto in Turin scheint dies den letzten Bestätigungen von Ford Europe zufolge jetzt der Konzern in Detroit zu sein. Seit mehr als zehn Jahren schon macht Fiat-Präsident Giovanni Agnelli kein Hehl daraus, daß die einzige Überlebenschance für die europäischen Automobilunternehmen in der Zusammenarbeit untereinander liegt. An Vorschlägen und an Realisierungen hat es das Turiner Unternehmen nie fehlen lassen. Ein erster Versuch einer Kooperation wurde mit Citroën unternommen. Diese Partnerschaft scheiterte schließlich an der Tatsache, daß Privat und Staatlich schlecht unter einen Hut zu bringen sind.

Trotzdem hat Fiat nie aufgehört, wenigstens in Teilbereichen mit Partnern zusammenzuarbeiten. Bisher am weitesten gediehen ist dabei die Kooperation mit Peugeot, aus der neben einem Transporter kürzlich auch der gemeinsam entwickelte 1-Liter-Motor Fire 1000 entsprungen ist. Dieses kostengünstige, weil aus wenigen Teilen bestehende, von Robotern montierte und benzinsparende Aggregat hat es denn auch dem Ford-Konzern angetan, der darin ein Bauelement für mögliche gemeinsame Entwicklungen der kommenden Jahre erblickt.

Wie mühsam es andererseits ist, sich über Teilbereiche Kostendegressionen zu sichern, zeigen die übrigen, wenigen Kooperationsbeispiele von Fiat. Mehr als das gemeinsame Chassis des Modells Lancia Thema und des neuen Saab brachte die schwedische Tour nicht. Nur zu einem gemeinsamen Getriebe und wenig mehr führte bisher die Zusammenarbeit mit dem staatlichen italienischen Automobilunternehmen Alfa Romeo.

Trotzdem sind es gerade die Teilbereiche, in denen nach Ansicht des Turiner Konzerns über alle Firmenegoismen der europäischen Unternehmen hinaus in den nächsten Jahren entscheidende Durchbrüche erzielt werden müssen, wenn der zunehmende Konkurrenzdruck aus den USA und Japan aufgefangen werden soll. Deutlich ausgesprochen hat dies in einem Interview der Vorstandsvorsitzende von Fiat Auto, Vittorio Ghidella. Ihm zufolge muß die europäische Antwort auf die Kooperation zwischen US- und japanischen Unternehmen in einer Mischung zwischen Innovation und Rationalisierung bestehen. Ghidella denkt vor allem an „hohe Stückzahlen mit vielen kostengünstigen Extras", wobei die Extras kostengünstig nur hergestellt werden können, wenn die Produktion in Kooperation mit anderen Partnern erfolgt.

Die Teilbereiche sind es freilich nicht allein, die Fiat am Herzen liegen. In welche Richtung der Konzern wirklich strebt, hat Fiat-Präsident Agnelli Anfang April in einem Interview mit der US-Fernsehgesellschaft NBC angedeutet, als er betonte, daß „Fiat ein passender Partner willkommen wäre, um mit ihm den Weg in die Zukunft zu gehen".

Sicher wäre es Fiat lieber gewesen, in Europa einen Partner zu finden. Die schon weit zurückliegenden Versuche, selbst das Volkswagenwerk zur Kooperationsbereitschaft zu bewegen, zeigen, wie sehr sich das italienische Unternehmen um eine europäische Globallösung bemühte. Starker staatlicher Einfluß in Frankreich und taube Ohren in Deutschland haben dieses Werben jedoch ziemlich sinnlos werden lassen. Vollends zur Neuorientierung des Turiner Konzerns haben der neue Elan der US-Automobilhersteller und die Gefahr geführt, daß eines Tages der europäische Markt mit Fahrzeugen aus gemeinsamer US-japanischer Fertigung überschwemmt werden könnte. Alle diese Erwägungen haben Fiat in der Überzeugung gestärkt, daß ein passender Partner nur noch jenseits des Atlantiks zu finden ist.

Dabei gehen die Fiat-Strategen davon aus, daß die Ford-Zentrale zwar in Detroit liegt, die Aktivitäten des Konzerns in Europa Ford aber mit dem gleichen Recht wie jeden anderen Hersteller des alten Kontinents als „europäisches" Unternehmen ausweisen.

Daß die Vorstellungen von Fiat-Präsident Giovanni Agnelli ziemlich weit gespannt sind, zeigt seine NBC-Erklärung, wonach es „im Jahre 2000 nur Fiat und zwei weitere Automobilunternehmen in Westeuropa" geben wird. Hierbei mag offenbleiben, wer sich außerhalb Italiens zu den glücklichen Überlebenden zählen darf. Offensichtlich keine Chance haben in dieser Agnelli-Vision mit Sicherheit jedoch das staatliche italienische Automobilunternehmen Alfa Romeo und noch weniger der ebenfalls mit Staatsgeldern am Leben erhaltene Kleinwagenbauer Innocenti.

INDUSTRIE-UND REGIONALPOLITIK / Zwei parlamentarische Anfragen

Opposition fordert mehr Aktivitäten Regierung setzt auf Marktkräfte

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Wirtschaftliche Erfolge lassen sich nicht durch staatliche Planung erzwingen. Die Bundesregierung verfolgt daher eine marktwirtschaftlich orientierte Industrie- und Regionalpolitik. Diese Ansicht zieht sich als roter Faden durch die Antworten der Bundesregierung auf zwei parlamentarische Anfragen, die heute im Bundestag debattiert werden. Dabei wird die SPD im Vorfeld der Wahlen in Nordrhein-Westfalen am 12. Mai noch einmal deutlich machen, daß sie von der Bundesregierung in diesem Bereich mehr Aktivitäten erwartet.

Anlaß der heutigen Debatte sind die Anfragen der Koalitionsparteien zur „wirtschaftlichen Bedeutung und Entwicklung strukturschwacher Regionen" und der SPD-Fraktion zur „Sicherung vorhandener und Schaffung neuer Arbeitsplätze durch eine aktive Industriepolitik". Die Bundesregierung betont, ihre marktwirtschaftliche Strukturpolitik ziele auf mehr Flexibilität und Mobilität von Arbeit und Kapital und auf die Beseitigung verkrusteter Strukturen ab.

Je schneller und reibungsloser sich der Strukturwandel vollziehe, desto besser sei die Wachstumsleistung einer Volkswirtschaft. Für die Strukturpolitik der Bundesregierung gehe es daher auch um die Überprüfung und Flexibilisierung staatlicher Regelungen sowie das Aufspüren und Ausschöpfen von Privatisierungsmöglichkeiten.

Nach Ansicht der Bundesregierung sei diese Aufgabe konsequent angegangen worden. Hingewiesen wird auf die Neufassung arbeitsrechtlicher Vorschriften, auf die Initiativen zur Entbürokratisierung und auf die Vorschläge zur Privatisierung. Als weitere Schwerpunkte ihrer Strukturpolitik nennt die Bundesregierung die Eindämmung und mittelfristige Rückführung der Steuer- und Abgabenbelastung, die Verminderung von Finanzhilfen und steuerlichen Vergünstigungen sowie die zeitliche Befristung staatlicher Hilfen.

Die Vorstellung, die auch in der Anfrage der SPD zum Ausdruck kommt, nach der neue öffentliche Aktivitäten und Interventionen notwendig seien, um den technologischen und industriellen Herausforderungen zu begegnen, wird von der Bundesregierung entschieden abgelehnt. Über mehr Staat seien auch früher die Schwierigkeiten nicht verhindert noch bewältigt worden. Zusätzliche sektorale Anreize wären kein geeignetes Instrument, um Wachstumskräfte zu mobilisieren und damit die Beschäftigung zu erhöhen. Anpassungshilfen für Wirtschaftsbereiche könnten nur in Ausnahmefällen gewährt werden, in denen der Strukturwandel zu bruchartigen Entwicklungen und zu Arbeitsplatzverlusten mit nicht hinnehmbaren volkswirtschaftlichen oder sozialen Konsequenzen führen würde. Nach aller Erfahrung erfolge die Strukturanpassung im Wettbewerb schneller und konsequenter als durch kollektive oder bürokratische Lenkung.

Die Regionalpolitik soll in diesem Jahr noch auf den Prüfstand kommen. Allerdings sind die Arbeiten an der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" noch nicht abgeschlossen. Daher kann auch die heutige Debatte noch keine Klarheit bringen, wohin die Reise gehen soll. Dieses gilt nicht nur für die Neuabgrenzung der Fördergebiete. Hier regt sich Unbehagen, weil rund ein Drittel aller Einwohner in Fördergebieten lebt.

Die Sprecher der Regierungsparteien werden noch einmal ihre Absicht bekräftigen, bei der Förderung verstärkt an den ökonomischen Kräften in den strukturschwachen Regionen anzusetzen, also auch Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe einzubeziehen. Überdies dürfte das Kriterium der Schaffung wettbewerbsfähiger, qualifizierter Arbeitsplätze verstärkt in den Vordergrund geschoben werden. Überdies sollten die regionalpolitischen Wirkungen anderer Subventionen stärker berücksichtigt werden. Fest steht, daß von den Hilfen für die Landwirtschaft, für Stahl und Kohle sowie für den Schiffbau stärkere Effekte auf die Regionen ausgegangen sind, als dieses durch die Gemeinschaftsaufgabe der Fall war.

KONJUNKTURSTIMULIERUNG

US-Schatzamt unterstützt Stoltenbergs Ablehnung

H.-A. SIEBERT, Washington

In der immer hitzigeren Diskussion, ob Deutschland, Großbritannien und Japan ihre Volkswirtschaften nach amerikanischem Vorbild durch fiskalpolitische Maßnahmen wie Steuersenkungen ankurbeln sollen, hat Bundesfinanzminister Stoltenberg Schützenhilfe erhalten. Das US-Finanzministerium distanzierte sich von entsprechenden Vorschlägen, die in letzter Zeit von US-Außenminister Shultz und Notenbankchef Volcker gemacht und von Altbundeskanzler Schmidt in Washington unterstützt worden sind.

Staatssekretär David Mulford, der in der Treasury für internationale Angelegenheiten zuständig ist, bedauerte die „Konfusion" und stellte die Position der Reagan-Administration in einem Gespräch mit Journalisten mit dem Hinweis richtig, daß „die USA zwar an mehr Wachstum in den Partnerländern interessiert sind, ihnen aber die Politik nicht diktieren werden". Aus der Sicht des Schatzamtes müsse die strukturelle Reform durch Abbau der Verkrustungen auf den Märkten Vorrang haben.

Mulford fuhr fort: „Die USA fordern keine fiskalischen Konjunkturanreize, weil sie zu neuen Preisschüben führen. Nein, wir sind gegen eine Ausweitung der Haushaltsdefizite; wir sind für Beseitigung aller Wachstumsbarrieren, aber gegen Schritte, die inflationär wirken." Eine Stimulierung nach Beginn der strukturellen Anpassung sei Sache der betroffenen Regierungen. Stoltenberg ist gestern in der US-Hauptstadt mit dem amerikanischen Finanzminister Baker und seinem Vorgänger Regan, dem jetzigen Chef des Stabes im Weißen Haus, zusammengetroffen. Der Druck, der von Shultz und Volcker ausgeht, darf indes nicht unterschätzt werden.

Staatssekretär Mulford hat auch Bakers Plan, in den USA eine Währungskonferenz abzuhalten, in die Perspektive gerückt. Er machte klar, daß es nicht um Verhandlungen, sondern nur um eine Art Bestandsaufnahme gehe. Dabei wolle man versuchen, die Ergebnisse der Währungsstudie des Zehnerklubs, die im Juni fertiggestellt sein soll, in die Praxis umzusetzen. Weder sei eine Reform der Währungsordnung noch eine Koppelung an die Handelsgespräche im Gatt geplant. Offen seien noch die Details und der Zeitpunkt.

Laut Mulford wird es ein System der festen Wechselkurse niemals wieder geben; weil mit ähnlichen Problemen belastet, lehne die Administration auch Bandbreiten strikt ab. Das Floating-System funktioniere. Es gebe zwar starke Wechselkursschwankungen, sie seien aber nur kurzlebig und beeinflußten den Außenhandel und die Investitionen nicht. Worauf es vielmehr ankomme, sei eine größere Kongruenz der nationalen Wirtschaftspolitiken. Folgt man Mulford, dann ist der Baker-Vorschlag positiv aufgenommen worden.

AUF EIN WORT



„Strukturwandel und Problemlösung an der Ruhr wird es ohne Investitionen nicht geben. Deshalb kommt alles darauf an, das Ruhrgebiet für Investitionen, und hier insbesondere private Investitionen, attraktiver zu machen. Dabei kommt dem Mittelstand besondere Bedeutung zu."

Dr. Theodor Pieper, Hauptgeschäftsführer der Niederrheinischen Industrie- und Handelskammer zu Duisburg — FOTO: DIE WELT

Mehr Mut zur Selbständigkeit

dpa/VWD, Köln

Der Mut zur unternehmerischen Selbständigkeit ist nach Darstellung des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) seit Anfang der 80er Jahre wieder gestiegen. Wie das unternehmernahe Institut mitteilte, gab es 1984 schätzungsweise 1,8 Millionen steuerpflichtige Unternehmen – 150 000 mehr als 1980. 1984 sind nach Angaben des IW im Bundesgebiet allein rund 16 000 Unternehmen mit zinsgünstigen Krediten der Lastenausgleichsbank gegründet worden. Die Gesamtzahl der Unternehmensneugründungen im Jahre 1984 liege noch weit darüber, doch seien dazu noch keine Statistiken verfügbar.

STRUKTURANALYSE

DIW: Dienstleistungszweige gewinnen an Bedeutung

PETER WEERTZ, Berlin

Das warenproduzierende Gewerbe hat nach Ansicht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) seine dominierende Position bei der Bruttowertschöpfung in den vergangenen Jahrzehnten eingebüßt. Wie das Berliner Institut errechnete, ist sein Anteil am Bruttosozialprodukt seit 1960 von über 52 Prozent auf 42,5 Prozent gesunken. Zugleich haben die Dienstleistungszweige an Bedeutung gewonnen: Sie erhöhten ihren Anteil von 41,4 auf 54,6 Prozent.

Außer Kreditinstituten, Versicherungen und Handel waren es vor allem die „sonstigen Dienstleistungen" (Gaststätten, Reinigungsfirmen, Unternehmensberatung, Werbeagenturen und Entwicklungsfirmen), die sich ausgeweitet haben. Es sei jedoch nicht gerechtfertigt, von einer „Entindustrialisierung" der Bundesrepublik zu sprechen, meint das Institut. Die Wirtschaft habe sich vielmehr der strukturellen Entwicklung am Markt angepaßt. Im Vergleich mit Ländern wie Japan, Frankreich, Großbritannien und den USA sei überdies der Anteil des tertiären Bereichs (Dienstleistungen) noch gering – gegenüber den USA beträgt der Abstand sogar 15 Prozentpunkte.

Als bemerkenswert hebt das Berliner Institut jedoch bei diesem Strukturwandel hervor, daß nicht nur das Gewicht der Dienstleistungen, sondern darüber hinaus auch die Dienste innerhalb des warenproduzierenden Gewerbes stark zugenommen haben. Hierzu zählen die Berliner Konjunkturforscher Unternehmensfunktionen wie Forschung, Entwicklung, Planung und Konstruktion.

Zwar werden Verwaltungs- und technische Funktionen auch von Dienstleistungsunternehmen angeboten, zu einem erheblichen Teil würden sie aber innerhalb der Fertigungsbetriebe selbst durchgeführt.

UNO-FORDERUNG

Wirtschaftliche Position der Entwicklungsländer stärken

dpa, New York

UNO-Generalsekretär Javier Pérez de Cuéllar hat ein Bündel von Maßnahmen vorgeschlagen, mit deren Hilfe die wirtschaftliche Zusammenarbeit intensiviert, das internationale Finanzsystem stabilisiert und die Position der Entwicklungsländer gestärkt werden soll.

In einer in New York veröffentlichten Erklärung zur Frühjahrstagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank in Washington weist Pérez auf die anhaltenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Länder der Dritten Welt hin.

An erster Stelle seines Vorschlagskatalogs stehen Maßnahmen zur Senkung der Zinsen, unter denen vor allem die Schuldnerländer der Dritten Welt zu leiden haben, und für größere Währungsstabilität. Die USA sollten über die bisher angekündigten Maßnahmen hinaus noch weitere Schritte unternehmen, um ihr Haushaltsdefizit zu verringern. Bestehende Handelsbarrieren müßten aufgehoben und weitere Liberalisierungen in einer neuen Runde des internationalen Tarif- und Handelsabkommens (Gatt) vereinbart werden.

Die Mittel der Weltbank und der regionalen Entwicklungsbanken sollten aufgestockt werden, um mehr Geld für die Finanzierung von Programmen zu erhalten und die Rolle der Banken als Katalysator bei der Ermutigung privater Investitionen zu verstärken. Die finanziellen Lasten der schwächsten Schuldnerländer sollten in Zuschüsse umgewandelt, die Preise für Rohstoffe stärker gestützt werden.

Diese Maßnahmen könnten nach Ansicht des UNO-Generalsekretärs dazu beitragen, die internationale finanzielle Stabilität zu stärken und die Schuldensituation zu entschärfen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

HDE enttäuscht über Monopolkommission

Köln (dpa/VWD) – Das jüngste Sondergutachten der Monopolkommission über die Konzentration im Lebensmittelhandel ist nach Ansicht der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (HDE) in Köln „noch enttäuschender ausgefallen als schon befürchtet wurde". In einer Erklärung des Einzelhandels-Dachverbandes heißt es, man sei nicht darüber überrascht, daß die Kommission keinerlei gesetzlichen Handlungsbedarf sehe. „Geradezu provozierend" seien aber die Feststellungen, daß es sich beim Wettbewerb in der Lebensmittelbranche um einen sogar erwünschten Anpassungsprozeß handle und die Selbsthilfeappelle und Selbsthilfemaßnahmen der Wirtschaft und des Präsidenten des Bundeskartellamtes bedenkliche Eingriffe seien.

Weniger Arbeitslose

Paris (J. Sch.) – Die in Frankreich seit Mitte letzten Jahres steil angestiegene Arbeitslosigkeit ist wie schon im Februar so auch im März etwas zurückgegangen. Saisonbereinigt verminderte sie sich gegenüber dem Vormonat um 0,2 Prozent auf 2,42 Millionen. Dies war vor allem den neuen beschäftigungspolitischen Maßnahmen für jugendliche Arbeitslose zu verdanken, deren Zahl sich um 1,4 Prozent nach schon um 1,6 Prozent im Februar verminderte.

150 Mill. DM-Anleihe

Düsseldorf (Py.) – Die Hypothekenbank und Finanzverwaltung des Königreichs Dänemark begibt eine Anleihe über 150 Mill. DM. Das Institut beabsichtigt, die Anleihe mit folgenden Konditionen auszustatten: Festlaufzeit 10 Jahre, Zins 7⅝ Prozent, Ausgabekurs 100 Prozent. Eine vorzeitige Kündigung ist nicht möglich. Die Anleihe wird von einem internationalen Konsortium unter Federführung der Westdeutschen Landesbank übernommen.

Kernkraft führt

Essen (Bm.) – Die Verfügbarkeit der deutschen Kernkraftwerke steht international auf Platz eins. Die durchschnittliche Verfügbarkeit bei allen 16 kommerziellen Kraftwerksblöcken betrug 1984 genau 86 Prozent. Dagegen melden die Amerikaner für ihre Kernkraftwerke Verfügungszeiten zwischen 60 und 65 Prozent. Da etwa ein Zehntel der jährlichen Benutzungsstunden für Inspektionen und Brennelementenwechsel benötigt werden, würde die „Traumnote" für die Verfügbarkeit 90 Prozent heißten. Sie wurde 1984 vom Kernkraftwerk Unterweser erreicht, gefolgt vom KKW Grafenrheinfeld mit 89,8 Prozent und KKW Stadt mit 89,3 Prozent.

Beihilfen beanstandet

Brüssel (dpa/VWD) – Die EG-Kommission hat gegen die Bundesrepublik und Italien Vertragsverletzungsverfahren im Zusammenhang mit Beihilfen im Textilfaserbereich eröffnet. Wie aus einer Mitteilung im EG-Amtsblatt hervorgeht, handelt es sich um eine 2,9 Mill. DM umfassende Investitionsbeihilfe zugunsten eines Betriebes in Bergkamen sowie um staatliche Darlehen von insgesamt rund 1,5 Mrd. Lire (2,3 Mill. DM) für ein Unternehmen in Forli.

Günstige Exportprognose

Frankfurt (VWD) – Die Aussichten für die Leistungsbilanz der Bundesrepublik sind nach Einschätzung der Commerzbank AG, Frankfurt, im laufenden Jahr günstig. Voraussichtlich dürften die schon sehr guten Ergebnisse des letzten Jahres nochmals übertroffen werden, schreibt die Bank. Der Export werde noch mehr an Schwung gewinnen, da die Investitionsgüterkonjunktur weltweit breiter wird – was dem deutschen Exportgütersortiment entgegenkomme –, vor allem holten die wichtigsten europäischen Handelspartner der Bundesrepublik konjunkturell auf.

Zu hohe Kapazitäten

Hamburg (dpa/VWD) – Die Raffineriekapazitäten für Rohöl in der EG liegen nach Angaben der Deutschen BP AG, Hamburg, weiterhin über dem Verbrauch, obwohl bereits viele Anlagen stillgelegt wurden. Wie das Mineralölunternehmen in der Hansestadt mitteilte, wird der Mineralölverbrauch in diesem Jahr in den EG-Ländern voraussichtlich bei 450 Mill. Tonnen liegen, während die Raffineriekapazität rund 570 Mill. Tonnen beträgt.



WELT-Korrespondenten berichten von der Hannover-Messe

Partnerland Türkei – Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahl – VDEW – Nasa – Norwegen – Grundig – Nixdorf – NCR – BASF – TA



Erst Ende April Details der Neuordnungs-Pläne

Die Grundig AG, Fürth, hat ihren Verlust (1983/84: 286 Mill. DM) im Geschäftsjahr 1984/85 (31. 3.) um mehr als 100 Mill. DM auf 185 Mill. DM abbauen können. Die Marktsituation für den weiteren Verlustabbau beurteilt Vorstandschef Hermanus Koning indessen als „äußerst ungünstig".

Zögerndes Kaufverhalten, weiter verschärfter Wettbewerbsdruck – vor allem aus Fernost – und als Folge „gnadenlose Preiskämpfe" beeinträchtigten die Erlöse: „Leider wird im Augenblick weniger über die Qualität als über den Preis verkauft." Dem könne man sich auch als Marktführer in der Bundesrepublik nicht entziehen.

Gleichwohl will das Unternehmen sich bemühen, soziale Härten beim weiteren Verlustabbau – der auch den Abbau von Arbeitsplätzen bedeutet – zu vermeiden. So sollen die anstehenden Kündigungen von etwa 3000 Arbeitnehmern allein in der Bundesrepublik durch Maßnahmen der freiwilligen Frühpensionierung, Sozialpläne und durch Umschulungsangebote in Zusammenarbeit mit der Bundesanstalt für Arbeit um fast die Hälfte reduziert werden.

Nach wie vor steht noch nicht genau fest, wie hoch der Beschäftigungsabbau im Gesamtkonzern ausfallen wird. Auf jeden Fall sei mit einer „drastischen Personalreduzierung" in allen Unternehmensbereichen zu rechnen. Die Detailpläne für die Umstrukturierungsmaßnahmen im Inland sollen bis Ende April fertiggestellt sein. Die Existenz von zwei deutschen Werken sei immer noch nicht sicher, für ein drittes zeichne sich eine Lösung inzwischen ab, so Koning.

Die professionelle Elektronik, von Gewerkschaftern und Betriebsräten wiederholt als Rettungsanker für die Arbeitsplatzverluste im Unterhaltungsbereich zitiert, hat sich im vergangenen Jahr günstig entwickelt. Doch selbst ihr Wachstum um 20 Prozent und die weiterhin günstigen Aussichten lassen keinen kurzfristigen Ausgleich erwarten: Neuentwicklungen von Produkten dauern hier zwei bis vier Jahre – erst danach sei ein Effekt zu erwarten, so die Bereichsleitung.

Im Diktiergeräte-Geschäft, dessen Inlandsvertrieb auf Kartellamtsweisung vor kurzem ausgegliedert wurde, ist Grundig wieder gut vorangekommen. Der weltweite Umsatz stieg hier um fünf Prozent, einschließlich neuer Produkte wie Telefonrekorder und Anrufbeantworter sogar um 15 Prozent. Die Sparte mit rund 500 Mitarbeitern wurde jetzt als eigenständiger Geschäftsbereich organisiert.

JOACHIM WEBER

Die Verärgerung zahlreicher Messegäste über den Stil und die Qualität des offiziellen Teils der Eröffnung am Vorabend war gestern weitgehend vergessen: Das eigentliche Messegeschehen in den Hallen und auf dem Freigelände unter dem Hermes-Turm ließ die Kritik verstummen. Die Messe-Verantwortlichen indes werden sich für 1986, wenn es gilt, zwei „Hannover-Messen mit Weltruf" zu eröffnen, einiges einfallen lassen müssen, um diesem Anspruch zu genügen. Gemessen an dem Publikumszuspruch und an der Intensität der Gespräche auf den Ausstellungsständen spricht einiges dafür, daß die letzte Hannover-Messe herkömmlicher Art noch einmal für Rekordzahlen sorgen wird. Die Besucherzahl lag nach vorläufigen Schätzungen um 10 Prozent über dem ersten Messetag 1984. Ihre traditionelle Visite absolvierte bereits eine Delegation aus der „DDR" unter Leitung von Günther Mittag. Verärgerung unter den Journalisten lösten die strengen Sicherheitsmaßnahmen des „Partnerlandes" Türkei aus. (dos)



Unter starken Sicherheitsmaßnahmen eröffnete der türkische Ministerpräsident Turgut Özal mit Assistenz von Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann die Ausstellung „Partnerland Türkei". FOTO: DPA

Özal: Beinahe alle Sektoren stehen für ausländische Investoren offen

Die breite wirtschaftliche Öffnung seines Landes nach außen hat gestern der türkische Ministerpräsident Turgut Özal hervorgehoben, nachdem er zuvor mit Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann die Ausstellung „Partnerland Türkei" auf der Hannover Messe offiziell eröffnet hatte. „Beinahe alle Sektoren unserer Volkswirtschaft stehen für ausländische Investoren offen, und wir verfügen über umfangreiche und attraktive Anreize für die fremden Investoren", sagte Özal. Das 1950 eingeführte Investitionsförderungsgesetz reiche völlig aus. Neue Anreize für ausländische Investoren sind nach Ansicht des türkischen Regierungschefs nicht notwendig.

Özal verwies auf die traditionell guten Beziehungen zwischen der Türkei und der Bundesrepublik. So sei die Bundesrepublik schon immer ein wichtiger wirtschaftlicher Partner der Türkei gewesen. Allein im vergangenen Jahr seien die Exporte aus der Türkei in die Bundesrepublik um fast 35 und die Importe in die Türkei um beinahe 14 Prozent angestiegen. Darüber hinaus ist nach Özals Worten noch ein großes Potential vorhanden, das auch auf weiteren wirtschaftlichen Gebieten eine Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern ermögliche. Gemeinsame Investitionen seien dabei nicht nur für sein Land von Vorteil, sondern eröffneten der Bundesrepublik zum Beispiel auch neue Handelschancen im Mittleren Osten.

Die Tatsache, daß die Türkei in diesem Jahr mit 144 Unternehmen und Organisationen als Partnerland auf der Hannover Messe teilnimmt, biete ihr die Möglichkeit – so Özal – ihr breites industrielles Potential zu demonstrieren und sich dadurch Zugang zu den Weltmärkten zu verschaffen. Dabei gehe es auch darum, neue Wege für die wirtschaftliche und technologische Kooperation mit anderen Ländern zu finden. Erfahrungen der Vergangenheit hätten gezeigt, welche Bedeutung die zunehmende wirtschaftliche Verflechtung zwischen industrialisierten Ländern und Entwicklungsländern habe. Eine Lösung der gemeinsamen Probleme könne nur auf der Basis internationaler Solidarität gefunden werden.

Allerdings liege es in der Verantwortung der Entwicklungsländer selbst, ihre wirtschaftliche Entwicklung zu gestalten. Die Türkei habe in vier Jahren auf diesem Gebiet beträchtliche Fortschritte erzielt. Sie setze wirtschaftspolitisch auf die private Initiative und das System der freien Marktwirtschaft als die treibende Kraft ihrer Entwicklung, sagte Özal. Die Öffnung der Wirtschaft für ausländische Investoren und die durchgeführten Konsolidierungsmaßnahmen hätten dazu beigetragen, daß die Türkei heute eines der wenigen Entwicklungsländer sei, das seine Auslandsschulden bezahlen könne und dessen internationale Kreditwürdigkeit schneller als die jedes anderen Landes zugenommen habe.

Auch sei das Bruttosozialprodukt der Türkei 1984 um 5,7 Prozent gestiegen, im Vergleich zu 3,2 Prozent 1983, und habe damit die höchste Wachstumsrate seit 1976 erreicht. Obwohl die Türkei traditionell ein Agrarland sei, erreiche der Anteil der Industriegüter am gesamten Export 25 Prozent, hob der Ministerpräsident hervor. Dies sei ein klarer Beweis, bis zu welchem Grad die türkische Volkswirtschaft ein industrielles Profil erreicht habe. Zu seiner Absicht, in diesem Jahr die Inflationsrate zu halbieren, sagte der türkische Ministerpräsident, daß er davon ausgehe, daß die Preissteigerung in diesem Jahr insgesamt unter der von 1984 liegen werde.

SABINE SCHUCHART

Die Aussichten werden 1985 wieder trüber

Nach den alles in allem verbesserten Ergebnissen der deutschen Stahlindustrie im Jahre 1984 beurteilt die Branche die Aussichten für 1985 wieder vorsichtiger. Ruprecht Vondran, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie, Düsseldorf, sieht „einige der günstigen Einflüsse des Jahres 1984" schwinden. Zwar hätten sich die ersten Monate des neuen Jahres befriedigend entwickelt; so erhöhte sich die Produktion im ersten Quartal gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um 3 Prozent. Den positiven Impulsen aus steigenden Ausrüstungsinvestitionen stehe indes die Konjunktur- und Strukturschwäche auf dem Baumarkt entgegen.

Der Stahlverbrauch, so Vondran, dürfte 1985 stärker als im Vorjahr zunehmen, und zwar um 2 Prozent. Die Lagerergänzung dürfte aber unter dem Volumen des Vorjahres bleiben, so daß die Marktversorgung mit Stahl nur das gleiche Niveau wie 1984 erreichen wird. Weil auch die Entwicklung des direkten Stahlaußenhandels nicht wesentlich von der des Vorjahres abweichen dürfte, prognostiziert Vondran für 1985 eine Stahlproduktion, die eher etwas geringer ausfallen dürfte als im Jahr davor (39 Mill. t).

Vor diesem Hintergrund sei es für die deutsche Stahlindustrie von erheblicher Bedeutung, daß die Preise „angemessen erhöht werden". Vondran bezeichnete die Diskussion zwischen der Stahlindustrie und der EG-Kommission um die Erhöhung der Mindestpreise als nicht sehr hilfreich. Die zum 1. April vorgenommenen Preissteigerungen von 30 DM pro Tonne in den wichtigsten Produktbereichen habe der Markt angenommen. Dies sei aber noch immer nicht ausreichend.

Kritisch setzte sich Vondran mit dem „fortschreitenden Zerfall der Montanunion" auseinander. Anstatt konkrete Verhandlungen darüber aufzunehmen, was nach zehnjähriger Anpassungskrise aus sozialen oder regionalen Gründen an öffentlichen Hilfen noch notwendig ist, habe der Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft „abstrakte Regeln verabschiedet, die es einigen Regierungen ermöglichen sollen, die für 1985 genehmigten Subventionen (20 Mrd. DM) unter Wahrung des rechtlichen Gesichts auf mindestens 30 Mrd. DM zu erhöhen.

Angesichts der Vorleistungen der Stahlindustrie in der Bundesrepublik Deutschland müsse die Branche auf einem Ausgleich bestehen. Eine Zahl könne zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht genannt werden. Es gehe aber nicht, daß die Wettbewerber „in der Silvesternacht 1985 unterschiedlich ausgerüstet an den Start geschickt werden", erklärte Vondran.

DOMINIK SCHMIDT

Strom bleibt preisstabil

Die Entwicklung der Strompreise hat nach Ansicht der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie gestärkt und zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes beigetragen. VDEW-Vorstandsmitglied Professor Heinz Brüderlin wies in Hannover darauf hin, daß sich der Preisanstieg für Industriekunden 1984 im Bundesdurchschnitt auf 1,9 Prozent abgeflacht habe, nach Erhöhungen um mehr als sechs und um drei Prozent in den Jahren 1982 und 1983. Damit liegt das deutsche Strompreisniveau international im Mittelfeld.

Diese erfreuliche Preisentwicklung führt die VDEW vor allem auf den steigenden Einsatz der Kernenergie zurück, die jetzt 28 Prozent zur öffentlichen Stromerzeugung beisteuert. „Ihr Kostenvorsprung beträgt im Vergleich zur Steinkohle im Grundlastbereich fünf Pfennig je Kilowattstunde", erklärte Brüderlin. Die unterschiedliche Verfügbarkeit der Kernenergie in den Bundesländern werde dazu führen, daß die hohen Umweltschutzkosten für Steinkohle- und Braunkohlekraftwerke die Verbraucher nicht gleichmäßig treffen würden, kündigte VDEW-Hauptgeschäftsführer Horst Magerl an. Die noch heute bestehenden Preisvorteile reviernaher Gebiete würden sich dadurch vermindern.

Die Entschwefelung eines Steinkohlekraftwerks mit einer Nutzungsdauer von 4000 Stunden jährlich dürfte die Erzeugungskosten je Kilowattstunde um drei Pfennig erhöhen, erwartet die VDEW. Noch einmal halb soviel werde die Minderung der Stickoxydemissionen kosten. In diesem Jahr steht nach Ansicht Magerls noch kein erheblicher Kostenschub bevor. Das Maximum werde 1987/88 erreicht.

HEINZ STÜWE

MESSE-SPLITTER

Die „DDR", die in diesem Jahr zum 23. Mal an der Hannover-Messe teilnimmt, will den Handel mit der Bundesrepublik ausgeglichen gestalten und außerdem die Struktur des Warenaustausches verbessern. An der größten Investitionsgüterschau der Welt beteiligen sich aus der „DDR" deshalb 13 Außenhandelsbetriebe, drei Consultingunternehmen sowie das Zentrale Büro für Internationalen Lizenzhandel.

*

Einen Vorgeschmack auf moderne Verkehrsmittel der Bundesbahn zeigt Thyssen Henschel, Kassel, mit dem Modell der Magnetschwebebahn „Transrapid 07". Dieses neuartige Fahrzeug soll einmal 400 Kilometer pro Stunde schnell sein.

*

Die Speicher der elektronischen Datenverarbeitung werden immer kleiner. Atari präsentiert eine Compact-Disc mit einem Durchmesser von zwölf Zentimetern, auf der sich rund 80 Millionen Wörter speichern lassen. Laut Firmenangaben kann in Sekundenschnelle jeder beliebige auf der Platte gespeicherte Begriff abgerufen werden.

*

Aufwendige Aufbrucharbeiten bei der Verlegung von Kabeln werden künftig überflüssig. Ein Gerät einer Firma aus Lennestadt-Saalhausen (Tracto-Technik, Paul Schmidt, Maschinenfabrik GmbH) bringt per Raketenvortrieb Versorgungsleitungen zielgenau unter die Erde. Laut Firmenangaben können damit Rohre bis zu 200 Millimeter ohne Aufbruch verlegt werden. Die „unterirdische Rakete" werde auch mit Steinen und Mauerwerk fertig.

*

Der größte Teleskopkran der Welt hat auf der Hannover Messe Premiere. Die Gottwald GmbH, Düsseldorf, präsentiert dieses die Vorstellungen eines Normalbürgers sprengende Kran-Ungetüm im Wert von 7 Mill. DM. Aufgerüstet mit Wipp-Spitzenauslegern erreicht er mit 150 m fast die Höhe des Kölner Doms (157 m). Seine Tragkraft von 800 Tonnen prädestiniert den Kran zur Montage schwerer, vorgefertigter Bauteile. Auf der Straße erreicht der Autokran – natürlich in zusammengelegtem Zustand – eine Geschwindigkeit bis zu 70 km/h. An Ort und Stelle angekommen, ist der mobile Wolkenkratzer in ca. 30 Minuten einsatzbereit.

*

Wenn Fachleute in die Röhre gukcken geht es häufig um Lecks, Risse oder Ablagerungen in irgendwelchen verwinkelten Rohrsystemen. Für diese Spurensucher hat die Electronic Apparate-Bau, Riezlern, eine Spezialvideokamera – Durchmesser 18 mm und Länge 40 mm – entwickelt, die z. B. die Innenwände von Leitungen für Bier, Milch, Öl, Wasser usw. optisch abtasten kann. Und das bis zu einer Länge von 35 Metern. Der Kamerakopf sitzt auf Glasfiberstangen, die den Innen-Zustand der Rohre in den Bildaufnehmer leiten und Fehler schnell finden lassen.

*

Scheckkarten werden vom Format her immer mehr zum Maß aller Dinge. Die Stenocord Electronic, München, bietet ein Super-Mini-Diktiergerät an, das in seiner Winzigkeit von 15x51x98 mm praktisch nicht mehr zu unterbieten ist, bei einem Gewicht von 108 Gramm. Der elektronische Notizblock, der auch bei starken Umgebungsgeräuschen, z. B. im Auto oder Flugzeug, eine klare Aufzeichnung ermöglicht, arbeitet mit der Mini-M-Kassette, die in alle Diktiersysteme paßt, die mit der internationalen Minikassette nach DIN 32750 W arbeiten.

Negativer Saldo der Handelsbilanz

Die Bundesrepublik, die in den vergangenen Jahren mit einem Anteil von rund 15 Prozent am Außenhandel Norwegens beteiligt war, gehört zu den bedeutendsten Handelspartnern des skandinavischen Landes. Ein erheblicher Teil der norwegischen Ausfuhren in die Bundesrepublik entfällt auf Erdöl und Erdgas. Der Saldo der Handelsbilanz, sofern er Güter betrifft, ist seit Jahren negativ für Norwegen. Das Defizit belief sich in den letzten Jahren im Durchschnitt auf 5,7 Milliarden Kronen pro Jahr.

Die deutschen Einfuhren aus Norwegen bestehen vorwiegend aus Metallen, Erzen, Chemikalien und Holzveredelungsprodukten. Exportiert werden Investitionsgüter, Maschinen, Ausrüstungen und Transportmittel. Seit einigen Jahren bemüht sich die junge Elektronikindustrie Norwegens, die Bundesrepublik als Absatzmarkt zu erschließen. Vor fünf Jahren organisierte der staatliche norwegische Exportrat deswegen erstmals einen Gemeinschaftsstand auf der Hannover-Messe. In diesem Jahr sind sieben Unternehmen aus der Elektronikbranche daran beteiligt, davon zwei zum ersten Mal. Wie auf dem Stand erklärt wird, habe sich die Messebeteiligung trotz der vergleichsweise hohen Kosten wegen der gewonnenen Kontakte außerordentlich bewährt. Insgesamt sind zwölf Unternehmen aus Norwegen vertreten. (gb.)

Mit neuer Strategie mehr Wachstum

Trotz eines von 18,4 auf 22,5 Mill. DM gesteigerten Ertrags war die NCR GmbH, Augsburg, mit der Entwicklung 1984 durchaus nicht zufrieden, wie Ian M. Angus, Vorsitzender der Geschäftsführung, in Hannover ausdrücklich bestätigte. Der Umsatz nahm nämlich nur um 4 Prozent auf 622,3 (598,4) Mill. DM zu, das Plus lag damit erheblich unter dem Branchenzuwachs. Für die deutsche Tochtergesellschaft des fünftgrößten amerikanischen Computer-Herstellers war dies offensichtlich der Anstoß zu einer Neuorientierung der Geschäftspolitik, bei der in Zukunft Wachstum im Markt im Vordergrund steht.

Die Produktstrategie, mit der dieses Ziel angegangen werden soll, trägt den Namen „Transaction Processing". Die NCR versteht darunter EDV-Systeme mit einer Terminal-Basis, an der Geschäftsvorgänge an nicht vorhersehbaren Zeitpunkten anfallen, die dann jedoch ohne Zeitverlust vom Computer verarbeitet werden. Die dazugehörigen Terminals, zu deren Bedienung kein Fachwissen erforderlich ist, können beispielsweise Geldautomaten, Btx-Geräte und solche zur Betriebsdatenerfassung sein, aber auch POS-Datenkassen.

Nach wie vor liegt ein erheblicher Schwerpunkt der Angebotspalette bei Warenwirtschaftssystemen. Die NCR, einst führender Anbieter von Registrierkassen, der sich auf diesem Markt in Europa immer noch als Nummer eins sieht, will nach eigenem Bekunden diese auf dem deutschen Markt verlorengegangene Position wiedererlangen. Zu der dazu erforderlichen finanziellen Rückendeckung ist die amerikanische Muttergesellschaft zweifellos in der Lage.

Sie bestimmt sowieso die Richtlinien der Unternehmenspolitik, denn laut Geschäftsführer Hans-Rudolf Wittmer ist die deutsche Tochter „nur eine kleine Landesorganisation, deren Hauptquartier in den USA liegt". Genau das wurde im vergangenen Jahr deutlich, als die amerikanische Mutter mit einer eigenen Produktion von Personal-Computern begann, wodurch dem Augsburger Unternehmen ein interessanter Exportmarkt und 50 Mill. DM Umsatz verlorengingen. Einiges spricht jedoch dafür, daß hier ein Ausgleich möglich ist, denn der Auftragseingang im ersten Quartal nahm immerhin um 20 Prozent zu.

HEINZ HILDEBRANDT

Fülle von Belastungen

Wolfram Nadebusch, seit Oktober 1984 „aktiver" Vorstandsvorsitzender der Triumph-Adler AG für Büro- und Informationstechnik, hat in den ersten Monaten der Amtsführung offenbar unangenehme Überraschungen erlebt. In Hannover bekannte er, daß Restrukturierungsmaßnahmen, die „nicht in dem Maße vorgesehen" waren, 1984 noch einmal für eine „Fülle von Belastungen" gesorgt haben.

Der Verlust des vergangenen Jahres werde darum beträchtlich größer ausfallen als die 49 Mill. DM von 1983. Nun allerdings werde die Verlustsituation rapide abgebaut. Dabei hilft auch der günstige Geschäftsverlauf: Im ersten Quartal 1985 lag der Umsatz um 20 Prozent über dem vergleichbaren Vorjahreswert. Eine ganze Reihe neuer Computer soll jetzt zusätzliche Impulse bringen. Dem Ziel, rascher voranzukommen, dient auch eine Neuorganisation des inländischen Vertriebs. Der bisher ausschließliche Absatz über den Fachhandel soll künftig durch regionale „Zentren für Bürokommunikation" ergänzt und auch unterstützt werden. (Wb.)

Datentechnik wächst munter

Der Datentechnik-Bereich der BASF AG, Ludwigshafen, erreicht allmählich beachtliche Größenordnungen. Nachdem er im vergangenen Jahr seinen Umsatz um 20 Prozent auf 850 Mill. DM ausgeweitet hat, ist für 1985 ein Volumen von einer Mrd. DM geplant. Nach wie vor entfällt mehr als die Hälfte des Geschäfts auf die ursprüngliche Produktlinie der Speichermedien. Vom Magnetband kommend, wurde sie im Laufe der Jahre auf Magnetplatten und Disketten – derzeit wachstumsstärkstes Produkt – ausgedehnt.

Die BASF Datentechnik beschäftigt weltweit 3100 Mitarbeiter und hat Produktionsstandorte in Deutschland, den USA, Frankreich und Brasilien. Aus eigener Produktion stammen nicht nur die Magnetspeicher, sondern auch ein Teil der zugehörigen Geräte. Die Computerreihe wird aus Japan zugekauft. Neben der Datentechnik zählt zum Geschäftsbereich Informationstechnik auch noch die Reproduktionstechnik (Druckplatten). Auch sie steigerte ihren Umsatz 1984 um ein Fünftel auf 150 Mill. DM. (Wb.)

Eingeschränkt optimistisch

„Wir können hier locker auftreten, denn wir haben anständige Zahlen vorzulegen und erwarten von dieser Messe viele neue Impulse, die unser Geschäft weiter beleben werden", erklärte Heinz Nixdorf, Vorstandsvorsitzender der Nixdorf Computer AG, Paderborn. Eine Umsatzsteigerung von 26 Prozent innerhalb des letzten Jahres sowie die Tatsache, daß derzeit pro Monat rund 250 neue Arbeitsplätze im Unternehmen geschaffen werden, unterstreicht diesen Optimismus. Nixdorf setzte ihm jedoch einen Dämpfer auf: „Ich möchte in diesem Land kein Architekt sein und auch kein junger Lehrer. Wir zählen zwar noch zu den reichsten Industrienationen, aber bereits in sechs Jahren werden wir rund 40 Prozent weniger Lehrlinge haben, die uns dann nicht nur als Konsumenten, sondern auch als Facharbeiter fehlen."

Der Mangel an solchen Facharbeitern als Folge der fehlenden Bereitschaft, Lehrlinge auszubilden, ist laut Nixdorf auch einer der wesentlichen Gründe, weshalb der Qualitätsstandard amerikanischer Computer und ihrer Komponenten immer mehr zu wünschen übrig läßt. So sei das Halbleitergeschäft mit Lieferanten aus den USA faktisch bereits zusammengebrochen, weil die Japaner hier zu wesentlich günstigeren Preisen, bei besserer Qualität anbieten.

Kritisch setzte sich Nixdorf auch mit der Kooperationsfähigkeit der Amerikaner auseinander, die nach seiner Meinung noch nicht bewiesen sei: „Das gilt auch für Programme, die für die Verteidigung unserer Freiheit gedacht sind. Wenn wir hier Geld ausgeben sollen, müssen damit auch Arbeitsplätze in Deutschland geschaffen werden."

Auch der Deutschen Bundespost schrieb der Paderborner Computer-Bauer einiges in Stammbuch: „Dieser größte deutsche Auftraggeber mit bestem Zugang zum Kapitalmarkt darf uns nicht zumuten, daß die Fertigstellung eines flächendeckenden neuen Informationsnetzes erst im Jahre 2020 zu akzeptieren ist. Hier sind erheblich mehr und schnellere Investitionen erforderlich, wozu auch eine Beamtenschaft in der Lage sein sollte."

HEINZ HILDEBRANDT

Produktion in der Umlaufbahn

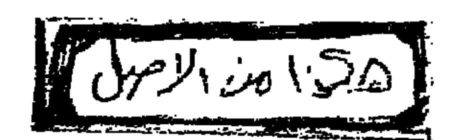
Die Teilnahme der Bundesrepublik an der Entwicklung einer Raumstation stellt nach Ansicht des bei der Nasa zuständigen Programm-Managers für Planstudien der bemannten Raumfahrt, Jesco von Puttkamer, einen „bemerkenswert weitsichtigen Entschluß von historischem Rang dar". Bei der Eröffnung des Niedersachsen-Pavillons erklärte von Puttkamer, durch die Entscheidung der Bundesregierung werde dieser Bereich auch in Deutschland einen Schwerpunkt für Forschung und Entwicklung ausmachen.

Im Rahmen des Raumstation-Programms gebe die Nasa bis 1986 über 400 Technologie-Entwicklungsverträge im Wert von über 185 Mill. Dollar an die Industrie. Die Erfahrungen besagten, daß dadurch ein starker Technologietransfer in die Volkswirtschaft wirksam werde. Allein für die Entwicklung der kommerziellen Nutzung des Alls stelle die Nasa 1986 einen Förderungsbetrag von 20 bis 30 Mill. Dollar zur Verfügung. Hinzu kommen 34 Mill. Dollar für den Schwerpunktbereich „Materialherstellung im All".

Der Nasa-Manager geht davon aus, daß bis zum Jahre 2000 routinemäßig mit menschlichen Besatzungen Verkehr nicht nur zwischen Erdoberfläche und erdnaher Umlaufbahn stattfindet, wie es mit dem Shuttle bereits geschieht, sondern auch im geostationären Bereich und später über Mond- und planetarische Entfernungen. Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es aber beträchtlichen Wachstumspotentials mit Blick auf die Raumstation-Infrastruktur. Dazu gehöre die Errichtung größerer ständiger Raumanlagen für Wissenschaft, Forschung, Entwicklung und Wirtschaft, ein routinemäßiger und flexibler Zugang zu allen Umlaufbahnen durch Menschen und robotische Systeme sowie die Durchführung von Dienstleistungen wie Auftanken, Reparatur und Erneuerung von Raumgeräten im All.

Für den erdnäheren Bereich rechne man bei der Nasa damit, daß die Kommerzialisierung von im Weltraum verarbeiteten Materialien einen Stand erreicht, der im Raumstation-Nachfolgeprogramm zur Errichtung von Fabrikationsanlagen in der Umlaufbahn führt. Eine andere kommerzielle Innovation sei die Weltraum-Touristik, die ihren Markt finden werde.

DOMINIK SCHMIDT



BABCOCK-HV / Noch keine Kapitalerhöhung in Sicht

Verläßlich in Gewinnzone

J. GEHLHOFF, Oberhausen

Auch für 1984/85 (30. 9.) werde die Deutsche Babcock AG, Oberhausen, ihr Konzerngeschäft mit positivem Ergebnis abschließen, kündigte Vorstandsvorsitzender Helmut Wiehn auf der Hauptversammlung dieser Holding eines der größten deutschen Maschinen- und Anlagenbaukonzerne an. Offen ließ er, ob die für 1983/84 nach zweijähriger Pause wiederaufgenommene Dividendenzahlung von 3 DM/Stück für die 187,5 Mill. DM Stammaktien – daneben 3,50 (3) DM für die 62,5 Mill. DM stimmrechtslosen Vorzugsaktien – höher wird.

Sicherlich doppelt so hoch, so darf man unterstellen, müßte sie wohl auch nach dem Verständnis des Vorstands sein, wenn er mit Aussicht auf „mittelfristig angemessene Dividende" die oft beteuerte Absicht wahrmacht, das genehmigte Kapital von 100 Mill. DM mit 200 Prozent Emissionsagio für eine kräftige Kapitalerhöhung zu nutzen und mit dieser die Scharte des großen Eigenkapital-Aderlasses von 1981/82 aus Nahost-Verlustaufträgen auszuwetzen.

Damit hat es offensichtlich auch jetzt noch gute Weile. Einerseits hat der kommod finanzierte Konzern, wie Wiehn vor den Aktionären darlegte, mit nur 82 Mill. DM Netto-Bankverschuldung per 30. März 1985 und 1,2 Mrd. DM ungenutzten Kreditlinien von der Liquidität her überhaupt keinen Kapitalerhöhungsbedarf.

Andererseits aber, so betonte Wiehn, setze das Ziel der „angemessenen Dividende" (unerläßliche Bedingung für die Kapitalerhöhung) auch „reales" (und ertragsbetontes) Wachstum des Konzerns voraus. Damit kann die Babcock-Gruppe derzeit noch nicht glänzen.

Für 1984/85 erwartet sie einen konstanten Auftragseingang von 5,3 Mrd. DM, einen „abrechnungsbedingt" um 15 Prozent auf 5,5 Mrd. DM sinkenden Umsatz und nur für die Kopfleistung der voraussichtlich noch 22 000 (22 515) Mitarbeiter einen (nominalen) Anstieg um etwa 3 Prozent. Lebhaft sei das Geschäft derzeit in Umwelttechnik, Textilmaschinen- und Apparatebau, anhaltend flau aber im Kraftwerksneubau und im Hochbau.

SPANIEN / Steuererleichterungen und verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten

Auslandsinvestitionen erleichtert

ROLF GÖRTZ, Madrid

Um den Konsum zu fördern senkt die spanische Regierung mit Wirkung vom 1. Mai und rückwirkenden Ausstrahlungen auf den April die Einkommensteuer. Weitere von Finanz- und Wirtschaftsminister Miguel Boyer angekündigte Maßnahmen, darunter verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten, die Liberalisierung der Auslandsinvestitionen sowie eine Finanzspritze für den Wohnungsbau sollen die bisher ausgebliebene Investition stimulieren.

Die Vereinfachung ausländischer Investitionen in Spanien betreffen sowohl die Industrie als auch den Immobilienmarkt. So werden Investitionen bis zu 500 Mill. Pesetas – etwa 9,1 Mill. DM – von umständlichen Genehmigungsverfahren befreit, egal wie hoch die prozentuale Beteiligung des ausländischen Investors an der spanischen Firma ausfallen wird. Bei wehrwirtschaftlichen Gütern beschränkt sich die genehmigungsfreie Investition auf 1,8 Mill. DM. Die gleiche Höhe – 100 Mill. Pesetas – gilt auch für die Investition auf dem Immobilienmarkt. Eine Erleichterung für den Reiseverkehr der Spanier ins Ausland bedeutet die Anhebung der genehmigungsfreien Geldausfuhr von 80 000 Pesetas auf 100 000 Pesetas.

Die Steuererleichterungen sollen die kleineren Einkommen begünstigen. Sie betreffen vor allem Jahreseinkommen zwischen 500 000 und eine Million Pesetas. Hier betragen sie acht bis neun Prozentpunkte. Bei Jahreseinkommen zwischen 18 000 und 55 000 DM umgerechnet sinkt die Steuererleichterung von sieben auf zwei Prozentpunkte. Finanzminister Boyer setzte den Einnahmeverlust des Steueraufkommens durch die Steuerermäßigung auf 1,8 Mrd. DM umgerechnet fest. Zum Ausgleich sollen staatliche Zuschüsse bei der Einfuhr für öffentliche Unternehmen gesenkt und die Steuerkontrolle insgesamt verschärft werden.

Boyer hofft, daß die Steuererleichterung zu einer Konsumsteigerung von 0,7 Prozent auf 1,5 Prozent führen wird. Angesichts der anhaltenden Stagnation der Wirtschaft, die durch einen weiteren Anstieg der Arbeitslosenzahl im März um 12 000 Beschäftigte auf insgesamt 2,68 Millionen Arbeitslose, das sind 20 Prozent der aktiven Bevölkerung, gekennzeichnet ist, hatte Boyer seine Erwartung hinsichtlich des Wirtschaftswachstums ohnehin reduziert. Trotz der jetzt angekündigten Stützungsmaßnahmen verringert sich das angesteuerte Ziel von drei Prozent auf 2.5 Prozent.

Zusätzliche Erleichterungen bei der Gründung neuer Unternehmen durch Vereinfachung des Genehmigungs- und Registerverfahrens sollen die Flexibilität der Wirtschaftspolitik unter Beweis stellen. In die gleiche Kerbe schlägt die stufenweise Erhöhung der Abschreibungsmöglichkeiten um 50 Prozent in fünf Jahren. Zu diesen Maßnahmen, die insgesamt eine Anpassung an die europäischen Gegebenheiten darstellen, gehört auf der anderen Seite das Bemühen um eine erste Transparenz bei den Gesellschaftsinformationen. Bisher gibt es kaum zuverlässige Bilanzen, wenn man von einigen wenigen Unternehmen absieht. (SAD)

ERNO / Private Weltraum-Nutzungsgesellschaft geplant

„Anschluß nicht verpassen"

W. WESSENDORF, Bremen

Die Erno Raumfahrttechnik GmbH in Bremen und der Unternehmensbereich Raumfahrt der Messerschmitt Bölkow Blohm GmbH (MBB) in München-Ottobrunn haben sich zum größten zivilen Raumfahrtkomplex in Europa entwickelt. Seit 1981 arbeiten MBB-Erno zusammen, der Leitungssitz liegt in der Hansestadt, und „da wird er auch bleiben", erklärte Erno-Geschäftsführer Klaus Berge.

An beiden Standorten der Raumfahrtgruppe arbeiten rund 2300 Mitarbeiter, davon 1165 in Bremen und 1105 in Ottobrunn. Die Stammbelegschaft soll bis 1989 auf rund 3000 wachsen. Der Auftragsbestand für beide Standorte belief sich Ende 1984 auf 764 Mill. DM und ist seitdem um weitere 100 Mill. gestiegen. „Das ist vor allem mit dem Abschluß über das fünfte Los für Ariane 4 zu erklären", sagte Berge. In Bremen wird die zweite Stufe der europäischen Trägerrakete Ariane hergestellt.

„Das kommerzielle Satellitengeschäft wird immer interessanter", meinte MBB-Erno-Chef Othmar Heise. So setzen die deutschen Raumfahrtexperten darauf, aus China den Auftrag für den Bau einer Reihe von Fernsehsatelliten Mitte des Jahres zu erhalten. Das Auftragsvolumen pro Satellit dürfte zwischen 30 und 40 Mill. US-Dollar liegen.

„Die Kosten für einen Satellitenstart liegen in der gleichen Größenordnung wie seine Baukosten", meinte Heise. Im Trägerbereich stehen sich heute nur der amerikanische Space Shuttle und die europäische Ariane gegenüber. Heise: „Der kommerzielle Startbetrieb der Ariane durch Arianespace wird in den nächsten Jahren angemessene Gewinne abwerfen." Die Betreibergesellschaft befindet sich zu 40 Prozent in französischem Staatsbesitz und gehört zu 60 Prozent europäischen Firmen und Banken, zu acht Prozent MBB-Erno.

Einen wichtigen Bereich, der langfristig weitere Arbeitsplätze schaffen und sichern wird, sieht Heise außerdem in der Entwicklung der Raumstation „Columbus". Dafür müssen neue Simulations- und Softwareverfahren in Bremen entwickelt werden. Eine weitere weltweite Premiere steht MBB-Erno als Partner des Bundesministeriums für Forschung und Technologie (BMFT) bevor. Es ist geplant, in Kürze eine private Nutzungsgesellschaft zur Vermarktung des Weltraums zu gründen, an der sich der Bund mit 25 Prozent beteiligt. Ausgestattet mit einem Grundkapital von fünf Mill. DM, soll sich die Gesellschaft mit beschränkter Haftung nach den Erwartungen des BMFT nach fünf bis sechs Jahren selbst tragen. Als Anlaufkapital wird mit rund 20 Mill. DM gerechnet.

Dagegen bereiten die amerikanischen Pläne für die Strategische Verteidigungsinitiative (SDI) im Weltraum der MBB-Erno-Geschäftsleitung Sorgen. Hans Hoffmann, stellvertretender Leiter der Raumfahrtgruppe, unterstrich, daß die Forschungen im militärischen Bereich den Amerikanern auch einen Vorsprung im zivilen Bereich verschafften. „Natürlich machen wir uns darüber Gedanken", erklärte Hoffmann. „SDI ist ein grundlegendes technologisches Programm; verpassen wir den Anschluß, steht zu befürchten, daß wir Mitte der neunziger Jahre zweitklassig werden."

RHONE-POULENC / Ergebnisse vorsichtig beurteilt

Expansion im Exportgeschäft

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Nach einem als „befriedigend" bezeichneten Geschäftsjahr 1984, welches dem verstaatlichten französischen Chemiekonzern Rhône-Poulenc eine Umsatzsteigerung von 18,8 Prozent auf 51,2 Mrd. Franc und einen Reingewinn von 1,89 Mrd. Franc nach bescheidenen 98 Mill. Franc 1983 mit zuvor roten Zahlen gebracht hatte, erwartet sein Präsident Loik Le Floch-Prigent wieder härtere Zeiten. In den letzten Monaten habe sich die Chemiekonjunktur abgekühlt, und die zweite Hälfte dieses Jahres verspreche „schwierig" zu werden.

Der Konzern hatte seine Expansion vor allem dem Export zu verdanken, dessen Umsatzanteil auf 32 (29) Prozent zunahm. Dazu kommt der bei 37 (38) Prozent stabilisierte Anteil der ausländischen Tochtergesellschaften. Die internationale Position der Gruppe wurde damit bestätigt, während der Umsatzanteil in Frankreich auf 31 (33) Prozent zurückging.

An der Spitze stand weltweit die Chemie mit 39,1 (36,3) Prozent, gefolgt von den Arzneimitteln mit 21,9 (23,5) Prozent und dem Textilsektor (Chemie- und Kunstfasern) mit 21,5 (22,0) Prozent, in welchem Verluste von 450 Mill. Franc verbucht wurden. Hier sollen aber weitere unrentable Werke stillgelegt werden mit dem Ziel, das finanzielle Gleichgewicht innerhalb von zwei Jahren herzustellen.

Unbefriedigt zeigte sich Le Floch-Prigent auch von der Präsenz in den USA, wo Rhône-Poulenc erst ein Drittel des Umsatzziels von 1 Milliarde Dollar erreicht habe. Auch leide die Rentabilität der französischen Werke unter dem hohen Erdgaspreis. Dagegen wurden in der Biochemie große technologische Fortschritte erzielt. Bei den Pharmazeutika sind 15 Prozent des Umsatzes in die Forschung investiert worden, gegenüber 5 Prozent im Konzern-Durchschnitt.

Die finanzielle Basis von Rhône-Poulenc ist dagegen noch nicht sehr solide. Den zum Jahresende auf 17,70 (17,47) Mrd. Franc gestiegenen Schulden standen Eigenmittel von nur 1,6 (2,0) Mrd. Franc gegenüber.

DER-REISEBÜROS / Rezession hat in der Branche tiefe Spuren hinterlassen

Aussichten sind wieder freundlicher

G. BRÜGGEMANN, Montreux

Bei den deutschen Reisebüros hat sich das Kosten/Erlös-Verhältnis bedenklich verschlechtert. Wie Hans Glaser, Vorsitzender der Geschäftsführung der Deutsche Reisebüro GmbH (DER), auf einer Tagung seiner Organisation in Montreux mitteilte, habe ein Betriebsvergleich ergeben, daß seit 1981 die Kosten um 12,4, die Erlöse aber nur um 9,7 Prozent zugenommen hätten. Für die DER-Reisebüros ergab sich dabei für 1983 mit 0,67 Prozent die niedrigste Umsatzrendite überhaupt. Trotz einer Umsatzausweitung im vergangenen Jahr von knapp 7 Prozent konnte sie sich nur auf 0,94 Prozent erholen.

„Die Rezession", so sagte Glaser, „hat in unserer Branche tiefe Spuren hinterlassen." Obwohl das Produkt Reisen in allen seinen Formen weit oben in der Bedürfnisskala der Bevölkerung stehe, sei die Wachstumsrate der vergangenen drei Jahre mit 10,6 Prozent auf ein Drittel des Steigerungsbetrages der Dreijahresperiode 1978 bis 1981 von 31,3 Prozent geschrumpft. Für diesen Zustand seien viele Gründe ursächlich. Neben höheren Sachkosten und unbefriedigenden Vermittlungsentgelten nannte Glaser vor allem die Personalkosten der Branche, die seit 1982 um 13,2 Prozent angestiegen sind. Sie machen zur Zeit rund 55 Prozent der Gesamtkosten aus.

Dennoch wollte Glaser nicht den Eindruck aufkommen lassen, daß die Zukunftsaussichten der Branche trübe seien. Das Gegenteil sei der Fall. Die deutliche Erholung der Gesamtwirtschaft und der gegenwärtige Exportboom hätten zu einem erheblichen Anstieg der Geschäftsreisen geführt. Da auch die private Reiseintensität wieder zunehme und zugleich der Anteil der verkauften Pauschalreisen sich ausweite, sieht er gute Chancen auch für die Reisebüros.

Wie von solchen Aussichten das einzelne Reisebüro profitieren kann, ist freilich eine andere Sache. Der DER-Chef wies nämlich in Montreux auf ein Dauerproblem der Branche hin, das durch eine Inflation von Vertriebsstellen entstehe. In der Annahme, daß es sich um einen „scheinbar todsicheren Schönwetterreisemarkt" handele, hätten sich die Absatzkanäle in den letzten drei Jahren kräftig verbreitert. Allein die Touristikagenturen der drei Großveranstalter vermehrten sich um knapp 20 Prozent auf 10 635 seit 1982, während die Veranstalter insgesamt nur ein Teilnehmerplus von 0,9 Prozent hatten.

Dies bedeute, so konstatierte Glaser, eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der bestehenden Reisebüros. In diesem Zusammenhang kritisierte er die in der Branche übliche Staffelprovision, weil sie Newcomer bevorzuge. Die ausgebliebene Marktausweitung beweise, daß hier lediglich die Umverteilung prämiert worden sei. Sorgen bereite auch die ständige Ausdehnung branchenfremder Vertriebswege, die dem klassischen Reisebürovertrieb Kundenpotential entziehe.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Berlin Charlottenburg: Rita Peters; **Coesfeld:** Wilhelm Fliß, Bauunternehmer, Billerbeck; **Detmold:** Wolfram Schreiber, Kaufmann, Schlangen; **Dortmund:** Erich Roos, Rechtsanwalt u. Notar; **Hamburg:** AIG – Atelier f. Inneneinrichtung, Gaststätteneinrichtungen GmbH; **Hannover:** Wilhelm Wissen, Nachfolger Sämann GmbH, Langenhagen; **Köln:** Valentin Reisdorf GmbH; **Mönchengladbach:** Bauunternehmung Ewald Wenzlaf GmbH, Wegberg-Arsbeck; **München:** IF Immobilien- u. Finanzierungsvermittlungs GmbH; SKW Baustoffhandel GmbH; Hans-Peter Graef-Bonin, Grünwald; **Peine:** Gartung GmbH, Barbecke, Lengede; **Seligenstadt:** Klug & Grammig GmbH, Mainhausen; **Vaihingen:** GE Schichtholz GmbH, Mühlacker; **Winsen/Luhe:** HSB-Holz-System-Bau GmbH, Brackel; **Wolfhagen:** Heinz-Jürgen Piek, Reinhardshagen; **Wolfsburg:** Manfred Lorenz, Rechtsanwalt u. Notar.

Technologieaktien gesucht

Hannover-Messe sorgte für Anregungen

DW. – Die Tendenz der Mittwochbörse wurde im Anfang deutlich von den positiven Berichten gestaltet, die von einigen Unternehmen auf der Hannover-Messe abgegeben worden sind. Daneben spielte als Anregung der positive Konjunkturausblick eine Rolle wie ihn die Bundesbank in ihrem jüngsten Monatsbericht gegeben hat. In der ersten Stunde kam es in einigen Papieren zu Sonderbewegungen. Später, als auch aus dem Ausland wieder Kaufaufträge eintrafen, verzeichnete der Markt leicht steigende Notierungen.

Im Mittelpunkt der Aufwärtsbewegung der durch die Hannover-Messe stimulierten Technologiewerte standen Siemens-Aktien mit einem Anstieg um rund 8 DM. PKI, wo in den kommenden Jahren ein weiteres kräftiges Umsatzwachstum erwartet wird, zogen um fast 30 DM an. Profitiert haben auch SEL und Nixdorf. Noch nicht inspiriert durch die Messedarstellungen war die gesamte Maschinenbaubranche. Immerhin aber lagen Mannesmann bemerkenswert stabil, obwohl steigende Kurse auch von Ausländern zu Gewinnrealisationen benutzt werden. Möglicherweise würde aber – so wird spekuliert – ein Einstieg bei Dornier der Mannesmann-Aktie helfen die gegenwärtige Widerstandslinie nach oben zu durchbrechen. Zu einer Sonderbewegung kam es bei Orenstein, wo der Kurs um 15 DM heraufgesetzt worden ist. Großchemiewerte lagen bis zu 2 DM fester. Lebhafter Handel in Stahlaktien, besonders in Thyssen, wo die angekündigte Dividende für etwas Anlageinteresse gesorgt hat.

Frankfurt: Frankfurter Hypo verminderten sich um 11 DM, MAB Vz. sanken um 20 DM und VGT gaben um 5 DM nach. Kupferberg konnten sich um 5 DM verbessern, und Pfälzer Hypo zogen um 9 DM an.

Düsseldorf: Audi NSU büßten 18 DM ein, Conc. Chemie wurden um 5 DM leichter taxiert und Kochs Adler verzeichneten eine Einbuße von 4 DM. Balcke Dürr stiegen um 3 DM und Stinnes verbeserten sich um 10 DM.

Hamburg: Beiersdorf wurden mit 495 DM minus 1 DM gehandelt. HEW blieben bei 96,90 DM unverändert und NWK-Vz. waren bei 172,70 DM minus 0,30 DM knapp gehalten. Holsten Brauerei wurden mit plus 2 DM umgesetzt.

Berlin: Orenstein wurden um 12 DM und Engelhardt um 10 DM heraufgesetzt. Dt. Hypobank Berlin lagen um 4,50 DM und Berthold um 2,50 DM fester. Berliner Bank, Berliner Elektro und Lehmann verbesserten sich um je 1 DM. Detewe und Herlitz Vz. büßten je 3 DM und Herlitz St. 1 DM ein.

Stuttgart: Audi NSU verbesserten sich um 23 DM, Fuchs stockten um 4,50 DM auf un IEKA legten um 4,50 DM zu. Für Schwäbsiche Zellstoff bestand bei plus 3,20 DM Kaufneigung. Heidelberger Zement mußten 8,50 DM abgeben.

Nachbörse: freundlich

WELT-Aktienindex: 178,6 (178,2)
WELT-Umsatzindex: 5150 (2920)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München · Aktien-Umsätze

Inland

Freiverkehr

Ungeregelter Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausländische DM-Anleihen

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

New York

Toronto

London

Amsterdam

Tokio

Mailand

Wien

Zürich

Kopenhagen

Brüssel

	17.4.	16.4.
Arbed	1755	1750
Brux. Lambert	1950	1950
Cockerill Ougrée	222	225
Ebes	3100	3135
Gevaert	3860	3900
Kreditbank	8100	8190
Petrofina	6840	6850
Soc. Gén. d. Belg.	1905	1975
Sofina	7220	7360
Solvay	4125	4140
UCB	5100	5240
Index	2241,51	2253,97

Madrid

Paris

Hongkong

Singapur

Sydney

Optionshandel

Goldmünzen

Euro-Geldmarktsätze

Devisen und Sorten

Devisenmärkte

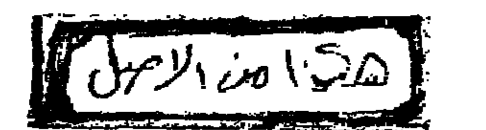
Durch die überraschende Liquiditätsspritze der US-Notenbank fiel der Dollarkurs gestern Abend von 3,04 auf 3,01. In Europa setzte sich diese Abwärtsbewegung weiter fort bis 2,9870. Wie am Vortag entwickelte sich unter 3,00 DM ein starker Widerstand, der zu Positionseindeckungen führte und einen Kursanstieg bis 3,0350 bewirkte. Die amtliche Notiz wurde am 17. 4. mit 3,0220 ohne Beteiligung der Bundesbank festgestellt. Neben dem canadischen Dollar, der um 7,7 Promille auf 2,23 anzog und den höchsten Tagesgewinn erreichte, bestand auch gute Nachfrage nach dem englischen Pfund, die den Kurs auf 3,1878 anziehen ließ. US-Dollar in: Amsterdam 3,4200; Brüssel 60,9125; Paris 9,2110; Mailand 1933,80; Wien 21,2260; Zürich 2,5152; Ir. Pfund/DM 3,132; Pfund/Dollar 1,2833; Pfund/DM 3,878.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 17. April: In D-Mark 2,23942 (Parität 2,24184); in Dollar 0,740795 (12. März 1979: 1,35444).

Ostmarkkurs am 17. 4. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,75; Verkauf 22,75 DM West.

Devisenterminmarkt

Geldmarktsätze



CO OP NORD / Nach Radikalkur schwarze Zahlen

Die alte „Pro“ ist saniert

JAN BRECH, **Hamburg**

Mit einer Radikalkur ist die sanierungsreife Niederlassung Nord der co op AG, Frankfurt, innerhalb von knapp 2 Jahren auf solide und zukunftsichere Beine gestellt worden. Wie die Geschäftsführer Klaus-Peter Schneidewind und Hans-Jürgen Labrenz in Hamburg erklärten, habe das Einzelhandelsunternehmen die roten Zahlen verlassen und schreibe 1985 mit „gesunden schwarzen Zahlen“. Der Umsatz, der im Zuge der Reorganisation um fast 10 Prozent auf 950 Mill. DM zurückgegangen ist, soll bereits 1986 die alte Marke von 1,1 Mrd. DM wieder erreichen.

Schwerpunkte des Erneuerungsprogramms für die ehemalige „Produktion“ sei einmal gewesen, so Schneidewind, den Kostenblock für zentrale Dienste und Eigenproduktion von rund 76 auf jetzt 37 Mill. DM zu senken. In diesem Zusammenhang hat die co op Nord die Bäckerei, die Wurstproduktion, das Gemüse- und Obstlager, Druckerei und auch EDV und Rechnungswesen an co op-eigene Einrichtungen oder Dritte abgegeben. Gleichzeitig wurde für 20 Mill. DM ein neues Zentrallager und ein Fleischwerk in Hamburg errichtet.

Zum anderen ist das Filialnetz rigoros bereinigt worden. Rund 40 Läden wurden aufgegeben, 25 Mill. DM zur Erneuerung und Modernisierung bestehender Märkte investiert. Die Kette verfügt heute über 25 „Comet“-Center, 25 „Pro“-Center und 117 „Pro-Märkte“. Durch die völlige Aufgabe von Aktivitäten oder die Abtretung an Dritte ist die Belegschaft um 1200 Mitarbeiter reduziert worden.

Begleitet wurde die Strukturvereinigung von einem unkonventionellen Marketing-Konzept. Die Werbung und vor allem Sonderaktionen hätten, so Schneidewind, häufig zu gerichtlichen Auseinandersetzungen mit den Wettbewerbern geführt. Zu den neuen Aktivitäten gehörten Wochensparpläne, Tagesgerichte zum Komplettpreis, Probiergutscheine oder Billigverkäufe von verderblicher Ware zum Wochenende. Neuland beschritt die co op Nord auch mit der Einlösung von Euro-Schecks bis zu 400 DM, unabhängig vom Einkaufswert.

THOMSON / Trennung vom defizitären Kommunikationssektor abgeschlossen

Verluste sind weitgehend abgebaut

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

Der französische Elektronikkonzern Thomson hat die nach seiner Verstaatlichung eingeleitete Restrukturierung, insbesondere die Loslösung von seinem hochdefizitären Kommunikationssektor, im wesentlichen abgeschlossen und wendet sich jetzt neuen Ufern zu. Die Voraussetzung dafür wurde durch die Verminderung der konsolidierten Verluste von 2200 Mill. Franc 1982 auf 1250 Mill. Franc 1983 und nur noch 50 Mill. Franc 1984 geschaffen. Dieses Ergebnis ist erheblich besser ausgefallen als erwartet worden war.

Die vor allem auf dem Rüstungssektor tätige Thomson-CSF, an der die Konzernholding mit etwas über 50 Prozent beteiligt ist, brachte es nach drei Verlustjahren sogar auf 300 Mill. Franc Reingewinn – bei einem Umsatz von 31,5 (24,3) Mrd. Franc, davon 20,2 (13,6) Mrd. Franc im Export. Zur Finanzierung ihrer weiteren Expansion wird sie im Juni eine Wandelanleihe über 3 Mrd. Franc auflegen. Eine Denationalisierung bedeutet das aber nicht, da nur die knappe Hälfte der neuen Aktien in den Publikumsbesitz gelangen werden. Thomson selbst erhält dieses Jahr 1,3 Mrd. Franc an staatlicher Kapitaldotation, nach 1 Mrd. Franc 1984 und 0,55 Mrd. Franc 1983. Dazu kamen wie Eigenmittel behandelte private Beteiligungsdarlehen ohne Stimmrechte.

Der konsolidierte Konzernumsatz stieg 1984 um 15 – bei vergleichbaren Strukturen um 7 – Prozent auf 57 Mrd. Franc. Davon entfielen 61 (56) Prozent auf den Export und den Umsatz der Auslandstöchter. Bei 3,0 (2,4) Mrd. Franc industriellen Investitionen nahm die Selbstfinanzierung auf 2,4 (1,0) Mrd. Franc zu. Die Finanzkosten sind aber weiter auf 1,8 (1,58) Mrd. Franc gestiegen. Der 1983 stark reduzierte Personalbestand erhöhte sich auf 111 900 (107 300) Mitarbeiter.

Größter Konzernbereich war, von Thomson-CSF abgesehen, die Unterhaltungselektronik mit 20,6 Mrd. Franc Umsatz (plus 4,2 Prozent) und 36 300 Beschäftigten. Hier steht Thomson mit seinen bedeutenden Interessen in der Bundesrepublik (Telefunken, Nordmende, Saba) an zweiter Stelle in Europa nach Philips. Allerdings wurden wieder bedeutende (noch nicht genannte) Verluste verbucht, die Konzernpräsident Alain Gomez vor allem dem ruinösen Wettbewerb der Japaner zuschreibt. Positive Ergebnisse brachte Videocolor (Farbfernsehröhren), deren Ulmer Werk von Thomson stillgelegt worden war. Durch Restrukturierungsmaßnahmen bereinigt werden soll, laut Gomez, jetzt die schlechte Telefunken-Position in Spanien. Im Hifi-Bereich wurden starke Absatzrückgänge verbucht, bei den Videorecordern sei ein vorsichtiger Anfang unter japanischen Lizenzen gewagt worden.

Besser behauptet haben sich die übrigen Konzernbereiche. In der Berufselektronik sind die Verluste leicht und bei medizinischen Ausrüstungen stark zurückgegangen. Insgesamt nahm der Auftragsbestand zum Jahresende auf 83,3 (50,1) Mrd. Franc zu. Davon entfielen aber allein 78 (44,5) Mrd. Franc auf Thomson-CSF. In diesem Sektor ist Thomson mit seinen Radaranlagen, Raketensystemen das mit Abstand größte europäische Unternehmen.

EDELSTAHL BUDERUS / Gewinn trotz Kostenexplosion

Nackenschläge ausgehalten

J. GEHLHOFF, **Düsseldorf**

Dem Konzernherrn, der das Unternehmen Mitte 1984 mit kurzlebigem Verkaufsentschluß (für circa 55 Mill. DM an die BHF-Bank) von sich stoßen wollte, dankt die Edelstahlwerke Buderus AG, Wetzlar, den Verbleib im Flick-Verbund im 1984er Abschluß mit einer erhöhten Organgewinnabführung von 3,5 (2,6) Mill. DM bei 32,5 Mill. DM Aktienkapital. „Robust und widerstandsfähig“ nennt der Vorstand die (in der langen Stahlkrise nie in die Verlustzone geratene) Firma und hat dazu gerade nach dem Jahr 1984 allen Grund.

Zwar war 1984 auch für Edelstahl Buderus ein Konjunkturerholungsjahr mit Steigerungen um 12,4 Prozent auf 313 000 t Rohstahlerzeugung, um 5,3 Prozent auf 227 000 t Produktversand und um 9,6 Prozent auf 450 Mill. DM Umsatz, davon 29,2 (27) Prozent aus Export. Aber zugleich waren ungewöhnliche Nackenschläge auszuhalten.

Zu Jahresanfang brachte Hochwasser „in noch nicht erlebtem Ausmaß“ Produktionsausfälle und einige Millionen Mark Ertragsbelastung. Im Jahresverlauf verteuerten sich die Einstandspreise für Schrott und Legierungsmetalle so „enorm“, daß dafür und weit über die Möglichkeiten eigener Verkaufspreissteigerungen hinaus 1984 insgesamt 107 (68) Mill. DM aufgewandt werden mußten.

Das wurde beim Rohertrag immerhin bis zu einem Rückgang auf nur 175 (186) Mill. DM gebremst und blieb ohne Einfluß auf den Gewinn, weil die Pensionsrückstellungen nur noch mit 2,7 (17,8) Mill. DM dotiert zu werden brauchten. Mit den Hauptzielen „Qualitätssicherung und Produktivitätssteigerung“ wurden die Sachinvestitionen nochmals beträchtlich auf nun 29,4 (18,9) Mill. bei 19,3 (18,4) Mill. DM Abschreibungen gesteigert.

Die Beschäftigtenzahl wurde erstmals seit Jahren wieder leicht auf 2065 (2030) aufgestockt. Von 1985 erwartet der Vorstand „moderat zuversichtlich“ wenig Absatzsteigerung und weiterhin eng begrenzte Chancen, die letztjährige Kostenexplosion beim Vormaterial in die Verkaufspreise zu wälzen.

Hoechst mit gutem Fasergeschäft

dpa/VWD, **Frankfurt**

Auf ein gutes Jahr 1984 im Chemiefasergeschäft blickt die Hoechst AG, Frankfurt, zurück. Mit einem weltweiten Umsatz von knapp 3,9 Mrd. DM konnte das Unternehmen das Ergebnis des Vorjahres um 18 Prozent verbessern. Im laufenden Jahr rechnet Hoechst nach den Worten von Justus Mische mit einer „Konsolidierung auf hohem Niveau“. Zur Eröffnung der „Interstoff“-Messe in Frankfurt kündigte Mische mit sofortiger Wirkung Preiserhöhungen an.

Nach Angaben von Hoechst konnte die Chemiefaser ihren Marktanteil im vergangenen Jahr im Vergleich zu Naturfasern leicht ausbauen: Während der Textilfaser-Verbrauch weltweit um durchschnittlich drei Prozent zunahm, verzeichneten synthetische Fasern einen Zuwachs um fünf Prozent. Der weltweite Synthesefaseranteil am Textilverbrauch von derzeit 38 Prozent wird sich nach Erwartungen der Hoechst AG bis 1991 auf 41 Prozent erhöhen. In Westeuropa werde der Chemieanteil von 52 Prozent auf künftig 55 Prozent steigen.

Waffenexport floriert

J. Sch., **Paris**

Das Waffengeschäft erweist sich immer mehr als Stütze der französischen Handelsbilanz. Die Rüstungsindustrie des Landes verbuchte 1984 Exportaufträge von nicht weniger als 61,8 Mrd. Franc oder umgerechnet rund 20 Mrd. DM. Damit wurde die zu Jahresbeginn gegebene Schätzung (50 Mrd. Franc) wesentlich übertroffen. Gegenüber dem Vorjahr (29,1 Mrd. Franc) haben sich die Aufträge mehr als verdoppelt. Der bisherige Rekord von 1982 (41,6 Mrd. Franc) wurde um die Hälfte übertroffen.

Allerdings war 1984 ein außergewöhnliches Jahr mit einem saudiarabischen Großauftrag von allein 30 Mrd. Franc für die Erstellung eines Systems von Flugzeugabwehrraketen durch Thomson CSF. Auch der von Abu Dhabi an Dassault erteilte Auftrag für 18 „Mirage 2000“ ist ungewöhnlich. Diese starke Konzentration auf zwei Länder widerspricht an sich den Bemühungen der französischen Regierung um eine verstärkte Diversifizierung des Rüstungsexports.

AUTOINDUSTRIE / Japans Firmen kooperieren und produzieren verstärkt in USA

„Anpassung an die Veränderungen“

HELMUT RAETHER, **Tokio**

Mitten im lautstark ausgetragenen Handelsstreit zwischen Japan und den USA, der nicht zuletzt aus der „Sturmflut“ der Auto-Lieferungen über den Pazifik hinweg resultiert, wächst die Kooperation zwischen den amerikanischen und den japanischen Auto-Produzenten. Der am Montag in Tokio unterzeichnete Vertrag zwischen Chrysler-Präsident Lee Iacocca und Mitsubishi-Chef Toyoo Tate macht die Mitsubishi Motor Corp. von 1988 an zum fünften japanischen Produzenten, der Autos in den USA baut. Toyota, Honda, Nissan und Mazda sind dort bereits aktiv.

Iacocca kommentierte das Abkommen nach der Unterzeichnung mit den Worten: „Das ist eine rasche Anpassung an die Veränderungen des Umfelds.“ Die Branchenkenner in Japan und Amerika gaben ihm recht, konnten aber auch ein Lächeln nicht unterdrücken: In der Tat hatte Chrysler erst am vergangenen Freitag mit einem Vergleich seinen Versuch beendet, eine ähnliche Kooperation zwischen General Motors (GM), dem weltweit größten Hersteller, und zwischen dem Branchen-Dritten Toyota gerichtlich verbieten zu lassen.

Chrysler wird jetzt seine Beteiligung an den Mitsubishi-Autowerken von 15 auf 24 Prozent erhöhen und die Fabrik, die in Illinois, Ohio, Indiana, Kentucky oder Michigan gebaut werden soll, zur Hälfte mitfinanzieren. Sie wird nach Tates Angaben etwa 500 Mill. Dollar kosten und soll 1990 die volle Kapazitätsauslastung von jährlich 180 000 Fahrzeugen erreichen. Gebaut wird ein von Mitsubishi konstruiertes Auto mit einer 1,6-Liter-Maschine, in den USA ein Kleinwagen. Die Motoren und die Hälfte der übrigen Komponenten werden aus Japan geliefert.

Nach dem Vergleich mit GM und Toyota dürfen jetzt in Fremont, Kalifornien, zwölf Jahre lang jährlich 250 000 Wagen produziert werden, die von GM verkauft werden. Die gemeinsame Gesellschaft New United hatte dort im Dezember 1984 mit der Produktion des Chevrolet Nova begonnen, der auf dem Toyota Corolla basiert.

Mazda will seine Verbindungen mit Ford enger gestalten. „Es ist schwierig, in der gegenwärtigen Situation der Automobilindustrie allein Geschäfte zu machen“, sagt Mazda-Präsident Kenichi Yamamoto zur Begründung. Ford ist bereits zu 24,4 Prozent an Mazda beteiligt, und die Japaner bauen ihre neue Fabrik in Flat Rock, Michigan, dicht beim amerikanischen Autozentrum Detroit.

Yamamoto hält ihn wegen der Nähe der Zulieferindustrie, wegen der eingespielten Vertriebswege und wegen des Vorhandenseins von Facharbeitern für ideal. Wenn sich der Trend weiter fortsetzt, könnte in einigen Jahren vielleicht einer der Hauptstreitpunkte zwischen Tokio und Washington entfallen. (dpa/VWD)

ADCA-BANK / Nach zwei Jahren wieder Dividende

Großaktionär verzichtet

INGE ADHAM, **Frankfurt**

Die freien Aktionäre der ADCA-Bank AG, Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt, Berlin/Frankfurt, werden für 1984 wieder eine Dividende erhalten, nachdem sie zwei Jahre leer ausgegangen waren. Der Hauptversammlung am 25. Juni in Berlin werden 3 DM je 50-DM-Aktie vorgeschlagen, der Großaktionär verzichtet auf eine Dividende. Aus dem Bilanzgewinn von 13,3 Mill. DM werden weitere 11,8 Mill. DM in die Rücklagen eingestellt.

Nach der Übernahme von 84 Prozent des Grundkapitals (145 Mill. DM) durch die niederländische Rabo-Bank und die Trennung vom Bremer Bereich, der überwiegend das Mengengeschäft betrieb, haben sich, wie der seit Januar dieses Jahres amtierende Vorstandsvorsitzende Peter Götz (vorher Trinkaus & Burkhardt) bei der Vorlage des Jahresberichts betonte, die Rahmenbedingungen grundlegend verbessert.

Man habe diese Chancen genutzt und könne mit dem Resultat des Geschäftsjahres 1984 schon „recht zufrieden“ sein. Bei einer um 13 Prozent (vergleichbar gemacht) auf 2,1 Mrd. DM gestiegenen Bilanzsumme erzielte die Bank einen um 11,9 Prozent auf 54,5 (48,7) Mill. DM erhöhten Zinsüberschuß. Das Teilbetriebsergebnis nahm um gut 28 Prozent auf 15,9 (12,4) Mill. DM zu; das Wachstum des Betriebsergebnisses habe damit gut Schritt gehalten, sagte Götz.

In diesem Jahr, so betont der Vorstand, hat sich der positive Trend fortgesetzt. Bei deutlichem Bilanzsummen- und Geschäftsvolumen-Wachstum erhöhten sich die Forderungen gegenüber Kunden um 12 Prozent, die Verbindlichkeiten um 14 Prozent. Die Zinsmarge (durchschnittlich 2,47 Prozent) bei dem auf mittelständische Firmenkundschaft konzentrierten Institut habe sich behauptet. Zusätzliche Impulse kommen aus der Zusammenarbeit mit der niederländischen Kundschaft der Rabo-Bank.

Assessor

Herbert Mehner

Geschäftsführer i. R.

* 27. 7. 1906 † 16. 4. 1985

In tiefem Schmerz

Ingeborg Mehner
Annerose Glöggler-Mehner
Ulrich Glöggler
Kathrin Paetsch
Werner Paetsch
zugleich im Namen
aller Angehörigen

5800 Hagen, Fleyerstr. 54

Die Beisetzung findet auf Wunsch des Verstorbenen im engsten Familienkreis statt.

Anstelle zugedachter Blumen und Kränze wird um eine Spende an die Deutsche Krebshilfe gebeten, Konto-Nr. 909090 Sparkasse Bonn.

Wir erfüllen die schmerzliche Pflicht, das Ableben des ehemaligen Mitglieds unseres Vorstands, Herrn

Dr.-Ing. Albert Kohlitz

bekanntzugeben.

Er verstarb am 16. April 1985 im Alter von 81 Jahren.

Wir trauern um einen hervorragenden Mann. Der Verstorbene wurde mit Neugründung der Mannesmann AG 1952 in den Vorstand berufen. In der schwierigen Zeit des Wiederaufbaus hat er die Personalarbeit bei Mannesmann entscheidend mitgeprägt. Den Belangen der Belegschaft und den Interessen des Unternehmens fühlte er sich verpflichtet.

Dem Verstorbenen werden wir stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

Düsseldorf, den 17. April 1985

Mannesmann Aktiengesellschaft

Die Beisetzung findet am Freitag, dem 19. April 1985, um 11.15 Uhr auf dem Nordfriedhof Düsseldorf statt.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden † Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns, (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.), WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Giesbes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje

Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

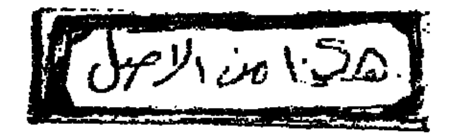
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.



BABCOCK

Deutsche Babcock Aktiengesellschaft
Oberhausen

AKTIVA

Bilanz der Deutsche Babcock Aktiengesellschaft zum 30. September 1984

	Stand am 1.10.1983	Zugänge	Abgänge	Abschreibungen	Stand am 30.9.1984	Stand am 30.9.1983
	DM	DM	DM	DM	DM	Mio DM
Anlagevermögen						
Sachanlagen						
Grundstücke mit Geschäfts-, Fabrik- und anderen Bauten	[illegible]	764 0[illegible]	62 462	3 832 957	71 197 261	74,33
Grundstücke mit Wohnbauten	1 534 383	–	143 080	43 126	1 348 177	1,53
Grundstücke ohne Bauten	3 015 030	14 899	–	–	3 029 929	3,01
Bauten auf fremden Grundstücken	[illegible]	–	–	26 684	119 989	0,15
Betriebs- und Geschäftsausstattung	[illegible]	470 400	83 805	307 642	546 619	0,47
	[illegible]	[illegible]	289 347	4 210 389	76 241 975	79,49
Finanzanlagen						
Beteiligungen	[illegible]	–	–	–	577 665 405	577,67
Ausleihungen mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren	[illegible]	64 869	38 535	–	1 191 603	1,18
davon durch Grundpfandrechte gesichert [illegible]						
	[illegible]	[illegible]	325 882	4 210 389	655 098 983	658,32

	DM	DM	Mio DM	Mio DM
Umlaufvermögen				
Kassenbestand, Bundesbank- und Postscheckguthaben	156 028		0,18	
Guthaben bei Kreditinstituten	67 777 579		155,09	
Wertpapiere	402 685 666		340,40	
Forderungen an verbundene Unternehmen	171 356 753		286,18	
Sonstige Vermögensgegenstände	24 323 343	666 339 369	12,49	794,34
Rechnungsabgrenzungsposten		56 163		0,17
		1 321 494 515		1 452,83

PASSIVA

	Stand am 30.9.1984 DM	DM	Stand am 30.9.1983 Mio DM	Mio DM
Grundkapital		250 000 000		250,00
Stammaktien DM 187 500 000				
Vorzugsaktien DM 62 500 000				
Genehmigtes Kapital DM 100 000 000				
Offene Rücklagen				
Gesetzliche Rücklage	73 066 497		73,07	
Freie Rücklagen				
Stand am 1.10.1983 DM 101 672 496				
Einstellung aus dem Bilanzgewinn des Vorjahres DM 50 000 000				
Einstellung aus dem Jahresüberschuß DM 10 000 000	161 672 496	234 738 993	101,67	174,74
Sonderposten mit Rücklageanteil gemäß § 7 c EStG		457 710		0,47
Rückstellungen				
Pensionsrückstellungen	32 056 364		31,42	
Andere Rückstellungen	79 111 161	111 167 525	63,44	94,86
Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		100 000 000		100,00
davon vor Ablauf von vier Jahren fällig DM 100 000 000				
Andere Verbindlichkeiten				
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	552 437		0,07	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	–		126,58	
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	605 673 668		614,15	
Sonstige Verbindlichkeiten	3 279 182	609 505 287	34,56	775,26
Bilanzgewinn		15 625 000		57,50
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften, Wechsel- und Scheckbürgschaften DM 891 589 122				
davon für verbundene Unternehmen DM 891 589 122				
Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten DM 223 240				
davon für verbundene Unternehmen DM 223 240				
		1 321 494 515		1 452,83

Gewinn- und Verlustrechnung der Deutsche Babcock Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr 1983/84

	1983/84 DM	DM	1982/83 Mio DM	Mio DM
Umsatzerlöse		21 437 000		21,44
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	109 138 031		123,28	
Erträge aus den anderen Finanzanlagen	61 254		0,35	
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	48 661 253		58,33	
Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	2 179 602		50,78	
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil	15 420		0,07	
Sonstige Erträge	3 124 016		6,55	
davon außerordentliche DM 501 536		159 165 576		239,16
		180 602 576		260,60
Löhne und Gehälter	12 510 608		12,83	
Soziale Abgaben	1 449 866		1,34	
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	4 305 520		1,56	
Abschreibungen auf Sachanlagen	4 210 389		4,35	
Verluste aus Wertminderungen oder dem Abgang von Gegenständen des Umlaufvermögens	247 206		3,54	
Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	–		24,28	
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	58 062 551		47,20	
Steuern				
vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen	20 137 445		9,63	
sonstige	50 581		0,27	
Aufwendungen aus Verlustübernahme	49 689 700		30,18	
Sonstige Aufwendungen	13 412 870	164 977 676	14,27	146,43
Jahresüberschuß		25 625 000		114,17
Einstellungen in freie Rücklagen		- 10 000 000		- 56,67
Bilanzgewinn		15 625 000		57,50

Vermerk gemäß § 159 AktG

Pensionszahlungen im Geschäftsjahr geleistet DM 3 139 440 (= 100 %)

in den nächsten Jahren zu erwarten

1984/85	1985/86	1986/87	1987/88	1988/89
104 %	102 %	100 %	98 %	96 %

Die Buchführung, der Jahresabschluß und der Geschäftsbericht entsprechen nach unserer pflichtmäßigen Prüfung Gesetz und Satzung.

Oberhausen, den 20. Dezember 1984

Dr. Vonderreck und Schulte
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

B. Schulte, Wirtschaftsprüfer — ppa. Dipl.-Kfm. H. Siebert, Wirtschaftsprüfer

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1983/84

	1983/84 DM	DM	1982/83 Mio DM	Mio DM
Außenumsatzerlöse	6 450 456 536		7 084,14	
Innenumsatzerlöse	562 019 825		971,08	
Umsatzerlöse	7 012 476 361		8 055,22	
Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-1 608 517 651	5 403 958 710	- 873,09	7 182,13
Andere aktivierte Eigenleistungen		4 546 461		4,17
Gesamtleistung		5 408 505 171		7 186,30
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie für bezogene Waren		3 329 359 453		4 857,37
Rohertrag		2 079 145 718		2 328,93
Erträge aus Beteiligungen	1 223 431		0,90	
Erträge aus den anderen Finanzanlagen	513 497		1,30	
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	123 087 090		113,56	
Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	12 772 413		15,62	
Erträge aus der Herabsetzung der Pauschalwertberichtigung zu Forderungen	2 854 139		0,26	
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	12 342 287		8,07	
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil	899 995		0,34	
Sonstige Erträge	80 215 255		66,27	
davon außerordentliche DM 7 072 608		233 908 107		206,02
		2 313 053 825		2 534,95
Löhne und Gehälter	1 147 687 936		1 274,50	
Soziale Abgaben	191 470 311		198,03	
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	37 560 333		31,73	
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte	79 816 067		86,20	
Abschreibungen auf Finanzanlagen	1 432 163		0,27	
Verluste aus Wertminderungen oder dem Abgang von Gegenständen des Umlaufvermögens außer Vorräten	42 100 325		55,74	
Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	1 703 044		0,97	
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	97 188 097		107,64	
Steuern				
vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen	35 886 902		29,39	
sonstige	5 630 430		6,13	
Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil	–		0,82	
Sonstige Aufwendungen	644 370 242	2 284 965 850	719,95	2 511,37
Konzernjahresüberschuß		28 087 975		23,58
Veränderung des Ausgleichspostens aus der Konsolidierung		- 1 867 548		91,01
		26 220 427		114,59
Einstellungen in freie Rücklagen		- 10 000 000		- 56,67
		16 220 427		57,92
Konzernfremden Gesellschaftern zustehender Gewinn	- 595 427		- 0,43	
Auf konzernfremde Gesellschafter entfallender Verlust	–	- 595 427	0,01	- 0,42
Konzerngewinn		15 625 000		57,50

Der Konzernabschluß und der Konzerngeschäftsbericht entsprechen nach unserer pflichtmäßigen Prüfung den gesetzlichen Vorschriften.

Oberhausen, den 20. Dezember 1984

Dr. Vonderreck und Schulte
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

B. Schulte, Wirtschaftsprüfer — ppa. Dipl.-Kfm. H. Siebert, Wirtschaftsprüfer

AKTIVA

Konzernbilanz zum 30. September 1984

	Stand am 1.10.1983	Zu- u. Abgänge aus der Veränderung des Konsolidierungskreises	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	Abschreibungen	Stand am 30.9.1984	Stand am 30.9.1983
	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	Mio DM
Anlagevermögen								
Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte								
Grundstücke mit Geschäfts-, Fabrik- und anderen Bauten	227 560 505	–	16 662 425	8 618 807	5 593 910	14 177 942	233 070 285	227,56
Grundstücke mit Wohnbauten	23 794 963	–	–	- 25 343	15 327 883	322 798	8 118 939	23,79
Grundstücke ohne Bauten	4 767 455	–	14 900	- 270	919	–	4 781 166	4,77
Bauten auf fremden Grundstücken	701 724	–	196 973	66 295	4 013	175 359	785 620	0,70
Maschinen und maschinelle Anlagen	96 546 821	- 990 510	20 960 811	4 147 304	3 701 486	32 050 639	84 912 291	96,55
Betriebs- und Geschäftsausstattung	74 433 271	- 184 155	28 033 923	2 951 706	3 339 547	32 789 449	69 105 729	74,43
Anlagen im Bau und Anzahlungen auf Anlagen	12 116 103	–	14 505 077	-11 187 705	17 156	25 654	15 790 665	12,12
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte sowie Lizenzen an solchen Rechten	640 726	1 211	151 674	40 551	–	274 226	559 936	0,64
	440 561 868	- 1 173 454	80 325 763	4 611 345	27 984 924	79 616 067	417 124 631	440,56
Finanzanlagen								
Beteiligungen	15 858 295	5 445 540	233 592	384 752	3 403 349	1 196 559	17 322 271	15,86
Ausleihungen mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren	7 507 110	–	4 227 530	- 6 138	1 326 000	235 604	10 166 898	7,51
davon durch Grundpfandrechte gesichert DM 7 451 036								
davon Ausleihungen gemäß § 89 AktG DM 777 799								
	463 927 373	4 272 086	85 366 885	4 988 959[1]	32 714 273	81 248 230	444 613 800	463,93

[1] Vortragsposten zum Anlagebestand infolge Änderung der Buchungsgepflogenheiten

	DM	DM	DM	Mio DM	Mio DM	Mio DM
Ausgleichsposten aus der Konsolidierung			127 180 662			127,29
Umlaufvermögen						
Vorräte	3 748 909 694			5 268,94		
Erhaltene Anzahlungen	-2 775 430 348	973 479 346		-3 611,29	1 657,65	
Andere Gegenstände des Umlaufvermögens						
Geleistete Anzahlungen	422 279 978			232,26		
Erhaltene Anzahlungen	- 391 027 971			- 193,67		
	31 252 007			38,59		
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1 180 190 797			1 384,42		
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr DM 112 543 928						
Wechsel	311 624 981			185,11		
davon bundesbankfähig DM 16 573 084						
Schecks	305 123			14,50		
Kassenbestand, Bundesbank- und Postscheckguthaben	4 950 410			8,88		
Guthaben bei Kreditinstituten	230 024 571			293,22		
Wertpapiere	414 643 508			353,26		
Forderungen an verbundene Unternehmen	4 954 400			5,08		
Forderungen aus Krediten gemäß § 89 AktG	1 014 286			1,07		
Sonstige Vermögensgegenstände	112 158 711	2 291 118 774	3 264 598 120	125,58	2 367,71	4 025,36
Rechnungsabgrenzungsposten			9 187 858			5,96
			3 845 580 440			4 622,53

PASSIVA

	Stand am 30.9.1984 DM	DM	Stand am 30.9.1983 Mio DM	Mio DM
Grundkapital		250 000 000		250,00
Stammaktien DM 187 500 000				
Vorzugsaktien DM 62 500 000				
Genehmigtes Kapital DM 100 000 000				
Offene Rücklagen				
Gesetzliche Rücklage	73 066 497		73,07	
Freie Rücklagen	161 672 496	234 738 993	101,67	174,74
Ausgleichsposten für Anteile in Fremdbesitz		16 760 389		18,25
davon Gewinn DM 595 427				
davon Verlust DM –				
Sonderposten mit Rücklageanteil		626 465		1,52
gemäß § 7 c EStG DM 563 960				
gemäß § 1 EntwLStG DM 62 505				
Pauschalwertberichtigung zu Forderungen		37 880 444		38,89
Rückstellungen				
Pensionsrückstellungen	170 660 293		164,46	
Andere Rückstellungen	672 620 830	843 281 123	990,47	1 154,93
Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	166 050 121		199,46	
davon durch Grundpfandrechte gesichert DM 50 626 071				
Sonstige Verbindlichkeiten	12 823 977		12,79	
davon durch Grundpfandrechte gesichert DM 503 594				
vor Ablauf von vier Jahren fällig DM 181 426 861		178 874 098		212,25
Andere Verbindlichkeiten				
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	726 719 605		766,73	
Verbindlichkeiten aus der Annahme gezogener Wechsel und der Ausstellung eigener Wechsel	27 307 489		5,18	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	533 819 287		691,16	
davon Exportförderungskredite DM 135 547 550				
Erhaltene Anzahlungen	795 484 407		1 036,73	
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	3 471 893		5,19	
Sonstige Verbindlichkeiten	174 371 747	2 261 174 439	207,53	2 712,52
Rechnungsabgrenzungsposten		6 599 500		1,93
Konzerngewinn		15 625 000		57,50
Verbindlichkeiten aus der Begebung und Übertragung von Wechseln DM 29 259 508				
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften, Wechsel- und Scheckbürgschaften DM 18 513 341				
davon für verbundene Unternehmen DM 5 874 344				
Verbindlichkeiten aus Gewährleistungsverträgen DM 16 038 764				
		3 845 580 440		4 622,53

Grundstimmung freundlich

Am Rentenmarkt hielten sich die Kursbewegungen in relativ engen Grenzen. Die Stimmung ist immer noch besser, als die Notierungen anzudeuten scheinen. Für öffentliche Titel mit Laufzeiten zwischen vier und zehn Jahren bestand auch auf leicht erhöhter Basis einige Kaufbereitschaft. Jetzt wartet man auf die Konditionen der neuen Bundesanleihe, von der man hofft, daß sie auch plazierbar sein wird. Bei den DM-Auslandsanleihen zogen die Kurse vielfach leicht an, was jedoch noch nicht ausreicht, um alle vorangegangenen Emissionen verkäuflich werden zu lassen.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschr.

Bundesbahn

F	7 dgl. 77	2/87	100,3bG	100,35
F	6 dgl. 77	9/87	98,75G	98,25
F	6 dgl. 78 II	7/88	97,45	97,35
F	6½ dgl. 77	5/89	98,5	98,5

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Wandelanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

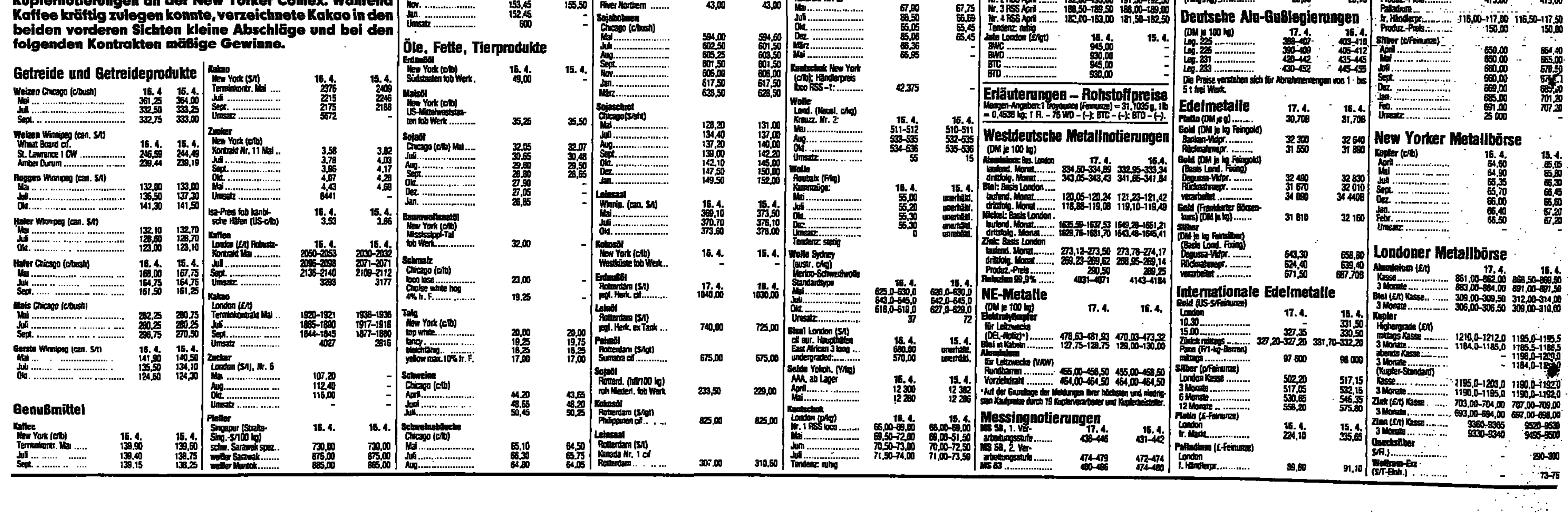
Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen am Dienstag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Während Kaffee kräftig zulegen konnte, verzeichnete Kakao in den beiden vorderen Sichten kleine Abschläge und bei den folgenden Kontrakten mäßige Gewinne.



Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	16. 4	15. 4.
Mai	361,25	354,00
Juli	332,50	333,25
Sept.	332,75	333,00

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	16. 4.	15. 4.
St. Lawrence 1 CW	246,59	244,49
Amber Durum	239,44	239,19

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Mai	132,00	133,00
Juli	136,50	137,30

Genußmittel

Kakao New York ($/t)	16. 4.
Terminkontr. Mai	2376
Juli	2215
Sept.	2175
Umsatz	5672

Zucker New York (c/lb)	16. 4.
Kontrakt Nr. 11 Mai	3,58
Juli	3,78
Sept.	3,96
Okt.	4,07
Mai	4,43
Umsatz	8441

Öle, Fette, Tierprodukte

Wolle, Fasern, Kautschuk

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

Edelmetalle

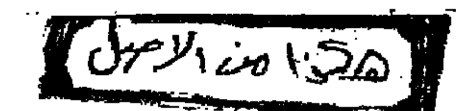
NE-Metalle

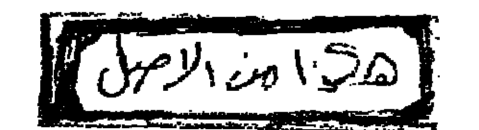
Internationale Edelmetalle

Messingnotierungen

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse





Neue Kaderschmiede

Bm. – Klaus Feinen ist ein erfolgreicher Mann. Sein Betätigungsfeld: die DIL Deutsche Immobilien-Leasing GmbH, Düsseldorf, deren Geschäftsführer er ist und deren Mütter die Deutsche Bank und die Commerzbank sind (je 50 Prozent). Klaus Feinen ist auch Präsident des Bundesverbandes Deutscher Leasing-Gesellschaften, der 53 Mitglieder zählt, die über 80 Prozent des Leasing-Volumens auf sich vereinen, das nach Schätzungen von Professor Hans E. Büschgen zur Zeit rund sieben bis acht Prozent der jährlichen Brutto-Anlageinvestitionen auf sich vereint.

Und der Name Büschgen ist für Klaus Feinen Synonym für einen Erfolg, auf den er besonders stolz ist – und auch sein kann. Professor Büschgen leitet an der Universität zu Köln ein Institut, das 1984 unter Feinens Präsidentschaft vom Leasing-Verband eingerichtet wurde. Das noch recht junge Finanzierungsinstrument des Leasings schuf sich damit zu seiner Philosophie einen Schrein, zu dem die hehre Lehre pilgern kann, ein wissenschaftliches Instrument und ein ideelles Fundament einer neuen Branche.

Schlagen wir nach bei Büschgen, um seinem Auftrag auf die Spur zu kommen. Zunächst räumt er mit der ein wenig abwertenden Definition auf, Leasing sei ein „Spezialfinanzierungsinstrument". Er wertet auf und spricht – zu Recht – dem Leasing die Qualität eines „Generalinstruments im Investitions- und Finanzierungsbereich" zu.

Büschgen relativiert auch die von ihm selbst genannten sieben bis acht Prozent Leasing-Anteil am Investitionsvolumen. Nicht genug, daß er sicher ist, daß sich der Leasing-Anteil „mehr als verdoppeln" wird. Er spricht solchen Prozentsätzen die Fähigkeit ab, die Bedeutung des Leasings auch nur annähernd definieren zu können. Und genau hier sieht er auch eine der Aufgaben seines jungen Instituts: die wissenschaftliche Aufarbeitung und Darstellung der „qualitativen Dienstleistungskomponenten" des neuen Finanzierungsinstrumentes.

Antworten werden gesucht, etwa auf die Frage, wie man gezielte Absatz- oder Refinanzierungsmärkte beeinflussen kann. Die Theorie Alfred Herrhausens (Vorstandssprecher der Deutschen Bank) schreit hier geradezu nach Praxis: Freie Marktwirtschaft hat keinen auf sie zukommenden Bedarf zu befriedigen, sondern Bedarf zu produzieren. Das ist der Imperativ an das Akquisitions-Leasing, an die „neue Idee", wie sie die Banken etwa im lukrativen Kreditgeschäft mit Privatpersonen ständig flexibel fortschreiben. Aber nicht nur dem Standing, der Reputation, soll das junge Institut der jungen Branche dienen.

Das Institut von Professor Büschgen wird mit Publikationen hervortreten, in Praktikergesprächen Kommunikation schaffen und detailliertes „neues Wissen" ins Land tragen. Es wird in Lehrveranstaltungen weiterbilden über das Elementarwissen hinaus, das der Student erwirbt. Damit wird das Institut zur Kaderschmiede eines neuen akademischen Berufs. Der Leasing-Kaufmann, oder präziser der „Leasing-Wirt", wird dort wachsen, jener Spezialist, der den Kaufmann, den Marketingmann und den Banker in sich vereint – wobei das Wort „Markt" von überwölbender Bedeutung sein muß. Wer das Leasing seit seinen Kindestagen begleitet, der weiß, daß Wachstum in dieser Branche nur mit „neuen" Köpfen möglich ist, mit Leasing-Wirten nämlich. Die breitgefächerte Bildung ist gefragt und Kontaktfreude, denn der Leasing-Wirt muß sich mit Führungskräften vieler Branchen und mit vielen Interessen auseinandersetzen können.

KONJUNKTUR / Investitionen zur Rationalisierung sind nach vielen Jahren auf Platz 2 zurückgefallen

Die Wirtschaft ersetzt wieder alte Anlagen

Die Investitionen der westdeutschen Wirtschaft haben eine neue Qualität bekommen. Nach vielen Jahren relativer Abstinenz haben die Ersatzinvestitionen die Rationalisierungsinvestitionen auf Platz zwei verdrängt. Das ist das entscheidende Ergebnis einer Umfrage der FL Finanz-Leasing GmbH, Wiesbaden. Rasto Clopcic, einer der Leasing-Manager der ersten Stunde in der Bundesrepublik Deutschland und Geschäftsführer der FL Finanz-Leasing, faßt diese Tatsache in einem sehr plastischen Satz zusammen: „Das Antiquariat wird ausgekehrt."

Generelle Aussage der Frühjahrsumfrage: Die Unternehmen der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlins werden 1985 mehr investieren als 1983. Dieser Zuwachs, so Clopcic in einem Gespräch mit der WELT, kommt nicht nur aus dem Bereich der Peripherie-Investitionen, wie etwa der Informatik (EDV) und der Kraftfahrzeuge. „Es werden deutlich mehr Produktionsmaschinen angeschafft", weiß Rasto Clopcic.

Und das ist das Umfrage-Ergebnis im Detail:

Investitionspläne gegenüber dem Vorjahr

Produktionsmaschinen

	1985	1984
mehr	43%	34%
unverändert	43%	41%
weniger	13%	25%

EDV, Kfz und sonstige Wirtschaftsgüter

	1985	1984
mehr	20%	23%
unverändert	57%	54%
weniger	23%	23%

Wenn auch bei EDV, Kfz und sonstigen Wirtschaftsgütern die Investitionslust gegenüber dem Vorjahr ein wenig gebremst zu sein scheint, so ist dieser Bereich für die Leasing-Branche doch nach wie vor von steigender Bedeutung. Deutlich mehr Unternehmen als in früheren Jahren wollen sich bei ihren Investitionen in diesem Bereich des Leasings bedienen. Die Umfrage hat nach Clopcic aber auch deutlich gemacht, daß neben den Konditionen 30 Prozent aller Befragten von einer Leasing-Gesellschaft die umfassende, kreative Investitionsberatung erwarten. Darüber hinaus schätzen die Unternehmen insbesondere eine langjährige Erfahrung im Leasing-Geschäft und einen soliden Finanzierungshintergrund.

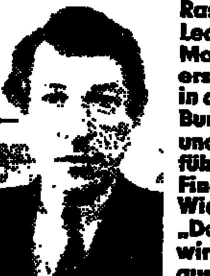
Nach Clopcic resultiert das wohl interessanteste Umfrageergebnis aus der Analyse der Motive, die zum Leasing führten: Wenn bis 1984 Liquiditätsvorsorge und Schonung der Kreditlinien die häufigsten Ursachen für den Einsatz von Leasing waren, so sind 1985 die Kostenvorteile gegenüber der Kreditfinanzierung in den Vordergrund getreten.

Daß die Ersatzbeschaffung nach langer Zeit deutlich vor der Rationalisierung und der Kapazitätserweiterung rangiert, wird von Clopcic darauf zurückgeführt, daß die Unternehmer offensichtlich die Aufschwungphase nutzen wollen, um Investitionen nachzuholen. Daß die Liquiditätsvorsorge nach der Umfrage ein wenig vernachlässigt wird, deutet der FL-Geschäftsführer so: Sie ist wahrscheinlich nur vorübergehender Natur, läßt aber doch vermuten, daß die Unternehmer im noch härter gewordenen Wettbewerb bereit sind, größere Risiken einzugehen, um im Kampf um die Märkte vorne zu bleiben.

Die Umfrage kann aber nach Clopcic nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Investitions-Attentismus nach wie vor prinzipiell anhält, wenn auch nach Branche und Unternehmen unterschiedlich. Möglicherweise spielt hier die Hoffnung auf fallende Zinsen eine Rolle.

Diese relative Zurückhaltung spürt das Leasing natürlich auch. Hinzu kommt, daß die starken Unternehmen einen positiven Cash-flow haben und 1984 gute Gewinne machten. Aber auch bei diesen Unternehmen hat sich 1984 ausgewirkt, daß der Streik eine bis dahin unbekannte Härte angenommen hatte. Die Folge war, daß viele Investitionsvorhaben geschoben wurden, daß ebenso viele starke Unternehmen in Liquidität schwimmen. Diese Liquidität sucht Anlage und verleitet die Unternehmen, ihre Investitionsvorhaben selbst zu finanzieren.

Noch eine Entwicklung sieht Clopcic: Die gut geführten Häuser beherrschen inzwischen nach seinen Beobachtungen das Cash-Management. Auswirkung: Einige große Märkte diversifizieren bis hin zur eigenen Bank. Hier können eines Tages Geschäfte an den Kreditinstituten vorbeilaufen.



Rasto Clopcic, Leasing-Manager der ersten Stunde in der Bundesrepublik und Geschäftsführer der FL Finanz-Leasing, Wiesbaden: „Das Antiquariat wird ausgekehrt"

Clopcic ist auch sicher, daß zwar Innovation die Investitionen treibt. „Der große technische Fortschritt kommt aber erst noch", weiß er. Da wird dann auch Leasing in höherem Maße gefragt sein, weil weite Teile der Wirtschaft gezwungen sind, angesichts der unzureichenden Eigenkapitalbasis von unter 20 Prozent nach noch 30 Prozent vor zehn Jahren ihre Kreditlinien zu schonen.

Leasing hat sich nach seiner Meinung voll etabliert in der Bundesrepublik Deutschland. Als Beweis zitiert er die 7,2 Prozent Anteil am Gesamtinvestitionsvolumen 1984. Hier werde aber auch deutlich, welche Chancen das Leasing in der Bundesrepublik noch habe. Der Leasing-Anteil in den USA liege bei über 20 Prozent, in Frankreich bei zwölf und in Großbritannien bei 15 Prozent. Selbst Italien habe die Bundesrepublik bereits überholt.

Clopcic empfiehlt den Leasing-Nehmern Vollamortisationsverträge, um damit in den Genuß kürzerer Abschreibungszeiten zu gelangen. Teilamortisationsverträge hält er nur dort für sinnvoll, wo hohe, gut kalkulierbare Restwerte zu erwarten seien, wie etwa beim Leasen von Automobilen oder Druckmaschinen. „Aber wehe, wenn kein Second-hand-Markt mehr vorhanden ist", schränkt Clopcic ein, womit er an die Problematik der Restwertkalkulation rührt. „Die hat es bei der FL Finanz-Leasing nie gegeben, und die wird es auch nicht geben", fügt er an.

Ist diese Zeit der Geschäfte um jeden Preis im Leasing nicht vorüber, die Zeit, da man Geschäfte abschloß, nur um Zahlen vorweisen zu können oder sich ein Stück Markt zu „kaufen"? „Bis zum 31. September 1984 waren die Zeiten nicht vorbei", sagt er. Doch er schiebt eine Korrektur nach: „Das ist fast vorbei." Er will eine Rückbesinnung auf gesunde betriebswirtschaftliche Traditionen bemerken.

Für Rasto Clopcic ist Leasing inzwischen weitaus mehr als die attraktive, gesunde Kondition. Die großen Leasing-Unternehmen hätten sich dank ihrer detaillierten Beratung durchgesetzt, was die jüngste Umfrage wieder deutlich gemacht habe. Aber auch hier wünscht er eine kleine Einschränkung. Durchgesetzt habe sich das Leasing als Beschaffungsinstrument. Hapern sieht er es noch als Instrument des Absatzes. Doch auch hier gibt es Ausnahmen: die Informatik, vornehmlich EDV und Büromaschinen, und das Automobil-Leasing als Hersteller-Leasing.

Da bleibt dann noch die Frage, warum sich das Leasing nicht im Großanlagengeschäft etablieren konnte, wie etwa in den USA, wo selbst Satelliten im Kooperations-Leasing beschafft und finanziert werden. Warum verweisen die Hersteller solcher Großprojekte die Auftraggeber nicht auf die Finanzierungsmöglichkeiten durch das Leasing, da sie doch ständig klagen, Bankenfunktionen übernehmen zu müssen, da die Auftraggeber in der Regel lange Zahlungsziele forderten?

Rasto Clopcic lehnt sich zurück und sagt: „Dies ist für mich eines der Mysterien des Leasing-Marktes." Denn genau genommen sei gerade in diesem Markt „noch viel Musik drin". Hat es vielleicht damit zu tun, daß Großanlagen, ja selbst Werkzeugmaschinen in der Regel immer noch von Technikern verkauft werden und nicht von Marketing-Fachleuten? Er will diese Möglichkeit nicht ausschließen, verweist aber auf eine Parallele.

Da werde in einem Vorstand entschieden, bestimmte Teile einer Anlage, die besonders hohem Verschleiß oder großem Innovationsdruck ausgesetzt sei, zu leasen. „Was passiert?" fragt Clopcic. Der Einkäufer mache eine Ausschreibung, und genommen werde das kostengünstigste Angebot. Völlig unberücksichtigt bleibe das Know-how einer Leasing-Gesellschaft, ihr kapitalmäßiger Hintergrund, ihr Service über die Dauer des Vertrages hinweg und ihre Fähigkeit, ganze Service-Pakete anzubieten. Daraus zieht er den logischen Schluß: Die Leasing-Branche habe noch einen weiten Weg der Aufklärung zurückzulegen, was angesichts ihrer Jugend ja auch verständlich sei.

HANS BAUMANN

Warum das Leasen dem Kredit überlegen ist

Kreditkauf-Modell

Jahre	Brutto-ertrag	Afa	Gewerbe-kapitalsteuer (0,7 %)	Gewerbe-ertragsteuer (14,89 %)	Fremdkapital-zinsen (8,5 %)	Körperschaft-steuer (56 %)	Zinsen aus Eigenkapital (9 %)	Netto-ertrag	Barwert-faktor	Barwert des Netto-ertrags
1	100 000	40 000	980	8 788	11 305	21 799	5 130	11 998	0.9174	11 007
2	100 000	40 000	784	8 817	8 925	23 225	4 050	14 199	0.8417	11 951
3	100 000	40 000	588	8 846	6 545	24 652	2 970	16 399	0.7722	12 663
4	100 000	40 000	392	8 876	4 165	26 078	1 890	18 599	0.7084	13 175
5	50 000	20 000	196	4 438	1 190	13 539	540	10 097	0.6499	6 562
	450 000	180 000	2 940	39 765	32 110	109 293	14 580	71 292		55 358

Leasing-Modell

Jahre	Brutto-ertrag	Leasing-Zahlungen (2,38 % p.m.)	Gewerbe-ertragsteuer (14,89 %)	Körperschaft-steuer (5,6 %)	Netto-ertrag	Barwert faktor	Barwert des Netto-ertrags
1	100 000	57 120	6 385	20 437	16 058	0.9174	14 732
2	100 000	57 120	6 385	20 437	16 058	0.8417	13 516
3	100 000	57 120	6 385	20 437	16 058	0.7722	12 400
4	100 000	57 120	6 385	20 437	16 058	07084	11 375
5	50 000	28 560	3 192	10 218	8 030	06499	5 219
	450 000	257 040	28 732	91 966	72 262		57 242

Immer wieder wird die Frage erhoben, ob Leasing sich denn im Vergleich mit einem traditionellen Bankkredit messen könne.

Der frühere Geschäftsführer des Bundesverbandes Deutscher Leasing-Gesellschaften, Hans-Joachim Spittler, hat in seinem Buch „Leasing für die Praxis" einen Vergleich angestellt, der zeigt, daß Leasing sich durchaus mit dem Kredit messen kann, wobei bei dieser rein zahlenmäßigen Gegenüberstellung nicht zum Ausdruck kommt, daß Leasing weit mehr ist, als ein Finanzierungs- oder Beschaffungsinstrument.

Sehr individuell ist die Leasing-Beratung durch Fachleute. Ein Service, der sich nicht „rechnen" läßt, der sich aber sehr wohl „auszahlt".

Die gemeinsamen Voraussetzungen für Leasing und Kreditkauf waren für Spittler:

- Erwarteter jährlicher Bruttoertrag aus dem Investitionsgut (in D-Mark) 100 000
- Anschaffungswert des Investitionsgutes (in D-Mark) 200 000
- Betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer des Investitionsgutes (in Monaten) 60
- Gewerbeertragssteuer (in Prozent) 14,89
- Einkommen- bzw. Körperschaftssteuersatz (in Prozent) 56,00
- Zinssatz für Barwertberechnung (in Prozent) 9,00

Weitere Voraussetzungen für den Kreditkauf:

- Jährliche Abschreibung (in D-Mark) 40 000
- Fremdkapitalanteil an den Investitionskosten (in Prozent) 70,00
- Tilgung des Fremdkapitals erfolgt halbjährlich.
- Eigenkapital-Anteil an den Investitionskosten (in Prozent) 30,00
- Fremdkapitalzinsen im Jahr (in Prozent) 8,50
- Erwartete Eigenkapitalrendite im Jahr (in Prozent) 9,00
- Eigen- und Fremdkapital-Zinsen werden halbjährlich berechnet.
- Gewerbekapitalertragssteuer auf das zusätzliche Fremdkapital (in Prozent) 0,70

(Steuermeßzahl: Zwei Promille, gemäß Paragraph 13 Abs. 2 GewStG; angenommener Hebesatz 350 Prozent.)

Weitere Voraussetzungen für das Leasing:

- Vollamortisationsvertrag mit Kauf- und Verlängerungsoption für den Leasing-Nehmer nach Ablauf der Grundmietzeit.
- Laufzeit des Leasing-Vertrages (in Monaten) 54
- Leasing-Zahlungen pro Monat in Prozent des Anschaffungswertes des Investitionsgutes 2,38
- Nach Ablauf der Grundmietzeit von 54 Monaten macht der Leasing-Nehmer von seinen Optionsrechten keinen Gebrauch und gibt den Leasing-Gegenstand ohne weitere Verpflichtung an die Leasing-Gesellschaft zurück.

DW.

GROSSANLAGEN / Rasante Entwicklung

700 Millionen Dollar in den Orbit

Das Weltall ist gefragt. Waren es bisher Wissenschaftler oder Astronomen, die das All erforschten, so stehen heute mehr und mehr ökonomische Interessen im Vordergrund. Insbesondere im Bereich der Nachrichtentechnik hat eine rasante Entwicklung eingesetzt.

Den Satelliten gilt nunmehr das Augenmerk. Nicht nur für militärische Zwecke, sondern mehr noch zur privaten Nutzung als Nachrichtensatelliten eingesetzt, brachten sie sehr irdische Probleme mit sich.

Zum Beispiel das der Finanzierung. Vorreiter auf diesem Gebiet sind die Vereinigten Staaten. Hier wurden innerhalb der vergangenen zwei Jahre Satelliten, oder besser die darin arbeitenden Überträger, im Wert von 700 Millionen US-Dollar im Wege des Leasing an den Mann gebracht.

Das Satelliten-Leasing hat sich in kürzester Zeit zu einem bedeutenden, wenn auch sehr speziellen Bereich des Großanlagen-Leasing entwickelt. Das größte Projekt des vergangenen Jahres umfaßte 24 Übertragungselemente im Wert von 280 Millionen Dollar, die alle im Spacenet-II-Satelliten arbeiten. Der Vertrag läuft über achteinhalb Jahre. Eigenkapitalgeber sind Potomac Capital Corp. und United Parcel Service.

Die Nutzungsdauer des Spacenet II wird auf 11,5 Jahre geschätzt. Das Problem für die Kapitalgeber liegt in der Ungewißheit. Wie wird sich der Markt entwickeln, wie groß wird die Nachfrage in sieben oder acht Jahren sein?

Wesley Reynolds, stellvertretender Vorstandsvorsitzender von Bankers Trust, formuliert das Problem wie folgt: Bei einer voraussichtlichen Lebensdauer des Satelliten von 11,5 Jahren und der nicht voraussehbaren Entwicklung der Technik und des Marktes kommt bei solchen Objekten der Restwertkalkulation eine besondere Bedeutung zu. Er hält eine vorsichtige Restwertkalkulation für angebracht und nennt für seine laufenden Geschäfte fünf bis sieben Prozent vom Anschaffungswert.

Weitere 24 Überträger im Wert von 250 Millionen Dollar, die im Sat-Com-II arbeiten, wurden im Wege des Sale & Lease-Back finanziert. Abgewickelt wurde das Geschäft über die Lease Management Corp. Eigenkapitalgeber sind die Philip Morris Corp. und die United Technologies Corp.

Richtige Einschätzung der künftigen Nachfrage

Das Projekt wurde aus steuerlicher Sicht als riskant angesehen, weil den Überträgern, die bereits seit einem Jahr arbeiten, ein sehr hoher Wert beigemessen wird. Die Werteinschätzung von Satelliten ist besonders problematisch, da ein Satellit, der sich einsatzbereit auf seiner geostationären Position befindet, einen wesentlich höheren Wert darstellt, als er sich aus den Anschaffungs- oder Herstellungskosten ergibt.

Hinzu kommt die Bewertung unterschiedlicher Nutzungsmöglichkeiten. Die richtige Einschätzung der künftigen Nachfrage ist hier entscheidend, denn es gibt unterschiedliche Übertragungssysteme beispielsweise für Bild- oder Videoübertragungen, für Sprache oder für Datenübertragung. In die Bewertung sind daher nicht nur Anschaffungs- oder Herstellungskosten, sondern auch qualitative Faktoren neben dem Wert der Serviceleistungen, der gegenwärtigen und der wahrscheinlichen künftigen Nachfrage mit einzubeziehen. Daher wollen große Banken, wie die Chase Manhattan Bank und die Bank of America, die aus steuerlicher Sicht als Eigenkapitalgeber auftreten könnten, nicht in das riskante Geschäft einsteigen. Carl Wild, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Capital Markets Corp., einer Tochter der Chase Manhattan Bank, ist der Meinung, der Markt sei noch zu dünn und unerfahren, die Risiken für Eigenkapitalgeber noch zu hoch.

Auf der Kreditseite sieht er dagegen keine Probleme. Im Gegenteil: Benutzer von Satellitentechnik sind nach seiner Erfahrung ausschließlich solide Firmen, die ausreichende Kreditwürdigkeit und Kreditfähigkeit mitbringen. Wie die Chase Manhattan Bank will auch die Bank of America weiterhin als Kreditgeber in diesem Geschäft fungieren.

Treibstoffverbrauch bestimmt die Lebensdauer

Bisher wurden nur kommerzielle Nachrichtensatelliten finanziert, die für einen geostationären Einsatz vorgesehen sind. Nichtstationäre Satelliten, die eine elliptische Umlaufbah beschreiben, sind wesentlich kurzlebiger und benötigen ein kompliziertes und sehr kostspieliges Steuerungssystem. Dies macht sie für den kommerziellen Einsatz unbrauchbar.

Die Lebensdauer eines geostationären Satelliten läßt sich relativ leicht bestimmen. Sie beruht hauptsächlich auf dem Treibstoffverbrauch, der benötigt wird, um immer wieder erforderliche geringfügige Kurskorrekturen vorzunehmen. Mit dem Verbrauch des Treibstoffes endet die Nutzungsdauer des Satelliten. Heutzutage beträgt sie durchschnittlich zehn bis elf Jahre.

Diese Angaben macht Communications Studies and Planning International (CSPI), eine unabhängige Schätzstelle für Gegenwarts- und Zukunftswerte von Nachrichtensatelliten und den darin arbeitenden Übertragungseinheiten.

Ein weiteres Problem ist das des begrenzten Raumes, so unwahrscheinlich dies im Zusammenhang mit dem endlosen Weltraum klingen mag. Mark Dietrich, ständiger Gutachter von CSPI, sagt, daß nur eine ganz bestimmte Zahl geostationärer Satelliten eingesetzt werden kann. Er schätzt, daß der den Vereinigten Staaten zugeteilte Raum innerhalb der nächsten zehn Jahre erschöpfend genutzt sein wird.

Da aber die Nachfrage ständig steigt, wird ein immer engerer und härter umkämpfter Markt entstehen. Der Höhepunkt dürfte dann erreicht sein, wenn die heute abgeschlossenen Verträge auslaufen. Damit kalkulieren die Leasinggeber heute. Sie sehen ihre große Chance in dem harten Markt der Zukunft. Dort möchte man nach Ablauf der heutigen Verträge ein möglichst einträgliches Remarketing betreiben. Man kann nur hoffen, daß diese Rechnung aufgeht.

C. B.

GEBÄUDE-LEASING / Es ist nicht mehr üblich, seine Mittel in Backsteinen zu „begraben"

Buchen beim professionellen Bauherrn

Gebäude-Leasing gehört heute zum Instrumentarium jedes zukunftsorientierten Unternehmens, bei dem sich die Erkenntnis durchgesetzt hat, mit dem knappen und gerade in schwierigen Zeiten besonders wertvollen Eigenkapital besser disponieren zu können, als dieses in Grund und Boden und Backsteinen zu „begraben". Der anhaltende Geschäftserfolg der Gebäude-Leasinggesellschaften in der Bundesrepublik ist deutliches Indiz der zunehmenden Nachfrage.

Dabei ist ein besonderer Aspekt das Service-Leasing, das heißt, die zusätzliche Dienstleistung einer Leasinggesellschaft beim Errichten von Gebäuden. Neben dem Erwerb von bereits bestehenden Gebäuden kommen die Möglichkeiten einer Service-Leasinggesellschaft vor allem bei der Errichtung und langfristigen Nutzungsüberlassung von Neubauten zur Geltung.

Grundlage dieser Möglichkeiten ist die Stelllung der Leasinggesellschaft als professioneller Bauherr, als ständiger Großeinkäufer von Bauleistungen am Markt. Je größer und erfahrener diese ist, um so besser können diese Möglichkeiten genutzt werden. Die Vorteile aus Größe und Erfahrung kommen dem Leasingnehmer im vollen Umfang zugute, der Einzelinvestor kann die Möglichkeit eines der größten Nachfrager nach Bauleistungen auf dem deutschen Markt für sein Bauvorhaben nutzen.

Hohe Investitionen auf dem Baumarkt

Diese Marktstellung als bedeutender Nachfrager wirkt sich vor allem auf die Kosten und Termine eines Bauvorhabens aus, und zwar gerade auch in Zeiten einer Unter- oder Überauslastung des Baugewerbes. Es macht einen erheblichen Unterschied, ob der Investor einmalig für fünf oder zehn Millionen Mark Bauleistungen einkauft oder aber regelmäßig, konjunkturstabil weit über eine halbe Milliarde jährlich auf dem Baumarkt investiert.

Grundlage der Kostenreduzierung und Terminsicherheit auf ausgehandelter Basis ist das den Bauleistungen zugrunde liegende Vertragswerk, das die Leasinggesellschaft zur Voraussetzung der Auftragsvergabe macht. Der Auftragnehmer kontrahiert also nicht wie üblich auf eigenen, sondern auf Vertragsunterlagen der Leasinggesellschaft, die es in langjähriger Erfahrung gelernt hat, nicht die Interessen des Bauausführenden, sondern des Bauherrn zu wahren. Die kostentreibenden Lükkcken und Versäumnisse gibt es dabei nicht.

Auch bei Änderungswünschen am Objekt bezüglich Baumasse oder Standard des Leasingnehmers während der Bauphase ist die Marktstellung der Leasinggesellschaft von Vorteil: Der einzelne Gewerksnehmer ist zumeist ständig bei irgendeinem Bauvorhaben der Leasinggesellschaft im Angebot und wird so gerade bei laufenden Bauaufträgen seine preisliche und qualitative Leistungsfähigkeit unter Beweis stellen. Die mit Änderungswünschen meistens verbundenen ungerechtfertigten Kostensteigerungen im Rahmen eines einmal vergebenen Auftrages entfallen somit.

Entsprechendes gilt für die Einflußmöglichkeiten in der Garantiephase, also nach Fertigstelllung des Objektes. Die Erwartung ständig neuer Bauaufträge bei neuen Bauvorhaben der Leasinggesellschaft ist die beste Grundlage für prompte und zufriedenstellende Erledigung anstehender Garantiearbeiten. Somit kommen dem Kunden die Vorteile einer Service-Leasinggesellschaft nicht nur in der Bauphase, sondern auch in der gesamten Unterhaltungsphase, der eigentlichen Mietzeit, zugute.

Bei der planerischen Gestaltung einer gewerblichen Immobilie stehen die Nutzungswünsche des Investors im Vordergrund. Hierbei gibt es keinerlei Einschränkungen, das Objekt soll zum „Maßanzug" des Kunden werden, er allein entscheidet über die betriebsoptimalen Abläufe, sei es bei Produktions-, Lager- oder Verwaltungsgebäuden.

Allgemeine technologische Grundsatzfragen lassen sich jedoch am besten durch langfristige Erfahrung beurteilen und entscheiden. Hier kommt wiederum die Service-Leasinggesellschaft auf den Plan: Sie hat jeden denkbaren Gebäudetyp vom Hochregallager bis zum repräsentativen Verwaltungsgebäude bereits vielfach errichtet und verwaltet, was im Hinblick auf Folgekosten von Bedeutung sein kann.

Bei der Konzeption und Planung eines Bauvorhabens wird somit die Kreativität des vom Kunden ausgewählten und bestimmten Planungsteams durch die Erfahrung der Service-Leasinggesellschaft ergänzt. Konzeptions- und Gestaltungsfehler werden aufgedeckt, kostenoptimale Konstruktionsmöglichkeiten vorgeschlagen. Das heißt, die individuellen Vorstellungen des Leasingkunden als „Bauherr" werden nicht beeinflußt, sondern kosten- und nutzungsoptimal durchgeführt.

Den Service-Effekt rechtzeitig nutzen

Hier spielen auch die Erfahrungen aus der Objektverwaltung eine Rolle. Die Folgekosten bestimmter Konstruktionsmerkmale liegen über lange Jahre vor und lassen sich frühzeitig in die Überlegungen einbringen. Als Beispiel seien Energie- und Wartungskosten oder etwa Pflegekosten bestimmter Fassadentypen erwähnt.

Aus den speziellen Nutzungswünschen des Leasingnehmers und der konkreten Objekterfahrung der Service-Leasinggesellschaft läßt sich insgesamt eine optimale Baugestaltung herausarbeiten. Es empfiehlt sich daher, die Zusammenarbeit mit einer Service-Leasinggesellschaft in einem möglichst frühen Stadium zu suchen, um von dem stattfindenden Erfahrungsaustausch zu profitieren.

Die Service-Effekte werden durch fundierte und frühzeitige Kostenaussagen begründet, die die Entscheidung über Größe und Art eines Bauvorhabens zum richtigen Zeitpunkt ermöglichen. Häufig wird die zu große Lücke zwischen optimalem Flächenbedarf und zumutbaren Kosten erst entdeckt, nachdem erhebliche planerische Vorleistungen und Kosten erbracht sind.

Die Datenverarbeitung einer Service-Leasinggesellschaft hat jedes einzelne vergebene Gewerk gespeichert, so daß auf der Grundlage tatsächlich verhandelter, augenblicklich durchsetzbarer Preise jedes Bauvorhaben frühzeitig kalkulierbar wird. Nicht die üblichen Kubikmeter-Schätzungen, sondern gleich oder ähnlich gelagerte konkrete Vorgabeergebnisse ergänzen die Kostenaussage eines Vielfach-Investors. Die EDV ist auch Grundlage der laufenden Soll-/Ist-Kontrolle der Kosten bei einzelnen Bauvorhaben. Kostenstände und Erwartungen sind jederzeit abrufbar.

Ein besonders leidiges Kapitel des Bauens läßt sich dank des umfassenden Überblicks einer Service-Leasinggesellschaft ebenfalls unterlaufen. Oft stößt man auf eine ungewöhnlich gleichförmige Preisgestaltung der Anbieter von Bauleistungen bei gleichzeitig hohem Preisniveau. Die überregionale Nachfrage der Leasinggesellschaft macht es möglich, solche Abspracheringe leicht aufzubrechen. Während der Einzelinvestor beispielsweise im Süden Deutschlands kaum ein ernst gemeintes, leistungsfähiges Angebot eines Anbieters in Hamburg erwarten kann, um die Preiswürdigkeit seiner regionalen Anbieter zu kontrollieren, ist hier der überregionale Dauernachfrager Leasinggesellschaft in einer ganz anderen Position.

Ohne Zweifel kommen die Erfahrungen und Einflußmöglichkeiten eines ständigen Großinvestors am Bau somit dem einzelnen Investitionsvorhaben des Leasingnehmers zugute. Bleiben nun aber die Interessen des Kunden, der ja das geleaste Gebäude für seine besonderen Nutzungswünsche errichtet haben will, gewahrt? Kann er seine speziellen Wünsche, auch im Hinblick auf die Wahl des Architekten, der Bauausführenden usw. durchsetzen?

Hier gilt es, ein weit verbreitetes Mißverständnis auszuräumen. Der Kunde einer Service-Leasinggesellschaft braucht keinerlei Einschränkung in seinen persönlichen Wünschen und Dispositionen zu befürchten. Sowohl das architektonische Konzept als auch die Auswahl der durchführenden Architekten und Firmen bleibt in seiner Einflußspähre. Es ist also falsch, anzunehmen, daß mit der Unterschrift unter dem Leasingvertrag die Kundeninteressen auf der Strecke bleiben könnten. Im Gegenteil, die Leasinggesellschaft steht dem Kunden zur Durchsetzung seiner Interessen zur Seite. Die erzielbaren Vorteile kommen ja gerade dann voll zur Geltung, wenn die Unabhängigkeit zwischen allen am Bau Beteiligten gewährleistet ist. Die Service-Leasinggesellschaft liefert das Know-how und ihre Marktmacht, der Leasingnehmer bringt seine individuellen Gestaltungs- und Nutzungswünsche zur Geltung.

Sicher liegt der Reiz der Zusammenarbeit für den Kunden gerade darin, die für ihn in aller Regel betriebsfremde Problematik des Bauens auf einen erfahrenen Dritten zu übertragen, ohne dabei seine Einflußmöglichkeiten auch nur im geringsten zu schmälern. Besonders deutlich wird die Fruchtbarkeit einer solchen Konstellation in den vielen Fällen des wiederholten gemeinsamen Bauens mit denselben Kunden, auch gerade in der Zusammenarbeit mit Großunternehmen mit eigener Bauabteilung, die die Leistungsfähigkeit der Leasinggesellschaft schätzen gelernt haben. Häufig sind inzwischen nicht mehr die betriebswirtschaftlichen Aspekte eines Leasinggeschäftes Entscheidungsgrundlage, sondern gerade die sich aus dem Service ergebende Entlastung und Sicherheit.

Kostenvorteile für den Leasingnehmer

Die Vergangenheit hat gezeigt, daß die harte Wettbewerbssituation am Leasingmarkt Preisunterschiede weitgehend nivelliert hat. Die Entscheidung eines Leasingkunden braucht heute nicht mehr vom Preisunterschied abzuhängen, sondern kann sich am unterschiedlichen Leistungsprofil der Anbieter ausrichten.

Erfahrung, Größe und der damit verbundene Einfluß sowie kaufmännische Beweglichkeit bei der Lösung individueller Probleme sind entscheidend. Da die durch den Einsatz einer Service-Leasinggesellschaft erzielten Kostenvorteile in vollem Umfang dem Leasingnehmer zugute kommen, sollte die Entscheidung bei vergleichbaren Mietsätzen nicht schwerfallen. Die Interessenidentität zwischen Kunde und Leasinggesellschaft, das vom Kunden gewünschte Objekt zu den vereinbarten Standards kostengünstig zu errichten, ist die beste Grundlage für eine langfristige Zusammenarbeit.

DIETER MAIER

KOOPERATION / Die Großanlagenbauer haben es bis heute versäumt, das Leasing als Absatzinstrument zu nutzen

Ein Markt, der die Phantasie mehr und mehr beflügelt

Was in den USA, dem Ursprungsland des Leasings, seit langem praktiziert wird, könnte auch in der Bundesrepublik Deutschland Fuß fassen: das Kooperationsleasing. Ein neues Betätigungsfeld bietet sich der Leasing-Branche – kooperieren bei Großprojekten, um die finanzielle Last auf mehreren Schultern zu verteilen.

Einen Einblick in diesen neuen Markt bietet der Bericht der Arbeitsgemeinschaft Großanlagenbau, ein Zusammenschluß von 37 Unternehmen im Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e. V. VDMA in Frankfurt. Im Jahre 1984 verbuchten die Mitgliedsfirmen einen Auftragseingang von insgesamt rund 18,5 Milliarden (1983: 14,2 Milliarden) Mark. Der tatsächliche Zuwachs belief sich dabei jedoch durch den Beitritt eines Unternehmens nur auf rund 21 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Vom Gesamtauftragseingang entfielen auf die Firmen des Maschinenbaus etwa 11,9 Milliarden, während Unternehmen der Elektrotechnik 6,6 Milliarden Mark verbuchen konnten. Damit ging der auf den Elektroanlagenbau entfallende Anteil am Gesamtauftragseingang von 44 Prozent auf knapp 36 Prozent zurück. Der Umsatz liegt mit 20,5 Milliarden Mark nur geringfügig über dem des Vorjahres (20,1 Milliarden).

Mit 7,3 Milliarden Mark erhöhte sich das Bestellvolumen aus dem Inland um 47 Prozent gegenüber 1983 mit rund fünf Milliarden Mark und erreichte damit einen Höchststand. Der Inlandsanteil des Gesamtauftragseingangs stieg von 35 Prozent (1983) auf 39 Prozent im vergangenen Jahr. Diese Entwicklung zeigt, daß 1984 die Inlandskonjunktur den Großanlagenbau stärker beeinflußt hat als in den Vorjahren.

Auffallend starke Anstiege verzeichneten 1984 die Auftragsbücher für Anlagen der Abgasreinigung mit 1,07 Milliarden (1983: 199 Millionen) Mark, was einem Plus von 537 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht. Das Auftragsvolumen für Anlagen der Stromerzeugung nahm mit 753 Millionen (1983: 484 Millionen) Mark um rund 55 Prozent zu, Hüttenwerke verzeichneten ein Plus von 469 Prozent, von 103 Millionen auf 484 Millionen Mark, während die Aufträge für Walzwerke von 181 auf 418 Millionen Mark (plus 230 Prozent) zulegten.

Der Auftragseingang aus dem Ausland ist mit 11,2 Milliarden gegenüber dem Vorjahr (9,2 Milliarden) Mark um 21 Prozent gestiegen. Dennoch ist der Exportanteil am gesamten Auftragseingang, der in den letzten Jahren schon stark zurückging (1981: auf 77 Prozent, 1982: 70 Prozent, 1983: 65 Prozent) erneut gefallen und beträgt nur noch etwa 61 Prozent.

Bemerkenswert sind nach Ansicht der Arbeitsgemeinschaft Großanlagenbau auch die seit Anfang der 80er Jahre erkennbaren Veränderungen der Auftragsgrößenstruktur. 1981 gingen zwölf Aufträge mit einem Einzelwert über 250 Millionen Mark ein und machten 30 Prozent des Gesamtvolumens aus. 1982 ging die Zahl auf sechs Aufträge (29 Prozent) zurück. 1983 verbuchten die Industrieanlagenbauer einen einzigen Auftrag dieser Größenordnung (sechs Prozent) und 1984 gingen zwei Aufträge von über 250 Millionen Mark (acht Prozent) ein. Immerhin aber ist der Anteil der Aufträge mit einem Wert von über 50 Millionen Mark nach dem Rückgang um 62 Prozent im Jahre 1981 auf 51 Prozent und 32 Prozent in den folgenden Jahren mittlerweile wieder auf 39 Prozent gestiegen.

Aus den industriell entwickelten Ländern der westlichen Welt erhielten die deutschen Großanlagenbauer 1984 Aufträge im Wert von 3,1 Milliarden Mark, das sind 28 Prozent des Exportvolumens.

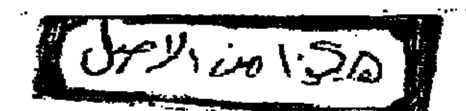
Hervorzuheben ist dabei der seit Jahren höchste Auftragseingang aus den Vereinigten Staaten mit über 800 Millionen Mark, bedingt allerdings auch durch die günstige Kursrelation der Mark zum US-Dollar.

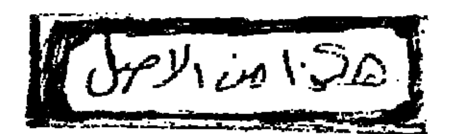
Die Republik Südafrika war mit 307 Millionen Mark im vergangenen Jahr wieder ein bedeutendes Kundenland.

Mit 6,3 Milliarden Mark lag das Bestellvolumen der Entwicklungsländer geringfügig über dem des Vorjahres (5,8 Milliarden). Der Anteil am Auslandsauftragseingang ging jedoch von 63 Prozent (1983) auf knapp 57 Prozent zurück.

Der Auftragseingang aus der UdSSR ist von 539 Millionen im Vorjahr auf 627 Millionen Mark gestiegen. Die Sowjetunion ist somit auch weiterhin das wichtigste Kundenland des Ostblocks.

B. S.-G.





TECHNOLOGIE / Notwendige Anpassung

Nachholbedarf beim deutschen Mittelstand

Der sich ständig verschärfende Wettbewerb stellt die deutschen Unternehmen im Fertigungsbereich vor immer neue Aufgaben. Der Zwang, kostengünstig auf hohem Qualitätsniveau und zugleich flexibel zu fertigen, verstärkt sich. Die Unternehmen sind daher ständig gehalten, ihre Maschinenparks den neuesten Standards anzupassen, um den Ansprüchen an eine fortschrittliche Fertigungstechnik zu genügen.

Auch in diesem Bereich hat die EDV ihren Siegeszug schon seit langem begonnen. Man denke dabei nur an die modernen Fertigungsroboter, an CAD- und CAM-Geräte oder die leistungsfähigen neuen Fotosatzanlagen. Unsere Wirtschaft hat diese Entwicklung mit großem Interesse zur Kenntnis genommen, und es gibt intensive Bemühungen, sich diesen internationalen Veränderungen anzupassen. Gerade im mittelständischen Gewerbe hat sich allerdings ein gewisses „Time-lag" ergeben, den es nun von den Unternehmen aufzuholen gilt.

Worin liegen nun die Ursachen für den großen Nachholbedarf, insbesondere der deutschen mittelständischen Industrie, in der maschinellen Ausrüstung?

In erster Linie sind sicher die recht hohen Investitionskosten zu sehen. Darüber hinaus wird der Einsatz moderner Techniken in einem mittelständischen Betrieb oftmals dadurch erschwert, daß manche Hersteller noch keine „Standardlösungen" anbieten können, die nur noch auf diespeziellen Verhältnisse des Anwenders zugeschnitten werden müssen.



Dr. Karl-Peter Otto, Geschäftsführer der IKB Leasing Berlin GmbH und IKB Immobilien-Leasing GmbH, Hamburg

Viele kleine und mittlere Unternehmen scheuen daher noch immer Investitionen in die neuen Fertigungstechniken. Bedenkt man, daß sich zum Beispiel ein Roboter durch die Einsparung von Personalkosten sowie durch die erzielbare Mehrproduktion (bei zusätzlicher Steigerung der Qualität der Erzeugnisse) oftmals schon nach zwei bis drei Jahren Einsatzdauer amortisiert hat, so wird deutlich, welche Chancen gerade ein mittelständischer Unternehmer durch eine solche Investitionszurückhaltung ausschlägt.

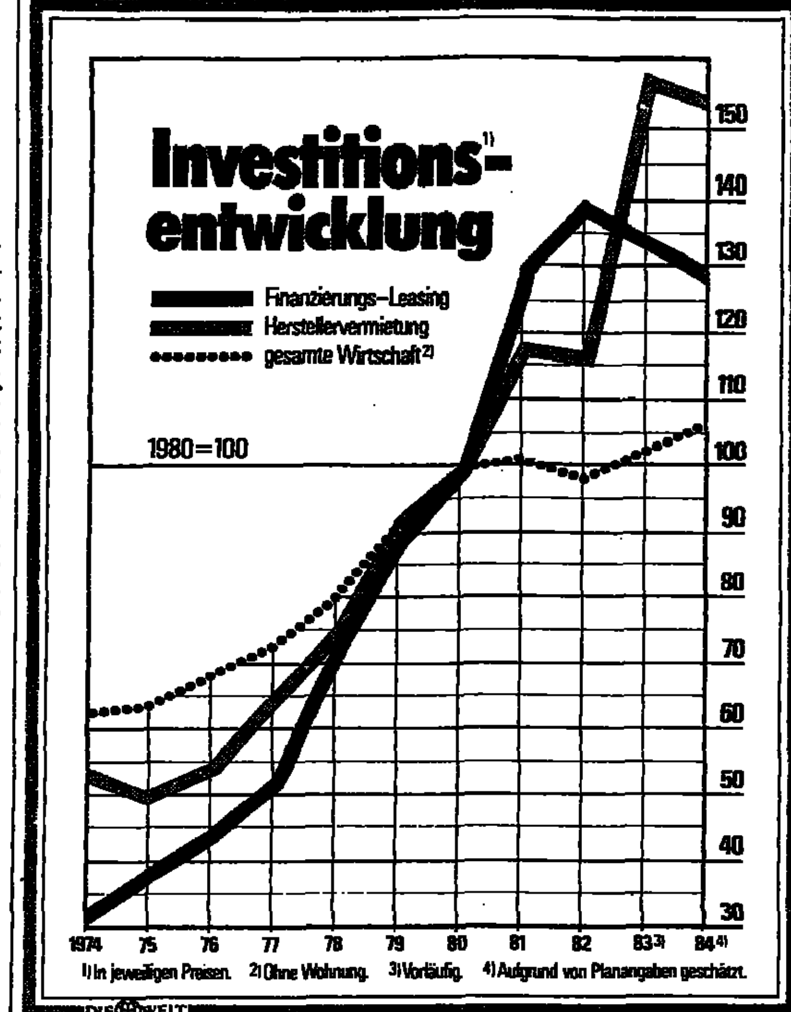
Die Vorteilhaftigkeit neuer Investitionen – auch in solchen Produktionstechniken, in denen ein Unternehmen bisher keine Erfahrungen besitzt – muß ständig geprüft und kalkuliert werden. Wenn die traditionelle Finanzierung dieser Investitionen auf Grenzen stößt, so darf die Durchführung dennoch nicht unterbleiben. Nur so kann ein Unternehmen technisch auf dem neuesten Stand bleiben und dem ständigen Kostendruck, vor allem im Bereich der Personalkosten, wirksam begegnen. Darüber hinaus bietet sich hierbei oftmals die Möglichkeit, sich gegenüber der Konkurrenz einen Vorsprung zu verschaffen und gegebene Marktchancen rechtzeitig zu nutzen.

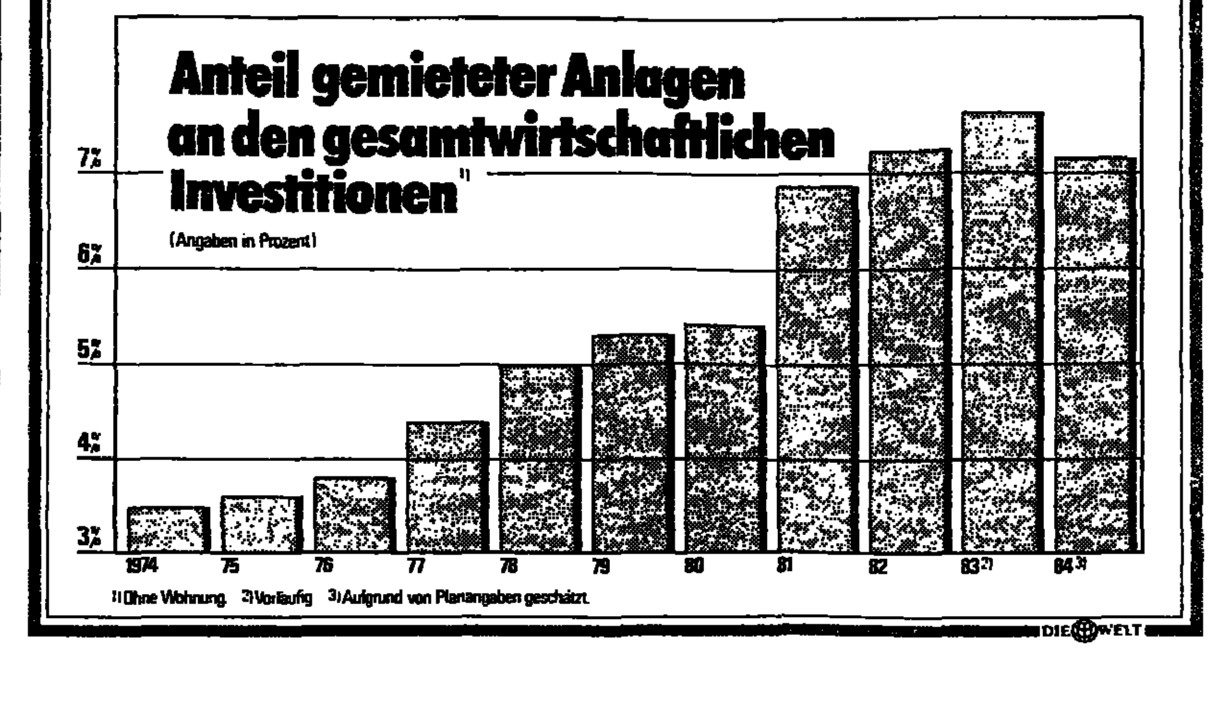
Das Instrument Leasing kann dem Unternehmer eine wichtige Hilfestellung bieten, vorteilhafte Investitionen in die neuen Techniken auch bei begrenzten anderweitigen Finanzierungsmöglichkeiten zu realisieren. Auf diese Weise verlieren die noch relativ großen Investitionsbeträge in diesem Bereich ihre „abschreckende Wirkung", denn durch einen Leasingvertrag wird der jeweilige Anschaffungswert in etwa auf die Nutzungsdauer verteilt. In der Regel wird es dem jeweiligen Unternehmen möglich sein, die laufenden Leasingraten aus den Mehrerlösen beziehungsweise den Kosteneinsparungen beim Einsatz der Maschine zu bestreiten. Die in der Regel für die gesamte Vertragsdauer fest vereinbarten Leasingraten bilden so eine klare Kalkulationsgrundlage für die Investition.

Die Leasingvorteile tragen in besonderem Maße zur Lösung der Probleme bei, die sich gerade für mittlere und kleine Betriebe angesichts einer oftmals nicht ausreichenden Eigenkapitaldecke bei der Investitionsfinanzierung ergeben. Da die Leasinggesellschaft neben ihren Anforderungen an die Bonität des Kunden in der Regel keine weiteren Sicherheiten verlangen muß, wird der so für ihn bestehende normale Kreditrahmen nicht belastet. Darüber hinaus führen die im des Leasing genutzten Wirtschaftsgüter nicht zu einer Verschlechterung der Bilanzrelationen und die Eigenkapitalrentabilität des Unternehmens verbessert sich, da mit gleichem Eigenkapitaleinsatz zusätzliche Erträge erwirtschaftet werden.

Der beträchtliche Nachholbedarf deutscher Unternehmen in der Ausstattung mit Anlagegütern drückt sich bereits heute in den Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute zur Entwicklung der Anlageinvestitionen aus. Leasing als Instrument der Investitionsfinanzierung bietet ideale Voraussetzungen, um in diesem Bereich den modernen Ausrüstungsinstrumenten zu einer ebenso modernen Finanzierungsalternative zu verhelfen. Vor allem kleine und mittlere Unternehmen werden auch in den vor uns liegenden Jahren durch Leasing in die Lage versetzt, am technischen Fortschritt teilzuhaben.

KARL-PETER OTTO





STAATSHILFEN / Keine nachhaltigen Impulse durch die Beschäftigungszulage

Das Vergleichs-Volumen war die größte Barriere

Zum Jahreswechsel 1981/82 sah die Leasingbranche der Zukunft noch optimistisch entgegen. Die Zuwachsraten der Vorjahre waren positiv, und die Einführung einer Beschäftigungszulage von Seiten der Bundesregierung stand ins Haus.

Dieser Optimismus wurde bereits in der ersten Jahreshälfte 1982 gedämpft, als bekannt wurde, wie restriktiv die Beschäftigungszulage gestaltet sein sollte. Zu viele Auflagen und Einzelvorschriften ließen den erhofften Auftragsboom in weite Ferne rücken.

Die Auswirkungen der Beschäftigungszulage auf die Geschäftsentwicklung der Anlagenvermietung hat das Ifo-Institut durch eine Umfrage 1984 bei den Leasing-Gesellschaften festgestellt.

Schlechtes Autojahr 1982 sorgte für Rückgang

Im Bereich des Herstellerleasings und des herstellergebundenen Leasings wurde für das Jahr 1982 keine positive Auswirkung der Beschäftigungszulage auf die Geschäftsentwicklung verzeichnet.

Wie schon 1975, dem Jahr der Konjunkturzulage, gingen auch 1982 die Investitionen in dieser Sparte zurück. Zum einen liegt dies sicherlich an der relativ starken Konjunkturabhängigkeit der Herstellervermietung, zum anderen wohl auch an dem hohen Anteil des Automobilleasing am Gesamtinvestitionsvolumen in diesem Bereich.

Das schlechte Autojahr 1982 bescherte dem Herstellerleasing einen Investitionsrückgang von 1,9 Prozent, und selbst für betrieblich genutzte Automobile stellte die Beschäftigungszulage aufgrund ihrer restriktiven Gestaltung in den meisten Fällen jedoch keine Begünstigung dar.

Zwar folgte 1983 ein kräftiger Investitionszuwachs im Bereich des Herstellerleasings in Höhe von 36,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr, doch ist der Löwenanteil dieser Steigerung auf den Bereich des privaten Automobilleasings zurückzuführen. Hier ist die Beschäftigungslage ohnehin nicht anrechenbar.

Neben den sehr strengen Vorschriften für das Automobilleasing stellte im Bereich des Mobilienleasings das Vergleichsvolumen für viele Hersteller oder herstellergebundene Vermieter eine unüberwindbare Hürde dar.

Nicht zuletzt dürfte jedoch auch die Konzernmißbrauchsklausel im Bereich der traditionellen Herstellervermietung häufig eine Erlangung der Beschäftigungszulage verhindert haben.

Diese Konzernmißbrauchsklausel bestimmt, daß im Falle der Nutzungsüberlassung von Wirtschaftsgütern die Investitionen dem Nutzer zugerechnet werden, wenn der Vermieter zu 25 Prozent und mehr an dem Unternehmen des Mieter beteiligt ist.

Positiver wirkte sich die Beschäftigungszulage aber für die Finanzierungsleasing-Gesellschaften aus, wobei auch hier im Bereich der Mobilien das Vergleichsvolumen eine Barriere war. Kein Finanzier, so mußten die Leasinggesellschaften feststellen, war nur wegen der in Aussicht gestellten Zulage bereit, risikoreiche Investitionsentscheidungen zu fällen.

Ganz anders präsentierte sich die Situation im Bereich der Immobilien. Hier waren Investoren durchaus bereit, ohnehin geplante Investitionen vorzuziehen, um noch in den Genuß der Zulage zu gelangen.

Insbesondere profitierten von der Zulage erst seit kurzem auf dem Markt befindliche Unternehmen. Sie konnten, da sie praktisch ohne Vergleichsvolumen waren, für fast alle Investitionsgüteraufträge die Zulage beanspruchen.

Gründungsboom trat nicht ein

Der hierdurch erwartete Gründungsboom für neue Leasinggesellschaften trat in 1982 jedoch nicht ein. Die Zahl der Neueintragungen war im Vergleich zu den Jahren 1979, 1980 und 1981 sogar geringer.

Ein Problem, das mit der Beschäftigungszulage auf alle Leasinggesellschaften zukam, lag in der Weitergabe der Vorteile an ihre Kunden. Diese verlangten in vielen Fällen, daß die zehnprozentige Zulage sofort in den Leasingverträgen berücksichtigt werde.

In vielen Fällen konnten die Leasinggesellschaften jedoch nicht mit Sicherheit davon ausgehen, daß ihnen die Zulage letztendlich auch gewährt würde.

Die einschränkenden Bedingungen, die mit der Zulagegewährung verknüpft waren, konnten von Seiten der Leasinggeber nur schwer kontrolliert werden. So beschränkt sich das geförderte Investitionsvolumen hauptsächlich auf Geschäfte, die zweifelsfrei zulageberechtigt waren.

In anderen Fällen mußten die Leasinggesellschaften damit rechnen, daß die Zulage gar nicht erst gewährt, oder sogar später zurückgefordert würde.

Dies kann eintreten, falls bei einer späteren Außenprüfung im Betrieb des Leasingnehmers festgestellt wird, daß die strengen Nutzungsvorschriften in dem vorgeschriebenen Dreijahreszeitraum nicht eingehalten wurden.

Die damit verbundenen rechtlichen und verwaltungstechnischen Probleme hielten die Leasinggesellschaften von unsicheren Geschäften ab. Ein weiteres Problem zeigte sich in der Vorfinanzierung oder der Diskontierung der Beschäftigungszulage.

Da die Leasinggeber keineswegs den genauen Zeitpunkt der Zulagegewährung kannten, stellte sich die Frage, in welcher Höhe die Zulage von vornherein in den Vertrag eingearbeitet werden konnte. Welche Probleme aus Streitfragen über die Gewährung von Zulagen entstehen können, zeigt die Tatsache, daß noch 1982 gerichtliche Urteile ergingen, die die Konjunkturzulage aus dem Jahr 1975 betrafen.

Diese vielschichtigen Probleme haben dazu geführt, daß die gesamte Leasing-Branche nicht in dem erhofften Maße von der Zulage profitieren konnte.

Die Auswertung der Umfrage des Ifo-Instituts zeigt, daß im Förderzeitraum vom 1. Januar 1982 bis zum 31. Dezember 1984 von den Leasinggesellschaften zulageberechtigte Investitionen in Höhe von 3,7 Milliarden Mark getätigt wurden.

Wie groß davon der Anteil der allein durch die Beschäftigungszulage induzierten Investitionen ist, läßt sich nicht ermitteln. Insgesamt entspricht das Volumen der geförderten Investitionen etwa neun Prozent der gesamten Investitionen im Bereich der Anlagenvermietung während des betrachteten Zeitraums.

Von diesen 3,7 Milliarden Mark entfallen rund 2,1 Milliarden Mark auf Mobilien und knapp 1,6 Milliarden Mark auf Immobilien. Dies entspricht einem Immobilienanteil von 43 Prozent.

Damit liegt der Anteil der Immobilieninvestitionen am Gesamtinvestitionsvolumen deutlich über dem Durchschnitt der Jahre 1979 bis 1981. Dieser beträgt in der Anlagenvermietung rund 23, bei den Finanzierungsleasing-Gesellschaften knapp 35 Prozent.

Gesamtumfang wird sich kaum vergrößern

Die Beschäftigungszulage hat sich im Bereich des Leasings stärker bei Immobilien als bei Mobilien ausgewirkt. Unterdessen muß die Branche jedoch wieder deutliche Investitionsrückgänge verzeichnen.

Da der Förderzeitraum verstrichen ist, führen die während dieser Zeit getätigten, vorgezogenen Investitionen jetzt aber zu einem Investitionsloch.

Die Beschäftigungszulage hat die Investitionen zwar zeitlich vorgezogen, das Gesamtvolumen wird sich allerdings kaum vergrößern.

C. B.

ERTRAGSLAGE / Wie man die Steuer entlastet – Alternative zu Finanzanlagen

Buchverlust darf kein realer Verlust werden

Als Nebeneffekt des derzeitigen Konjunkturaufschwungs der deutschen Wirtschaft werden immer mehr Unternehmen mit der Frage konfrontiert, auf welche Weise die Steuerbelastung der erwirtschafteten Gewinne auf ein erträgliches Maß reduziert werden kann. Diese Frage läßt sich umso schwieriger beantworten, wenn – wie bei den meisten Unternehmen – die laufenden Gewinne nicht durch Verlustvorträge kompensiert werden können. Ausgehend von dieser Situation haben sich diese Unternehmen frühzeitig Gedanken zu machen, welches Instrument der Steuerplanung für ihre Bedürfnisse am geeignetsten ist. Der erste Schritt muß daher sein, sich einen Überblick über die verschiedenen Gestaltungsmöglichkeiten zu verschaffen.

Diese Möglichkeiten sind zunächst in betriebsbezogene und betriebsfremde Maßnahmen zu unterteilen. Als betriebsbezogene Maßnahmen kommen beispielsweise Vorziehen von Investitionen, Anschaffung von Wirtschaftsgütern, für die der Importwarenabschlag oder die Preissteigerungsrücklage geltend gemacht werden kann oder sonstige Bewertungswahlrechte in Frage. Wie sich aus den Auftragsbüchern der Investitionsgüterindustrie ersehen läßt, haben bereits viele Unternehmen entsprechende Investitionsentscheidungen getroffen, denen erfahrungsgemäß in erheblichem Umfang steuerliche Überlegungen (Abschreibungsvolumen) zugrund liegen. Die anderen Gestaltungen werden üblicherweise kurz vor dem Jahreswechsel durchgeführt.

Unter betriebsfremden Maßnahmen kann man Beteiligungen, etwa an jungen Unternehmen der Zukunftsbranchen verstehen. Mit diesen Investitionen läßt sich zwar das kurzfristige Ziel erreichen, daß die aktuelle Steuerbelastung reduziert wird. Man hat aber auf der anderen Seite wenig Chancen, das Risiko zu mindern, daß sich die anfänglichen Buchverluste in tatsächliche Verluste umwandeln.

Mit diesen Gestaltungsmöglichkeiten könnten die gewünschten Effekte aus den verschiedensten Gründen (zu geringe Steuerentlastung, zu hohe unüberschaubare Risiken) häufig nicht oder nicht im erforderlichen Umfang erreicht werden.

Die Leasing-Gesellschaften bieten hier eine Alternative zu den bisher bekannten Gestaltungsmöglichkeiten. Sie übertragen bewegliche Wirtschaftsgüter ihres Anlagevermögens an ein anderes Unternehmen – den Investor – im Wege eines Sale-lease-back-Geschäftes. Der Kaufpreis wird in Raten entrichtet, wobei die erste Rate in Höhe von rund 30 Prozent bei Vertragsabschluß und die restlichen Raten monatlich fällig sind. Der gleichzeitig zwischem dem Investor als Vermieter und der Leasinggesellschaft als Mieter abgeschlossene Mietvertrag hat eine Laufzeit von 90 Prozent der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer des oder der veräußerten Wirtschaftsgüter.

Die von der Leasinggesellschaft an den Investor zu entrichtenden Mietraten übersteigen die gleichzeitig jeweils fälligen Kaufpreisraten (Ausnahme erste Rate) und werden gegeneinander aufgerechnet. Die übersteigenden Beträge werden ausbezahlt. Nach dem Vertrag verpflichtet sich die Leasinggesellschaft, am Ende der Laufzeit das Wirtschaftsgut zu vermarkten, wobei ein eventueller Veräußerungsgewinn zwischen den Parteien aufgeteilt wird. Sollte der Marktpreis unter dem vereinbarten Restwert liegen, ist die Leasinggesellschaft verpflichtet, das Wirtschaftsgut zum Restwert zurückzukaufen. Bei einem zwischen den Parteien abgeschlossenen Vertragswerk handelt es sich um einen sogenannten Sale-lease-back-Vertrag. Dieser besteht im wesentlichen darin, daß ein Unternehmen bewegliches oder unbewegliches Anlagevermögen zunächst selbst erwirbt, dies jedoch – unmittelbar oder erst nach einiger Zeit der eigenen Nutzung – an ein anderes Unternehmen (in der Regel Leasinggesellschaften) veräußert, und von diesem Unternehmen das Anlagevermögen unmittelbar danach, beziehungsweise im gleichen Augenblick zurückvermietet wird.

Nach der geltenden Rechtsprechung werden derartige Vertragsgestaltungen im Rahmen der Vertragsfreiheit anerkannt. Die hier gewählte Gestaltung entspricht diesem Leitbild, jedoch mit der Ausnahme, daß die Leasinggesellschaft der Verkäufer ist und nicht das Unternehmen. Diese Abweichung hat aber keinerlei Einfluß auf die rechtliche Qualifikation des Geschäftes.

Die steuerlichen Effekte basieren auf der Annahme, daß der Investor kraft Rechtsform oder aufgrund der Art seines Geschäftsbetriebes bereits Einkünfte aus Gewerbebetriebe im Sinne des Paragraphen 15 EStG erzielt.

Der Anschaffungsvorgang ist betrieblich bedingt, da die Investion getätigt wird, um das Betriebsvermögen und den Gewinn des Unternehmens nachhaltig zu steigern. Dies geht daraus hervor, daß die Mietzinsraten, über die gesamte Laufzeit bezogen, die Kaufpreisraten übersteigen. Der Investor hat das erworbene Wirtschaftsgut mit den Anschaffungskosten als Anlagevermögen in seiner Bilanz auszuweisen und über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer (amtliche AfA-Tabelle) abzuschreiben.

Die Abschreibungsberechtigung wird durch den vereinbarten Mietvertrag nicht tangiert, da dieser als Teilamortisationsvertrag im Sinne der Bestimmungen der Finanzverwaltung, die durch Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 19. April 1971 und 22. Dezember 1975 festgelegt wurden, gestaltet ist und somit das wirtschaftliche Eigentum beim Investor (Leasinggeber) verbleibt. Es wird für die weitere Beurteilung davon ausgegangen, daß die günstigste AfA-Methode, das heißt anfangs degressiv gemäß Paragraph 7 Absatz 2 EStG, danach Umstellung auf lineare AfA, gewählt wird. Für die Gewinnermittlung des Investors ergeben sich danach folgende Auswirkungen:

Die Abschreibung und die Zinsen, die auf den gestundeten Restkaufpreis entfallen, stellen Betriebsausgaben dar. Die Mieterträge, die dem Investor aus dem Mietvertrag zufließen, sind als Betriebseinnahmen zu verbuchen. Ein eventueller Veräußerungsgewinn, der bei Verkauf des Wirtschaftgutes am Ende der Vertragszeit entsteht, ist ebenfalls als laufender Gewinn zu versteuern.

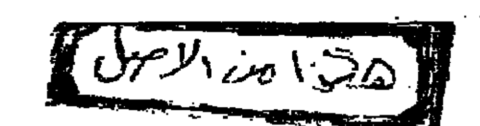
Aufgrund der Struktur von Leasinggeschäften (degressiver Kostenverlauf bei linearen Einnahmen) ergeben sich bei einer Gegenüberstellung der Betriebsausgaben (AfA plus Zinsen) und der Betriebseinnahmen (Mieterträge) in den Anfangsjahren Buchverluste, die gegen Ende der Laufzeit in Gewinne umschlagen.

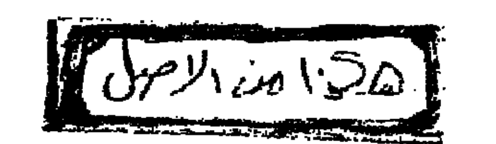
Diese Buchverluste fließen als Bestandteile der gewerblichen Einkünfte des Investors in die Gewinnermittlung ein und vermindern somit die Gewinne, die sich aus dem sonstigen Geschäftsbetrieb des Investors ergeben. Auf der anderen Seite erhöht sich der Gewinn aus Gewerbebetrieb durch die in den späteren Jahren anfallenden Gewinne aus dem Leasinggeschäft.

Die Auswirkungen auf die Gewerbeertragssteuer sind grundsätzlich identisch. Für den Fall, daß die Dauerschuldzinsen (Zinsen auf gestundeten Restkaufpreis) nicht durch Forderungsverkauf neutralisiert werden, sind diese zur Hälfte hinzuzurechnen. Für den Investor ergeben sich in jedem Fall von Anfang an steuerliche Verluste, die in den späteren Jahren in Gewinne umschlagen.

Der Einheitswert des gewerblichen Betriebes, der Bemessungsgrundlage für die Gewerbesteuer nach dem Gewerbekapital ist, wird um den jeweiligen Buchwert erhöht. Auf der anderen Seite reduziert er sich um den Betrag, der für die erste Kaufpreisrate zu entrichten ist und die Verbindlichkeit aus dem gestundeten Restkaufpreis. Wenn nicht durch Forderungsverkauf diese Restschuld getilgt werden kann, ist diese Verbindlichkeit als Dauerschuld wieder zu 50 Prozent dem Einheitswert hinzuzurechnen. Bei diesem Beispiel ergeben sich mit wenigen Ausnahmen nur steuerliche Vorteile für den Investor, da durch Aktivtausch Finanzanlagen (in Höhe der ersten Kaufpreisrate) in abschreibungsfähiges Anlagevermögen umgewandelt wird.

Die Vermögensteuer, deren Bemessungsgrundlage der jeweilige Einheitswert des gewerblichen Betriebes ist, wird durch diese Investitionsmaßnahme ebenfalls tangiert. Die Differenz zwischen den jeweils bilanzierten Anschaffungskosten und der jeweiligen Restschuld wirkt sich bei der Vermögensteuer aus. Aus dem Umstand, daß hier keine Hinzurechnung vorgenommen wird, ergeben sich für den Investor durch diese Gestaltungsmaßnahmen nur steuerliche Vorteile. REINHOLD WEBER





EISHOCKEY / UdSSR startete mit 11:1 über die USA in die WM von Prag

Nach 40 Minuten flüchtete der Torwart vom Eis

DW./sid, Prag

Die 50. Eishockey-Weltmeisterschaft in Prag begann gestern so, wie die letzte 1983 in Deutschland geendet hatte: Mit einem Sieg der Mannschaft aus der Sowjetunion. Auf dem Weg zu ihrem 20. Titel seit 1954 (mit dem sie Kanada in der Statistik endlich überholt hätten) besiegten die Sowjets das Team aus den USA mit 11:1 (3:1, 5:0, 3:0).

Das Spiel geriet für die Amerikaner fast zu einer peinlichen Angelegenheit. Obwohl die 13 000 Zuschauer sie ständig anfeuerten und die sowjetischen Spieler heftig auspfiffen, gingen sie im Kombinationswirbel ihres Gegners förmlich unter. Dabei zeigte sich erneut, daß man die Spieler aus der UdSSR offensichtlich nicht reizen darf – der Torwirbel begann, nachdem der Amerikaner Fenton in der neunten Minute den Ausgleich zum 1:1 erzielt hatte ...

Mittelstürmer Sergej Makarow lieferte beim Weltmeister so etwas wie eine Galaschau. Bei zwei seiner vier Tore fuhr er ganz allein durch die hilflose Abwehr der Amerikaner spazieren. John Vanbiesbrouck, der Profi-Torwart der New York Rangers, floh vor dem Schußhagel nach 40 Minuten und machte seinem Ersatzmann Chris Terreri Platz. Und der hatte Glück, daß die Sowjets nach dem 8:1 etwas zurücksteckten.

Außer Makarow waren für den Titelverteidiger Bykow (2), Drosdetski, Chomutow, Tjumenow und Warnakow erfolgreich. Die UdSSR kassierte 19, die USA 16 Strafminuten.

Die Amerikaner waren die letzten Gegner in den Testspielen der deutschen Mannschaft. Die Schützlinge von Bundestrainer Xaver Unsinn gewannen dabei am letzten Freitag 7:6 und unterlagen einen Tag später 3:8. Das Team der USA gehört zu den Mannschaften, gegen die sich die deutschen Spieler auf alle Fälle einen Sieg ausrechnen.

Heute spielt die deutsche Mannschaft gegen Kanada, das Spiel wird ab 13.25 Uhr direkt im Zweiten Deutschen Fernsehprogramm (ZDF) übertragen. Es folgen in Prag die Spiele: *Finnland – UdSSR, Schweden – USA* (beide 17.00) und CSSR – „DDR" (20.30).

Auch Ostblock kassiert Geld aus der Werbung

sid, Prag

Etwa 1,5 Millionen Schweizer Franken investiert Agfa-Gevaert, eine Tochterfirma der Bayer AG Leverkusen, für die Trikotwerbung bei der 50. Eishockey-Weltmeisterschaft, bei der acht Mannschaften um den Titel kämpfen. Vermittelt hat diesen Coup ein Schweizer Marketing-Unternehmen, mit dem der Eishockey-Weltverband (IIHF) und sein cleverer Düsseldorfer Präsident Günther Sabetzki 1980 einen Zehnjahres-Vertrag abgeschlossen hat.

Der Eishockey-Verband darf sich dank seines progressiven Präsidenten als Schrittmacher bezeichnen. Noch 1983 wurde bei der Weltmeisterschaft in Deutschland das Signum des Ausrüsters adidas verklebt. In Prag zählt der weltgrößte Sportartikel-Fabrikant zu den Hauptsponsoren. Rund 600 000 Schweizer Franken kostet die Ausrüstung der acht Mannschaften mit ihren 176 Spielern. Dazu blättert adidas noch einmal 400 000 Franken in bar auf den Tisch.

Über drei Millionen Franken überweist die Schweizer Agentur pro Jahr für die Werbenutzungs-Rechte an die IIHF – beide Seiten fahren gut damit. Firmen-Inhaber Cäsar Lühti: „Durch den Vertrag hat der Eishockey-Verband allein die Kosten für alle Senioren- und Junioren-Weltmeisterschaften abgedeckt."

Die gesamten Gewinne fließen in die Kassen der einzelnen Landesverbände. Und diesem Argument konnten (und wollten) sich selbst die an der A-Weltmeisterschaft teilnehmenden drei Ostblockvertreter UdSSR, CSSR und „DDR" nicht entziehen. Lühti, der jetzt schon für die WM 1986 in Moskau plant, karrte reihenweise zahlungskräftige Sponsoren an. Neben Agfa und adidas Großfirmen wie *Nikon, Toshiba oder Pepsi-Cola.*

Voraussetzung für das diesjährige Arrangement war natürlich, daß das Eishockey-Turnier via Fernsehen in die *Wohnzimmer quer* über alle Kontinente flimmert. Das wurde erreicht: In Australien und Japan sind die Spiele ebenso zu sehen wie in Hongkong, den USA oder Kanada. Der *Werbefeldzug hatte allerdings* seinen Preis. In den Verhandlungen mit der Eurovision mußte Weltverbands-Präsident Sabetzki einen Kompromiß *aushandeln: Die Einnahmen aus den* Übertragungsrechten stagnieren.

Die fehlende Steigerungsrate werden Sabetzki und seine Mitstreiter allerdings mühelos verkraften können. Denn den Löwenanteil der Gewinne macht die Bandenwerbung aus. Insgesamt 4,5 Millionen Schweizer Franken mußten 1983 in Deutschland *die 18 werbewilligen Firmen* bezahlen.

Der Realität gebeugt haben sich also auch die Verantwortlichen der Fernseh-Anstalten, die jahrelang versuchten, mit einem Übertragungsboykott der Schleichwerbung im Sport Herr zu werden. Vergeblich, wie bekannt. Und so senden Eurovision und das osteuropäische Gegenstück Intervision WM-Eishockey original und reichlich. Der Werbewert für alle Beteiligten ist damit gesichert.

Man braucht kein Prophet zu sein, um schon jetzt vorherzusagen, daß dieses Modell von Prag Schule machen wird. Und auch der Ostblock wird sich den Devisen-Argumenten nach Art des Eishockey-Verbandes in anderen Sportarten nicht verschließen. So haben zum Beispiel auch die Ostblock-Teilnehmer an den Fußball-Europapokal-Wettbewerben längst erkannt, daß man an der Trikotwerbung der westlichen Konkurrenten recht angenehm teilhaben kann. Denn alein schon für die Zustimmung, daß der Gegner mit dem Firmenschriftzug auf der Kleidung antreten darf, wird kassiert. Und der internationale Wettkampfkalender nimmt von Jahr zu Jahr zu – ein weites Feld für clevere Werbestrategen.

Die widersprüchliche Haltung der Sowjetunion ist damit aber erneut sichtbar geworden. Als das Internationale Olympische Komitee die Spiele in den Sportarten Eishockey, Tennis und Fußball für Profis bis 23 Jahre öffnete, wies die Fachzeitung „Sowjetski Sport" in einem langen Artikel auf die zunehmende Gefahr für die olympische Bewegung durch die wachsen Kommerzialisierung hin. *Vor der Eishockey-Weltmeisterschaft* war soetwas nicht zu lesen – die Sowjets kassieren schließlich mit.

FUSSBALL / Karl-Heinz Rummenigge: Härteste Wochen meiner Karriere

Keine Zeit für das neue Rennboot, das den Namen seiner Frau trägt

isk, Mailand

„Das sind die härtesten Wochen meiner Karriere. Aber ich muß die Zähne zusammenbeißen und die Müdigkeit aus den Beinen schütteln." Karl-Heinz Rummenigge, 29 Jahre alt und für eine Ablöse von zehn Millionen Mark zum Saisonbeginn von Bayern München zu Inter Mailand gewechselt, steht vor schweren Wochen. Mit *Inter Mailand steht er nach* dem 2:0-Sieg über Real Madrid im ersten Halbfinal-Spiel fast im Endspiel des Europapokals. Der italienische Spitzenklub hat auch in der Meisterschaft *noch Chancen, nachdem* Hellas Verona am letzten Sonntag sein erstes Heimspiel (1:2 gegen AC Turin) verloren hatte. Gestern war er Kapitän der deutschen National*mannschaft im Freundschafts-Län*derspiel gegen Bulgarien (das Ergebnis des Spiels stand bei Redaktionsschluß noch nicht fest). Und noch in diesem Monat (30. April in Prag) folgt *das wichtige deutsche Qualifikations*spiel zur Weltmeisterschaft 1986 in Mexiko gegen die Tschechoslowakei. Kräftezehrende Aufgaben für den Angriffsspieler, der als Weltstar aus Deutschland geholt wurde und nun mitunter den Neid der italienischen Gegenspieler schmerzhaft nach Fouls und Tritten spürt.

Am Lago di Como – hier wohnt die Familie Rummenigge in einem Haus zusammen mit der italienischen Sängerin Milva – hat die Saison begonnen. Die unzähligen Bootsbesitzer lassen ihre Außenbordmotoren an, die kleinen Cafés sind geöffnet, die Stühle werden bereits ins Freie gerückt. Gern würde Karl-Heinz Rummenigge sich zu den Sonnenanbetern gesellen und mit ihnen ein Glas Wein trinken. Doch selbst sein neues Rennboot, dem er den Namen seiner Frau, „Martina", gegeben hat, und mit dem er weite Runden auf dem blauen See ziehen könnte, muß zur Zeit noch unbenutzt bleiben. Bis zum 22. Mai liegen zehn Spiele *vor dem DFB*-Kapitän: Der letzte Termin ist für das zweite Finalspiel im UEFA-Pokal reserviert.

Dank Rummenigges fünftem Saison-Treffer in der italienischen Meisterschaft beim 1:0-Sieg über den AC Florenz darf Inter Mailand wieder Richtung Tabellenspitze blicken, wo Hellas Veronas Vorsprung auf vier Punkte zusammengeschmolzen ist. „Trotzdem dürfte die Manschaft von Hans-Peter Briegel das Rennen machen", sagt Rummenigge. „Wir haben den Kampf um die Meisterschaft wohl zu früh abgeschrieben. Der große Vorsprung von Verona wirkt manchmal lähmend auf die Mannschaft."

Das Restprogramm des zwölfmaligen italienischen Meisters Inter Mailand besitzt furchterregende Ausmaße: Auswärtsspiel in Neapel vor 80 000 Maradona-süchtigen Tifosis. In Genua und bei Pokalsieger AS Rom gibt die Rummenigge-Elf ebenfalls ihre Visitenkarten ab. Das heißt für den Kapitän der deutschen Nationalmannschaft: keine Schonung, *unbarmherzige* Bewachung der harten italienischen Verteidiger, Spießrutenlauf.

Kaum gesitteter wird es am 24. April beim Halbfinal-Rückspiel in Madrid zugehen. Der einst so stolze und reiche „königlich Klub" aus der spanischen Hauptstadt gleicht heute mehr einem Haufen von Fußball-Rabauken. Trainer Amancio, einst Weltklassespieler bei Real Madrid, hat bereits die Konsequenzen gezogen und ist von seinem Amt zurückgetreten.

„Der UEFA-Pokal mit Inter und die Nationalmannschaft sind meine *großen Ziele. Für diese beiden Aufga*ben lohnt es sich, alles zu geben", sagt Rummenigge, der gestern abend in Augsburg sein 83. Länderspiel bestritt. Aber es kommt ja noch viel *schlimmer. Im Juni startet die Dele*gation des Deutschen Fußball-Bundes zu einer Tournee durch Mexiko (10. bis 16. Juni). In Spielen gegen Italien, England und Mexiko soll für *die Weltmeisterschaft 1986* geprobt werden. Anschließend bildet die italienische Pokalrunde den Ausklang. Erreicht Inter das Endspiel, müssen Rummenigge und seine Kollegen *noch einmal am 3. Juli* zu einem wichtigen Spiel antreten.

Der ehemalige Star des FC Bayern München verdient in Italien fürstliches Geld, hat eine Villa als Wohnung und ein Rennboot zum Vergnügen. Nur Zeit zum Ausruhen bekommt Rummenigge (noch) nicht. Die Lire-Millionen müssen im Stadion ver*dient werden. Auch Italiens Fußball*-Liga ist kein Schlaraffenland.

JUNIOREN

Kögl und Rolff als Beispiel für den Sinn der Auswahl

sid/dpa, Aichach

Wolfgang Rolff ist 25, Ludwig Kögl 19 Jahre alt – trotz des Altersunterschieds gelten die beiden als Paradebeispiele. Sie setzten die spielerischen Glanzlichter beim 2:0-Sieg der „U 21"-Auswahl des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) im Freundschaftsspiel gegen Bulgarien vor 6000 Zuschauern in Aichach. Rolff, der nach langwieriger Verletzung wieder den Anschluß sucht, und Kögl, der am Anfang einer womöglich glanzvollen Karriere steht, dokumentieren Sinn und Zweck der Junioren-Nationalelf.

Für Ludwig Kögl, von Autogrammjägern nach dem Schlußpfiff fast erdrückt, ist das von Berti Vogts betreute Team ein Sprungbrett. „Von der Weltmeisterschaft in Mexiko träum' ich nicht", meinte Kögl auch nach seiner guten Leistung. „Für mich ist die U 21 gerade richtig." Internationale Erfahrung sammeln, die unterschiedlichen Spielauffassungen kennenlernen und die neuen Eindrücke bei Auswärtsspielen stehen für den Außenstürmer des Bundesliga-Spitzenreiters Bayern München auf dem Lernprogramm.

Ganz anders die Situation des Hamburgers Wolgang Rolff. Nach zwölf Einsätzen in der Nationalmannschaft warf *eine hartnäckige* Oberschenkelverletzung den Mittelfeldspieler zurück. Nach einer Operation versuchte Rolff nun bei Berti Vogts sein internationales Comeback. Sein *Eifer wurde mit der Berufung in den* A-Kader belohnt.

STAND PUNKT / *Rätselraten um den Sieg eines Pferdes*

Ein Sprichwort sagt es: Wer wetten will, will betrügen. Beim Galoppsport wird gewettet, Betrügereien sind auch schon vorgekommen. Gerüchte gibt es oft.

So wird noch immer darüber gerätselt, wie es beim Großen Preis von Gelsenkirchen, dem Grand-Prix-Auftakt des deutschen Turfs, zum Sieg des 268:10-Außenseiters Al Mundhir mit Jockey Richard Hills kommen konnte. Sicher ist, daß die Mannschaft um Al Mundhir keinen Wettcoup gelandet hat, denn dafür war die Siegquote bei nur sechs Pferden zu hoch, bei den deutschen Buchmachern wurden keine nennenswert hohen Einsätze auf das vermeintliche Führpferd für den 17:10-Favoriten At Talaq untergebracht.

Sicher ist aber auch, daß der Zuchtwert des bislang nur in kleineren Rennen erfolgreichen Hengstes durch den Sieg in dem Gelsenkirchener Europa-Gruppe-III-Rennen um ein Vielfaches gesteigert worden ist. Als Nachkomme des US-Hengstes Seattle Slew ist Al Mundhir nun erheblich besser zu verkaufen.

Das Team um Trainer Harry Thomson-Jones reagierte nach dem sensationellen Rennausgang erstaunlich kühl. Ein neuer Verdachtsmoment? At Talaq und Al Mundhir sehen sich (zumindest aus der Entfernung) sehr ähnlich. Es gab nämlich auch Stimmen, die von einem Pferdetausch sprachen, als Al Mundhir gewonnen hatte. Aber es ist Vorschrift, daß ausländische Starter vor dem Rennen anhand des Pferdepasses identifiziert werden müssen.

Beide Pferde haben auch eine Nennung für den Gerling-Preis am 12. Mai in Köln, dort sind 102 000 Mark (60 000 Mark dem Sieger) zu gewinnen. Der Siegpreis von nur 30 000 Mark wird es ohnehin nicht gewesen sein, der die Engländer zum Start auf der Kohlenpott-Bahn reizte.

KLAUS GÖNTZSCHE

SPORTBUND / 14 Leitsätze zum Spitzensport

Oberstes Ziel bleiben die Olympischen Spiele

sid, Frankfurt

„Alle Wettkampfaktivitäten sind der erfolgreichen Teilnahme an den Olympischen Spielen, bei nichtolympischen Sportarten an Weltmeisterschaften, unterzuordnen." Diesen Kernpunkt enthalten die 14 Leitsätze zum Spitzensport, die der Bundesausschuß für Leistungssport erarbeitet hat. Das Präsidium des Deutschen Sportbundes wird sie am 19. April mit größter Wahrscheinlichkeit beschließen. Hier die 14 Leitsätze:

1. Alle unsere Möglichkeiten zur Förderung der Spitzensportler sind auszuschöpfen.
2. *Der durchgehenden* Förderung des Nachwuchses ist höchste Aufmerksamkeit zu schenken und der Kernmannschaftsweg für die Olympiamannschaft 1988 muß klar und zielgerichtet sein.
3. Die Fortschreibung des Kooperationsmodells muß die chancengleiche Förderung des Nachwuchses in allen Bundesländern zum Ziel haben.
4. Das Förderungskonzept für den Spitzensport ist konsequent anzuwenden.
5. Alle Wettkampfaktivitäten sind dem obersten sportlichen Ziel – der erfolgreichen Teilnahme an den Olympischen Spielen, bei nichtolympischen Sportarten an Weltmeisterschaften – unterzuordnen.
6. Es muß ein langjähriges, kontinuierliches Training nach abgestimmten Rahmentrainingsplänen durchgeführt werden.
7. Der Leistungssport der Bundesrepublik braucht auf allen Ebenen mehr höher qualifizierte Trainer.
8. Es sind komplexe sportmedizinische Zentren einzurichten.
9. Von der Biomechanik werden verstärkte Beratungen zur Prävention und Technikanalyse erwartet.
10. Die Psychologie hat in erster Linie der Schaffung eines motivierten Umfeldes zu dienen.
11. Die komplexe Trainingssteuerung soll dem Sportler helfen, die von ihm erreichbare Höchstleistung zum *Zeitpunkt des wichtigsten Wettkampfes* zu erbringen.
12. Alle aufgeführten Leitsätze sind voll inhaltlich auch in die Praxis des Frauenleistungssports umzusetzen.
13. Alle uns zur Verfügung stehenden Technologien sind konsequent zu nutzen und professionell einzusetzen.
14. Es muß eine Verstärkung des hauptamtlichen Fachpersonals und Managements erfolgen.

MOTORSPORT

Ferrari ohne René Arnoux

dpa, Paris

Fünf Tage vor dem zweiten Weltmeisterschafts-Lauf in Estoril in Portugal ist der Franzose René Arnoux aus dem Formel-1-Team von Ferrari ausgeschieden – nach Angaben der Italiener „aus persönlichen Gründen im Zusammenhang mit seiner körperlichen Verfassung". Arnoux selbst wollte seinen Ausstieg nicht erklären. Für ihn wird der Schwede Stefan Jo*hansson starten,* der beim WM-Auftakt in Rio de Janeiro kurzfristig den Platz des Gießeners Stefan Bellof bei Tyrell eingenommen hatte.

„Das war eine typische Scheidung auf italienisch", kommentierte die Pariser Sportzeitung „L'Equipe" und meldete Zweifel an der Begründung des italienischen Rennstalls an. In *Wirklichkeit sei Arnoux nach 32 Ren*nen für Ferrari entlassen worden, nachdem die Italiener ihm in der letzten Saison schon Fahrfehler vorgeworfen hätten. Außerdem, so „L'Equipe", *hätte Arnoux nach* seinem vierten Rang von Rio zur unliebsamen Konkurrenz im eigenen Team für den zweiten Ferrari-Piloten, den jungen Italiener Michele Alboreto, werden *können.*

NACHRICHTEN

Wunderlich dabei

Kopenhagen (sid) – Erhard Wunderlich (TSV Milbertshofen) und Arnold Meffle (TuS Hofweier) wurden für eine Handball-Weltauswahl nominiert, die am 21. April in Kopenhagen gegen Dänemark spielt. Anlaß des Spiels ist das 25jährige Jubiläum des dänischen Verbandes.

Kneift Neuberger?

Berlin (sid) – Hermann Neuberger, Präsident des Deutschen Fußball-Bundes, wird wahrscheinlich nicht das deutsche Pokalendspiel (Uerdingen gegen München) am 26. Mai in Berlin besuchen. Das gab Uwe Hammer, der Präsident des Berliner Regionalverbandes bekannt. Hammer beruft sich auf ein Gespräch mit Neuberger, der in die Schußlinie geraten war, *nachdem* der DFB für die Europameisterschaft 1988 Berlin als Austragungsort nicht berücksichtigt hatte.

Briegel klagt

Kaiserslautern (dpa) – Fußball-Nationalspieler Hans-Peter Briegel (Hellas Verona) hat vor dem Landgericht Kaiserslautern eine Brauerei aus der Pfalz verklagt. Der ehemalige Profi des 1. FC Kaiserslautern hatte Anfang 1984 mit der Brauerei einen bis zum 30. Juni begrenzten Werbevertrag abgeschlossen. Die Großplakate mit Briegels Konterfei seien aber noch bis in den Herbst hinein genutzt worden.

Verstärkung

Gummersbach (sid) – Der VfL Gummersbach, deutscher Handball-*Rekordmeister*, plant bereits die nächste Saison. Gestern gab der Klub die Verpflichtung von drei jungen Spielern bekannt: Michael Lehnertz (Bayer Leverkusen), Jochen Fanger (*TV Gelpetal) und Ulf Lange* (MTV Herzhorn).

Boris Becker weiter

Houston (sid) – Der 17 Jahre alte Boris Becker, der dem Deutschen Tennis-Bund für den Team-Cup in Düsseldorf (20. bis 26. Mai) eine Absage erteilte, hat beim mit *200 000* Dollar dotierten Turnier in Houston die zweite Runde erreicht. Er besiegte den Amerikaner John Boytim mit 6:4, 6:4.

Wieder Göteborg

Berlin (dpa) – Auch das achte Weltcup-Finale der Springreiter wird in *Göteborg ausgetragen*. Das wurde gestern vor dem Finale in Berlin beschlossen. Göteborg war bereits 1979, 1982 und 1984 Schauplatz des Turniers.

ZAHLEN

FUSSBALL

Englische Meisterschaft, *Nachholspiele*: Chelsea – Aston Villa 3:1, Everton – West Bromwich 4:1, Luton – Norwich 3:1, Sunderland – Sheffield 0:0, Watford – Ipswich 3:1. – Junioren-Europameisterschaft, Gruppe 6: Schweiz – UdSSR 4:2.

TENNIS

Damen-Turnier in Amelia Island (Florida), erste Runde: Bunge (Deutschland) – Suire (Frankreich) 6:3, 7:5, *Graf* (Deutschland) – Karlsson (Schweden) 6:4, 6:3 – Turnier in Huston, Männer, erste Runde: Becker (Deutschland) – Boytim (USA) 6:4, 6:4, Vilas (Argentinien) Amritraj (Indien) 7:5, 6:2.

TISCHTENNIS

Bundesliga, Männer, 16. Spieltag: Altena – Reutlingen 5:9, Bad Hamm – Jülich 3:9, Steinhagen – Bremen 9:4, Saarbrücken – Grenzau 9:4.



Am Anfang des Zweiten Weltkrieges stand der Polenfeldzug: Deutsche Truppen beim Angriff auf eine polnische Ortschaft FOTO: KINDERMANN

Quellensicherung für die Zukunft: „Die Deutschen im Zweiten Weltkrieg"

„. . . wie es wirklich gewesen ist"

Zum 40. Jahrestag des Kriegsendes in Europa zeigt das Deutsche Fernsehen wieder einmal die ganze Palette dessen, was in ihm steckt. Von instinktloser Anbiederung bis zu historisch bemühter, ehrlicher Aufarbeitung zeigen die ARD-Anstalten ihr jeweiliges Profil – eine jegliche nach ihrer Art. Der WDR (den immer noch Herr von Sell regiert) hatte schon vor Jahren die sowjetische Propagandaserie „Der unvergessene Krieg" angekauft und in nahezu alle Dritten Programme gehoben. Geringe Einschaltquoten und eine Massenflut von Protestbriefen waren die Folge.

In ihrem Beitrag zum 40. Jahrestag bleiben die Verantwortlichen des WDR sich treu: In der von den Kölnern gekauften und mitproduzierten Sowjetschnulze „Das Ufer" dürfen die Zuschauer in Kürze dabei zusehen, wie aus der Vergewaltigung einer jungen Frau, 1945 in Ostpreußen, eine glückliche Liebesromanze als deutsch-russische Begegnung wird.

Der Hauptbeitrag der ARD zum 8. Mai gibt sich nüchterner. Auf sechs Folgen ist die Serie „Die Deutschen im Zweiten Weltkrieg" angelegt, die heute abend anläuft. Produzenten sind der Bayerische Rundfunk und der Südwestfunk in Koproduktion mit dem Österreichischen Fernsehen. Es ist das erste Mal, daß die Deutschen selbst in einer Fernsehserie zu den sechs Jahren zwischen 1939 und 1945 Stellung nehmen.

Drei Jahre lang wurde an der Serie gearbeitet, 50 000 Meter deutsches, russisches, britisches und amerikanisches Filmmaterial gesichtet. Nahezu alle Facetten des Geschehens zwischen dem Atlantik und der Wolga, dem Nordkap und der libyschen Wüste kamen dabei ins Bild. Neben den Ereignissen an den Kriegsfronten wurden gleichberechtigt auch die an der „Heimatfront" erfaßt. Stimmungsberichte des Sicherheitsdienstes, Wochenschaumaterial, Feldpostbriefe, Propagandafilme, aber auch die Unterhaltung von „damals" – Heinz Rühmann, Marika Rökk, Hans Albers und Ilse Werner – waren der Rohstoff der Filmemacher.

Die Deutschen im Zweiten Weltkrieg (1) – ARD, 20.15 Uhr

Die Autoren gehören verschiedenen Generationen an. Henric L. Wuermeling, beim BR zuständig für Zeitgeschichte, ist Jahrgang 1941 und als Film- und Buchautor („Die weiße Liste") als Historiker ausgewiesen. Regisseur Joachim Hess, Jahrgang 1925, war Kriegsteilnehmer. Routinier Hess, der vom Krimi über TV-Spiel bis zur Oper als Mann der ersten (Fernseh-)Stunde gilt, zur Weltkriegsdokumentation: „Der ‚Zweite Weltkrieg' war für mich die aufregendste, anstrengendste und deprimierendste Arbeit, die ich bisher gemacht habe."

Beraten wurden die Filmemacher von dem Zeithistoriker Heinz Höhne, einem der besten deutschen Kenner von Drittem Reich und Zweitem Weltkrieg, und von Sebastian Haffner. Hess und Wuermeling geht es allerdings nicht nur um den kriegsgeschichtlichen Blick „von oben", sondern mehr noch um die „Retrospektive von unten", um die Erlebniswelt ehemaliger Soldaten, „Blitzmädels", Rüstungsarbeiter, Häftlinge oder Hausfrauen im Bombenkrieg.

Diese sämtlich erstmals vor der Kamera gemachten Schilderungen der Kriegsgeneration sind das beeindruckendste Element der Serie und gleichzeitig ein Stück Quellensicherung für die Zukunft. In diesem Jahr werden die letzten Angehörigen der Deutschen Wehrmacht, die als 18jährige beim Angriff auf Polen dabeigewesen sind, aus dem Berufsleben ausscheiden. Die Zeit ist abzusehen, in der es überhaupt keine Zeitzeugen mehr gibt, die aus eigenem Erleben berichten können, „wie es denn wirklich gewesen".

„Um die Ereignisse des Zweiten Weltkriegs", so Wuermeling, „nicht in der Grauzone der Geschichte verschwinden zu lassen", ließ der BR rund 200 Zeitzeugen befragen. Ihre ungeschminkten und nicht immer mit dem Dafürhalten der offiziösen Zeitgeschichte übereinstimmenden Aussagen sind das Rückgrat der insgesamt neunstündigen Serie. Dem zeitlichen Ablauf des Zweiten Weltkriegs folgend, beginnt sie heute abend mit dem „Marsch in den Krieg". GÜNTHER DESCHNER

KRITIK

Von Last und Lust mit dem runden Leder

Man muß wirklich kein ausgemachter Fußball-Freak sein, um einen (guten) Fernsehfilm goutieren zu können, in dem es auch ein ganzes Stück um Fans, um Leistungsdruck und das ganze Business rund ums Leder geht. Da gibt es schließlich nicht nur Westkurven-Rowdies, sondern auch Menschen, und Regisseur Michael Lentz hat als Autor des Hundert-Minuten-Films **Alles paletti** (ZDF) eine Menge davon herübergebracht.

Das ist ihm mit einer Geschichte nach einer Novelle von Leonhard Lentz gelungen; einer Story, in der zwar am laufenden Meter Fallgruben ins Reich blanker Sentimentalität lauerten, die von Lentz und den Akteuren aber präsentiert wurde, um Ein-Sichten, nicht Ein-Lullung zu bieten: mit Herz und Verstand, wie es schien, engagiert, echt, ohne Schminktöpfe, falsches Pathos oder, wie gesagt, Druck auf die Tränendrüsen.

Levin Kress alias Kai Wodar war der 14jährige Filius des Trainers Milan und seiner (zweiten) Frau Godana, Exostblockler (Branko Plesa/Milans polnischer Akzent war eine wahre Labsal), die hier im Dienste der angeblich bedeutendsten Nebensache der Welt verschleißt werden, Spießruten-Marathon und das unstete Leben eben einer Fußballtrainer-Familie erleben.

Milan Wodars Blau-Weiße nämlich drohen aus der Liga zu kippen, Sohn Kai und den Seinen droht die Umsiedlung nach Istanbul. Die Verlustserie der väterlichen Elf scheint nicht abzureißen; der Junge wird von Mitschülern malträtiert, der Vater verlästert – die Familie durchlebt harte Belastungsproben.

Daß es für den Jungen trotz allem doch Trost gibt (von einem schwerkranken Freund Rico und dessen Freundin Anke: differenzierte Charaktere hinter rauhen Modesprüchen), zeigt dieser Fernsehfilm ohne Plumpheit, und daß am Ende Vaters Mannen dem Knockout doch noch von der Schippe springen, wirkte auch nicht wie gedrechselt. Die Wodars bleiben, sehr zu Kais Freude, in Deutschland: „Vielleicht ein weiteres Jahr Frieden, vielleicht auch nur ein halbes."

Doch, das war mehr als Unterhaltung von der Stange, mehr als routinierte Kulissen-Schmulerei – notabene vor allem dank den Darstellern, und zwar allen.

ALEXANDER SCHMITZ

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Bangemanns Rentenpläne

„Disharmonie": WELT vom 13. April

Nur ihr Schrumpfen ist staatlich garantierten Mini-Grundrenten garantierbar, solange sich unsere Bevölkerung in jeder Generation halbiert, denn die Kinder von heute sind die Steuer- und Rentenbeitragszahler von morgen, also allein Garanten von Pensionen und Renten. Statt aber in Renten- und Familienpolitik siamesische Zwillinge zu erkennen, steigerte der Staat nach dem Pillenknick von 1965 sogar noch verkappte Subventionen an die Kinderlosen, finanziert durch Einkommensenteignung der Familien. Es ist, als hätte der Staat den Verfassungsauftrag, die Rentenkasse zu ruinieren, die Familie zu bestehlen und des Volkes Selbstdezimierung durch Kinderlosigkeitsprämien zu beflügeln!

Hier ist vom fahrlässig unterlassenen Familienlastenausgleich die Rede. Die Familien werden strafbesteuert, denn das gültige Prinzip der Besteuerung nach Leistungsfähigkeit, demzufolge das Existenzminimum des Kindes von monatlich 500–800 Mark von der Besteuerung auszunehmen wäre, wird nahezu gänzlich mißachtet. Mit Kümmerbeträgen werden den Familien materielle Lasten fast nur symbolisch abgegolten, wesentlich in Form von Kindergeld, dem der Geruch einer Sozialleistung anhaftet, um die es sich aber gerade nicht handelt.

Familiensplitting, also steuerlicher Lastenausgleich, hätte unter Einbezug von Negativsteuer den Vorzug, nach beiden Seiten alle und sofort und damit richtig zu treffen. Rentenrechtlich wäre eine Sofortwirkung durch Beitragsstaffelung der Arbeitnehmerbeiträge nach Kinderzahl erzielbar. Solche Zuschläge in Abgeltung nicht anfallenden Kindesunterhaltes befreien gewollt oder ungewollt Kinderlose vom Vorwurf, Rente auf Kosten der Kinder anderer zu erhalten. Bei solcher Regelautomatik braucht die Rentenkasse Schutz vor staatlichem Zugriff.

Steuerlicher und/oder solcher rentenrechtlicher Familienlastenausgleich muß rasch geschehen. Die letzten geburtenstarken Jahrgänge rükken in den nächsten Jahren ins gebärfähige Alter. Ist bis dahin das Strafsystem für Kinderreichtum nicht abgeschafft, dann hieße das u. a., daß der Staat dem Zusammenbruch unseres heutigen Rentensystems endgültig Vorschub leistet, aber auch dem ethnischen Bestand unseres Volkes einen Bärendienst erweist.

H. D. de le Roi, Bielefeld

*

Sehr geehrte Herren,

in Ihrem Kommentar stimmen Sie in den Chor derer ein, die sich gegen die Rentenpläne des FDP-Vorsitzenden Bangemann wenden. Es ist schon amüsant zu sehen, wie Politiker aller Parteien über Herrn Bangemann herfallen, obwohl sie eigentlich wissen müßten, daß dieser Vorschlag gar nicht so unrealistisch ist. Er hat nur einen Nachteil, daß er vielleicht fünf Jahre zu früh gemacht worden ist.

Wenn demnächst die SPD wieder mit der FDP in einer Koalition regiert, wird die SPD unweigerlich die Volksrente einführen. Der FDP wird dann nichts anderes übrigbleiben, um ihr Profil zu bewahren, als die jetzt schon von Herrn Bangemann vorgeschlagene Lösung anzuhängen. Man wird sich dann auf diesen Kompromiß einigen. Er wird dann auf jeden Fall finanzierbar sein.

Alle, die jetzt gegen Herrn Bangemann agieren, lassen es leider an besseren und anderen Vorschlägen fehlen. Was soll also der Lärm? Die Rentenpolitik ist durch alle Parteien so verfahren, daß man in wenigen Jahren den Bangemann-Vorschlag als das Ei des Kolumbus aus dem Hut zaubern wird. Und das Volk wird über den Einfallsreichtum seiner Politiker wieder jubeln.

Mit freundlichen Grüßen,
Ludwig Zettl, Weinstadt

Diplomatische Manieren

„Das AA – Genschers politisches Reservat"; WELT vom 2. April

Sehr geehrte Herren,

anbei ein Ausschnitt aus dem „Jornal do Brasil" vom 19. März, einer der seriösesten und größten Tageszeitungen Brasiliens. Nachstehend die Übersetzung:

„Schweres Leben"

Herr Botschafter Marcos Azambuja war vom Itamarati (Außenministerium) dazu bestimmt worden, den deutschen Außenminister Hans-Dietrich Genscher in Brasilia zu begleiten. Der Botschafter hielt dies jedoch nur einige wenige Stunden aus. Er gab seinen Auftrag deshalb nach der Amtsübernahme des amtierenden Präsidenten José Sarney zurück.

Azambuja konnte ganz einfach die wiederholten Unhöflichkeiten des deutschen Außenministers nicht ertragen, der darauf bestand, ihn wie einen Laufjungen zu behandeln.

Der Tropfen, der das Glas zum Überlaufen brachte, war für Botschafter Azambuja Genschers Verhalten, als dieser ihn in einer Gesprächsrunde unterbrach und sagte:

„Junge, wenn du deine Geschichte zu Ende erzählt hast, kümmere dich mal darum, wann mein Flugzeug geht."

Der brasilianische Diplomat schluckte auch dies hinunter, teilte dem deutschen Botschafter in Brasilia mit, daß er seine Aufgabe als beendet betrachte, und ging.

Soweit der Artikel im „Jornal do Brasil". Es ist bedauerlich, daß so viele Deutsche immer noch ignorieren, daß der „forsche Ton" ganz besonders in Südamerika nicht angebracht ist.

Dr. Hanns Scheurer
Rio de Janeiro

Falsches Datum

„Leserbrief: Die vergessenen Lager"; WELT vom 1. April

Zum Leserbrief „Die vergessenen Lager" ist richtigzustellen, daß die Deportation von mehr als 2000 Lagerinsassen aus dem Internierungslager Fünfeichen bei Neubrandenburg nach Prokopjewsk bei Nowosibirsk selbstverständlich am 30. 1. 1946 erfolgte.

Wir bitten den Druckfehler zu entschuldigen.

Die Redaktion

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Betten-Trick

„Therapie für den Medizinbetrieb"; WELT vom 30. März

Sehr geehrte Damen und Herren,

bei der Fülle von Vorschlägen zur Reduzierung der Krankenhauskosten wurde kurioserweise ein wichtiger Punkt in der Diskussion vergessen: die Doppel-Bettberechnung des An- und Abreisetags für den Patienten.

Wird der Entlassene meist schon vormittags das Bett freigeben, wartet oftmals der Zugang bereits auf dem Gang auf die Einweisung. Die Kasse zahlt anstandslos für beide den vollen Tag. Das bedeutet bei einer unkomplizierten Meniskusoperation von fünf Tagen (Aufnahme 18 Uhr des ersten Tages, Entlassung um 10 Uhr des fünften Tages wie bei mir selber) eine m. E. ungerechtfertigte Überbezahlung von 20 Prozent, da das Bett an beiden Tagen doppelt genutzt wurde.

Recherchen bei diversen Kostenträgern wurden mit Resignation oder der unbefriedigenden Auskunft beantwortet, daß die Kassen davon ausgehen dürften, die Klinikbetten würden 24 Stunden vor Nutzung durch den neuen Patienten gewartet, gereinigt und gelüftet! Bei der allbekannten jahrzehntelangen Bettenknappheit im Krankenhaus dürfte das jedoch wohl eine etwas irreale Deutung sein. Auch der Einwand der Kliniken, ein Krankenbett sei kein Hotelbett und der Patientenwechsel bedeute Mehrbelastung an Arbeits- und Materialaufwand, rechtfertigt keineswegs den vollen Tagessatz des ersten und letzten Tages!

Dr. W. Ranscht-Froemsdorff,
Freiburg/Br.

Weniger Leistung

Die Bundespost leistet durch ihre in die Milliarden gehenden Überschüsse Erhebliches für die Finanzierung unseres Staatshaushaltes. Es besteht aber ein Mißverhältnis in ihren Leistungen. Auf der einen Seite setzt sich unser Postminister außerordentlich für das Kabelfernsehen ein und wird dadurch für eine allerdings begrenzte Zahl von Interessenten als modern und fortschrittlich angesehen. Auf der anderen Seite sind die Leistungen der Post für den durchschnittlichen Kunden erheblich abgesunken.

In früheren Zeiten gab es zweimal pro Tag einen Zustelldienst. Er wurde auf einmal reduziert. Die Abholung aus den Briefkästen wurde gleichfalls, vielleicht in noch stärkerem Maße, eingeschränkt.

Ich halte es für einen schlechten Kundendienst, wenn die Post gegenüber meiner Praxis abends zuletzt um 18:30 Uhr abgeholt wird und dann erst wieder am nächsten Mittag 12:00 Uhr, d. h. mit einer Pause von fast 18 Stunden, weiter am Samstag nur eine einmalige Abholung um 13:00 Uhr.

Sollte nicht die finanzstarke Bundespost auch zu einem Abbau unserer Arbeitslosen beitragen können? Das dürfte ihr nicht schwerfallen, wenn sie zusätzliche Kräfte, die nicht einmal groß vorgebildet sein müßten, für den Abholdienst aus den Briefkästen und für einen täglich zweiten Zustelldienst einsetzen würde. Das müßte trotz aller, z. T. nicht berechtigter Rationalisierungsmaßnahmen durchführbar sein und vielen, gerade jungen Menschen einen Arbeitsplatz geben.

Diese meine Meinung wird nach einer WISO-Sendung noch erheblich verstärkt. Postangestellte berichten über allzu häufige Überstunden: Von 10 Millionen Überstunden und von 12 000 nicht besetzten Stellen wurde gesprochen. Der Postminister konnte diese Feststellungen nur teilweise glaubhaft entschärfen. Eine hochgradige Gewinnmaximierung sollte nicht das einzige Ziel eines Staatsbetriebes wie der Bundespost sein.

Dr. W. Schultz-Friese,
Überlingen

Wort des Tages

„Der größte Lohn der guten Taten ist der, daß wir durch jede gute Handlung stärker werden, eine noch bessere zu vollbringen. Darum ist auch keine Geduld, keine Liebe, kein Opfer, das wir bringen, umsonst, auch wenn wir nichts als Undank ernten."

Friedrich Wilhelm Foerster, dt. Pädagoge (1869–1966)

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

Nur über die Sender der ARD
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.23 Mamas Geburtstag
Fernsehspiel von Klaus Poche
12.10 Paris – wie es nicht im Reiseführer steht
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Walter Sedlmayrs Fernseh-Illustrierte
Mit Beiträgen über Mode, Erotische Fotografie, Faschings-Rückblick u. a.
16.55 Denkste?!
Einfach abhauen?!
Fernsehspiel von Margaret Steenfatt und Hans-Henning Borgelt
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Die Deutschen im Zweiten Weltkrieg
Filmserie in sechs Teilen von Joachim Hess und Henric L. Wuermeling
1. Der Marsch in den Krieg
21.45 Känguru
Mit Hape Kerkeling und den Gästen Peter Schilling, Wolf Maahn, Gerty Molzen, Marius Müller-Westernhagen, Gianna Nannini u. a.
22.30 Tagesthemen
23.00 ARD-Sport extra – aus Berlin
Weltcup-Finale der Springreiter
1. Qualifikationsprüfung
Reporter: Hans-Heinrich Isenbart
23.30 Der Trojanische Krieg findet nicht statt
Schauspiel von Jean Giraudoux
Mit Pierre Santini, Geniviève Fontanel u. a.
Regie: Raymond Rouleau
Ausgang dieses Schauspiels ist eine Situation aus der „Ilias": Paris raubt Helena aus Griechenland, und die Griechen fordern die spartanische Göttin zurück. So wird sie zum idealen Vorwand eines beabsichtigten Raubzuges der Fürsten gegen das ihnen zu mächtig gewordene Troja.
1.20 Tagesschau

ZDF

8.57 Heute im Parlament
Weltraumbewaffnung? – Regierungserklärung und Debatte
13.20 Programmvorschau
13.25 Die Sport-Reportage – aus Prag:
Eishockey-WM Deutschland – Kanada
16.00 heute
16.04 Immer dieses Fernsehen . . .
2. Das kann ins Auge gehen: Wirkung der Medien
Anschließend: heute-Schlagzeilen
16.35 Meine Mutter, deine Mutter
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Der rosarote Panther
Anschließend: heute-Schlagzeilen
18.20 Ein himmlisches Vergnügen
Prost Helmut!
Die ungleichen Brüder
19.00 heute
19.30 Herbert ist Herrmann
Heitere Szenen und Plaudereien mit Herbert Herrmann und seinen Freunden
20.30 Ray Conniff
Musik für Millionen
20.57 Mach mit – der Umwelt zuliebe
21.00 Aus Forschung und Technik
Das Leben danach
Die Folgen des Atomkrieges
Eine Sendung von Joachim Bublath
21.45 heute-journal
22.05 Das Musik-Porträt
Bernd Weikl
Film von Dieter Wendrich und Wolf-Eberhard von Lewinski
23.05 Apropos Film
Aktuelles aus der Filmbranche
Von Helmuth Dimko und Peter Hajek
23.55 Die Sport-Reportage aus Prag
Eishockey-WM
0.20 heute



Geneviève Fontanel (Andromache) und Pierre Santini (Hektor) in Giraudoux' „Der Trojanische Krieg findet nicht statt" (ARD, 23.30 Uhr) FOTO: TELEBUNK

III.

WEST
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Meuterei am Schlangenfluß
Amerikanischer Spielfilm (1951)
Mit James Stewart, Rock Hudson u. a. Regie: Anthony Mann
21.45 Landesspiegel
Theatertreffen NRW '85
22.15 Kulturszene
23.00 Nachtstudio Spätausgabe
23.45 Tips für Leser
Arthur Miller: Der Handlungsreisende in Peking
Anschließend: Letzte Nachrichten

NORD
18.30 Formel Eins
19.15 Das Verhalten der Tiere (1)
Dichtung und Wahrheit
20.00 Tagesschau
20.15 Mädchen ohne Mitgift
Amerikanischer Spielfilm (1956)
Mit Bette Davis u. a.
Regie: Richard Brooks
21.45 Kultur kontrovers
Steine des Anstoßes – Denkmäler
22.35 Hildegard von Bingen
Wisse die Wege
Anschließend: Ordo Virtutum
0.00 Nachrichten

HESSEN
18.30 Auskunft
Schwellenangst
19.05 Autoreport
19.20 Bankraub des Jahrhunderts
Englischer Spielfilm (1959)
Mit Aldo Ray u. a.
20.45 Kulturkalender
21.20 Bild der Woche
21.30 Drei aktuell
21.45 Insel der Frauen
Matriarchat in Westafrika
22.30 Die Zitadelle (8)
Serie nach A. J. Cronin

SÜDWEST
19.25 Nachrichten
19.30 Alcatraz (1)
Amerikanischer Fernsehfilm
20.15 Auf der Spur des Erich von Däniken (2)
Gefälschte Dokumente?
21.05 Andalusien – Land der Mauren
Nur für Baden-Württemberg:
21.50 Lothar Späth in Norwegen
Variationen über ein Thema
22.15 Gebhard Müller zum 85. Geburtstag
0.20 Nachrichten
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.50 Die Erben des Hieronymus Bosch
22.35 Landesspiegel
Rudolf Gemmecke im Gespräch mit Hans Schweitzer
Nur für das Saarland:
21.50 TV-Club Saar 3

BAYERN
18.15 Hauptsache Beruf
18.45 Rundschau
19.00 Damals Tagesgespräch
Wer ist der Nächste?
20.20 Einladung zum Träumen
20.45 „Gott und die Seele will ich kennen – sonst nichts!"
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Mein Bruder . . . ein Lump
Amerikanischer Spielfilm (1962)
23.35 Rundschau
23.40 Actualités

SAT 1

13.30 Solid Gold
14.00 Die Waltons
15.00 Siehste!
15.30 Musicbox
16.30 Niklaas, ein Junge aus Flandern
17.00 Simon Templar
18.00 Fauna Iberica
Schwarzkittel (1)
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz

18.45 Im singenden Rössl am Königsee
Österreichischer Spielfilm (1963)
Mit Peter Weck, Waltraud Haas u. a.
Regie: Franz Antel
20.30 High Chaparral
21.30 APF blick:
Aktuell,
Rundblick,
Sport und Wetter
22.15 Im Banne des Unheimlichen
Deutscher Spielfilm (1968)
Mit Joachim Fuchsberger, Siv Mattson u. a.
Regie: Alfred Vohrer
23.45 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Bilder aus Deutschland
Hohenlohe – Das Land im Verborgenen
19.00 heute
19.30 Derrick
Kalkutta
20.30 Rundschau
Politik und Wirtschaft – aus Schweizer Sicht
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Lehrjahre sind keine Herrenjahre
aus der Reihe „Kinder Kinder"
Die Sendung geht der Frage nach, welche Rolle Eltern spielen können, wenn ihren Kindern tatsächliche oder vermeintliche Ungerechtigkeiten durch den Lehrherrn oder Ausbilder widerfahren.
22.30 Ausflug nach Venedig
Film von Krista Fleischmann und Wolfgang Koch
23.15 3SAT-Nachrichten

Personalien

EHRUNG

Der Autor und Regisseur **Eberhard Fechner** ist in Hamburg mit dem Alexander-Zinn-Preis ausgezeichnet worden. Der mit 15 000 Mark dotierte Preis der Hansestadt wird alle drei Jahre verliehen. Fechner erhielt den Preis für seine „Dokumente deutscher Wirklichkeit in diesem Jahrhundert". Eine der letzten und wichtigsten Fernseharbeiten Fechners war die dreiteilige Dokumentation „Der Prozeß", die im vergangenen November von allen Dritten Fernsehprogrammen gezeigt wurde. In ihr stellte der Regisseur das sogenannte „Majdanek-Verfahren" gegen Angehörige des ehemaligen Konzentrationslagers Lublin/Majdanek in Düsseldorf während der Jahre 1975 bis 1981 dar.

VERÄNDERUNGEN

Der Veterinärwissenschaftler Prof. **Dieter Großklaus** (55) ist zum kommissarischen Präsidenten des Bundesgesundheitsamtes (BGA) in Berlin ernannt worden und hat sein Amt angetreten. Er ist Nachfolger von Prof. **Karl Überla** (50), der seinen Rücktritt zum 15. April erklärt hatte und damit die Konsequenz aus öffentlichen Vorwürfen der Ämterhäufung und Interessenkollision zog. Der amtierende Präsident Prof. Großklaus ist gleichzeitig Leiter des veterinärmedizinischen Robert-von-Ostertag-Institutes des BGA und arbeitet seit 23 Jahren für die Bundesbehörde. Das BGA mit etwa 1500 Mitarbeitern ist die zentrale Forschungseinrichtung in der Bundesrepublik auf dem Gebiet der öffentlichen Gesundheitspflege und ist für die Arzneimittelzulassung und die wissenschaftliche Beratung der Bundesregierung zuständig. Großklaus war schon 1974 sechs Monate lang kommissarischer BGA-Präsident.

*

Die CSU-Landesgruppe im Bundestag hat ihr bisheriges Mitglied **Walter Althammer** verabschiedet, der wegen seiner Berufung zum stellvertretenden Vorstansvorsitzenden der Lastenausgleichsbank nach 24jähriger Parlamentszugehörigkeit sein Bundestagsmandat niederlegte. Für Althammer rückte der 52jährige **Ernst Josef Poeppl** aus Dachau in den Bundestag nach.

VERANSTALTUNG

Franz Klein, Professor für Klarinette an der Musikhochschule in Köln, und **Carmen Eaniela**, rumänisch-österreichische Pianistin und Dozentin am Düsseldorfer Robert-Schumann-Institut der Staatlichen Hochschule für Musik des Rheinlandes, spielen am Samstag, 20. April, 20.00 Uhr, in Bergisch Gladbach, die Klarinetten-Klavier-Sonaten op. 120 von Johannes Brahms zugunsten der Hilfe des Deutschen Roten Kreuzes für afghanische Flüchtlinge. Zu den Mitwirkenden zählt auch der afghanische Dirigent **Babrak Wasfa**, der im Frühjahr 1980 seinen Dienst als Generaldirektor für Musik im afghanischen Rundfunk quittiert hatte und nun als Chorleiter in Bergisch Gladbach fungiert. Die Schirmherrschaft des Benefiz-Konzertes hat Bergisch Gladbachs Bürgermeister **Franz Heinrich Krey**, zugleich Mitglied des Ältestenrates und stellvertretender Vorsitzender des Innenausschusses im Deutschen Bundestag, übernommen.

Der doppelte Rattenfänger

pgz. – Merkwürdig genug: Vor dem Amerikaner Corigliano scheint noch kein Komponist darauf gekommen zu sein, die Legende vom Rattenfänger von Hameln für Soloflöte mit Orchester und Kinderensemble zu vertonen – bekannt ist nur Victor Neßlers vor hundert Jahren populäre Oper, Seitenstück zu seinem „Trompeter von Säckingen".

John Corigliano, Jahrgang 1938, hat 1982 für den irischen Meisterflötisten James Galway eine „Rattenfänger"-Szene für Soloflöte, Kinderensemble und Sinfonieorchester komponiert. Nach der Uraufführung in Amerika hat Galway das Stück bisher nur in London und jetzt in Tel Aviv und Jerusalem aufgeführt.

James Galway, der großartige Virtuose, erschien in einem weiten, farbigen Umhang mit überwiegendem Rot und roter Fliege über dem weißen Smoking. Nachdem die Bürger von Hameln, wie in der Legende, ihm den Lohn für die Rattenaustreibung versagen, legt er seine goldene Flöte beiseite und beginnt auf einer Kinderpfeife zu blasen. Von allen Seiten des Auditoriums hört man nun Flötenklänge, und Kinder strömen herein. Der Rattenfänger betört sie, und sie folgen ihm erst über die Bühne, dann durch den Saal, bis sie schließlich verschwinden.

Coriglianos Musik ist durchweg deskriptiv, lyrisch elegisch sind die „Nacht- und Morgenmusik" des *Beginns und der Ausklang gestaltet;* die Bürger sind in mittelalterlich anmutender Choralweise charakterisiert; häßliche Bläser-, Schlagzeug- und verfremdete Streicherklänge zeichnen die Ratten.

Man möchte dieser Musik also nicht unbedingt einen bedeutenden Stellenwert in der zeitgenössischen Welt geben, doch bietet sie einem an neue Klänge nicht gewöhnten Konzertpublikum mittels der Assoziationen an eine bekannte Story Gelegenheit, sich mit Neuer Musik vertraut zu machen. Und so bekommt das Sujet des Rattenfängers seinen hübschen Doppelsinn.

Frankreichs Versuch, auf der Kunstszene Terrain zu gewinnen: Neue Pariser Biennale in La Villette

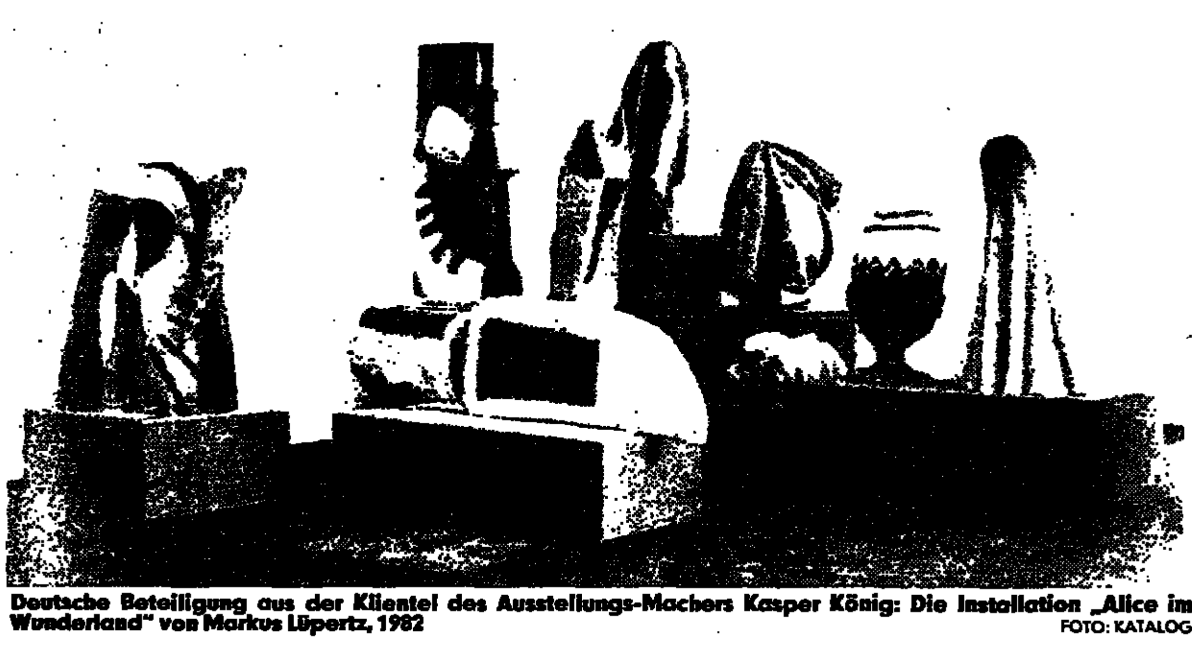
Die Ochsen stehen vor dem Kunst-Berg

Sie gehörte einst zu einem riesigen Schlachthof im Norden von Paris, diese Halle von La Villette, in der man die Rinder versteigerte. Und sie sieht aus wie eine Eisen-Glas-Basilika aus frühen Tagen des Industriezeitalters: grazil, fast filigran im Detail, gewaltig in der Wirkung des weiten, lichten Raumes. Jules de Mérindol hat sie 1867 gebaut, 242 Meter lang, 87 Meter breit, 19 Meter hoch – mit 21 000 m² Grundfläche geradezu ein Museum aus innerem Auftrag.

Aber auch eine Verführung. Der Zug zum Gigantischen liegt nahe. Und die Franzosen, im Gefühl, seit den ruhmreichen Zeiten der École de Paris an den Rand der (modernen) Kunstwelt gerutscht zu sein, haben die „Halle der Rinder" zum Ort ihrer gewaltigen Bemühung erkoren, *verlorenes Terrain zurückzugewinnen,* es den enteilten Amerikanern, Italienern, Deutschen doch wieder einmal richtig zu zeigen. Die „Neue Biennale *von Paris" gibt sich als „documenta"-Konkurrenz.* 120 Künstler aus 23 Ländern hat man geboten. Den Etat früherer Paris-Biennalen hat man verzehnfacht, von neun Millionen Mark ist die Rede. Und das Konzept der Vorgänger wurde radikal über Bord geworfen.

Im Jahr 1959 hatte man einmal mit einer „Biennale der Jugend" begonnen. Nicht älter als 35 Jahre durften die Teilnehmer sein. Der Beginn hatte noch den Ruch des Skandalösen. Doch im gleichen Maß, wie der Ruf von Paris als Brennpunkt der Künste dahinschwand, verblaßte auch der Rang der Biennale. Nachwuchsveranstaltungen – das hatte plötzlich den Geruch altväterlicher Förderung.

Aber so groß der Einsatz bei dieser jüngsten Variante der umfassenden Kulturoffensive des Fachministers Jack Lang auch ist – selbst in Paris gab es schon am Eröffnungstag ein enttäuschtes Erwachen. „Entmannt" („Le Matin"), „kopflos" („Le Monde") oder gar Herrschaftsbeispiel eines „italo-germanischen Reiches" („L'Express") nannten die französischen Zeitungen das Unternehmen. Die fünfköpfige Jury, darunter der Kölner Kasper König („Von hier aus"), der italienische Propagandist der „Neuen Figuration" Achille Bonito Oliva und die nicht gerade als qualitätsbewußt bekannte Amerikanerin Alanna Heiss, geriet ins Kreuzfeuer der Kritik. Konzeptlosigkeit war noch der mildeste Vorwurf.



Deutsche Beteiligung aus der Klientel des Ausstellungs-Machers Kasper König: Die Installation „Alice im Wunderland" von Markus Lüpertz, 1982 FOTO: KATALOG

Und in der Tat macht die Ausstellung einen konfusen Eindruck, eine Art Warenhaus mit gigantischen *Installationen,* verbaut, unübersichtlich, qualitativ völlig unausgewogen. Die Künstlernamen sind in den Fußboden eingelassen, so daß man *darum herumsuchen muß, wo man sich* eigentlich befindet. Die Architektur der Halle, ihre Raumwirkung vor allem, ist durch zwei riesige Stellwände zerschnitten. Die Verbeugung vor der „Dritten Welt", hier durch Südamerika repräsentiert, hat das Prinzip „Masse statt Klasse" ins Unerträgliche gesteigert.

Aber auch die Auswahl der Europäer und Nordamerikaner ist eher durch Mehrheits- und Konzessionsentscheidungen gekennzeichnet denn durch eine nachvollziehbare Idee, es sei denn, man habe den bewährten Pluralismus im Sinne gehabt. Warum steht da gleich am Anfang zum Beispiel Jörg Immendorffs Monumentalplastik „Brandenburger Tor", die man doch schon 1982 in Kassel bewundern durfte? Warum etwa nahm man das schwächlich-verblasene Spätwerk des gewiß ruhmvollen Tapiès auf? Oder das langweilig, gleichwohl sehr geleckt wirkende, 7,30 Meter lange Arrangement aus Technik und Architektur von James Rosenquist? Schwache Wiederholungen bekannter Muster. Da hätte man eigentlich auch Dali und Warhol berufen können.

Überhaupt hat man den Eindruck, in Paris sei Inhalt durch Größe ersetzt worden. Der in Paris lebende Chilene *Roberto Matta „überwältigt" den* Besucher mit fünf 19 Meter langen Illustrationen eines Werkes des kolumbianischen Schriftstellers Jorge Zalamea: *zum* Monster-Comic heruntergekommener Surrealismus. Gilbert und George zwingen die Betrachter mit einer fünf mal elf Meter großen Fotocollage *in die Defensive: nicht* mehr als eine gigantisch aufgeblasene Kulturkarikatur. Georg Baselitz hat auf 60 Quadratmetern ein „Straßenbild" *gemalt:* 18 *Leute gucken,* wie üblich verkehrt herum, aus dem Fenster, in Posen, als habe sie der Maler beim Frühsport bewundert. Das Prinzip kennt man nun schon; und Baselitz ist malerisch eher schwächer geworden.

Von den Deutschen sind in Paris die hinlänglich bekannten zu sehen: Beuys, Kiefer, Penck, Lüpertz, Richter, Rückriem etc., natürlich alles Namen aus Kasper Königs bekannter Klientel. Gibt es nicht auch Realisten, Spättachisten, Spurensucher, Mythologen? Andere Länder haben solche auch vorgestellt. Und in diesem Warenhaus wirkt Königs Beschränkung ebenso einäugig-ideologisch wie die offenbar von Bonito dominierte Auswahl der Italiener: Basquiat, Longobardi, Paladino usw. In der Wiederholung wirken die meisten dieser als *„Kunst der 80er Jahre" gefeierten* Figurativen wie eine zur Attitüde erstarrte Geste, die ursprünglich mal Ausdruck sein wollte.

Das alles darf man freilich nicht ausschließlich der Jury in die Schuhe schieben. Die Kunstszene ist – wieder mal – vom Bazillus der Ratlosigkeit befallen. Die „Wilden" hat man früh gezähmt, indem man sie im Museum tiefgefror. Neue Begriffe wie „Transavantgarde" verraten nur, daß – wieder mal – keine marktgerechte Klammer da ist. Und die Künstler versuchen es – auch wieder mal – mit Gags und Schnickschnack. Wie der Franzose Daniel Buren: Gestreifte Stoffbahnen bilden eine zwölf Meter hohe umgekehrte Pyramide. Oder Christian Boltanski, der Marionetten zu Schattenspielen umfunktioniert. Markenzeichen und Kunstgewerbe. Nicht nur der Besucher steht in Paris wie der Ochs vorm Kunst-Berg. In der „Halle aux Bœufs" (bis 21 Mai, Katalog: 150 Francs).

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

JOURNAL

Archäologen-Puzzle mit Apollos Tempel

AP, Rom

Rom hat jetzt das erfolgreiche Ergebnis eines siebenjährigen Puzzlespiels von Archäologen präsentiert. Es handelt sich um den Frontgiebel eines ursprünglich aus dem fünften vorchristlichen Jahrhundert stammenden Apollotempels, der später von den Römern aus Griechenland abtransportiert und zur Zeit des Kaisers Augustus in Rom neu errichtet worden war. Von diesem Tempel waren in der Nähe des Forum Romanum noch drei Säulen stehengeblieben. Die einzelnen Bruchstücke des Giebels wurden in mehrjähriger Suche in den verschiedensten Museumsmagazinen der Ewigen Stadt aufgespürt und zusammengesetzt. Die Giebelskulpturen schildern einen Kampf der Griechen unter Herakles und Theseus gegen die Amazonen. Der wiederhergestellte Tempelgiebel wird in Rom zwei Monate ausgestellt und dann in Athen gezeigt.

Studie gegen Fusion der Theater Köln und Bonn

lnw, Bonn

Eine enge Zusammenarbeit oder gar Fusion der Theater der beiden Städte Köln und Bonn ist nicht sinnvoll. Zu diesem Schluß kommt die Studie einer Wirtschaftsberatungsgesellschaft, die die Städte und das Land in Auftrag gegeben hatten. Dagegen spreche vor allem die Aufgabe einer eigenständigen zugunsten einer gemeinsamen Kulturpolitik. Erstere werden zunehmend wichtiger angesichts der gewachsenen Theaterstrukturen und der Bedeutung Bonns als Bundeshauptstadt sowie der Kölns als viertgrößter deutscher Theaterstadt. Auch wirke sich die räumliche Entfernung nachteilig auf eine gemeinsame Verwaltung aus.

Sparkassenstiftung in Niedersachsen gegründet

dl, Hannover

Eine niedersächsische Sparkassenstiftung, die erste ihrer Art im Bundesgebiet, ist jetzt von den 73 niedersächsischen Sparkassen gegründet worden. Schwerpunktaufgabe der Stiftung soll die Erhaltung der kulturellen Vielfalt des Landes Niedersachsen sein. Sie hat in diesem Jahr 3 Millionen Mark zur Verfügung, in den kommenden Jahren jedoch immer 8 bis 10 Millionen Mark.

„DDR"-Ausstellung über die Brüder Mann

dpa, Lübeck

Originaldokumente und Bilder aus dem Leben der in Lübeck geborenen Schriftstellerbrüder Thomas und Heinrich Mann enthält eine Ausstellung aus der „DDR", die noch bis zum 27. Mai im Lübecker Museum „Behnhaus" zu sehen ist. Die Schau mit dem Titel „Porträt der Familie Mann – die Brüder" wird zum ersten Mal in der Bundesrepublik gezeigt. Anlaß der Ausstellung ist das internationale Heinrich-Mann-Symposium in Lübeck, das vom 24. bis 27. April stattfindet.

Kanadas Nationalballett auf Europa-Tournee

DW, Toronto

Zu einer Europa-Tournee mit Schwerpunkt Deutschland wird das Kanadische Nationalballett aus *Toronto* Mitte Mai aufbrechen. Tourneestart ist in Luxemburg (13. und 14. Mai), gefolgt von Berlin (17.–18. Mai), Ludwigshafen (20.–22. Mai), Leverkusen (23. Mai), Wiesbaden (25., 26. Mai), Zürich (28., 29. Mai), Stuttgart (2. und 3. Juni) sowie München am 6. und 7. Juni. Das Tourneeprogramm der Kanadier bietet u. a. die Ballette „Don Quixote" (Nicholas Beriozoff nach Petipa), „L'Ile inconnue" und „Canciones" (beide von Constantin Patsalas), Glen Tetleys „Sphinx" und John McFalls „Components".

Literatur-Ballette von Neumeier im Mittelpunkt

Reg, Hamburg

Mit „Literatur und Tanz" beschäftigt sich John Neumeier bei den XI. Hamburger Ballett-Tagen, die vom 6. bis zum 14. Juli in der Staatsoper und der Kampnagelfabrik *stattfinden. Auf dem* Programm stehen drei Literatur-Ballette von Neumeier: „Die Kameliendame", „Othello" und, als Uraufführung, „Themen aus ‚Wie es euch gefällt'". Als Gastspiel aus Marseille werden „Proust ou les Intermittences du Cœur" von Roland Petit und aus Stuttgart John Crankos „Onegin" zu sehen sein.

M.-G. Sauvajon †

dpa, Montpellier

Der französische Dramatiker Marc-Gilbert Sauvajon ist in Montpellier in Südfrankreich im Alter von 75 Jahren gestorben. Er war in den 50er und 60er Jahren auch in der Bundesrepublik einer der meistgespielten Autoren des Boulevard-Theaters. Am bekanntesten wurden seine Stücke „Bezaubernde Julia" und „13 bei Tisch".

Ausstellungstournee: Neue Kunst der Indianer

Wellen des Lebensatems

Ein Kreis in einem Quadrat, das auf die Spitze gestellt ist: in diesem Kreis kühl konstruierte Wellen, Segmente, Stufen, Rechtecke, Trapeze; das Ganze streng zu einem heraldischen Muster geordnet, konsequent flächig und in den harmonischen Farben ebenso eindeutig gegeneinander abgesetzt – ist das ein Bild eines Hopi-Indianers aus dem Jahre 1975? Auf den ersten Blick würde man eher ein Werk des Futurismus vermuten, ein geistiges Spätprodukt des guten alten Europa.

Da fallen einem natürlich sofort die gängigen Klischees ein: Die Kunst der sogenannten Naturvölker sei unter dem Einfluß der westlichen Kultur entweder in bloßer Wiederholung traditioneller Muster erstarrt oder in der Adaptionsflut besagter West-Dominanz versunken. Bei solchen Einschätzungen handelt es sich ja keineswegs um reine Vorurteile. Ganz gleich, ob man nun nach Kenia oder nach Kanada reist: Überall begegnet einem das bedrückende Phänomen des Folklore-Kitsches oder des hilflosen Nachahmens euro-amerikanischer Stilentwicklungen.

Schon insofern ist die große Ausstellung *„Indianische Kunst im 20. Jahrhundert",* die zur Zeit auf ihrer Deutschland-Tournee in der Jahrhunderthalle Hoechst (Frankfurt) Station macht, eine wohltuende Korrektur. Sie informiert nicht nur, sie zeigt auch Wege, wie sich fremdes Kulturgut ohne Selbstaufgabe durchaus kreativ für die eigene Entwicklung nutzen läßt.

Das eingangs geschilderte Beispiel aus der Ausstellung offenbart nämlich, daß hier nicht etwa ein Indianer versucht, wie Picasso zu malen. Von indianischen Empfindungen und Erfahrungen ist das Werk des Hopi Mike Kabotie (Jahrgang 1941) allemal getragen. Aber selbst ikonografisch ist da die Tradition bewahrt.

Der Kreis als Symbol der Unendlichkeit, ein kleinerer, in farbige Segmente unterteilter Kreis entspricht der Sonne in der Hopi-Mythologie, ein zweifarbiges Wellenband symbolisiert den Lebensatem. *Und insofern* hier in einer modernen westlichen Stilrichtung Berührungspunkte mit der heraldisch-symbolischen Tradition indianischer Kunst vorliegen, wird auch das Wesen der Adaption deutlich: Wenn indianische Kunst westliche Muster aufnimmt, geschieht das nie zufällig, sondern in einer inneren Verwandtschaft.

Ganz gleich, ob man nun der sogenannte „traditionelle" Prägungen der Indianerkunst betrachtet oder dezidiert „zeitgenössische" Tendenzen – die Besonderheit des eigenen Wesens bleibt erhalten. So mögen ja etwa die Bilder von Fritz Scholder (Jahrgang 1937) formal fast überdeutlich an Francis Bacon orientiert sein, „indianisch" sind sie nichtsdestotrotz. Scholder benutzt Bacons Deformationen im Grunde nur als ironisierendes Moment. Sein „Super-Indianer" mit Hörnern, Pferdefuß und Eiswaffel führt die Klischees ad absurdum, indem er sich in der trauernden Grundhaltung nachhaltig zu ihren Ingrediencien bekennt.

Oder ein „traditionelleres" Bild: In einer riesigen blauen Fläche verlieren sich zwei winzige Reiter, während die Sonne gerade den in einer ganz kurzen Linie knapp angedeuteten Horizont überschreitet. Bei aller Einsamkeit bleiben die Reiter getragen von dem poetischen Blau. Der Raum umfängt sie, und die Verbindung zur Sonne als dem Symbol des universalen Lebens ist nicht abgeschnitten.

Dekor, Abstrahierung ins Heraldische, Harmonisierung von Form und Farbe, eine ausgeprägte Neigung zum Zwei-Dimensionalen – das sind die häufigsten formalen Aspekte. Westliche Vorgaben werden gleichsam als neue Imaginationsfelder begriffen, in denen sich indianisches Lebensgefühl schöpferisch belebt.

Diese kreative Weiterentwicklung hat auch in einem Bereich stattgefunden, in dem man am häufigsten die bloße Tradierung traditioneller Muster antrifft: beim Kunsthandwerk. Die Töpfereien, die uns die Ausstellung zeigt, entwickeln zum Beispiel Tiermotive weiter, abstrahieren sie fast bis zur abstrakten Formel oder gewinnen in der Ironisierung des Mythos eine neue Distanz zu sich selbst. (Bis 28. 4., in Wuppertal 10. 5.–23. 6.; in Mannheim 18. 8.–6. 10.; in Hamburg 18. 10.–1. 12.; Katalog 39 Mark)

DIETER SELIGER

Yves Boissets schlimmer Gangster-Film „Dog Day"

Massenmord auf Raten

Lee Marvin, Miou Miou, David Bennent, Victor Lanoux – für seinen Film „Dog Day" hat Yves Boisset beachtliche Darsteller gewonnen. Darsteller, denen dieser Film freilich nicht zur Zierde gereicht. Aber was heißt Film? „Dog Day" ist eine Katastrophe. Etwaigen Zuschauern müßte rechtens Schmerzensgeld zustehen.

Mit Sidney Lumets Gangsterfilm „Hundstage" („Dog Days") hat das nichts zu tun. Vielmehr handelt es sich um eine Mischung aus „Ein Mann sieht rot" und „Liebesgrüße aus der Lederhose". Zur Schau gestellte Brutalität. Zur Schau gestellter Sex. Freigegeben ab 18.

Es beginnt mit einer wilden Schießerei. Lee Marvin ist der Gangster namens Cobb, der in der französischen Provinz mit Kumpanen einen Geldtransport überfällt. Die Gruppe ist verpfiffen worden. Die Polizei wartet bereits. Panzerfaust hin, MP-Salven her. Cobb ist der einzige, der das Gemetzel fliehend übersteht. Für die Polizei ist er eine Nummer zu groß; also jagt die Armee ihn nach.

In der Nähe eines Bauernhofes geht ihm die Puste aus. Er vergräbt den einzigen erbeuteten Geldsack im Kornfeld und versteckt sich in der Scheune. Ein Junge (Bennent) hat ihn beobachtet und vertauscht flugs Geld gegen Stein. Schon umkreisen Hubschrauber das Gehöft, dessen Bewohner wir nun kennenlernen. Einen schlauen Bauern, der auf jede Art und Weise brutal zulangt. Seinen senilen Bruder, der in der Scheune Jahrmarkts-Requisiten versteckt. Eine nymphomane Magd, die die beiden Knechte zur Verzweiflung treibt. Eine betagte Magd mit Angst vor dem Altersheim. Die schöne Bauersfrau (Miou Miou). Eine groteske Versammlung.

Die Brüder entdecken Cobb und wittern eine Chance. Nach obligatem Schlagabtausch (Wildtöter gegen Handgranate) überwältigen sie ihn. Doch die *schöne Bäuerin* hat ihrerseits Interesse. Sie verbündet sich mit dem Gejagten. Ein Leutnant der Armee quartiert sich auf dem Hof ein. Cobb muß versteckt werden. Nachts befreit ihn die Nymphomanin von den Fesseln. Was sie erhofft, erhält sie nicht: Cobb erwürgt sie. Unterdessen onaniert die Bäuerin in Erwartung des Kommenden. Der Bauer ist um eine Attraktion reicher. Er hat am Feldrand zwei zeltende Mädchen entdeckt. Sie sind ihm nicht zu Willen. Er erschlägt sie.

Auch der Junge ist nicht faul. Er gibt das erbeutete Geld im Puff der nahen Stadt aus. Die betagte Magd erhängt sich unterdessen. Der Leutnant pirscht herum und wird zugleich vom Bauern erschlagen. Der Bauer wiederum wird von seiner Frau anschließend unter der Dusche erschossen. Dafür wird sie von Cobb beauftragt, in die Stadt zu fahren. Dort genießt sie zunächst mit dem untersuchenden Kommissar ein paar Bettszenen und erschießt ihn dann.

In dem Kinocenter, in dem ich diesen Kollaps eines Regisseurs mit ansah, war der Film drei Tage nach der Premiere in den kleinsten Schuhkarton verlegt worden. Hier saßen 13 *Zuschauer.* Ein Hoch dem Publikum.

DIETMAR BITTRICH

Freiburg: Sondheims Musical „Sweeny Todd"

Pastetenmenü à la mode

Die Einrichtung ist ebenso effektiv wie bestialisch: Die arglosen Kunden des Barbiers Sweeney Todd werden bei der Rasur abgemurkst, rutschen sodann vollautomatisch über eine Rampe zu einem riesigen Fleischwolf und werden prompt von der Pasteten-Bäckerin Mrs. Lovett zu Hackfleisch verarbeitet. Aber wie sollen sich Todd und Mrs. Lovett sonst auch helfen? Das Geschäft blüht, die Nachfrage nach Pasteten ist so groß, daß sie nur über eine fast schon industrielle Fertigung zu befriedigen ist.

Zu besichtigen ist diese Menschen-Verwurstung derzeit am Freiburger Theater, wo Stephan Sondheims Musical „Sweeney Todd" jetzt seine deutsche Erstaufführung erlebte. Niemand weiß zwar, warum der historische Sweeney Todd, wenn es ihn überhaupt gab, sich als Schlächter betätigte. Im Musical jedenfalls gerät er auf die blutrünstige Bahn wegen eines einzigen Menschen, den er zu gerne mal unterm Rasiermesser hätte: wegen des Richters Turpin – und das ist ganz gut zu verstehen, hat der Richter doch Todd auf die Strafinsel Australien geschickt, Todds Frau vergewaltigt und seine Tochter verschleppt.

Eine Geschichte also mit dem durchaus moralischen Aspekt des vergoltenen Unrechts – auch wenn Todd ziemlich lange warten muß, bis der Richter endlich auf seinem Barbier-Stuhl Platz nimmt, auch wenn er zwischenzeitlich ein schwunghaftes Geschäft mit Rasier-Leichen betreibt.

Die Inszenierung Markus Webers, der auch die deftige deutsche Übersetzung besorgte, hatte Bilder von hoher Suggestionskraft parat. Ein Laufsteg führt ins Publikum und bezieht die Zuschauer in das Stück mit ein; Zwischenvorhänge, verschiedene Spielebenen und die raffinierte Beleuchtung sorgen für Imagination – das war streckenweise weit mehr als nur eine brave Standard-Regie. Unklar bleibt jedoch, warum der Chor immer wieder in Frack und Zylinder über die Bühne hüpfen mußte – als sei das alles ein amerikanischer Revue-Film aus den 50er Jahren.

Die fröhlich geschwungenen Choristen-Beine wollten nämlich weder zur Handlung noch zur Musik so recht passen. Sondheims Musik, vom Freiburger Orchester unter Jonathan Seers mit beachtlicher Präzision wiedergegeben, ist eher sperrig als süffig, orientiert sich eher an der Tradition der „Dreigroschenoper" als an schlagerähnlichen Ohrwürmern. Diese bemerkenswerte musikalische Eigenständigkeit könnten dem Werk einen Dauererfolg auf deutschen Spielplänen sichern.

Unter den Akteuren zeichneten sich Volker Vogel als Seemann Hope, Sue Hürzeler als Mrs. Lovett und mit kleinen Abstrichen Walter Hoffmann als Richter Turpin aus. In jeder Beziehung die herausragende Erscheinung aber war James Brookes in der Titelrolle.

STEPHAN HOFFMANN

München: P. Greiners „Torffahrer" uraufgeführt

Auf verlauster Liegestatt

Als Erwachsener und Nicht-Ganove, ja schon als Nicht-Jeansträger, so überfällt's einen mittendrin, sollte man sich vielleicht doch raushalten aus der Beurteilung von extremer Problem-Jugend auf der Bühne. Da sieht manches heillos übertrieben aus, nur fürs Theater zurechtgemacht, was schiere Wirklichkeit ist. Denn auch in der wird ein bißchen Theater gespielt. Andererseits täuscht sich, wer schon hinter einem gemaulten „Null Bock auf..." oder einem hart gebellten „bis' ja bekackt" den O-Ton eines subproletarischen Alltags vermutet. Längst haben sich die Freizeit-Imitatoren von der „Szene" solcher Floskeln bemächtigt.

Ein Spezialist fürs kaputte Milieu ist der als Liedermacher „Troubadix" und durch Stücke wie „Kiez" und „Fast ein Prolet" nicht allzu bekannt gewordene Peter Greiner, dessen neue Drei-Personen-Story „Die Torffahrer" jetzt im Münchner Theater über dem Landtag uraufgeführt wurde und die ganze Misere einer solchen Misere-Darstellung enthielt. (Der Autor wird in diesen Tagen 46.)

Der extrabullige Boxer und Macho-Primitivling Hein, seine verkiffte Bett- & Lkw-Gefährtin Karin und der angeheuerte Medizinstudent Jan als Fahrer liefern den Ostfriesen Torf frei Haus und entwickeln sich mit Krach und Kumpanei zum Modell einer gemischt-klassigen Klein-Erwerbs-Gesellschaft. Auf der Kellerbühne rund um die vergammelte, verlauste Liegestatt verstreut: ein Haufen Klamotten, ein Kasten Bier, ein paar angebissene Äpfel, oben ein Punching-Ball. Da schlafen und da fahren sie. Keine Probleme für den Regisseur Ernst Witzel: Im Unterzeug raufen und knutschen sie sich, am Lenkrad brummen sie gemeinsam als Motor, ein Arm ist der Scheibenwischer...

Vormals bürgerliche Eifersucht, der Traum von was Besserem, Impoinergetue, undefinierbare Liebes-Anfälle – alles ist da, wie in älteren *Romanen.* Nur viel lauter, kurzatmig, vom Suff verdooft und in eine Tief-Sprache zerfetzt, die live tut, aber auch sehr vom Theater ist. „Arschklar, nur duu!", beruhigt sie ihren Hein. „Geh nimm die studentischen Flossen weg, ich hab nun mal kein Bock...", wehrt sie den Jan ab, als der an sie hinkümmert: „Verbieg dich für mich mal." Knirschende Studenten-Einsicht zuletzt: „Die linken Typen sollten mal reinschmecken in die Arbeitswelt und Jahre da schuften ... Ein Scheißjob is die ganze Solidarität." Und: „Wir wollten doch mit Alkohol Schluß machen", heißt's vor ihrer Leiche. Als sollte der im sozialistischen Keller-Expressionismus durchgebrüllte Dreier auch den Sucht-Gefährdeten eine Lehre sein.

Die Schauspieler Gerlinde Eger, Detlef Kygow, Andreas Ludwig sind in allem Greiner-fest und erzwingen Respekt vor dem Unleidlichen.

ARMIN EICHHOLZ

„Ich hasse es zu singen": Die neue Schallplatte der Jazzerin Carla Bley

Rein ins tönende Schlachtgetümmel!

First Lady des New Jazz: Die kalifornische Pianistin Carla Bley FOTO: HIPP

Die amerikanische Pianistin und Orchesterchefin Carla Bley versteht es, in ihre großflächigen rhapsodischen Klanggebilde immer auch ein Quentchen Witz einzubauen. Das bewies die „First Lady of New Jazz" aus Oakland/Kalifornien bei umjubelten Konzerten auf ihrer jüngsten Europa-Tournee, das beweist sie wiederum auf ihrer neuen LP „I hate to sing" („Ich hasse es zu singen") – erschienen auf ECM LC 4438.

Trotz der so vehement artikulierten Unlust, die Stimme zu erheben, formt Carla Bley gleich zwei Titel („The Lone Arranger", „Murder") mit jazzigem Sangeshauch zu eindrucksvollen Lippen-Bekenntnissen um. Bei Carla Bley und ihrem Orchester verbinden sich Perfektion und Spiellaune, Swingendes und Kurioses zu einem furiosen musikalischen Wirbelsturm.

Die grazile, langmähnige Pianistin und ihre zehn Mannen – allesamt Star-Solisten der amerikanischen Musikszene – tischen dabei die unterschiedlichste musikalische Kost auf: Blues, Spiritual, Gospel, Hardbop, Neobop, New Jazz ebenso wie avantgardistische E-Musik, Folklore, Märsche. Beim Titel-Song „I hate to sing" spektakelt das Ensemble mit Witz und Wonne, fegt dabei einen nachempfundenen New Yorker Musical-Spaß mit mexikanischer Fiesta-Fröhlichkeit zusammen, um dann abrupt in Weillsche Klang-Dramatik abzudriften. Das geschichtsträchtige Werk „Battle Ship" beginnt gar mit akustischem Seeschlacht-Getümmel, bei dem das „Glory, Glory, Halleluja" und „The Last Farewell" natürlich nicht fehlen dürfen – und auch die Militärparaden werden ganz nebenbei, umta-umta, auf die musikalische Schippe genommen.

Harmonische und rhythmische Späße verstecken sich in einem so unauffälligen Titel wie „The Piano Lesson". Diese „Klavierstunde" beginnt mit Tonleiter-Übungen, fährt dann mit Sound-Knautschereien fort, um dann urplötzlich in einen zum Bersten swingenden orchestralen Rhythm & Blues überzugehen. Bei dem Titel „Very very simple" braust und brummelt Earl McIntyres Tuba, werden – gar nicht so simpel – wuchtige Improvisationen ins musikalische Geschehen eingepflanzt, fasziniert Schlagzeuger D. Sharpe mit einem Ton für Ton singbaren Solo auf Trommeln, Glöckchen und Becken.

Im typischen Carla-Bley-Sound und in bester Jazzlaune vereint: die *Mitmusikanten* Michael Mantler (Trompete), Steve Slagle und Tony Dagradi (Saxofone), Gary Valente (Posaune), Vincent Chancey (French Horn), Earl McIntyre und Bob Stewart (Tuba), Arturo O'Farrill (Piano), Steve Swallow (Baß) und D. Sharpe am Schlagzeug. Eine Bigband voller Big Fun.

KLAUS BERGER

Ein Brigant floh in den Honigmond

KLAUS RÜHLE, Rom

Graziano Mesina (43), Sardiniens Brigantenkönig, ist wieder auf freiem Fuß. Seit 25 Jahren hält er nicht nur seine Heimatinsel, sondern ganz Italien in Atem. Schon als Vierzehnjähriger kam er als vorletzter Sproß einer dreizehnköpfigen Familie zum ersten Mal mit dem Gesetz in Konflikt, als er das Haus eines Nachbarn anzündete, um die Tötung seines geliebten Hundes zu rächen. Mit 19 wurde Mesina wegen Mordversuch zu sechzehn Jahren Kerker verurteilt. Von da an ist seine Karriere eine einzige Folge von Delikten, Gefängnisstrafen und teils gelungenen, teils mißglückten Fluchtversuchen. Einmal sprang er aus einem fahrenden Zug, kehrte dann aber reumütig wieder in die Gefangenschaft zurück, um den ihn begleitenden Karabiniere die Bestrafung zu ersparen.

Mesina wurde das Oberhaupt einer Menschenrauborganisation, die eine ganze Reihe von Entführungen, Erpressungen und auch Menschenleben auf dem Gewissen hat. Seit seiner letzten Verurteilung ist Mesina „Gast" im Gefängnis von Porto Azzurro auf Sardinien, wo ihm wegen mustergültigen Verhaltens jetzt zum zweiten Mal innerhalb eines Jahres Urlaub auf Ehrenwort gewährt wurde, um seine achtzigjährige Mutter besuchen zu können. Den zweiten Ausflug in die Freiheit benutzte er, um den Gefängnismauern für einige Zeit oder für immer zu entrinnen.

Er floh nicht allein. Mit ihm ist die blonde dreißigjährige Valeria Fusé verschwunden. Die beiden verbringen jetzt irgendwo ihren Honigmond. „Prime rose" Mesina, auf den seit mehreren Tagen ein Heer von Polizisten und Karabinieri Jagd macht, hat diesmal nicht die bloße Freiheit, sondern die Liebe gewählt. Dabei kennt man ihn seit längerer Zeit als Don Juan, dessen Bettgeschichten am laufenden Band in Zeitungen oft Lesestoff lieferte. Die Polizei machte sich diese Schwäche des Briganten zunutze, um ihn mit Hilfe hübscher Mädchen Fallen zu stellen. Einmal entkam er nach einer Liebesnacht der Verhaftung durch die Flucht im Adamskostüm über die Dächer. Mesinas Ruf als Casanova drang auch ins Ausland. Im Gefängnis erreichen ihn Briefe von Verehrerinnen, vor allem aus Deutschland und Schweden.

Jetzt scheint der Schürzenjäger in Valeria die einzige und große Liebe entdeckt zu haben. Ganz Italien fragt sich: „Wird Mesina gefaßt werden oder wird er nach dem Honigmond freiwillig in die Kerkerhaft zurückkehren?" Sein Verschwinden hat heftige Polemiken ausgelöst. Den Justizbehörden wird vorgeworfen, den Banditenkönig Gefängnisurlaub gewährt zu haben, obwohl dessen Freiheitsdrang bekannt war. Die Verantwortlichen weisen jedoch darauf hin, daß der zu lebenslänglichem Kerker Verurteilte seit Jahren ein mustergültiger Insasse ist.

Zwischenfälle im Weltraum sind kein Problem für die Spezialisten der Nasa

Ideen aus dem Hinterzimmer

WOLFGANG WILL, New York

Wieder einmal haben Nasa und Astronauten in diesen Tagen Einfallsreichtum und Talent zum Improvisieren bewiesen, brillierten die Nasa-Experten mit genialen Einfällen, um den 80-Millionen-Dollar-Satelliten „Leasat" zu retten.

Not macht erfinderisch, und in Nöten waren Nasa und Astronauten schon oft – doch meist fand sich ein Ausweg, warteten Astronauten und Nasa-„Hinterbänkler" mit unkonventionellen Ideen auf, wie jetzt an Bord der „Discovery" mit der „Fliegenpatsche" aus Plastik von Bucheinbänden, um den Zündmechanismus von „Leasat" auszulösen.

„Hinterbänkler" im Nasa-Sinne bedeutet nichts Abfälliges. Gemeint sind damit jene Techniker und Ingenieure in den „Hinterzimmern" oder „Denkerstuben" von Houston und Huntsville und am Start-Kap in Florida: Die Spezialisten verfolgen jede Mission in jedem Detail, und kommt im Weltraum ein Problem auf, stehen sie nicht nur mit Rat und Tat zur Verfügung, sondern simulieren das Problem auch auf der Erde – um dann ihre Erfahrungen und Ratschläge, auch Anweisungen, an die Astronauten zu vermitteln.

So war es auch im Falle der „Fliegenpatsche": Nachdem der Satellitenmotor nicht gezündet hatte, stiegen in Huntsville Astronauten in den großen Wassertank, in dem ein Satelliten-Modell untergebracht war – für eben solche Notfälle. An ihm übten sie, wie man den Hebel betätigen könne, der den Satelliten-Zündmechanismus in Tätigkeit setzt – Ergebnis dieser Arbeit der „Hinterbänkler" war die „Fliegenpatsche", für deren Konstruktion an Bord der „Discovery" auch ein kleiner Fenstervorhang „geopfert" werden mußte.

Derartige Geniestreiche zeichnen die Nasa seit den ersten Tagen der bemannten Raumfahrt aus. Unvergessen sind zwei der erstaunlichsten Leistungen auf diesem Gebiet:

- Nachdem es an Bord von Apollo 13 auf dem Wege zum Mond eine Explosion gegeben hatte, war das Leben der drei Astronauten in höchster Gefahr. Aber die drei Raumfahrer und die „Hinterbänkler" in Houston fanden Auswege, um die in die Mondfähre geflüchteten Astronauten sicher zur Erde zurückzuholen. Die Lichter in den Hinterzimmern von Houston gingen in diesen dramatischen Tagen und Nächten nie aus.
- Ging es bei Apollo 13 um Menschenleben, standen beim mißglückten Start von „Skylab" 1973 zwei Milliarden Dollar und unersetzliche wissenschaftliche Experimente auf dem Spiel. „Skylab" hatte zwar seine Umlaufbahn erreicht, war aber schwer beschädigt, praktisch unbewohnbar. Der Start der ersten Besatzung zu „Skylab" wurde um fünf Tage verschoben, und in diesen fünf Tagen entwickelte die Nasa Reparaturpläne, die auch ausgeführt wurden – „Skylab" wurde schließlich dreimal von je drei Astronauten-Mannschaften bewohnt.

Auch Ulf Merbold, der deutsche Astronaut, mußte sich als Hobby-Bastler an Bord von „Spacelab" bewähren: Stundenlang werkelte er an einer Kamera herum. Als eine andere Kamera an Bord eines Raumflugzeugs wegen Batterieschwäche ausfiel, hatten die Astronauten die Idee, die Batterien ihrer Armbanduhren in die Kamera einzusetzen.

Ein Bordcomputer wurde einmal mit Hilfe eines Bleistiftes in Gang gesetzt, nachdem Rütteln und Schütteln nichts geholfen hatten, und bei einem der Mondautos half einmal ein kräftiger Tritt, um ein eingerastetes Pedal freizubekommen – aber dieser Tritt, der Bleistifteinsatz am Computer und der Vorschlag des Uhrbatterieausbaus müssen stets mit Mission Control Houston abgesprochen, von Houston genehmigt werden, weil dort solche Vorschläge erst einmal überdacht, vielleicht an Modellen erprobt, in jedem Falle in den „Stuben" der „Hinterbänkler" ausführlich erörtert werden.

Außer dem Geniestreich kennt die Nasa auch außerordentliche Geistesgegenwart, die oftmals „aus der Patsche" hilft – das war der Fall, als beim „Einfangen" zweier fehlgeleiteter Satelliten „Handarbeit" geleistet werden mußte und ein Astronaut einen Satelliten 90 Minuten lang mit den Händen zu balancieren hatte.

Von den Russen sind Geniestreiche solcher Art nicht bekannt. Kosmonauten gelang es zwar im vergangenen Jahr, an der schwerbeschädigten „Saljut"-Raumstation bei mehreren Außenbordaufenthalten komplizierte Reparaturen vorzunehmen. Trotzdem mußte die „Saljut"-Station später aufgegeben werden. (SAD)



Jeffrey Hoffman von der „Discovery"-Besatzung bringt eine aus Plastik hergestellte „Fliegenpatsche" am Roboterarm der Raumfähre an. Damit soll der Zündmechanismus des „Syncom"-Satelliten aktiviert werden. FOTO: AP

Notfonds für Opfer von Bhopal gefordert

dpa, Hamburg

Ein US-Bundesrichter hat den amerikanischen Chemiekonzern Union Carbide aufgefordert, für die Opfer der Giftgaskatastrophe vom 3. Dezember 1984 einen Notfonds in Höhe von fünf bis zehn Millionen Dollar einzurichten. Mit diesem Appell eröffnete Richter John Keenan am Dienstag in New York den Prozeß um die Entschädigung der 200 000 Verletzten, die neben rund 1700 Toten Opfer des hochgiftigen Pestizids geworden waren.

Sympathien für Prinzessin

dpa, London

Eine Welle der Sympathie schlägt der Prinzessin Michael von Kent nach den Enthüllungen über die SS-Mitgliedschaft ihres Vaters entgegen. (WELT vom 17.4.) Mit Ausnahme der „Financial Times", die dem Vorfall keine Zeile widmete, hoben alle britischen Zeitungen hervor, daß die Prinzessin nicht für die Vergangenheit ihres Vaters zur Verantwortung gezogen werden könne. Die „Times" gab zu bedenken, daß Nazismus keine „Erbkrankheit" sei. Die Zeitung „Daily Mail" würdigte den „Mut" der Prinzessin, die die schwerste Probe ihres Lebens zu bestehen habe.

Erwartungen bestätigt

AP, Ludwigsburg

Die erste mobile Meßstation für Autoabgase hat in Ludwigsburg ihre Arbeit aufgenommen. Bereits die ersten Einsätze des 2,8 Millionen Mark teuren Gerätes haben, so das baden-württembergische Finanzministerium, die Erwartungen in die schadstoffreduzierende Wirkung der nachträglich eingebauten Katalysatoren bestätigt.

Neue Bahn in Sibirien

rtr, Moskau

Die Arbeit an einem neuen Teil der Baikal-Amur-Eisenbahnlinie zur Erschließung des Nordens Sibiriens wird nach einem Bericht der sowjetischen Gewerkschaftszeitung „Trud" in Kürze aufgenommen. Die neue, 830 Kilometer lange Strecke soll Jakutsk im Nordosten Sibiriens mit dem bestehenden Schienennetz von 3100 Kilometern zwischen Baikalsee und Pazifikküste verbinden.

Haftbefehl

dpa, Detmold

2,07 Promille hatte nach Angaben der Detmolder Staatsanwaltschaft der 41 Jahre alte Todesfahrer im Blut, der in der Nacht zum vergangenen Sonntag auf einer Landstraße im Kreis Lippe einen folgenschweren Unfall verursacht hatte. Vier Menschen waren dabei zu Tode gekommen. Es sei wahrscheinlich, so der Detmolder Oberstaatsanwalt Gustav Strunk gestern, das gegen den nahezu unverletzten Todesfahrer schon in den nächsten Tagen ein Haftbefehl beantragt werde.

LEUTE HEUTE

Schüsse

Schon zum zweiten Mal innerhalb von drei Wochen ist der 20jährige **Anthony Delon**, Sohn des französischen Schauspielers **Alain Delon**, jetzt in Paris festgenommen worden. Er wurde vor der Wohnung seines Managers **David Torjman** von Polizisten überrascht und abgeführt, nachdem Torjman wenige Stunden zuvor von Unbekannten durch mehrere Pistolenschüsse schwer verletzt worden war. 1983 war der junge Delon wegen Autodiebstahls und illegalen Waffenbesitzes zu acht Monaten Gefängnis mit Bewährung verurteilt worden.

Kokain

Der Star zog es vor, nicht zu erscheinen. So mußte der Prozeß gegen den österreichischen Filmschauspieler **Helmut Berger** in Florenz gestern verschoben werden. Berger, der vor allem durch Visconti-Filme bekannt wurde, steht unter der Anklage, 1980 in Florenz eine Kokain-Party gefeiert zu haben. Mit von der Partie: die italienische Schauspielerin **Nadia Cassini** und ihr griechischer Kollege **Yorgo Vaoyagis**.

Marathon

Mit dem Herzen eines 16jährigen in der Brust hat ein 45jähriger den Bostoner Marathonlauf absolviert: 15 Monate nach der Transplantation trabte **Brian Price** nach fünf Stunden und 57 Minuten erschöpft, aber



glücklich ins Ziel. Sein Arzt **Terence Kavanaugh** sagte, Price sei der erste Herzempfänger, der die 42-Kilometer-Strecke durchgestanden habe. Price: „Mit diesem Marathon wollte ich anderen Herzempfängern mehr Selbstvertrauen geben".

Der Drahtzieher konnte sich absetzen

Größter Schlag gegen Video-Piraterie gelungen / Schaden beträgt 50 Millionen Mark

DW. Düsseldorf

Der bislang größte Schlag gegen die organisierte Video-Piraterie in Europa ist der Polizei und Staatsanwaltschaft bei der Aufdeckung eines internationalen Fälscherringes gelungen, der in der Branche nach ersten Schätzungen einen Schaden von 50 Millionen Mark angerichtet hat. Vier Männer im Alter zwischen 29 und 46 Jahren wurden festgenommen und befinden sich in Untersuchungshaft, eine Frau wurde vorübergehend festgenommen. Mindestens 40 Personen waren an den Taten beteiligt.

Wie die Düsseldorfer Staatsanwaltschaft mitteilte, wirft sie den festgenommenen Haupttätern Vergehen und Verbrechen gegen das Urheberrechtgesetz, Prozeßbetrug, Unterschlagung, Betrug, Einbrüche und Erpressung vor. Als einige Täter „aussteigen" wollten, wurden sie mit Mord bedroht. Dennoch ging einer schließlich zur Polizei und belastete sich selbst. Ein Täter konnte sich rechtzeitig absetzen. Es soll sich um den 38jährigen Werner Trautmann handeln, der als einer der Drahtzieher gilt. Er wird mit Haftbefehl in ganz Europa gesucht.

Wie die bei den Ermittlungen federführende Staatsanwaltschaft Düsseldorf mitteilte, sind am 10. April an insgesamt 45 Orten der Bundesrepublik umfangreiche Beschlagnahmeaktionen von zumeist amerikanischen Filmraubkopien durchgeführt worden. Dabei seien Tausende von illegalen Videokassetten und zentnerweise belastendes Aktenmaterial sichergestellt worden.

Die Düsseldorfer Raubkopierer verkauften meist zweitklassige amerikanische Kinostreifen unter geändertem Titel und eigener Firmenbezeichnung zwischen Münster und Kaiserslautern. Ein Lager hatten sie in Heusenstamm bei Offenbach. Am 10. April stellte die Kripo an 44 Orten im Bundesgebiet umfangreiches Beweismaterial sicher.

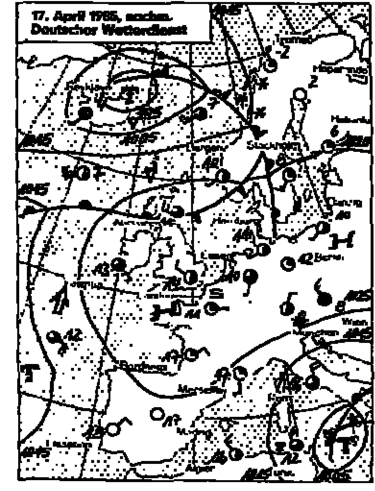
Um die nicht vorhandenen Lizenzen vorzutäuschen, richteten die Düsseldorfer in Panama eine „Briefkastenfirma" mit Fernschreiber ein. Wenn ein Kunde dann Rückfragen hatte, kam die Bestätigung der Lizenz in perfektem Englisch. Zudem besorgten sie sich Blankoformulare für Lizenzverträge.

Ähnlich liefen Geschäfte über die zehn Firmen der Videopiraten mit den Beneluxländern und der Schweiz ab. Ihre Leerkassetten organisierten sie sich durch Einbrüche: Der mit Haftbefehl Gesuchte hatte eine Firma, in der er Kinofilme „aufpolieren", aber auch vernichten konnte, direkt neben einem Zentrallager für Spielfilme in Düsseldorf. Eine Gruppe der Verhafteten machte allein in einem Jahr einen Umsatz von 1,5 Millionen Mark.

Seit etwa drei Jahren hatte die Polizei Hinweise auf den Täterkreis, konnte den Filmräubern jedoch nichts beweisen.

WETTER: Überwiegend freundlich

Wetterlage: Ein von Frankreich nach Osteuropa reichendes Hoch ändert seine Lage nur wenig und bestimmt das Wetter im größten Teil Deutschlands.



Vorhersage für Donnerstag:
Im norddeutschen Flachland vorübergehend stark bewölkt oder neblig-trüb. Im übrigen Deutschland nach Auflösung örtlicher Dunst- oder Nebelfelder heiter und trocken. Tageshöchsttemperaturen zwischen 15 und 18 Grad. Nächtliche Tiefstwerte 6 bis 2 Grad. Schwachwindig.

Weitere Aussichten:
Auch am Freitag freundlich und warm, am Samstag in Norddeutschland wieder unbeständig und kühler.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	12°	Kairo	33°
Bonn	12°	Kopenh.	12°
Dresden	7°	Las Palmas	19°
Essen	10°	London	14°
Frankfurt	10°	Madrid	17°
Hamburg	11°	Mailand	14°
List/Sylt	7°	Mallorca	22°
München	6°	Moskau	5°
Stuttgart	9°	Nizza	17°
Algier	16°	Oslo	4°
Amsterdam	13°	Paris	11°
Athen	19°	Prag	7°
Barcelona	18°	Rom	16°
Brüssel	12°	Stockholm	8°
Budapest	14°	Tel Aviv	33°
Bukarest	14°	Tunis	12°
Helsinki	6°	Wien	8°
Istanbul	13°	Zürich	10°

Sonnenaufgang* am Freitag: 6.19 Uhr, Untergang: 20.25 Uhr; **Mondaufgang:** 6.21 Uhr, Untergang: 19.41 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Früherkennung wichtig

Eine halbe Million Kinder sind bereits asthmakrank

GISELA KRANEFUSS, Hamburg

Zwei Millionen Asthmakranke leben in der Bundesrepublik Deutschland, rund 500 000 von ihnen sind Kinder. Das hat die Auswertung von bundesweit erstellten Hochrechnungen ergeben. Damit ist der Anteil asthmakranker Kinder an der Gesamtzahl der Kinder seit 1983 von fünf auf zehn Prozent gestiegen.

Diese alarmierenden Zahlen gab jetzt die vor fünf Jahren in Hamburg gegründete „Elternvereinigung asthmakranker Kinder" (2000 Hamburg 73, Hermann-Balk-Straße 137) bekannt. Bis auf das Saarland haben sich alle Bundesländer dem sogenannten Patientenverband angeschlossen. „Als solchen sehen wir uns und keineswegs als Selbsthilfegruppe", erklärt Beate Wessel, Vorsitzende und betroffene Mutter eines asthmakranken Jungen. „Im Interesse der Kinder arbeiten wir mit Kliniken und niedergelassenen Ärzten zusammen." Diese Zusammenarbeit ist besonders jetzt, mit Beginn der Blütezeit, in der mit vermehrten Anfällen der kleinen Patienten zu rechnen ist, wirksam.

Symptome der Krankheit – eine anfallsweise Verengung der Luftwege – sind Husten, Auswurf und Atemnot. Vielen Kindern wird aufgrund ihres Leidens bis zu 100 Prozent Behinderung bescheinigt. 1983 starben 400 von ihnen an Herzversagen durch Asthma.

Die Elternvereinigung ist auch um Aufklärung in den Schulen bemüht, weil viele Lehrer nicht ahnen, wie sehr ein asthmakrankes Kind, das in schweren Fällen bis zu fünfmal am Tag mit Cortison gespritzt wird, unter Ermüdungserscheinungen leidet. Dazu kommt die seelische Belastung dieser Kinder durch häufiges Fehlen und Rückversetzungen in der Schule. Außerdem bleiben asthmakranke Kinder im Wachstum zurück.

Entscheidend ist die Früherkennung der Krankheit, um das Leiden durch rechtzeitige Therapien einzugrenzen. Milchschorfbildung bei Neugeborenen, Ekzeme in Arm- und Kniebeugen sowie Heuschnupfen können als Warnzeichen gewertet werden. Asthma-Kinder stabilisieren sich sehr schnell im Nordsee- und Hochgebirgsklima ab 1200 Meter.

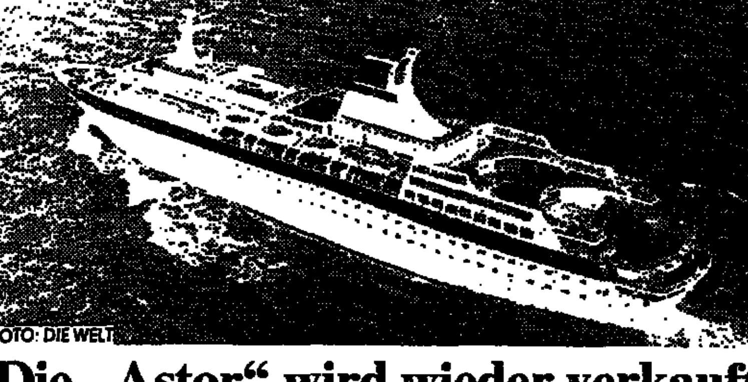


FOTO: DIE WELT

Die „Astor" wird wieder verkauft

Wird aus dem ehemaligen deutschen Traumschiff „Astor" (18 900 BRT, Indienststellung 1981; Foto) jetzt ein „Rätselschiff"? Was schon seit Monaten an der Küste als Gerücht umging, ist jetzt vom derzeitigen „Astor"-Chef Marmien Marsh von der südafrikanischen Reederei Safmarine bestätigt worden: Die „Astor" hat schon wieder einen neuen Besitzer.

Erst im vergangenen Februar war die „Astor" für 130 Millionen Mark von der Hamburger Staatsreederei Hadag nach Südafrika verkauft worden. Auf die Frage, wer der neue Reeder wird, unter welcher Flagge und in welchem Revier der in Hamburg gebaute Luxusliner in Zukunft fahren wird – darauf gab es gestern noch keine Antworten. Getuschelt aber wird kräftig: neue Flagge Bahamas oder Bermudas, Fahrtgebiet nur noch die Karibik.

Marsh gab mit dem Schiffsverkauf gleichzeitig den Neubau eines sogenannten Schwesterschiffs der „Astor" bekannt: 20 000 BRT, 174 Meter lang, Kosten 200 Millionen Mark, Bauwerft Howaldtswerke Deutsche Werft AG (HDW) in Kiel, Jungfernfahrt Januar 1987. hkl.

Triebwerk ausgefallen

AFP, San Diego

Ohne Triebwerk hat eine amerikanische Linienmaschine den letzten Teil ihres Fluges von Dallas (Texas) nach San Diego zurückgelegt. Das Fehlen eines der drei Triebwerke wurde erst nach der Landung der mit 90 Passagieren besetzten Boeing 727 festgestellt. Ein Suchtrupp der Fluggesellschaft hat sich inzwischen in die Wüste Arizonas aufgemacht, um nach dem zentnerschweren „Abfall" zu fahnden.

ZU GUTER LETZT

„Ein Tor aus dem Raritäten-Kabinett verhalf dem 1. FC Bamberg am Dienstagabend in einem Nachholspiel der Bayernliga gegen den SSV Jahn Regensburg zum 1:0-Sieg. Als in der 74. Minute der Regensburger Baumgartner eingewechselt wurde, rannte er mit dem von einem Mitspieler zugespielten Ball schnurstracks aufs eigene Tor zu und hämmerte den Ball flach und scharf ins Netz. Erst an den entsetzten Gesichtern seiner konsternierten Mannschaftskameraden erkannte der ehemalige Jugend-Nationalspieler, daß er die Seiten verwechselt hatte." Das meldete dpa.

